Kursbuch 62

Vielvölkerstaat Bundesrepublik

Werner Schiffauer, Die Gewalt der Ehre / *Fritz Kramer*, Fremd und freundlich / *Hans-Günter Kleff*, Die Fremden in unserem Land / *Hans-Georg Behr*, Alltag mit Wölfen / *Mario Erdheim*, Fremdkörper / *Christoph Kleßmann*, Der Zug nach dem Westen / *Koreaner, Japaner, Italiener, Griechen, Exilkroaten* – in der Bundesrepublik / *Claus Leggewie*, Zur Ökonomie des Arbeitsemigranten / *Heinsohn/Steiger*, Die Kinder Europas / *Madeleine Gustafsson*, Ein Blick auf das »schwedische Modell« / *Fritz Franz*, Einwanderer ohne Einwanderungsland / *Haubl/Marck*, Die Bombe lieben lernen / *Peter Fischer*, Vom Essen der fremden Speisen

Kursbuch / Rotbuch Verlag 8 Mark

21-23

Kursbuch

Herausgegeben von Karl Markus Michel und Tilman Spengler
Unter Mitarbeit von Hans Magnus Enzensberger
Redaktion: Ingrid Karsunke

Goethe Institut e.V. Bibliothek
05
ausgeschieden am: ...

62 Vielvölkerstaat Bundesrepublik Dezember 1980

Werner Schiffauer, Die Gewalt der Ehre. Ali, Veli, Erol in Kreuzberg 1
Fritz Kramer, Fremd und freundlich 17
Hans-Günter Klefff, Die Fremden in unserem Land 27
Hans-Georg Behr, Alltag mit Wölfen 40
Mario Erdheim, Fremdkörper 49
Christoph Kleßmann, Der Zug nach dem Westen: Polen im Ruhrgebiet 59
Horst Welkoborsky, Koreaner unter Tage. Über die rechtliche Zubereitung jugendlicher Exoten zu Gastarbeitern 75
Gabriele Krone, Japaner in Düsseldorf 83
Franco Biondi, »Das ist meine Heimat, Mann!« 91
Georgia Stafylidou/Reinhold Riedel, Thrazier im Musterland 100
Isabella Schmid, Im Zeichen des brennenden Herzens. Exilkroaten in der Bundesrepublik 111
Claus Leggewie, Deutschland – Land aus Gold. Zur Ökonomie des Arbeitsemigranten 121
Gunnar Heinsohn/Otto Steiger, Die Kinder Europas. Von der gewaltsamen Menschenproduktion zur »menschlichen Springflut« 135
Madeleine Gustafsson, Mein Kater ist mit einer Maus verheiratet. Ein Blick auf das »schwedische Modell« 147
Fritz Franz, Einwanderer ohne Einwanderungsland 159
Rolf Haubl/Gerd-Peter Marck, Die Bombe lieben lernen 173
Peter O. Fischer, Vom Essen der fremden Speisen 182

Das Kursbuch erscheint viermal im Jahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 6, im Einzelverkauf DM 8. Anschrift der Redaktion: Kursbuch/Rotbuch Verlag, Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30, Telefon 261 11 96. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Markus Michel und Tilman Spengler. © 1980 Kursbuch Verlag, Berlin. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten.
Druck: Georg Wagner, Nördlingen. Bindung: Hans Klotz, Augsburg.
Beilagen: C. H. Beck'sche Verlagsanstalt, Verlag Klaus Wagenbach.

Werner Schiffauer
Die Gewalt der Ehre
Ali, Veli, Erol in Kreuzberg

In der Nacht vom 20. zum 21. Mai 1978 wurde in einem Hinterhaus in Berlin Kreuzberg die achtzehnjährige Petra Kaiser von dreizehn türkischen Jugendlichen und einem Erwachsenen vergewaltigt. Acht der Jugendlichen kamen vor Gericht und wurden im Dezember des gleichen Jahres zu zwei beziehungsweise eineinhalb Jahren Jugendstrafe verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. Das halbe Jahr Untersuchungshaft wurde nicht auf die Strafe angerechnet.
Es fiel auf, daß die Jugendlichen sich offenbar keiner Schuld bewußt waren. Mit der größten Selbstverständlichkeit verteidigten sie sich vor Gericht. Auch die Haltung ihrer Angehörigen erweckte den Eindruck, daß es sich bei dem Vorfall zwar nicht um eine zu billigende, wohl aber um eine verständliche Tat handelte; um eine Art kulturell legitimierter Gewalt gegen Frauen, analog vielleicht zur Vergewaltigung in der Ehe in unserer Kultur. Nicht die Gründe der Gewalt – das traue ich mir nicht zu –, aber der Rahmen gesellschaftlicher Interpretationen, der sie als unproblematisch erscheinen läßt, soll hier dargestellt werden. Als Orte seiner Entstehung werden drei Familien vorgestellt.

Ali Kaynar

Die Eltern haben die Jugend in einem ostanatolischen Dorf verbracht. Sie erlebten Armut. Das Getreide wächst dort so dünn, daß man es nicht mit der Sense mähen kann, sondern mit der Sichel ernten muß. Gepflügt wird mit dem Holzpflug. Das einzige Geldeinkommen stammt von Verwandten, die in die Großstädte emigriert sind. In manchen Wintern herrscht Hunger.
1969 verließen sie das Dorf und kamen nach Deutschland, entschlossen, nie mehr zurückzukehren, sondern mit dem hier verdienten Geld ein Geschäft – eine Stoffhandlung – in Istanbul zu eröffnen und ein Haus zu kaufen. Das Leben der sechsköpfigen Familie ist bestimmt von diesem Ziel. An ihm wird alles gemessen. Um es zu erreichen, haben beide Eltern gearbeitet, auch als die Kinder noch sehr jung waren. Eine Berufsausbildung für die Söhne stand

nie zur Diskussion. Sie würden ohnehin an der Seite des Vaters im Laden arbeiten, und es ist wichtiger, im Augenblick Geld zu verdienen.
Die Konsequenz und Härte vor allem des Vaters führte zum Bruch mit Ali, dem ältesten der vier Kinder.
Ali hatte Schwierigkeiten von dem Zeitpunkt an, zu dem er als Zwölfjähriger von seinen Eltern nach Deutschland nachgeholt wurde. Er kam in der Schule nicht zurecht, wurde mehrmals nicht versetzt und fand sich schließlich in der gleichen Klasse wie sein jüngerer Bruder Mehmed wieder. 1976 wurde er aus Altersgründen aus der siebten Klasse der Hauptschule entlassen. Spannungen mit dem Vater zeichneten sich bereits ab, zu ernsten Konflikten kam es jedoch erst, als er nicht in der Lage war, eine kontinuierliche Arbeit zu finden. Vier Monate nach der Schulentlassung nahm er eine Tätigkeit als Transportarbeiter auf, wurde jedoch nach drei Monaten wegen »Nichteignung« wieder entlassen. Mehrere andere Stellen verlor er ebenfalls nach kurzer Zeit. Der Vater übte in dieser Zeit zunehmend Druck auf ihn aus. Einmal, als Ali wieder eine Arbeitsstelle verloren hatte, verprügelte der Vater ihn so, daß er am ganzen Körper blaue Flecken hatte. Ein andermal floh er vor den Prügeln in Unterhosen zur Polizei. Ali, der das Dorf nur als Kind erlebt und niemals die extrem harten Arbeitsbedingungen kennengelernt hat, konnte die Verbissenheit des Vaters nicht verstehen. Seine türkischen Freunde standen unter wesentlich geringerem Druck von zu Hause. Die Schläge erschienen ihm so als bare Willkür, allenfalls erklärbar durch das Trinken: »Vater schlägt viel. Wenn er getrunken hat, wird er leicht wütend. Er kam aus dem Lokal. Er hat geschimpft. ›Du Arschloch, warum bist du nicht im Bett?‹«
Ali, damals 15, zog sich mehr und mehr aus der Familie zurück und begann das Jugendfreizeitheim aufzusuchen. Der Vater erzählt, daß Ali sich jetzt auch direkten Befehlen der Eltern zu widersetzen begann. Herr Kaynar interpretierte dies als Verweigerung der bedingungslosen Achtung (saygı), die der Sohn dem Vater schuldet. Er sah seine Position in der Familie in Frage gestellt und das gemeinsame Ziel der Familie gefährdet. Auf Ali schien nicht mehr unbedingt Verlaß zu sein. Der Vater wußte keinen anderen Ausweg, als noch härter zu schlagen: »Ich kann mir doch meine Familie nicht kaputtmachen lassen.«
Ein Teufelskreis aus Schlagen, Sich-Zurückziehen, noch mehr Schlägen. 1977 floh Ali aus der Familie. Drei Monate war er auf Trebe. Noch einmal versuchte er, zu Hause zu leben. Dies ging nur zwei Wochen lang gut, dann brachen die alten Konflikte wieder auf. »Ich brauchte nur eine Stunde zu spät zu kommen, dann wurde ich wieder geschlagen.« Er lief von neuem weg.
In dieser Zeit hatte der Vater versucht, ihn zu bewegen, in die Türkei zurückzukehren. Hier habe er sowieso keine Arbeit, da könne er ebensogut

heimfahren. Die Weigerung Alis dürfte die Kluft zwischen Vater und Sohn noch vertieft haben. Sie zeigt, daß Ali in der Türkei noch weniger Perspektiven für sich sah als selbst in der ziemlich aussichtslosen Situation hier. »In der Türkei konnte ich nicht leben, da war ja niemand da.«
Nach der zweiten Flucht brach der Vater mit ihm, sagte, Ali sei nicht mehr sein Sohn. Seit damals hat er keinen Kontakt mehr zu ihm. Er besuchte ihn weder in der Untersuchungshaft, noch erschien er zum Prozeß. Heimlich hielt die Mutter die Beziehung noch aufrecht, wusch manchmal Alis Wäsche und ließ ihm gelegentlich Geld zukommen.
Eineinhalb Jahre lang schlief Ali meistens in Parkanlagen oder bei Bekannten. Ab und zu, wenn der Vater nicht zu Hause war, besuchte er die Mutter, schlief dort einige Stunden, aß etwas, mußte jedoch in ständiger Sorge sein, daß der Vater zurückkehren würde. Seine Geldnot zwang ihn, sich auf dem Kreuzberger Homosexuellen-Strich zu verkaufen. In dieser Zeit wurde er zweimal bei Einbruchsversuchen von der Polizei gefaßt. Sonst ging er ziellos spazieren oder lief durch Kaufhäuser.
Er war heimatlos und ohne Perspektive. Der Vater eines Mitangeklagten charakterisierte ihn als »dumm, ohne Familie und ohne Freunde«.
Ein halbes Jahr vor der Vergewaltigung schloß er sich der Gruppe der Jugendlichen an, die mit ihm in den Fall verstrickt sind. Er hatte sie im Jugendfreizeitheim kennengelernt. Er beschreibt dies mit den Worten: »Dies alles hat ein Ende gefunden, als ich die Freunde hier kennengelernt habe.«
Die Gruppe hatte einen Treff in Kreuzberg angemietet, eine Zweizimmerwohnung in einem Hinterhaus, in der sie ihn schlafen ließ. »Die Zeit«, sagte er vor Gericht, »die ich als schlecht bezeichnen würde, war vorbei.«
Es ist bedrückend, wenn man die Hoffnung, die sich in diesen Sätzen ausdrückt, mit seinem tatsächlichen Status in der Gruppe vergleicht. Von den anderen Jugendlichen wurde er nie akzeptiert, er war wiederholt Zielscheibe ihres Spotts. Wenn die Gruppe ein Opfer für kollektive Aggressionen suchte, war es gewöhnlich Ali, der daran glauben mußte. Seine Situation in der Gruppe kennzeichnet, daß die anderen ihn als »deli« – verrückt – bezeichnen, ein Wort, das im Türkischen alle Formen abweichenden Verhaltens benennt. Die Jugendlichen beziehen es auf Alis oft außergewöhnliche Aggressivität und auf seinen Umgang mit Homosexuellen. Ali leidet unter der Charakterisierung. Als der Staatsanwalt ihn vor Gericht darauf ansprach, schämte er sich und verbarg den Kopf in den Händen. Die anderen grinsten.
Schwerfällig und unbeholfen versucht er die Anerkennung der anderen zu erhalten. Diese nützen es aus, lassen ihn Zubringerdienste leisten. Oder er prahlt mit Potenz und Stärke. Nach der Entlassung brüstete er sich vor der Gruppe, er habe im Gefängnis Veli Aksoy – bis dahin ein Freund – »gefickt«.

Die Folgen für Veli waren katastrophal. Der passive Homosexuelle ist in den Augen der türkischen Kultur der weibliche Partner, er hat seine Männlichkeit aufgegeben und wird verachtet.

Veli Aksoy

Velis Vater, Herr Aksoy, war Sekretär der Stadtverwaltung einer kleinen westanatolischen Stadt. Die siebenköpfige Familie konnte von dem bescheidenen Verdienst nicht leben. 1968 entschloß sich daher die Mutter, nach Deutschland zu emigrieren. Auch ihr Mann hatte den Antrag auf Arbeitserlaubnis gestellt, war jedoch abgelehnt worden, weil er die Altersgrenze bereits überschritten hatte. Veli, das älteste der fünf Kinder, war damals zwölf Jahre alt.
Nur ein halbes Jahr später rief Herr Aksoy seine Frau in die Türkei zurück. Die Kinder, gab er vor, seien krank. Als sie gekommen war, versteckte er ihre Papiere, um den Rückflug unmöglich zu machen. Sein Verhalten war bestimmt vom Druck der Nachbarschaft. Eine Frau, die alleine nach Deutschland geht, hat bald »an jedem Finger ihrer Hand einen Mann«, heißt es. Nicht nur ihre, auch seine Ehre war damit angezweifelt. Er war nicht Manns genug gewesen, sie zurückzuhalten.
Ayse Aksoy setzte sich dennoch durch und kam wieder nach Berlin. Allerdings hatte sie wegen des hoffnungslos überzogenen Urlaubs ihre Stelle verloren. An dem neuen Arbeitsplatz lernte sie Peter Meyer kennen und verliebte sich in ihn. Ein Jahr später zog sie mit ihm zusammen. Sie war 28 Jahre alt.
Als die Scheidungsklage gegen ihren ersten Mann noch lief, wurde 1971 Edmund geboren. 1974 heiratete sie Peter Meyer. Sie hatten ein weiteres Kind zusammen.
Auch die zweite Ehe verlief schwierig. Peter Meyer erwies sich als ein sehr unzuverlässiger Partner. Wiederholt ließ er seine Frau und die Kinder wochenlang allein, ohne daß sie wußten, wo er sich aufhielt. Sie kamen in dieser Zeit in materielle Bedrängnis. Einmal erlitt Ayse einen Nervenzusammenbruch und wurde in die Landesnervenheilanstalt eingewiesen. Sie wird sich scheiden lassen, sobald ihr Antrag auf deutsche Staatsangehörigkeit positiv entschieden ist. »Ich habe zwei Männer gehabt. Einen türkischen und einen deutschen. Beide waren schlecht. Jetzt bleibe ich allein.«
Sie äußert das resigniert, gleichwohl nüchtern und pragmatisch. Diese Haltung bestimmt auch ihre Entscheidung, hier zu bleiben. Als sie den Antrag auf Erwerb der Staatsangehörigkeit stellte, war dies für sie weder eine Option für die deutsche noch eine Absage an die türkische Gesellschaft. Sie folgte nur ihrer Einsicht, daß es ihre in Berlin geborenen Kinder hier

einfacher haben würden. Sie versucht sie dementsprechend als Deutsche aufwachsen zu lassen, spricht nach ihren Möglichkeiten Deutsch mit ihnen. Das hindert sie nicht daran, zu versuchen, Veli gemäß den türkischen Sitten zu verheiraten. Man hat den Eindruck, daß sie die Normen und Werte beider Kulturen fast wie Naturgesetze betrachtet. Sie sind gegeben, man muß sich mit ihnen abfinden. Keines der Wertsysteme ist dem anderen überlegen, man ist keinem mehr verpflichtet als dem anderen, sondern muß sich mit beiden nach Möglichkeit arrangieren.

Veli stellt diese Haltung der Mutter vor Schwierigkeiten. Er hatte sich 1973 mit der Bitte an sie gewandt, ihn nach Deutschland kommen zu lassen. Sie erfüllte sie sofort. Er war damals siebzehn Jahre alt. In der Türkei hatte er als Hilfskraft in einem Kaffee und als Frisörgehilfe gearbeitet. In Berlin fand er Arbeit als Gärtner im Waldfriedhof in Zehlendorf. Teils wohnte er in einer Baracke auf dem Friedhofsgelände, teils bei seiner Mutter und Herrn Meyer. Als seine Mutter umzog, übernahm er ihre alte Wohnung.

Der erste Eindruck ist der einer warmen und vertrauten Beziehung. Auch in der Öffentlichkeit umarmt ihn die Mutter, und er läßt es sich gefallen, mit brummigen Abstrichen freilich, Konzessionen an den Männerstolz. Sie spricht sehr liebevoll von ihm und nimmt ihn bedingungslos in Schutz. Veli unterstützte sie in der Zeit, in der Peter Meyer sie allein gelassen hatte, so gut er konnte. Als sie den Nervenzusammenbruch erlebte, ließ Veli ihretwegen seine Verlobung scheitern. Die Eltern der Braut hatten, als sie von dem Vorfall hörten, offenbar Angst, daß es ihre Tochter bei der Schwiegermutter schwer haben würde, und stellten Veli vor die Alternative, entweder mit der Mutter zu brechen oder die Verlobung aufzulösen. Veli entschied sich für die Mutter.

Ayse Meyer machte danach noch einen zweiten Versuch, ihren Sohn zu verheiraten: »Mein Kind, du bist erwachsen, vom Militär bist du zurückgestellt und hier Arbeiter. Als deine Mutter muß ich dich nach türkischem Brauch verheiraten. Wenn du leidest, bin ich verantwortlich. Man wird mich zur Rede stellen.« Veli weigerte sich. Er wolle erst Geld sparen, seinen Militärdienst ableisten und eine Wohnung einrichten. Seine Mutter glaubt jedoch den eigentlichen Grund seiner Weigerung im Verhalten der hier aufwachsenden türkischen Mädchen zu erkennen. »Heute schließen sie mit Veli Freundschaft, morgen mit dir, einen Tag mit dem, dann wieder mit einem anderen. Die Mädchen, die hier aufwachsen, sind keine Jungfrauen mehr. Man hört von unseren türkischen Mädchen in Deutschland, daß sie beispielsweise heute heiraten und sich drei Tage, eine Woche später wieder scheiden lassen.«

Velis Schwierigkeiten mit seiner Mutter deuten sich hier an. Auch sie hatte sich scheiden lassen, hat seinen Vater verlassen und war, ohne verheiratet zu sein, mit einem Deutschen zusammengezogen, was schon deshalb ein

Skandal ist, weil die Verbindung einer islamischen Frau mit einem Nicht-Moslem verpönt ist. In Velis Augen hat sich seine Mutter so verhalten, wie es das diskriminierende Stereotyp unterstellte.
Es war unvermeidlich, daß auch seine Freunde davon erfuhren. Dies betraf auch seine Stellung in dieser Gruppe. Die Ehre eines Mannes wird angezweifelt, wenn man die seiner Mutter in Frage stellt. Veli schämte sich ihrer vor seinen Freunden und vermied es nach Möglichkeit, von ihr zu sprechen. Ein Bekannter meinte sogar, er habe sie gehaßt.
Die Mutter wiederum vertritt den Bruch der türkischen Regeln nicht offensiv, greift diese nicht als repressiv an oder lehnt sie gar ab. Sie umgeht sie mehr, als daß sie sie in Frage stellt. Dabei ist sie sich völlig klar darüber, wie Männer ihre Situation einschätzen. »Ein türkischer Mann betritt mir nicht das Haus. Du weißt, ich bin sowohl verheiratet als auch ledig; es ist also unmöglich.« Ihr ungeklärter Status führt zu Zuschreibungen und trägt Aufforderungscharakter. Ayse Meyer stellt sich darauf ein, ohne dagegen zu rebellieren. Dies erlaubt es ihr aber nicht, ihr Handeln dem Sohn einsichtig zu machen. Beide sprechen nicht darüber.
Velis Stellung in der Gruppe der Freunde war nicht nur durch das Verhalten der Mutter belastet. Es war von ihm bekannt, daß er sexuelle Schwierigkeiten hatte. Ein deutsches Mädchen, mit dem er vor dem Prozeß eine Beziehung unterhielt, hatte im Jugendfreizeitheim erzählt, daß Veli impotent sei. Seine Männlichkeit war in Frage gestellt. Er wurde unsicher, empfand seine Stellung in der Freundesgruppe als prekär, wagte es nie, sich gegen einen Gruppenkonsensus zu stellen, log und übertrieb, wenn er glaubte, daß es seinem Status nützen würde. Er suchte Freundschaft zu sehr jungen Mädchen, von denen er Anerkennung erhielt. Auffallend war auch die große Sorgfalt, mit der er sich kleidete. Seine Freunde charakterisierten ihn als »schwach« (zayıf).
Seine ohnehin schwierige Lage wurde unerträglich, als Ali Kaynar sich öffentlich brüstete, im Gefängnis mit ihm geschlafen zu haben. All dies trug dazu bei, daß er nach der Entlassung in die Türkei zurückkehrte. Was sollte er weiter hier? Seine Stellung in der Gruppe der Freunde war unhaltbar geworden. Die Beziehung zur Mutter war ambivalent, in ihr konnte er nicht den Rückhalt finden, der nötig gewesen wäre, um den öffentlichen Ehrverlust zu bewältigen. Auch verband Mutter und Sohn keine wirtschaftliche Perspektive – von Anfang an war klar, daß sie in Deutschland bleiben, er aber irgendwann in die Türkei zurückkehren werde.

Die Familie Kemal ist seit 1968 in Deutschland. Es ist bereits der zweite Anlauf. 1964 war Herr Kemal nach 30 Monaten Arbeit in die Türkei zurückgekehrt und hatte sich von dem Verdienst einen Mähdrescher gekauft. Sein Plan, mit der Maschine von Dorf zu Dorf zu ziehen und gegen Bezahlung Erntearbeiten zu verrichten, scheiterte jedoch. Der Mähdrescher verursachte zu hohe Reparaturkosten und war unrentabel. Inzwischen ist Herr Kemal 50 Jahre alt, seine Ziele sind bescheidener geworden. Mit dem verdienten Geld hat er etwas Land im heimatlichen Dorf gekauft, das er verpachtet, und ein Grundstück in der Kreisstadt erworben, auf dem er ein Haus errichten will. Wenn er seine Pflichten den Kindern gegenüber erfüllt haben wird, seine Tochter verheiratet und die Zukunft seines Sohnes Erol gesichert ist, wird er sich zur Ruhe setzen, von Rente, Miete und Pachtzins leben. Er wird seinen religiösen Pflichten, dem fünfmaligen Beten am Tag, dem Besuch der Moschee und den Fastengeboten nachkommen, um nicht schuldig vor Gott zu sterben. »Das Geld reicht für ein Glas Tee, ich reise nicht und in Restaurants gehe ich auch nicht.«

Die Kontakte, die die Familie in Berlin hat, beschränken sich auf zwei oder drei Familien, die aus der gleichen Provinz stammen – Herr Kemal hat sie, als er nach Berlin kam, über seinen Frisör kennengelernt. Die Familien besuchen sich gegenseitig und unterstützen sich in Schwierigkeiten. Sie haben gemeinsame Interessen und Gesprächsthemen, was bei Menschen aus unterschiedlichen Provinzen nicht vorausgesetzt werden kann. »Wenn ich mit jemandem aus einer anderen Stadt zusammenkomme, dann will er über seine Stadt sprechen, aber was geht mich das an? Oder ich spreche über meine Stadt und er interessiert sich nicht.« Sonst geht Herr Kemal nicht aus. Er meidet türkische Lokale, weil seiner Meinung nach die traditionellen Umgangsformen dort nicht mehr beachtet werden, und die deutschen, weil er Schwierigkeiten mit der Sprache hat.

Die Familie lebt so in ihrer Welt, einer Enklave, gebildet aus den Landsleuten der engeren Heimat. Andere Welten mögen existieren, können auch durchaus ihren Wert haben, sie sind jedoch irrelevant. Sie gehen Herrn Kemal nichts an. Er stellt sie nicht in Frage und läßt sich durch sie nicht in Frage stellen. Sie werden nur wichtig, wenn sie ihn direkt tangieren.

Ihr Sohn Erol war zwölf Jahre alt, als er nach Deutschland kam. In der Türkei hatte er die fünfjährige Grundschule und die erste Klasse der Realschule abgeschlossen. In Berlin besuchte er die Hauptschule, die er nach der 9. Klasse verließ. Er hatte vor, Dreher zu werden, konnte jedoch keine Ausbildungsstelle finden, weil er, wie er meint, als Türke benachteiligt war. Der Vater finanzierte ihm damals eine Ausbildung als Fernsehtechniker an

der Hofmeisterschule, einer Privatschule, die im Monat 170 Mark Studiengebühren verlangt. Eine Ausbildung, die sinnlos war, weil die Abschlüsse nirgends anerkannt werden. Versuche, anschließend eine Lehrstelle als Fernsehmechaniker zu finden, scheiterten.

In dieser Zeit (1976) beschrieb er seinen Alltag: »Bis sechs Uhr zu Hause bleiben, dann gehen wir ins Jugendfreizeitheim, sonst, wenn wir irgendwohin gehen, z. B. in eine Spielhalle oder in eine Kneipe, dann kommen die und sagen: ›Die Scheiß-Ausländer, die müssen raus.‹ Da gibt es eine Schlägerei. Deshalb gehen wir nicht in die Kneipe oder so.«

Ein Jahr blieb er arbeitslos. Sein Vater unterstützte ihn in dieser Zeit mit reichlich Geld. Erol empfand dies als beschämend, gab schließlich seine Ansprüche an Qualifikation und Ausbildung auf und nahm 1977 Arbeit in einer Brotfabrik an. Er arbeitete sechs Tage in der Woche, teilweise auch Schicht, und erhielt 1200 Mark im Monat. Seinen Verdienst gab er dem Vater. Dies war unproblematisch. Erol war damit einverstanden, wie der Vater das Geld einteilte, und betrachtete es als selbstverständlich, nach seinen Kräften zum Bau des Hauses beizutragen.

Der Vater billigt ihm zu, in einer Welt aufzuwachsen, die ihm, der im Dorf aufgewachsen war, unbekannt ist. Als Erol ihm mitteilte, daß er und seine Freunde beabsichtigten, eine Wohnung als Treffpunkt anzumieten, war er nicht einverstanden; gleichwohl war ihm bewußt, daß er den Argumenten des Sohnes nichts entgegensetzen konnte. Herr Kemal wirkte ratlos, als er mir von dem Gespräch berichtete.

Auch was die berufliche Qualifikation oder die Arbeitslosigkeit Erols betraf, konnte er nachsichtiger sein als beispielsweise Herr Kaynar. Die Ziele, die Herr Kemal sich setzt, sind einfacher zu erreichen und erfordern nicht die bedingungslose Solidarität aller Familienangehörigen.

All dies ermöglichte ein ziemlich problemloses Verhältnis zwischen Vater und Sohn. Wenn Erol von seinem Vater spricht, wird deutlich, daß er ihn liebt und achtet. Im Alltag drückt er dies, entsprechend den Regeln seiner Kultur, dadurch aus, daß er peinlich darauf achtet, sich in Gegenwart des Vaters nicht gehen zu lassen, nicht zu rauchen, zu trinken oder gar zu widersprechen. Diese Einschränkungen schaffen bei aller Zuneigung eine gewisse Unbehaglichkeit, wenn Vater und Sohn zusammen sind. Erol verläßt deshalb gewöhnlich das Haus, wenn der Vater kommt, und vermeidet es, Freunde mit zu sich zu bringen.

Die Autorität des Vaters verhindert es auch, daß intensivere Gespräche zustande kommen. Herr Kemal weiß wenig über den Alltag seines Sohns. Er seinerseits bespricht Pläne mit Erol erst, wenn es wirklich an der Zeit ist. So plant er, seinem Sohn nach der Rückkehr in die Türkei eine Existenzgrundlage zu schaffen. Wenn er Bauer werden wolle, werde er ihm einen Traktor kaufen, wenn Fernsehmechaniker, ihm einen Laden einrichten. Besprochen

hat er dies allerdings noch nicht mit ihm: »Darüber sprechen wir, wenn wir in der Türkei sind. Hier ist jedes Wort darüber verschwendet.«
Die Sicherheit und Wärme, die das Elternhaus bietet, erlaubt eine selbstbewußte Auseinandersetzung mit der Umwelt. In der Freundesgruppe ist Erol eine der einflußreichen Personen. Die Initiative zum Anmieten eines Treffpunkts, um sich auch außerhalb der pädagogischen Einrichtungen des Stadtteils treffen zu können, ging von ihm aus; er trat auch als Mieter auf. Wenn sich die Betreuer des Jugendladens an die Gruppe als ganze wandten, benutzten sie ihn oft als Ansprechpartner. Er sprach besser Deutsch als die meisten seiner Freunde.
Selbstsicherheit zeigt er auch, wenn er türkische Normen und Werte nicht nur vertritt, sondern sie in Diskussionen mit deutschen Betreuern verteidigt. So, als wir den Begriff der Ehre mit ihm diskutierten. Von einer ehrenhaften Frau wird verlangt, daß sie alle Situationen vermeidet, in denen sie unbeobachtet Männer treffen könnte. »Das Mädchen muß zu Hause bleiben. Also, wenn es nachts ist, wenn es Abend ist, muß zu Hause bleiben. Also wenn sie irgendwohin will, muß mit seinem Vater oder seinem Bruder hingehen, also ohne solches nicht.« Auch tagsüber muß sie immer ein Ziel angeben können, wenn sie außer Haus geht: »Zum Beispiel meine Schwester zu Hause, wenn Einkauf ist, geht sie raus. Wenn kein Einkauf ist, immer zu Hause.« Ebenso selbstverständlich ist, daß sie keinen Freund haben darf. »Nein, bei uns ist das nicht so.« Mädchen, die sich diesem Druck nicht beugen und beispielsweise das Jugendfreizeitheim besuchen, wirft er vor, sie seien Deutsche geworden.
Allerdings ist er nur, was seine Schwester betrifft, so unerbittlich. Er selbst hat eine türkische Freundin, die er im Jugendfreizeitheim kennengelernt hat.

Ehre und Achtung

Einen Zugang zu den drei Biographien gewinnt man, wenn man sich die für das Selbstverständnis der dargestellten Personen wesentlichen Werte von Ehre (namus) und Achtung (saygı) vergegenwärtigt.
Für die Ehre (namus) lebt man. Der Wert, den man auf sie legt, betont zunächst die Bedeutung der eigenen Integrität und Unversehrtheit, wie der der nächsten Angehörigen. Wird ein Mann oder ein Mitglied seiner Familie angegriffen, verlangt es die Ehre, sich bedingungslos zu verteidigen. Sich einer Auseinandersetzung zu entziehen, die eigenen Angehörigen nicht zu unterstützen gilt als ehrlos auch dann, wenn man sich auf eine abstrakte Schuldfrage berufen kann, anführen kann, daß die Verwandten im Unrecht sind.

Der Begriff der Ehre impliziert somit eine Grenze zwischen den Angehörigen der eigenen Gruppe, der Familie, und der übrigen Gesellschaft, eine Grenze, die einen Bereich »Innen« von der Außenwelt scheidet. Jeder, der, gleichgültig aus welchem Grund, diese Grenze verletzt, hat mit Vergeltung zu rechnen. Da die Vergeltung bedingungslos ist, haftet dem Wert ein partikularistischer Zug an. Im wesentlichen ist man nur der eigenen Familie verpflichtet.

Die Erfahrung des Lebens im türkischen Dorf läßt die strikte Trennung von Innen- und Außenwelt als selbstverständlich erscheinen. Die Personen »innen« sind diejenigen, mit denen man produziert und konsumiert. Im Alter ist man auf sie angewiesen. Da staatliche Instanzen meist zu weit entfernt sind, um wirksam für die Regelung von Alltagshändeln in Anspruch genommen werden zu können, verbürgt die Solidarität der Familie auch die soziale Sicherheit ihrer Mitglieder, die Beziehungen in ihr sind dauerhaft. Anders die Beziehungen nach außen, zwischen den Familien; sie sind vergänglich, tragen den Charakter von Freundschaften oder Bündnissen. Es stünde im Widerspruch zur Alltagserfahrung, würde man bei einem Konflikt den Außenstehenden recht geben und diejenigen im Stich lassen, von denen man sozial und ökonomisch abhängig ist.

Gleichwohl könnte keine Gesellschaft existieren, deren Mitglieder sich nur der eigenen Untergruppe verpflichtet wissen. Im Dorf sind Absprachen über Weidenutzung, Viehwirtschaft und Almbetrieb notwendig. Jede Familie ist daran interessiert, daß sich ihre Mitglieder an die für alle verbindlichen Regeln halten, schon deshalb, weil ihre Verletzung einen Konflikt provozieren würde, der wegen der Forderung nach bedingungsloser Solidarität alle in sich hineinzöge.

Die Balance, die aufrechterhalten werden muß, ist prekär. Einerseits versucht man, die anderen Familienmitglieder anzuhalten, sich den allgemein verbindlichen Normen entsprechend zu verhalten; andererseits darf man sie nicht im Stich lassen, wenn sie sie verletzen. Nach innen vertritt der Familienvorstand die Normen des Gemeinwesens, nach außen das Interesse der eigenen Familie. Ausdruck dieser prekären Balance ist eine genaue Hierarchie von Autoritätsverhältnissen in der Familie. Festgelegt ist, wer wem Autorität schuldet, wer wen strafen kann. Nur innerhalb der Familien kann und muß deshalb gestraft werden; jemanden außerhalb der Familie zu strafen, und sei es ein Kind, würde den Mechanismus der Vergeltung in Gang setzen. Die gestuften Autoritätsverhältnisse gewährleisten nach Auffassung der Bauern, daß jeder sich an die allgemeine Ordnung hält, daß Absprachen eingehalten werden und das Gemeinwesen nicht in partikularistische Gruppen zerfällt. An ihnen besteht ein öffentliches Interesse, sie sind sozialer Kontrolle unterworfen. Autorität wird im Begriff der Achtung (saygı) gedacht. Achtung muß der jüngere Bruder dem älteren, die Frau dem Mann, der Sohn

dem Vater zollen. Sie wird ausgedrückt, indem der Niedrigerstehende darauf achtet, sich nicht gehen zu lassen, nicht zu rauchen oder Alkohol zu trinken, nicht zu widersprechen. Der Hierarchie entspricht eine feine Differenzierung der Ausdrucksformen. Ein Bauer erklärte mir, er rauche zwar auf keinen Fall in Gegenwart seines ältesten Bruders, wohl aber in der des nächstälteren.

Der Widerspruch zwischen der Vertretung partikularistischer Familieninteressen und der Notwendigkeit, allgemein verbindliche Normen anzuerkennen, wird im Dorf ausgedrückt, indem die für alle gleichermaßen verbindlichen Argumente der Religion gegen die (partikularistischen) Forderungen des Ehrbegriffs ins Feld geführt werden. Die Klage, daß vom Islam nichts mehr geblieben sei (»Islamiyet kalmadı burada«), wird immer dann erhoben, wenn private Ehrhändel die Ordnung des Gemeinwesens zu zerstören drohen. Auch dem Islam zuliebe kann man jedoch den Angehörigen nicht in den Rücken fallen, man sündigt also und läßt sich gleichmütig vom Hodscha schelten, der eine erst in den Städten mögliche systematische Lebensführung vertritt.

Die Familie Kemal zeigt, daß der Gegensatz im städtischen Kontext aufgelöst werden kann. Herr Kemal begreift sich als Moslem und vertritt die Regeln des Islam konsequenter, als es ihm im Dorf möglich gewesen wäre. Die Orientierung am Ehrkomplex wird schwächer. Die Familie steht anderen Familien nicht mehr in Gegenseitigkeitsbeziehungen gegenüber, sondern ist mit ihnen durch vielfältige Abhängigkeitsverhältnisse verbunden. Die Grenzen zwischen Innen und Außen verwischen sich. Entsprechend braucht die Autorität dem Sohn gegenüber nicht mehr so sehr betont zu werden. Die soziale Kontrolle, die es Herrn Kemal im Dorf nie erlauben würde, seinem Sohn ähnlich nachsichtig zu begegnen wie hier, fällt weg.

Neben dieser allgemeinen Bedeutung kommt dem Wert der Ehre noch eine spezifische und für diesen Zusammenhang besonders relevante Bedeutung zu. Zu schützen gilt es in erster Linie die Frauen der Familie, zumal vor Versuchen Dritter, sich ihnen sexuell zu nähern, sie anzusprechen oder gar mit ihnen zu schlafen. Ehrlos ist derjenige, der in diesem Punkt nicht extrem empfindlich ist. Die Ehre (namus) eines Mannes definiert sich hauptsächlich über die Ehre (namus) der Frauen seiner Familie. Der Begriff bedeutet somit Verschiedenes für die Geschlechter. Bei einem Mann wird mit ihm assoziiert: Stärke, Selbstbewußtsein, Männlichkeit, in der Lage zu sein, seine Frauen zu verteidigen oder zumindest diesen Eindruck zu erwecken. Für Frauen meint der Begriff Keuschheit, die Beschränkung ihrer sexuellen Beziehungen auf die Ehe. Eine Frau, die außereheliche Beziehungen eingeht, setzt nicht nur *ihre* Ehre aufs Spiel, sondern auch die ihres Mannes, der nicht in der Lage war, sie abzuhalten. Sie gilt als schmutzig. Die schlimmste Beleidigung für einen Mann ist es, die Ehre seiner Frau oder seiner Mutter in Frage zu stellen.

Für Veli Aksoy war dies ein entscheidendes Problem. Ist für das Selbstverständnis der Männer das Begriffspaar stark/schwach maßgeblich, so für die Frauen der Gegensatz rein/unrein. Einen deutlichen Ausdruck findet dies in der Klassifikation der Frauen, die nur drei Kategorien kennt: die Jungfrau, das Mädchen (kız), die Ehefrau und geschlechtlich erfahrene Frau (hanım) und, beiden gegenübergestellt, die Hure (orospu oder fahişe), die ehrlose und schmutzige Frau, die außerhalb der Ehe Beziehungen mit Männern pflegt. Eine entsprechende Klassifikation existiert nicht für Männer. Auch kann, wegen der unterschiedlichen Bedeutung des Ehrbegriffs für Frau und Mann, ein Mann außerhalb der Ehe Beziehungen eingehen, ohne daß dies die Ehre seiner Frau berührt.

Es ist ins Einzelne festgelegt, wie eine ehrenhafte Frau sich zu verhalten hat. Sie darf nicht mit fremden Männern sprechen, darf nicht alleine spazierengehen und nachts nicht ohne Begleitung ihres Mannes auf die Straße gehen. Dazu ist sie gehalten, Kleidungsvorschriften zu beachten, Arme und Beine bedeckt zu halten und auch das Haar, ein sexuelles Symbol, zu bedecken. Letzteres verliert allerdings mehr und mehr an Bedeutung.

Der wesentliche Teil dieser Regeln dient dazu, einen unbeobachteten Kontakt zwischen den Geschlechtern unmöglich zu machen. Die Ehre einer Frau wird kontrolliert, indem die Situationen kontrolliert werden, in die sie sich begibt. Der Nachdruck, mit dem die Einhaltung dieser Regeln gefordert wird, läßt sofort negative Zuschreibungen entstehen, wenn eine Frau sich anders verhält. Einer Frau, die nachts alleine auf die Straße geht oder, wie Frau Meyer, alleine nach Deutschland emigriert, wird unterstellt, sie suche die Bekanntschaft von Männern. Der Schritt, sie als »schmutzig« zu diffamieren, sie als Hure zu bezeichnen und entsprechend zu behandeln, ist schnell vollzogen.

Dies verdeutlicht einen wichtigen Zug des Regelsystems. Vergleichsweise große Bedeutung wird dem Handlungsakt beigemessen; der subjektiven Intention, die hinter ihm steht, wird dagegen kaum Beachtung geschenkt. Es scheint, als würde die bäuerliche türkische Kultur hier nicht trennen. Wenn eine Frau nachts alleine spazierengeht, so läßt das nicht nur auf Ehrlosigkeit schließen, sondern sie *ist* ehrlos. Entsprechend *ist* es Respektlosigkeit (und drückt sie nicht nur aus), in Gegenwart des Vaters zu rauchen. Dem folgt auch der Sprachgebrauch. Man spricht immer von Achtung »zeigen« (saygı göstermek), nie aber von Achtung »empfinden« (hissetmek oder duymak). Beides läßt sich nicht trennen. Für Herrn Kaynar war das Handeln des Sohns Respektlosigkeit. Er konnte ihm deshalb nur mit Zwang begegnen. Wenn die subjektive Motivation sich dem Blick entzieht, ist ein argumentatives Eingehen auf den Anderen nicht mehr möglich.

Dies mutet auf den ersten Blick formalistisch und ritualistisch an. Achtung zu zeigen, ohne Achtung zu empfinden, gilt in unserer Kultur als heuchle-

risch. Auch tendieren wir dazu, zu argumentieren, daß man Achtung schließlich auch anders ausdrücken könne als dadurch, nicht zu rauchen, daß die Handlungsregel modifiziert werden könne, ohne daß der Wert in Frage gestellt würde. Damit ist jedoch eine Abwertung des Handlungsakts verbunden, die in keiner Bauerngesellschaft hingenommen werden könnte. Wo miteinander produziert wird und die Verweigerung des Einzelnen das Überleben der Anderen aufs Spiel setzt, ist ein nachsichtiges Eingehen auf subjektive Motivationen nicht möglich.

Die Regeln zu modifizieren, sie den Alltagsnotwendigkeiten anzupassen, ist somit nicht möglich, wohl aber, sie zu umgehen. Dies erlaubt einen flexiblen Umgang im Alltag. Frau Kaynar würde wegen der Achtung, die sie ihrem Mann schuldet, ihm kaum widersprechen können, wenn er seinem Sohn das Haus verbietet. Aber sie kann ihrem Sohn heimlich Lebensmittel zukommen lassen und ihn aufnehmen, wenn ihr Mann nicht zu Hause ist. Erol verbietet es die Achtung vor dem Vater, in dessen Gegenwart zu rauchen und zu trinken; der Treffpunkt, den sich die Jugendlichen angemietet hatten, ermöglichte es ihm, diese Bedürfnisse außerhalb des Hauses zu befriedigen. Es charakterisiert das Regelsystem, daß der Vater wußte, daß der Sohn gelegentlich rauchte und trank, und daß der Sohn wußte, daß es der Vater wußte, und daß es dennoch beiden unerträglich gewesen wäre, wenn Erol dem Vater mit der Zigarette in der Hand oder gar betrunken gegenübergetreten wäre. Die Regeln bleiben so gleichsam monolithisch bestehen; sie werden, wenn die Situation es erfordert, umgangen, nicht aber in Frage gestellt oder modifiziert.

Mit dieser Verhaltensweise hängt eng eine weitere zusammen, die als Situationsgebundenheit bezeichnet werden könnte. Das Verhalten orientiert sich daran, was in der jeweiligen Situation als angemessen gilt. Die Situation ihrerseits ist bestimmt vom Status der anwesenden Personen, von der Zeit und dem Ort der Begegnung. Personen der eigenen Familie muß man anders gegenübertreten als Außenstehenden, Frauen anders als Männern – und ein und derselben Person unterschiedlich, je nachdem, wo man ihr begegnet, im Haus oder auf der Straße. Mit der Frau seines Gastgebers darf sich der Gast im Haus unterhalten; trifft er sie jedoch auf dem Dorfweg, darf er sie nicht einmal grüßen, sondern muß sie übersehen. Ein über alle Situationen hinweg konsistentes Verhalten wird nicht gefordert. Das oben beschriebene »Umgehen« von Regeln erweist sich als ein Aspekt der Situationsgebundenheit: Die Akteure begeben sich in andere Situationen oder schaffen – durch Verheimlichen – neue.

Mehr als in den anderen Familien folgen die Beziehungen in der Familie Kaynar dem beschriebenen Regelsystem. Das Ziel, einen Familienbetrieb in Istanbul aufzubauen, läßt die Familie als gemeinsam produzierende Einheit fortbestehen. Um dies Ziel zu erreichen, ist die Familie auf den Beitrag jedes

ihrer Mitglieder angewiesen. Die Unterscheidung von Innen- und Außenbeziehungen, die Betonung von Ehre und Achtung, der damit implizierte ritualistische und situationsgebundene Umgang mit den Regeln wird von den Eltern auch hier vertreten. Geändert hat sich allerdings der Kontext. Im Dorf folgt die Unterscheidung von Innen und Außen unmittelbar einsichtigen, scheinbar natürlichen Handlungszwängen; Autorität erscheint als selbstverständlich und bedarf keiner Legitimation oder Begründung. In Berlin fällt diese Selbstverständlichkeit weg. Der Sohn versteht den Druck des Vaters nicht. Dieser wiederum wüßte gar nicht, was es zu begründen gäbe, er begreift das Verhalten des Sohnes ganz in dörflichen Kategorien, als bloße Widerborstigkeit. So entsteht der Teufelkreis, der mit der Flucht des Sohnes enden sollte.

Bei Herrn Kemal wird die innere Widersprüchlichkeit des dörflichen Wertsystems von einer methodischen Lebensführung aufgehoben, die sich relativ konsequent an einem Wertkomplex orientiert und sich transzendental legitimiert weiß. Die Autorität des Vaters, die Forderung der Keuschheit der Frauen und die mit ihr verbundenen Einschränkungen werden weniger mit dem Komplex von Ehre und Achtung als religiös begründet. Für den Sohn bedeutet die inhaltliche Begründung die Chance, sich zu identifizieren. Wenngleich Erol sich weniger dem Islam verpflichtet weiß als sein Vater, kann er doch die so begründete Autorität akzeptieren. Wichtig bleibt allerdings für Herrn Kemal die Situationsgebundenheit der Regeln. Wenn er seine Beziehungen auf Familien aus Konya beschränkt, heißt es, daß er sich eine Situation schafft, in der die Werte, die er für wichtig hält, ihre Gültigkeit bewahren. Gleichzeitig ermöglicht ihm dies anzuerkennen, daß außerhalb dieser Welt andere Welten existieren, die ihre eigenen Werte besitzen und nicht notwendigerweise schlechter sind.

Auch Frau Meyer bindet soziale Regeln an Situationen, wenn sie deutsche und türkische Normen als prinzipiell gleich gut oder gleich schlecht betrachtet. Ganz im Sinn dörflicher Logik läßt sie beides bestehen und umgeht die Normen, wenn es nötig ist, ohne das Bedürfnis zu verspüren, sie einer Kritik zu unterwerfen. Es unterscheidet sie von Herrn Kemal, daß sie nicht eindeutig Stellung bezieht. Sie erzieht zwei Kinder als Deutsche und verheiratet Veli nach türkischen Sitten. Auch ihr gelingt es nicht, ihr Verhalten ihrem Sohn zu erklären und einsichtig zu machen. Für Veli war dies problematisch, insofern es den Ehrkomplex berührte und auch *seine* Ehre durch *ihr* Verhalten in Frage gestellt wurde. Es kam zum Konflikt, als andere belastende Umstände hinzutraten.

Aus den Fallgeschichten wird deutlich, daß sich die Familien in der Auseinandersetzung mit der hier vorgefundenen Situation verändern; deutlich wird aber auch, daß sich dieser Prozeß nicht als fortschreitende Anpassung an die deutsche Kultur begreifen läßt. Dies trifft auch auf die

Söhne zu. Der Vorfall der Vergewaltigung zeigt, wie weitgehend ihr Denken und Handeln von der Logik der Ehre bestimmt ist.

In der Nacht vom 21. zum 22. Mai 1978 feierten die Jugendlichen mit ihren Freunden in einem Kreuzberger Lokal einen Geburtstag. Ali Kaynar verließ gegen ein Uhr nachts die Gruppe, »um Luft zu schöpfen«. Um halb zwei Uhr traf er Petra Kaiser am Hermannplatz. Sie war alleine, in einer Situation also, in die sich die türkischen Frauen, die er kannte, nie begeben hätten.
Petra Kaiser allerdings war eine Deutsche. Ali war, wie seine Freunde, lange genug in Deutschland, um erfahren zu haben, daß sich Deutsche anders verhalten als Türkinnen, daß die ihm vertrauten Zuschreibungen nicht zutreffen. Andererseits waren er und seine Freunde der Meinung, daß es deutsche Frauen ohnehin nicht so genau mit der Ehre nehmen, daß sie Beziehungen zu Männern eingehen, ohne verheiratet zu sein. Es fällt den Jugendlichen schwer anzugeben, was anstelle des Ehrbegriffs das Handeln deutscher Frauen bestimmen könnte, wann sie Beziehungen zu Männern eingehen und wann sie ablehnen. Einige reagieren mit Verunsicherung und Rückzug. Andere aggressiver: »Es ist die Aufgabe der Frau, auf ihre Ehre zu achten. Ich spreche jedes Mädchen an, das mir gefällt – sie soll dann sagen, ob sie will oder nicht.« Eine Frau, die eindeutig ablehnt, betrachten sie als ehrenhaft; in der Regel ziehen sie sich dann zurück.
Petra Kaiser war dazu nicht in der Lage gewesen. Sie kam mit, ohne Widerstand zu wagen, als Ali Kaynar ihr, offenbar ohne viel zu sagen, den Arm um die Schulter legte und sie wegführte. Ihre Angst war bestimmt von dem Wissen, daß man nachts alleine gelassen wird in Kreuzberg, von der Furcht vor dem Mann, der über einen Kopf größer war als sie, der Tatsache auch, daß er ein Türke war, dem sie unterstellte, ein Messer mit sich zu führen. Auch im Alltag war Petra Kaiser sehr ängstlich und hatte Schwierigkeiten, sich zu artikulieren. Die Situation am Hermannplatz überforderte sie.
Von all dem teilte sich Ali Kaynar nichts mit. Er – und später die türkischen Prozeßbesucher – nahmen nur wahr, daß Petra Kaiser scheinbar ohne Zögern mitkam. Damit war sie als »ehrlos« abgestempelt. Ali Kaynars Mutter urteilte anschließend über sie: »Ein Mensch kann außen noch so schmutzig erscheinen, vielleicht ist er innen gut.« – Nach außen, nach allem, was man erkennen konnte also, war Frau Kaiser »schmutzig«, ehrlos.
Die Zuschreibung von Ehrlosigkeit war entscheidend. Denn jenseits der Ehre gilt die Person nichts. Die Weigerung einer »ehrlosen« Frau, mit einem Mann zu schlafen, ist sinnlos: was hätte sie denn zu verlieren?
Ali Kaynar vergewaltigte sie in der Wohnung, die die Jugendlichen als Treffpunkt angemietet hatten. Der Widerstand, den sie artikulierte, wurde

vom Tisch gewischt. Sie solle nicht albern tun, sagte er zu ihr, und: »Mach keine Anstalten!«
Als die anderen Jugendlichen später ziemlich angetrunken aus dem Lokal in die Wohnung kamen, fragten sie ihn, ob sie auch mit der Frau schlafen dürften. In diesem Augenblick hatte es in seiner Hand gelegen, Schlimmeres zu verhüten. Im Sinne des Ehrdenkens legten die Jugendlichen die Verantwortung für die Sexualität der Frau in die Hand des Mannes, der bei ihr war. Er hätte abschlagen können, sie schützen können. Ihm jedoch lag mehr an der Beziehung zu seinen Freunden, in Petra Kaiser sah er nur ein Straßenmädchen. Nacheinander betraten die Jugendlichen den Raum und vergewaltigten die zu diesem Zeitpunkt widerstandsunfähig und halbtot auf dem Bett liegende Frau.
Die Fremdheit konnte auch durch die Erfahrung des Prozesses nicht aufgehoben werden. Ein Dreivierteljahr später beharrte Erol Kemal darauf, daß es keine Vergewaltigung gewesen sei. Er sei überrascht gewesen, Ali Kaynar mit Petra Kaiser anzutreffen. Als er zu ihr ins Zimmer gegangen sei, habe er sie gefragt, ob sie mit ihm schlafen wolle oder nicht. Sie habe nichts gesagt, so habe er angenommen, sie sei einverstanden. Immer wieder betonte er in dem Gespräch, daß er von ihr abgelassen hätte, wenn sie etwas gesagt hätte, auch daß er dann die anderen abgehalten hätte. Die Frage, ob er es nicht merkwürdig gefunden habe, daß eine Frau mit so vielen Männern schlafe, beantwortete er damit, daß es »solche« Frauen gebe, und erzählte von einer Prostituierten in der Potsdamer Straße, zu der sie öfter gemeinsam gingen.

Fritz Kramer
Fremd und freundlich

Fremd und freundlich scheinen eher gegensätzlichen Bereichen anzugehören, wie der Alltag jeder beliebigen Großstadt mit ethnisch gemischter Einwohnerschaft nur allzu deutlich dokumentieren kann. Freundschaften und Liebschaften zwischen Jugendlichen, die die konventionellen Schranken zwischen ethnischen, politischen und religiösen Gemeinschaften für sich, und zwar verblüffend unangestrengt, außer Kraft setzen, gehören zu den oft, aber fast immer nur beiläufig angeführten Ausnahmen. Diese Ausnahmen stehen im Mittelpunkt der ziemlich subjektiven, für mich nicht stringent deduzierbaren Überlegungen, die ich hier vorlegen will. Die Entscheidung, von spontanen Beziehungen auszugehen, hat dabei den Vorteil, daß die offiziellen Strukturen von vornherein so fremd und unfreundlich erscheinen müssen, wie sie sind.

Auf dem umgekehrten Standpunkt steht z. B. eine Fragebogenaktion des Berliner Senats, die den offiziell angenommenen Strukturen gemäß in ihrem Kästchenankreuzsystem dem Staatsbürger nur mehr die Alternative läßt, ob er sich von Ausländern gestört fühlt oder nicht – als ob nicht alle wüßten, daß große Teile von Kreuzberg ohne die an sich eher vornehmen Türken längst gänzlich unbewohnbar geworden wären.

Türkische und deutsche Kinder gehen sich in Kreuzberg – wie auch sonst Kinder ethnisch verschiedener Kindschaft und religiös verschiedener Zugehörigkeit in multi-ethnischen Regionen – eher aus dem Weg, da sie die Ängste und Vorurteile ihrer Eltern teilen. Aber wenn sie heranwachsen, gibt es eine Zeit, in der einige die Abgrenzungen in ihren gemeinsamen Nachbarschaften nicht einhalten. Zwischen Jugendlichen entstehen dann tiefe Freundschaften, sei es nun zwischen Jungen, zwischen Mädchen oder zwischen Mädchen und Jungen.

Ein bevorzugter Ort für die Inszenierung solcher Annäherungen ist der Landwehrkanal, den man bekanntlich *das Wasser* nennt und der heute im Kontrast zu seiner historischen Symbolik eine allgemeinere aufweist, die türkischen wie deutschen Jugendlichen gleichermaßen kindvertraut ist. Das meiste wird vielleicht nicht mehr als Vorstellung sein können, aber eine Vorstellung, die wohl als Umkehrung der Gewaltphantasien der Erwachsenen zu deuten wäre. Bei aller Anonymität der Stadt und bei allem

einstudierten, mehr oder weniger gekonnten Nichtvoneinandernotiznehmen der Aneinandervorübergehenden gibt es ja ein geheimes, schwer wägbares Einverständnis, das unter Deutschen ein etwas anderes ist als unter Türken und im alltäglichen Nebeneinanderherleben der beiden Gruppen eine feine, aber stets gegenwärtige Grenze zu erkennen gibt. Und ob diese Grenze in einem flüchtigen, intensiven Augen-Blick, in fester Zuneigung oder in einer tatsächlichen Beziehung verschwindet, das ändert nichts an der Tatsache, daß sich damit eine Sphäre eröffnet, die dem offiziellen Getriebe entzogen ist. In der Heimlichkeit dieser Sphäre vemag der Schein der Fremdheit und Andersartigkeit sich zu verflüchtigen. Um diese Beobachtung sind die folgenden Überlegungen lose gruppiert.

Ethnologische Exkurse

Fremd und freundlich scheinen gegensätzlichen Bereichen anzugehören, ob die Betrachtung nun an alltäglichen Beobachtungen ansetzt, die man heute in allen urbanen Ballungszentren mit multi-ethnischen Populationen anstellen kann, oder an dem Material, das Ethnologen in vielen Teilen der Erde gesammelt haben. Freundlicher Umgang wird zunächst und zumeist zwischen Angehörigen einer Gruppe erwartet, die sich durch wirklich oder vermeintlich gemeinsame Herkunft oder durch ein greifbar gemeinsames Interesse verbunden fühlt. Das läßt sich von den archaischen Gemeinschaften sagen, die wir uns gern als ungestört in ihrer heimatlichen Umgebung lebend vorstellen, ebenso aber auch von den sozialen Verbänden, die in den Sog gewaltsamer Veränderungen hineingeraten sind. Exodus und Exil, Flucht und Vertreibung haben, soweit die Überlieferung zurückreicht, Situationen heraufbeschworen, in denen die durcheinander gewirbelten Völker und Ethnien ihre Identität durch überprägnante Abgrenzungen zu wahren suchten: Sei es, daß die Gruppen sich als endogame Kasten abkapselten, jede ihren eigenen, von Priestern formulierten und überwachten Reinheitsregeln folgend, die allemal auch der Unterscheidung von den Anderen dienen, sei es, daß eine doppelte Moral entstand, eine Moral, die für den Bruder gilt, und eine andere, die dem Anderen, dem Fremden gegenüber erlaubt ist. So ist das Zusammenleben von Menschen ethnisch verschiedener Kindschaft oder religiös verschiedener Zugehörigkeit noch stets mit feindseligen Haltungen und grundsätzlich mit Mißtrauen verbunden gewesen.
Seit der Ausbreitung der Industrie und des Imperialismus sind mehr und mehr Ethnien und Teilethnien staatlichen Umsiedlungsmaßnahmen zum Opfer gefallen, sind vertrieben worden oder geflüchtet oder auf der Suche nach Arbeit in die urbanen Ballungszentren abgewandert. Zumindest in Europa und im Gefolge der Aufklärung hat man dabei oft geglaubt, an der

Bedeutung ethnischer Kindschaft und religiöser Zugehörigkeit zweifeln, sie als Produkt unaufgeklärter Zeiten, als Relikte herabsetzen zu können. Andererseits haben sich zugleich allerdings Nationalismen breitgemacht, die den im Staat organisierten, heterogenen Gebilden die zerstörte oder unterschlagene Gemeinschaftlichkeit suggerieren sollen. Dann gilt erst recht, daß fremd und freundlich gegensätzlichen Bereichen angehören; denn zwischen Nationen besteht Feindschaft, wenn sie nicht durch Verträge überbrückt ist – wenigstens der Vorstellung nach.
Andere Auffassungen wirken zynisch, sentimental, politisch verlogen. Die Rede von der Völker*freundschaft* hat sich schon so oft suspekt gemacht, daß ihre Kritik sich hier erübrigt. Und was die Institution der Gast*freundschaft* angeht, so sollten wir uns der Illusion, es ginge in ihr zunächst und zumeist um das Freundliche, nicht hingeben; selbst in der Stammesgesellschaft, wo sie fraglos gilt, eignet ihr eher etwas Zwanghaftes: Der Umgang mit dem fremden Gast ist zwar nicht offen feindselig, aber von streng sanktionierten Tabus und Regeln umgeben, denen deutlich zu entnehmen ist, daß es sich um ein Rechts- und Vertragsverhältnis handelt, das auch dann als solches gilt, wenn es mit spontaner Zuneigung identisch ist. Und genauso ist es, wenn man von *Gast*arbeitern spricht: Eben als Gästen begegnet man ihnen mit Mißtrauen, und eben als Gäste werden sie von Institutionen überwacht und notfalls geschützt.

Das Freundliche – d. h. das, was in Beziehungen spontaner Zuneigung statthat – verbindet Personen, die aufgrund der Selbstverständlichkeit ihres Umgangs einander trauen. Umgekehrt könnte man auch sagen, daß zwischen den Angehörigen einer Gruppe ein unausgesprochener Vertrag besteht, der durch alltägliche Verhaltensweisen bekräftigt und spontan eingehalten, dessen Einhaltung aber auch mittels eines Arsenals von Institutionen – solchen der Magie, der Hexerei und Zauberei, der Besessenheits- und Opferkulte – gleichsam unmerklich erzwungen wird. Freundliche Beziehungen erscheinen von innen gesehen als spontaner Natur, während Beziehungen zu Fremden, von innen wie von außen gesehen, distanziert und vermittelt oder offen feindselig sind. Wählen wir die Perspektive einer beliebigen Stammesgesellschaft – hier der Siuai –, so läßt sich das folgendermaßen zusammenfassen:

»Die Menschheit besteht aus Verwandten und Fremden. Verwandte sind gewöhnlich durch Bluts- und Ehebande aneinander gebunden; die meisten von ihnen leben in der Nähe, und alle Personen, die in der Nähe sind, sind Verwandte. Verwandte sollen recht oft miteinander zu tun haben, zumindest in Krisenzeiten und anläßlich ihrer *rites de passage*. Alle Transaktionen zwischen ihnen sollen in einem Geist durchgeführt werden, der frei von Kommerzialität ist – von nahen Verwandten wird Teilen, nichtreziprokes Geben und Erbübertragung gefordert, von entfernteren Verwandten erwartet man Leihgaben. Unter sich sollen Verwandte Gefühle der Zuneigung oder zumindest der Amity hegen und ausdrücken – nach den Umständen mit dem

Ausdruck der Hochachtung oder der höflichen Zurückhaltung und der sexuellen Meidung gefärbt.« (D. L. Oliver, zit. nach *Gesellschaften ohne Staat*, Frankfurt 1978, Bd. 2, S. 156).

Diese Bindungen sind in unserer Gesellschaft reduziert und oft verleugnet worden. Das Wort *Amity* ist hier eingeführt, weil es im Deutschen sonst kein Wort mehr gibt, das eine sowohl freundschaftliche als auch verbindliche Beziehung unmißverständlich bezeichnen kann. Zwischen Eltern und Kindern, zwischen Geschwistern, zwischen Clangenossen und zwischen Nachbarn erwartet man vor allem selbstverständliche und allgemein unbeschworene Verläßlichkeit, gegenseitige Hilfe, Gaben und Gegengaben – eben das Freundliche, dessen Wert man unter keinen Umständen kommerziell veranschlagen darf. Zwischen dem Reichen und dem Armen, dem Herrn und dem Knecht kann Amity wegen der in ihr implizierten Gegenseitigkeit weder aufkommen noch überdauern, wenngleich es manchmal wichtig sein mag, sie als Fiktion aufrechtzuerhalten. So hatte die Regel, vom Fremden, nicht aber vom Bruder Zins zu nehmen, noch unter den Bedingungen der Klassendifferenzierung Gültigkeit, bis die kapitalistische Wirtschaftsethik sie außer Kurs zu setzen gestattete.

Amity steht nun in rätselhafter Beziehung zur Liebe – falls man dies ebenso vieldeutige wie nichtssagende Wort noch verwenden will. Innerhalb der in Amity verbundenen Gruppe gelten sexuelle Meidungsregeln. Der Ursprung der Inzestverbote, die in diese Meidungsregeln irgendwie hineinspielen, ist umstritten. Mir ist am ehesten noch die Auffassung plausibel, derzufolge die Ordnungsbeziehungen innerhalb der als Verwandtschaften konstituierten Gruppen durch Sexualität gefährdet würden. Bekannt ist, daß Anhänger der Psychoanalyse es vorziehen, Verwandtenliebe und Affektliebe zu Fremden – zu unheimlich Fremden – gleichermaßen auf verdrängte Inzestwünsche zurückzubeziehen. Ethnologisch gesehen besteht für die Sozialorganisation der Stammesgesellschaften das Kernproblem darin, daß exogame, korporative Gruppen sich im biologischen Sinn nicht reproduzieren können, ohne Beziehungen zu Fremden, zu Männern bzw. Frauen aus anderen Gruppen aufzunehmen. In bestimmten Momenten und in gewisser Hinsicht stehen hier also Amity und Sexualität zueinander komplementär: Amity verbindet die Personen, die stets zu gegenseitiger Hilfe bereit sind und im Fall von gewaltsamen Auseinandersetzungen und Fehden mit Anderen solidarisch zusammenstehen; erotische Affektliebe und sexuelle Beziehungen dagegen dürfen nur zwischen Fremden aufkommen, die latent miteinander verfeindet sind. In Stammesgesellschaften heiraten folglich die Mädchen die Feinde ihrer Väter und Brüder, die Jungen die Schwestern und Töchter ihrer Feinde: »Wir heiraten die, gegen die wir kämpfen.«

Es handelt sich um einen Prozeß: Ist eine sexuelle Beziehung einmal aufgenommen und durch Heirat bekräftigt, so wird die Person, Mann oder Frau, in die Gruppe, in die sie eingeheiratet hat, mehr oder minder

vollständig integriert. In einigen Gesellschaften löst sie sich beinah gänzlich aus ihrer Herkunftsgruppe, um in der neuen Gruppe einheimisch zu werden und an ihrer Amity teilzuhaben. In anderen Gesellschaften bleibt sie eine Fremde oder ein Fremder, von Mißtrauen umgeben. Und innerhalb ein und derselben Gesellschaft gibt es Unterschiede hinsichtlich des Ausmaßes der Integration und des Zeitraums, in dem sie sich vollzieht. Für die Anverwandten, die auf ihre Weise an der Integration teilhaben, werden Beziehungen zu Fremden so beiderseitig zu Beziehungen, in denen das Freundliche statthat.

Wie problematisch solche Prozesse verlaufen können, sei an einer Geschichte illustriert, die in dem auch bei uns bekannten, wenngleich oft mißverstandenen Film *Sürü, die Herde* erzählt wird. Die Männer einer Gruppe haben ihre Schwester einem Angehörigen der Gruppe, mit der sie schon lange verfehdet sind, zur Frau gegeben, um ihren Friedenswillen zu bekunden. Der Patriarch, der über seine Angehörigen wie über die gemeinsame Herde verfügt und für beide verantwortlich ist, hat die Fremde als Schwiegertochter angenommen und sich so zu Amity verpflichtet. Als der Patriarch die ihm anvertraute, allerdings kinderlos gebliebene Schwiegertochter dennoch mit Haß verfolgt, vermag diese schließlich das Wiederaufleben der Fehde nicht zu verhindern, weigert sich aber, zu ihren Brüdern zurückzukehren. Unwillkürlich verstummt sie; ihre Sprachlosigkeit ist Ausdruck des Leids, von der inneren Teilhabe an der Gemeinschaft ausgeschlossen zu sein. Erzählt wird hier nämlich von der Zerstörung des gemeinschaftlichen Guts, der Herde, die auf dem Weg in die Stadt teils verendet, teils gestohlen und zu guter Letzt verramscht wird. Wir hören vom Ende der Amity: Die Frau, die in der Hoffnung auf Heilung von ihrer Stummheit mitgereist ist, stirbt, die Söhne verschwinden in der Anonymität der Stadt oder werden verhaftet, hilflos bleibt der Patriarch allein zurück, eine lächerliche Figur, in einer Welt, die er nicht versteht und die ihn nicht achtet.

In der Stammesgesellschaft muß das Individuum seine Existenzberechtigung nicht erst unter Beweis stellen, da es als Verwandter fest umrissene, immer gültige Rollen zu spielen hat. Die Verhältnisse und Prozesse, die dort zwischen dem Fremden und dem Freundlichen statthaben, überdauern in komplexeren Strukturen nur in umgewandelten Formen. Häufig treten hier engere Endogamieregeln hinzu, sei es in strenger Form, als die Vorschrift, nur innerhalb der eigenen Kaste zu heiraten, sei es in der unschärferen Gestalt des Mesalliancenverbots, durch das sexuellen Beziehungen zwischen sozial Ungleichen die volle rechtliche Anerkennung verweigert wird.

Betrachten wir nun Beziehungen zwischen Gruppen verschiedener ethnischer Kindschaft, so finden wir die Konstellation von Fremdheit und Sexualität nur als verkehrte und verdrängte. Als besonders krassen Beweis kann man die Apartheidspolitik anführen, die man – wenn auch in

gebührendem Abstand von der Kritik ihrer politischen und ökonomischen Funktionen – auch unter dem Aspekt betrachten kann, daß sie die sexuelle Segregation der nach Hautfarben definierten Kasten ja auch deshalb gewaltsam durchsetzen muß, weil es die erotische Anziehung durch andere Kasten gibt, die das Tabu als unheimlich erscheinen läßt. Ethnologen könnten auch auf die Pondo verweisen, die bei beträchtlicher sexueller Freizügigkeit darunter leiden, daß ein großer Kreis von Personen einerseits durch weit ausgelegte Inzestverbote, andererseits durch Farbkastenabgrenzungen von sexuellen Beziehungen ausgeschlossen ist: Hexen gelten bei ihnen als ebenso gefährlich wie erotisch anziehend.

Vereinfachend, aber für die Zwecke der vorliegenden Argumentation vielleicht ausreichend, läßt sich sagen, daß die Weltreligionen, am meisten das Christentum und der Islam, und diese im Anschluß an das Judentum, die Konzeption der Amity von der ethnischen Gemeinschaft auf die Gemeinde zu übertragen versucht haben. Christliche Caritas ist Liebe in der Gemeinde, in der alle Verwandtschaftsbindungen ideell aufgehoben sind – eine Transfiguration, wie die spätantike Polis sie nahegelegt hat. Auch im Islam, der doch bis heute wenigstens zum Teil in einer Welt der Stämme zu Hause ist, war die Solidarität der Verwandtschaften ursprünglich verboten, realiter zumindest aber eingedämmt. Für Ibn Khaldun war der Islam geradezu die Kraft der Selbstbeherrschung, deren es bedarf, um die Solidarität der Gemeinde auch dann noch zu wahren, wenn sich längs genealogischer Segmentlinien charismatische Gefolgschaften ansammeln.
Im Umkreis der Weltreligionen ändert sich die Auffassung und Wertschätzung der Sexualität grundsätzlich. In schwächerem Maße liegt eine gegenüber der Stammesreligion veränderte Situation auch schon in den Nationalreligionen vor, deren Gott oder Götter jeweils der Gott oder die Götter des eigenen Volks sind. Daran interessiert hier nur ein bestimmter Aspekt, die Bedeutung nämlich, die der erotischen Liebe und der übergreifenden Amity zwischen Angehörigen verschiedener Religionen zukommen kann. Die kanonisierte Formulierung eines solchen Falls findet sich im Buch Rut.
Es wird erzählt, daß die Eltern mit ihren beiden Söhnen ins Ausland gezogen waren, weil sie zu Hause hungern mußten. In der Fremde war der Vater gestorben, und die Söhne hatten Töchter des Landes zu Frauen genommen. Als auch die Söhne gestorben waren, machte die Mutter sich mit der einen ihrer beiden Schwiegertöchter, Rut, der Freundin, die das Volk und den Gott der Schwiegermutter zu ihrem eigenen Volk und ihrem eigenen Gott wählen wollte, auf den Weg zurück in das Land der Geburt. Ihr Ziel erreichten sie, als dort die Ernte begann. Und als die Ernte zu Ende ging, folgte Rut dem Rat der Schwiegermutter, sich festlich zu waschen und zu salben; sie kleidete sich ein und schlich des Abends auf die Tenne zu einem Schwiegerverwandten,

einem schon älteren Mann, der dort vom Mahl gesättigt am Rand des Getreidehaufens schlief. Sie deckte sein Lager auf, und der Mann, der sich über dies Zeichen ihrer Liebe freute, nahm sie bald darauf zur Frau.
Ursprünglich wird dieser Geschichte wohl die Aufgabe zugefallen sein, ein genealogisches und heilsgeschichtliches Bedenken auszuräumen. Es lag nämlich etwas Anstößiges darin, daß eine Fremde, die Moabiterin Rut, zu den Vorfahren des Königs David zählte. Sieht man von dieser historischen, religiösen Bedeutung ab, so wirkt die Geschichte eher unscheinbar. Christliche Moraltheologen haben an der etwas schwülen Erotik Anstoß genommen, der Szene am Rand des Getreidehaufens, die für den Erzähler wichtig war. Aber das wirklich Befremdende, das der moderne Leser bei einiger Aufmerksamkeit nicht übersehen kann, liegt im Motiv der Szene, der Verwandtschaftsamity einer Fremden. In der Verführung, die Rut inszeniert, fallen Amity und erotische Liebe zusammen; aus Liebe zu den Verwandten ihres verstorbenen Mannes folgt sie dem Rat der Schwiegermutter und liebt einen entfernten Verwandten ihres verstorbenen Schwiegervaters. Die Bindung an ein fremdes Volk kraft Ehekontrakt, der schon durch den Tod geschieden ist, ist mit der Liebe zu diesem Volk identisch, und diese wird als erotische Liebe inszeniert.
Die Geschichte benutzt die traditionalen Prozesse der Integration von Fremden durch erotische Anziehung zu einem neuen Zweck: Im Prozeß der Integration in eine andere Gruppe ist die erotische Anziehung nicht mehr als ursprüngliches Moment eingesetzt, sondern Mittel und Zeichen der Liebe zu einem bestimmten Volk. Modern gesprochen handelt es sich eigentlich um eine Konversion: »Dein Volk sei mein Volk, und dein Gott sei mein Gott.« Die Vorstellung vom fremden Gott, dem man nicht anhängen soll, von dem man sich aber versucht sieht, und der deshalb unheimlich wirkt, wird hier in umgekehrter Optik durch die Konversion des Unheimlichen enthoben.

Türkische Heimat im Film

Der türkische Trivialfilm, der wie andere Trivialfilme unser Interesse verdient, weil er alltäglich in seelische Innenwelten eingreift und darum einen Aspekt von ihnen abspiegeln muß, steht in der Tradition einer orientalischen Vorstellung von reiner Affektliebe. Das bewegende Moment seiner Fabeln ist die Fremdheit und Feindschaft, die zwischen den Gruppen besteht, denen die Liebenden angehören.
Tiefer und tiefer fährt der himmelblaue Mercedes in die Berglandschaft hinein. Sie schauen sich an, sanft gleitet der Asphalt unter ihnen davon, Kehre um Kehre windet die Straße sich höher, immer weiter führt sie von der Welt der Menschen ab. Sie trägt noch das Brautkleid, in dem er sie entführt hat,

von der Hochzeit mit einem anderen, den der Vater bestimmt hatte. Ein anderes Tal, ein noch höherer Paß. Schließlich hält das himmelblaue Auto vor einem Haus. Sie aber werden sich nicht mehr bewegen, sie haben ihr Ziel erreicht, einander zugewandt. Es beginnt zu schneien, sie schauen sich in die Augen, wieder und wieder. Es wird jetzt alles weiß, bis sie vor Kälte erstarrt sind.

Ein anderer ist von den Feinden geblendet worden, aber er schnitzt das Antlitz ihrer Schwester in einen Baum, um es berühren zu können. Keine andere Waffe ist ihm geblieben als seine klagenden Lieder, die *sie* zu ihm finden lassen, als beide erschossen werden. – Oder: Aus der Hochzeitskammer wird die noch unentschleierte Braut entführt. Sie fliehen in die Stadt, wo unter ihren Füßen ein Sprengsatz detoniert. – Wie aus dem barocken Theaterhimmel der deus ex machina steigt, um unentwirrbare Geschicke aufzulösen und Ehen zu stiften, so tritt in diesen Geschichten der Tod auf, und zwar immer dann, wenn die Menschen ihr Geschick schon aus eigenen Kräften gewendet haben.

Das Befremdliche daran ist die Selbstverständlichkeit und Plötzlichkeit, mit der ganz zum Schluß die tödliche Wende einsetzt. Es liegt nahe, das als moralische Lehre zu interpretieren: Liebe ist eine zwingende Macht, der niemand widerstehen kann; wer sich aber gegen den Vater – als den Repräsentanten der sozialen Ordnung – kehrt, den trifft eine strafende Hand – ähnlich wie umgekehrt das Happy End einmal den unausgesprochenen Glauben an eine gütige Vorsehung zu erkennen gab.

Ein Hinweis, der vor dieser Deutung warnen sollte, läßt sich dem Bild entnehmen, das noch heute in traditionsorientierten türkischen Häusern einen wohl ebenso prominenten Platz einnimmt wie in katholischen die Darstellung der Madonna mit dem Kind. Das Bild zeigt Abrahams Opfer; der Vater hat das Messer gezückt und beugt sich bedrohlich über den Sohn, dessen Augen mit einer Binde verdeckt sind. Vom Himmel schwebt der Engel herab und fällt dem Vater in den Arm, um dem Opfer zu wehren. Der Engel ist eine Frau, auf neuen, grellbunten Drucken blondhaarig und vollbusig.

Formal gesehen, unterscheidet der türkische Heimatfilm sich vom deutschen der fünfziger Jahre nur in Einzelheiten, die hier nebensächlich sind. Szenenfolge und Schnitte sind denkbar schlicht, Mimik und Gestik der Darsteller gekonnt, wenn auch allzu nachdrücklich und einprägsam. Der deutsche Heimatfilm gemahnte an jenen höchst zweifelhaften Zweig der Überlieferung des deutschen Märchens, in dem der armen, verlassenen Prinzessin immer so bös mitgespielt wird, daß es nur gerecht und selbstverständlich sein konnte, wenn schließlich der starke Retter nahte, um der gekränkten Tugend zu ihrem ewigen Glück zu verhelfen. Der türkische Film wird dagegen für Zuschauer gemacht, deren Grundhaltung eher ernst als

larmoyant ist, und die auf ihre Weise ihrer selbst sicher – ihrer »Hände, Zunge und Lenden Herr« sind.
Die milde Katharsis, die der Kinogänger erwartet, ist aber im deutschen wie türkischen Film die gleiche. Sie gründet in der Vorstellung einer einfachen Affektliebe, die ihre Erfüllung finden soll. Weshalb aber im Fall des türkischen Films das Ende tödlich sein muß, das könnte aus der Erzähltradition zu verstehen sein, der diese Vorstellungen entstammen. Denn diese lag im Einflußbereich der islamischen Liebesmystik, in der die reine Affektliebe als Stufe auf dem Weg des Mystikers galt, die Bereitschaft für ihren tödlichen Ausgang als Zeichen ihrer Vollkommenheit.
Ich vermute, daß der tödliche Ausgang der Filmgeschichten von den Zuschauern gelassen angenommen wird, weil er die Funktion erfüllt, die mystische Absolutheit der dargestellten Leidenschaft zu unterstreichen. Und so könnte es sich auch mit der Fremdheit, der Feindschaft zwischen den Gruppen verhalten, denen die Liebenden angehören, mit dem Verbot des Vaters und den Meidungsregeln, die die soziale Ordnung vorschreibt.
Geschichten dieser Art sind gleichwohl auf reale gesellschaftliche Verhältnisse bezogen, in denen zwischen den Angehörigen verschiedener Gruppen Fremdheit besteht, ohne daß es nach Art der Stammesgesellschaft strenge Exogamieregeln gäbe. In den islamischen Gesellschaften gibt es ja keine exogamen Lineages, und die besondere Konstellation der türkischen Filmgeschichten könnte damit vermittelt zu tun haben. Dafür spricht, daß wir in den Stammesgesellschaften mit Lineage-Exogamie ganz ähnliche Mythen und Märchen von leidenschaftlicher, todesbereiter Liebe antreffen, die dort aber inzestuöse Beziehungen implizieren, was gleichfalls die mystische Absolutheit der dargestellten Leidenschaft unterstreicht.
Selbstverständlich ist die mythische, magische und mystische Vorstellung von Affektliebe der europäischen Tradition durchaus nicht fremd. Max Weber z. B. ist im Kontext der Spannungen zwischen der erotischen und der religiösen Sphäre auch auf die europäische Entwicklung der orientalischen Liebesmystik eingegangen: Die Bereitschaft, der Affektliebe mit tödlichem Ernst zu verfallen, habe mit der Entzauberung der Welt zugenommen, da sie mehr und mehr als die einzige Hoffnung erscheine, aus den Zwängen der rationalisierten Lebensführung in reine Natur auszubrechen.
Ob wir nun von den trivialen Geschichten des Films ausgehen, von der Mystik oder von der Religionssoziologie, jedesmal zeigt sich – Akzentuierung beiseite – die Vorstellung, zwischen den Rollen, die die anderen uns anweisen (und in denen wir uns manchmal fremd sind), und dem, was als natürliche oder eigentliche Identität hingestellt wird, bestehe ein Widerspruch, der manchen Traditionen zufolge in der alltäglichen Realität aufzulösen sei, anderen zufolge aber nicht oder nicht mehr. Ethnologisch gesehen liegt dieselbe Vorstellung auch dem Rollentausch der Maskenfeste

zugrunde, auf denen man die Aufhebung der individuellen Identität in der Figur des Geistes inszeniert, der der Welt der alltäglichen Konflikte enthoben oder übergeordnet ist. Und in ähnlicher Weise scheint sich auch die Angst vor der Fremdheit des Anderen – und damit vor der Fremdheit anderer Kulturen innerhalb ethnisch gemischter Nachbarschaften – in den Umkehrungsbereichen gesellschaftlicher Strukturen aufzulösen, und das spielt in die alltägliche Realität hinein, selbst wenn es sie nicht zu verändern vermag.

Bei Betrachtung der türkischen Filme hatte ich deshalb auch an Romeo und Julia gedacht; sie gehören zwei Häusern an, die einander hassen und bekämpfen: jedem geht es darum, sein Ansehen über das des anderen zu stellen, jeder Blick, jede Bemerkung wird als Kränkung empfunden, und der bloße Anblick des Anderen löst blinde Wut aus, da er die gemeinsame Sache, das Ansehen des Anderen und das eigene Ansehen in den Augen des Anderen zu erkennen gibt. Die Fehde hat als anarchischer Zustand unterhalb der staatlichen Ordnung überdauert. Auch die Sphäre, in der die Blicke von Romeo und Julia sich kreuzen, ist dem sozialen Zugriff entzogen; zum ersten Mal sehen sie sich auf einem Maskenfest, das die Identität des Anderen in der starren Fremdheit der Maske aufhebt.

Hans-Günter Kleff
Die Fremden in unserem Land

Gedanken eines fiktiven Linken

Nun sind sie also hier, bei uns, im eigenen Land, die Fremden aus den Ländern der Dritten Welt. Noch vor wenigen Jahren bekräftigten wir auf unseren Demonstrationen ›Internationale Solidarität‹ und wünschten den Unterdrückten dieser Länder ›Sieg im Volkskrieg‹. Inzwischen ist nicht nur den Rhein und die Spree einiges Wasser heruntergelaufen, sondern auch den Bosporus, den Indus, den Mekong usw. Damit sind auch viele unserer voreiligen Hoffnungen auf den Sozialismus im eigenen und in den fremden Ländern die Flüsse herunter. Die ›Klassiker‹ haben wir erst mal beiseite gelegt; was heute für uns zählt, sind unsere Gefühle, denen wir nach unserer ›Kopfzeit‹ wieder Raum geben wollen.
Unsere Gefühle sagen uns: Diese Fremden sind störend. Zuerst haben sie uns in ihren eigenen Ländern den Spaß verdorben. Bestand der ›Sieg im Volkskrieg‹ nicht oft genug im Sieg dogmatischer Cliquen, deren konkrete Politik wenig mit unseren Emanzipationsvorstellungen zu tun hatte?
Wenn wir mit ›Alternativtours‹ in die Länder der Dritten Welt reisten, mußten wir oft genug feststellen, daß die landschaftlichen Schönheiten dieser Länder uns vermiest wurden. Hatten wir, die wir doch ausgiebig und selbstlos für die Unterdrückten dieser Länder demonstriert hatten, nicht ein Recht darauf, daß uns nun die althergebrachte Gastfreundschaft erwiesen würde? Zwar wurde immer noch hin und wieder ein Hammel oder eines der wenigen Hühner für uns geschlachtet, aber schon während des Gastmahles behelligten sie uns mit der Frage, ob wir sie nicht nach Deutschland mitnehmen könnten. Sehen wir etwa aus wie Unternehmer? Können die denn nicht mal in ihrem eigenen Land eine ordentliche sozialistische Revolution auf die Beine stellen? Aber statt unsere Ratschläge aufzugreifen, schauen sie nur dumm, wenn wir ihnen erzählen, wie man's machen müßte. Schauen vor allem auf unsere Freundinnen, mit denen wir noch kurz zuvor an diesem herrlichen Strand nackt gebadet hatten. Tja, das hatten wir nicht bedacht, wie patriarchalisch zurückgeblieben diese Leute noch sind, wie sehr sie ihre eigenen Frauen unterdrücken und deshalb auf die unsrigen scharf sind, wie gern sie sich auf Kosten ihrer Frauen einen faulen Lenz machen. Trifft man in diesen Ländern auf scheinbar echte Linke, so entpuppen sie sich bald als waschechte Marxisten-Leninisten. Was unsere KPD inzwischen

geschnallt hat, das müssen die doch auch irgendwann mal schnallen. So wie die sich das ausmalen, kann's jedenfalls nicht klappen, oder es wird wieder derselbe Mist wie in Vietnam, Kambodscha, China usw.
Wir mußten feststellen, daß alle diese Leute nicht die ›edlen‹ Unterdrückten waren, nicht die Winnetou-Typen, die wir uns vorgestellt hatten. In diesen Ländern hat man nie seine Ruhe, man wird dauernd angequatscht und angeglotzt. Immer wieder versuchen sie, uns auf unseren Reisen auszunehmen, selbst wenn wir ihnen erzählen, wie schwer es uns falle, mit einem 2000-DM-Budget drei Monate rumzureisen. Aber was verstehen diese Leute schon vom alternativen Reisen, wo sie doch nur darauf aus sind, Industrie in ihr Land zu bekommen, die ihnen ihre noch weitgehend saubere Umwelt innerhalb kürzester Zeit versauen wird. Sanfte Technologie wäre die Alternative für diese Länder. Aber davon wollen sie nichts hören. Lieber versuchen sie, sich nach Europa, in die Bundesrepublik abzusetzen. Auch wenn wir ihnen erzählen, was für eine Scheiße hier läuft – sie lassen sich nicht davon abhalten, hier das Paradies zu sehen . . .
Viele von denen sind jetzt schon etliche Jahre hier bei uns und verhalten sich immer noch so, als ob sie in der Türkei oder sonstwo wären. Gut, ihre Volkstänze und ihre Musik, die sie auf unseren Stadtteilfesten bringen, sind teilweise echt dynamisch – hört sich gut an und sieht auch ganz toll aus. Wenn's nicht zuviel wird. Denn auf die Dauer geht einem das Gedudel doch auf den Wecker. Leider kommt der Reggae ja nicht aus der Türkei. Vor allem ist es merkwürdig, daß sie immer noch an ihren Allah glauben. Die hiesigen Arbeitsbedingungen hätten ihnen doch langsam zeigen müssen, was ihnen der Allah hilft. Die sollten lieber mal in den Fabriken mehr auf den Putz hauen – haben doch 1973 bei Ford in Köln so schön angefangen. Wie man hört, haben sie sich jetzt bei Ford für ein paar lumpige Mark ihre Arbeitsplätze abkaufen lassen, statt für deren Erhalt zu kämpfen. Mit dem Geld hoffen sie wohl, sich in der Türkei zu Kleinkapitalisten aufschwingen zu können. Daß ich nicht lache!
Und die, die sich schon nicht aufraffen können, zurückzugehen, die sollten wenigstens mal größere Wohnungen für ihre Kinderschar anmieten, statt ihr Geld den Hodschas in den Rachen zu stecken, damit die noch mehr Moscheen aufmachen und den Kindern mit dem Koran den Kopf verdrehen. Klar, Wohnungen finden sie schwer bei dem Wohnungsmarkt und den Vorurteilen der Vermieter. Aber dann sollten sie wenigstens was für ihre Kinder tun und ihren Frauen gescheite Klamotten kaufen, damit die nicht sommers wie winters mit Kopftuch rumlaufen müssen. Überhaupt die Frauen! Was da an Unterdrückung läuft, da sind die deutschen Männer Waisenknaben dagegen. Was die Türken betrifft, bin ich voll und ganz Feminist. Aber wenn ihr mich fragt: Ich glaub' nicht dran, daß wir die jemals integrieren können.

EINE DEUTSCHE STUDENTIN »Ursprünglich hatte ich nichts gegen die Türken. Aber in der letzten Zeit habe ich eine ganz schöne Wut auf sie bekommen. Dauernd machen sich die türkischen Männer an einen ran und versuchen einen zu bekrabbeln. Ich traue mich schon nicht mehr, abends mit der U-Bahn zu fahren, ich nehme mir ein Taxi. Klar, alle paar Monate machen mich auch deutsche Männer an, aber mit türkischen Männern passiert das wirklich laufend. Selbst meine kleine Tochter hat schon Angst vor den Türken. Sie geht schon nicht mehr allein auf den Spielplatz, weil sie sagt: ›Dort ist ein großer starker türkischer Junge, der mich immer verhauen will.‹ Vielleicht übertreibt sie – aber immerhin!«

EIN ANGEHENDER MEDIZINER »Also ich bin total dagegen, daß Türken bei uns wählen dürfen, auch nicht bei Kommunalwahlen. Das sind doch alles Faschisten, zumindest 40 Prozent von denen sind Faschisten oder unheimlich reaktionär. Wenn solche Leute auch noch in den Rathäusern sitzen, dann Gute Nacht. Als ob es nicht schon genug deutsche Ärsche dort gäbe. Also ich bin dagegen, selbst wenn es auch die linken Türken trifft . . . Und stimmt es etwa nicht, daß die Türken ihre Streitigkeiten viel radikaler austragen?«

MEINE HAUSWARTSFRAU Es klingelt an der Tür. Ich mache auf. Draußen steht meine Hauswartsfrau. Sie ist sehr erregt. »Machen Sie alle Ihre Eimer voll Wasser, der Installateur ist da, wir müssen für heute im ganzen Haus das Wasser abstellen.« »Was ist denn passiert?« frage ich. »Seit die Türkenweiber hier wohnen, ist dauernd der Abfluß verstopft. Im Seitenflügel, erster Stock, steht alles unter Wasser.« Zwar weiß ich nicht, ob wirklich die ›Türkenweiber‹ schuld waren, aber ganz ausschließen möchte ich es nicht. Schließlich habe ich selbst schon gesehen, wie die beiden Frauen im Hof die Mülltonnen umkippten und mit einem Stock im Dreck rumstocherten, weil sie offensichtlich etwas suchten, und dann die Hälfte des Mülls auf dem Hof liegen ließen. Ich lege mir eine Erklärung zurecht: Die beiden Frauen sind sehr traditionell gekleidet. Wahrscheinlich kommen sie direkt aus ihrem Dorf in diesen Berliner Hinterhof. Im Dorf wird nur wenig weggeworfen, und das wenige, das anfällt, schmeißt man vor die Haustür, wo es von Hunden, Ziegen und Hühnern gefressen oder beim nächten Regen weggeschwemmt wird. Aber wer erklärt den beiden Frauen, weshalb man hier mit dem Abfall anders umgehen muß? Nun, meine Hauswartsfrau, die erst mal die Arbeit hat, werden solche Überlegungen weniger interessieren.

DIE TÜRKEN SIND SO LAUT Unter der Wohnung einer Bekannten, die gerade Examen macht, wohnt eine türkische Familie. Immer wenn wir uns

treffen, erzählt sie, daß diese Türken einen Heidenlärm machen und daß sie kaum noch lernen kann. Manchmal, spät in der Nacht, klingt es so, als ob sie Holz hackten, ein andermal drehen sie ihre Musik zu den ungewöhnlichsten Zeiten auf volle Lautstärke, und dann hört sie auch öfters markerschütternde Schreie von Frauen und Kindern, so, als ob sie furchtbar verprügelt würden. Von meiner Bekannten gebeten, weniger Lärm zu machen, tut der Mann so, als verstünde er nichts. Ich habe ihr auf Türkisch einen Zettel geschrieben, sie sollten endlich leiser sein, sonst werde man den Hausbesitzer oder die Polizei benachrichtigen. Den Zettel ließ sie von anderen Hausbewohnern unterschreiben und steckte ihn in den Briefkasten der Familie. Aber der Lärm wurde nicht weniger. Öfters, wenn es wieder einmal so laut herging und sie nicht schlafen konnte, hat sie mit einem Besenstiel auf den Fußboden gestoßen. Daraufhin hörte sie ein schallendes Lachen, und die Musik wurde noch lauter gedreht. Sie war ziemlich verzweifelt, wollte auch nicht die Polizei holen. »Nein, ich hetze Ausländern nicht die Polizei auf den Hals«, sagte sie. Bei Deutschen hätte sie diese Skurpel nicht gehabt. Schließlich hat sie eine andere Wohnung gefunden und ist ausgezogen.

Die linken Türken mit ihrer verdammten Uneinigkeit Die türkischen Rechten sind in der Bundesrepublik straff organisiert; weiter als bis zur Aufteilung in Graue Wölfe = Faschisten und Islamfanatiker geht ihre Spaltung nicht. Beide hatten in den letzten Jahren einen erheblichen Zulauf. Unter den türkischen Linken dagegen sieht es ziemlich trostlos aus – heillose Zersplitterung. Geht es wieder einmal darum, eine antifaschistische Aktionseinheit zusammenzubekommen, und es ist mehr als eine türkische Gruppe dabei – kurdische Gruppen wollen schon von vornherein nichts mit den Türken zu tun haben –, so fliegen spätestens bei dem Redebeitrag des dritten Türken die Fetzen: »Du Opportunist«, »Du Sozialfaschist«, »Du maoistischer Faschist«, »Du Agent hast ein Mitglied unseres revolutionären xy-Vereins an die sozialdemokratische deutsche Polizei verraten«. So kann man es erleben, wenn die türkischen Kader aufeinandertreffen. Ähnliches spielt sich von Zeit zu Zeit innerhalb der türkischen Vereine ab. Irgendwelche ›Opportunisten‹ werden ausgeschlosssen und gründen mit ihrer persönlichen Anhängerschaft flugs einen neuen Verein. Fragt man einfache Vereinsmitglieder, um welche politischen Probleme es gegangen sei, so erhält man vage Andeutungen, dieser oder jener Ausgeschlossene habe seit langem die ideologische Arbeit vernachlässigt, in opportunistischer und selbstsüchtiger Weise dieses oder jenes gemacht und der revolutionären Arbeit des Vereins schweren Schaden zugefügt. Ali und Ahmet usw. habe man nochmals eine Chance geben wollen, sie seien dem Ausgeschlossenen aber gefolgt, weil sie sowieso immer bei dem zu Hause sitzen und beim Tee ihre Machenschaften aushecken würden. Oft hatte ich bei dergleichen den

Eindruck, daß die Ausgeschlossenen gerade die Leute waren, die etwas mehr Betonung auf die praktische Unterstützung ihrer Landsleute legen wollten.
Kein Wunder, daß linke türkische Gruppen kaum neue Anhänger unter ihren Landsleuten gewinnen können. Ein Hodscha weiß, wie er seine Landsleute anzusprechen hat, um sie in die Moschee und ihre Kinder in die Korankurse zu bekommen. Und auch ein türkischer Faschist weiß, daß er die Jugendlichen mit dem Angebot von Karatekursen in seinen ›Idealistenverein‹ bekommt. Aber die linken türkischen Kader führen in ihrer Profilierungssucht ideologische Eiertänze auf, anstatt sich auf ihre Landsleute einzustellen und ihnen bei ihren Alltagsproblemen zu helfen. Zwangsläufig wird dann auch das Sammeln von Informationen und die Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit über faschistische Aktivitäten nur von ganz wenigen, hoffnungslos überlasteten türkischen Linken betrieben.

Türke? Türkin? Wer ist das eigentlich?

Manche Leute wissen sehr genau, was das ist, ein Türke, eine Türkin: Sie glauben alle an Allah und fasten deshalb einmal im Jahr einen Monat lang. Sie essen kein Schweinefleisch und trinken keinen Alkohol. Die Männer haben schwarze Bärte und tragen eine Schiebermütze. Sie führen sich als Macker auf, besonders die jungen Männer, die zu diesem Zweck, wenn es warm ist, das Hemd bis zum Bauchnabel aufgeknöpft halten. Die Frauen sind dick und tragen alle Kopftücher und bunte Kleider. Wenn sie sich etwas moderner geben, wie viele der jüngeren Frauen, werden sie im Haus eingeschlossen. Sie alle reden nur ein paar Brocken deutsch, bis auf die Kinder, die schon länger hier zur Schule gegangen sind und die deshalb für die anderen Dolmetscher spielen müssen. Die Männer arbeiten alle als Hilfsarbeiter in der Fabrik und machen dort haufenweise Überstunden. Die Frauen machen das teilweise auch, wenn sie nicht zu Hause die mindestens vier Kinder hüten. Weil sie wenig für Miete ausgeben können oder wollen, wohnen sie mit ihren Großfamilien in kleinen, miesen Wohnungen, die alle im Türkenghetto liegen. Deshalb treten sie in der Regel auch in Gruppen auf. Dadurch können sie viel Geld sparen, das sie in die Türkei schicken, um dort Häuser und Land zu kaufen oder um die große Verwandtschaft noch weiter anwachsen zu lassen, die dann als Asylanten zu uns kommen.
Was ist aber mit folgenden Leuten:
– der türkische Facharbeiter mit 2100 Mark netto, mit einer renovierten 4-Zimmer-Altbauwohnung zu 650 Mark, mit ›Möbelhaus-Krüger‹-Einrichtung, mit einem Mercedes vor der Tür, der mit seinen beiden Kindern nur deutsch spricht, »weil die mal Abitur machen sollen«;

– der mit einer Deutschen verheiratete türkische Nachtklubbesitzer;
– die türkische Dolmetscherin in einem Rechtanwaltsbüro, die in einer Wohngemeinschaft lebt;
– der junge Mercedes-Arbeiter, der in der Kantine ein Bier schluckt und deshalb von einem deutschen Kollegen zu hören bekommt: »Ich dachte, du bist Türke. Wieso trinkst du denn Bier?«;
– der türkische Student, der sich wie viele Deutsche in seiner Lage das Studium durch Taxifahren finanziert und öfters ›Türkensprüche‹ seiner Fahrgäste zu hören bekommt, weil sie ihn für einen Deutschen halten;
– der kurdische Arbeiter aus Ostanatolien, der bei der Stadtreinigung arbeitet, mit sieben Personen in einer heruntergekommenen 2-Zimmer-Altbauwohnung lebt, mit seiner Familie weder deutsch noch türkisch, sondern kurdisch spricht, und der auch mit den ›Türken‹ nichts zu tun haben will, weshalb er vorhat, für immer in Berlin zu bleiben;
– der fließend deutsch sprechende türkische Sozialarbeiter, dem auf dem Postamt ein Schalterbeamter das Überweisungsformular mit den Worten zuschiebt: »Du hier unterschreiben«;
– der türkische Universitätsdozent, der einen Islamfanatiker-Verein vor der deutschen Öffentlichkeit vertritt und in einem gutbürgerlichen deutschen Viertel wohnt . . .

Alternativer Rassismus?

In letzter Zeit haben sich in der linken und alternativen ›Scene‹ merkwürdige Dinge ereignet. Frühere Positionen wurden sang- und klanglos aufgegeben. Darunter auch die Position der Solidarität mit den Unterdrückten in dieser Gesellschaft. Das Durchbrechen der Gefühle lockte bei manchen auch den alten ›rassistischen Schweinehund‹ wieder hervor. Ein Beispiel für diesen Rassismus sind Artikel, Kleinanzeigen und Leserbriefe, die in der ersten Hälfte dieses Jahres in der Berliner Stadtzeitung *Zitty*, ihrem Anspruch nach Organ der Bürgerinitiativen, abgedruckt wurden. Dort heißt es in einem Artikel über die Situation in Berlin-Kreuzberg unter der Überschrift »Türken raus« unter anderem:

»Die Entscheidung steht an: Kreuzberg – Berlins Türkenghetto oder Westberliner Stadtteil? Politische Lösungen großen Maßstabs sind dran. Solange sie noch getroffen werden können. Die Türken erdrücken zusehends die Deutschen. Kaum einer der Kleingewerbetreibenden will noch längerfristig investieren. Und wenn das deutsche Kleingewerbe geht, wandern auch die letzten deutschen Idealisten ab. Das Türkenghetto wäre perfekt. ›Türken raus!‹ Ist das Rassismus? . . . Türken raus? Warum nicht. Zumindest einige. Es gibt ganz sicher türkische Familien, die wegziehen würden, wenn sie woanders eine Wohnung bekämen. Türkisches Milieu, türkische Kultur, ja. Aber das geht nicht ohne die Deutschen. Türken raus – diese Entscheidung steht an. Es sei denn, man will den Stadtteil sterben lassen.«

Für mich ist das Erschreckende an solchen Sätzen nicht, daß die auf wirklichen Problemen beruhenden Abneigungen einmal ausgesprochen werden. Erschreckend ist vielmehr, daß über die Ursachen unserer Wut, unserer Probleme mit vielen Ausländern nicht mehr nachgedacht wird. Es wird auch nicht mehr darüber nachgedacht, welche menschlichen, solidarischen Lösungen es geben könnte. Es wird nicht mehr darüber nachgedacht, daß, seit der Imperialismus die Heimat dieser Leute zugrunde gerichtet hat, es dort nur noch wenig Überlebensmöglichkeiten gibt. Es wird nicht darüber nachgedacht, wie sich Forderungen nach menschlichen Arbeitsplätzen und Wohnungen, nach sozialen Einrichtungen und Schulbildung für diese Menschen durchsetzen ließen. Statt dessen stößt man in das gleiche Horn wie NPD und Wiking-Jugend und ruft nur noch: »Türken raus!«
Oft kommt der ›rassistische Schweinehund‹ von unterhalb der Gürtellinie. Wie heißt es doch in einer Kleinanzeige in derselben *Zitty* Nr. 11/80:

»An alle Männer, die unter 30 Jahre alt sind. Einige von uns werden wegen der Einwanderungswelle aus dem Süden und aller Welt keine Frau/Freundin finden können, da Einwanderer meist Männer. Wer sich dagegen wehren will und die Öffentlichkeit auf das Problem aufmerksam machen will: Tel. (. . .).«

Selten wird so deutlich wie hier, welche Ängste im Innersten schlummern. Die Angst, daß einem diese ›südländischen Macker‹ die Herrschaft über die deutsche Frau streitig machen, »wenn wieder mal ein Farbiger, Araber etc. eine deutsche Braut abgestaubt hat«, wie es in einem zustimmenden *Zitty*-Leserbrief heißt. Wenn es sich doch wenigstens um einen fairen Tausch handeln würde, so in der Art: Geb ich dir meine blonde langbeinige Frau, gibst du mir deine schwarzhaarige mit dem exotischen Gesicht. So heißt es in demselben Leserbrief auch weiter:

»Ich persönlich habe nichts dagegen, wenn etwa ein Türke eine deutsche Freundin hat, nur dann sollte das auch umgekehrt möglich sein. Daß dies aber ein recht schwieriges und gefährliches Unternehmen ist, mußte wohl schon so mancher deutsche Jungmann feststellen. Ich persönlich wehre mich, wenn man als Deutscher mit dieser erzreaktionären Doppelmoral unserer lieben Gastarbeiter konfrontiert wird . . . Wenigstens ein Trostpflaster für alle Zukurzgekommenen: In Fernost gibt es nun Bräute – und nicht nur dort –, die von deutschen Männern mehr halten als die deutschen Frauen.«

Das Anderssein der Fremden

Seit frühester Jugend, in der Schule und am Arbeitsplatz, sind wir darauf getrimmt worden, unser Verhalten in allen möglichen Lebenslagen zu kontrollieren. Unsere Affekte, so wie Liebe und Haß, haben in dieser Zeit ihre Ecken und Kanten verloren, ja, bei vielen von uns treten sie kaum noch in Erscheinung. Wir verdrängen sie in unser Inneres. In den meisten Gesellschaften, aus denen die Fremden stammen, wird eine ähnlich starke

Kontrolle der Affekte nicht gefordert. Das offene Zeigen von Wut, Beleidigtsein, Trauer usw. gilt dort nicht als anstößig oder peinlich, wie bei uns, sondern wird als normale menschliche Verhaltensweise angesehen. Natürlich gibt es auch in diesen Gesellschaften Normen, die alle einhalten müssen, wenn sie nicht massive Konflikte mit ihrer Umgebung riskieren wollen. Viele dieser Normen sind sehr bedrückend, besonders für die Frauen. Ihre Einhaltung wird aber nicht durch das eigene Gewissen, durch anerzogene Schuldgefühle usw. gesichert, sondern dadurch, daß die Gruppe, zu der man gehört, einschreitet, wenn Grenzen verletzt werden. So darf es z. B. ein türkischer Sohn durchaus zeigen, wenn er wütend auf seinen Vater ist. Er darf das Gesicht verziehen, mit den Augen rollen und stöhnen. Er darf seinem Vater nur nicht widersprechen, es sei denn, er will Prügel riskieren. Gehen sich wirklich einmal zwei Leute aus berechtigter oder unberechtigter Wut gegenseitig an den Kragen, so ist es die Pflicht der anderen Gruppenmitglieder, einzugreifen und Schlimmeres zu verhüten. Nun sind aber Affekte in der hiesigen Gesellschaft etwas Gefährliches. Wer sie auslebt, kommt sehr schnell in Schwierigkeiten.

Betrügerische Zigarettenautomaten Jeder Zigerattenraucher kennt das: Du schmeißt drei Mark in den Kasten, versuchst zu ziehen – das Scheißding gibt nichts her. Du drückst den Rückgabeknopf: Nichts. Nochmal. Nichts. Du rüttelst ein paarmal an dem Ding, haust vielleicht auch auf den Kasten. Dann betrachtest du das kleine Schild, wo ›Raucherstolz GmbH & Co. KG‹ draufsteht, und weil du nichts zum Schreiben zur Hand hast, trollst du dich mißmutig von dannen.

Nicht so der türkische Raucher: Ich komme abends aus einer Kneipe nach Hause zurück und sehe dabei, wie ein Mann mit seinen Fäusten gegen einen Zigarettenautomaten hämmert. Es ist ein Türke. Er hämmert immer erregter, es scheppert richtig, Leute öffnen die Fenster, um zu gucken. Schließlich zersplittert die Scheibe des Automaten. Ich drehe noch eine Runde um den Block. Als ich zurückkomme, ist ein Polizei-VW-Bus mit zwei Polizisten eingetroffen. Ein paar Deutsche stehen jetzt auch rum. Ein Polizist redet heftig auf den Türken ein, der andere redet mit den Deutschen. Mit »Los, Los«-Rufen wird der Türke schließlich in den VW-Bus geschubst.

Dasselbe noch mal in einer anderen Version: Ich warte in einer U-Bahnstation auf meinen Zug. Neben mir wartet eine türkische Familie mit zwei Kindern. Der Vater ist sehr liebevoll um die Kinder bemüht. Schließlich will er sich aus einem Automaten Zigaretten ziehen. Er steckt Geld rein, aber auch hier kommen keine Zigaretten raus. In diesem Moment fährt die U-Bahn ein. Der Mann wird wahnsinnig wütend, schlägt und hämmert gegen den Automaten. Er steigert sich in seine Wut rein. Frau und Kinder ziehen ihn in die U-Bahn, steigen ein. Er reißt sich los, rennt wieder zum

Automaten und schlägt wieder auf ihn ein, bis eines seiner Kinder wieder aus der U-Bahn rausgestürzt kommt und ihn erneut in den Wagen zieht. Die zuschauenden Deutschen grinsen.

MENSCHLICHKEIT UND UNMENSCHLICHKEIT IM ALLTAGSLEBEN Das Fehlen von Affekten macht unser Alltagsleben kalt und unverbindlich. Diesen Unterschied zwischen dem türkischen und dem deutschen Alltagsleben erfuhr ich drastisch, als ich im Herbst 77 nach einem einjährigen Türkeiaufenthalt in die Bundesrepublik zurückkkehrte.
In der Türkei ist es üblich, sich unter Freunden und Bekannten auch ohne Voranmeldung zu Hause und selbst am Arbeitsplatz zu besuchen. Zurück in Berlin, mußte ich für Alles und Jedes einen Termin ausmachen. Schaute ich einfach mal bei Bekannten vorbei, so reagierten die Besuchten oft so, als ob sie überrumpelt worden wären. Meist beklagten sie sich dann über ihre Belastung mit ›wichtigen Arbeiten‹, oder sie hatten gerade ›keinen Bock‹, sich mit mir zu beschäftigen. Bald verhielt ich mich wieder genauso.
Ging ich in Ankara aus dem Haus, so konnte ich damit rechnen, von Fremden angesprochen und z. B. in einem Teehaus in Gespräche einbezogen zu werden. So erlebte ich auch fast jeden Tag einmal eine lustige Situation, über die ich schallend lachen konnte; sei es, daß in einem Bus ein Fahrgast Witze riß, sei es, daß in einem Teehaus ein alter Mann schlafend auf seinem Stuhl zusammensank und laut zu schnarchen begann. Geht man durch deutsche Straßen, so erlebt man dergleichen kaum. Fährt man hier mit der U-Bahn, so sitzen einem meist versteinerte Gesichter gegenüber. Menschliche Regungen sieht man nur bei Betrunkenen und bei Ausländern.
Und dann unsere Feten: Wahrscheinlich als Ausdruck unseres kalten und unverbindlichen Alltagslebens gibt es in der Scene die Fetensucht. Aber wir wissen alle, daß unsere Hoffnungen auf gegenseitiges Kennenlernen und auf zwischenmenschliche Beziehungen dort nur in den seltensten Fällen eingelöst werden. Wer von uns kann schon sagen, er oder sie sei auf Feten in eine richtige Hochstimmung gekommen, habe wichtige Gespräche geführt, Leute kennengelernt oder gar Freundschaften geschlossen?
Geselligkeiten in der Türkei, aber auch Geselligkeiten der Türken bei uns sind anders. Sie fangen damit an, daß man von den Gastgebern oder von Bekannten den übrigen Anwesenden vorgestellt wird. Das mag mancher als ›bürgerlich‹ empfinden. Es hilft einem als Fremden jedoch sehr. Von diesem Moment an ist man für die Anderen nicht mehr anonym, man ist ein Mensch mit einem Namen, mit Tätigkeiten und Interessen im Alltagsleben, mit einer eigenen Geschichte, kurz und gut: jemand, der für die Anderen interessant ist und angesprochen wird.
Oft geht es bei türkischen Geselligkeiten damit weiter, daß jemand anfängt zu singen, worauf andere mit einstimmen. Reihum geben dann alle ein

Liedchen zum besten. Wer zum Singen zu schüchtern ist, wird so lange gebeten, bis er oder sie doch singt. Allen klatscht man Beifall. Genauso ist es mit dem Tanzen: Jemand fängt mit einem Bauchtanz an – sofort wird geklatscht –, und dann wackelt der Tänzer oder die Tänzerin so lange mit dem Bauch vor einem anderen Mann oder einer anderen Frau rum, bis die sich ebenfalls dazu bequemen, aufzustehen und zu tanzen. So geht das Ganze reihum, bis auch die letzten einmal dran waren und alle den ihnen gebührenden Beifall bekommen haben. Solcher Beifall, oder auch das öffentliche Preisen von Vorzügen und Fertigkeiten, geht uns Deutschen ab. Wir gönnen den Anderen und auch uns selbst keine persönliche und offen gezeigte Bestätigung mehr. Die darin enthaltene Erotik ist uns peinlich – wir verdrängen sie. Für uns ist sie so klebrig wie türkischer Honig, obwohl sie doch süßer Honig für unsere Psyche sein könnte. Kein Wunder, daß wir unsere Psyche mit allen möglichen Tricks stabilisieren müssen.
Ich glaube, die Türken haben recht, wenn sie über uns sagen: »Sie sind so kalt« und »Sie können nur lustig sein, wenn sie betrunken sind«.
Gewiß, das ›menschliche Verhalten‹ der Türken und anderer Ausländer hat auch seine Kehrseiten. Das Problematisieren von Verhaltensweisen, von Rollen und von Beziehungen geht selbst den meisten ausländischen Intellektuellen fast vollkommen ab. Man ist so, wie man ist, und man will auch so bleiben. Kritik wird meist beharrlich überhört, oder der Kritiker wird allzuschnell zum Feind erklärt, wenn sich die Kritik nicht mehr überhören läßt oder wenn sie gar in der Öffentlichkeit geübt wird. Das, was ich als ›menschliches Verhalten‹ beschrieben habe, ist beileibe keine Idylle, es enthält auch so negative Verhaltensweisen wie Klatsch, üble Nachrede, schnelles Beleidigtsein, ausgeprägtes Imponiergehabe von Führerpersönlichkeiten und ausgeprägtes Unterwürfigkeitsverhalten ihrer Anhängerschaft, Ausleben typischer Männer- und Frauenrollen usw.
Ich selbst bin immer wieder hin- und hergerissen zwischen dem, was mir an ihrem Verhalten so sehr gefällt, und dem, was mich daran so sehr stört. Den Widerspruch zwischen Liebe und Haß, der sich bei uns abgeschliffen hat, leben sie noch voll aus. Dies macht sie so menschlich und verführt sie zugleich zu Schwarz-Weiß-Denken und zu Entweder-Oder-Verhalten. Unsere Integrationsstrategen bauen darauf, daß sich dies bei ihnen einmal abschleift. Ist das auch unsere Hoffnung?

Wo soll das alles hinführen?

DÖNER-IMBISSSTUBEN UND PLUDERHOSEN Ganz zaghaft kann man das Pflänzchen ›Annäherung‹ sprießen sehen. Da gibt es den deutschen Kohlenhändler. An der Hauswand vor seinem Kellerladen steht in vergilbten

Vorkriegsbuchstaben ›Kohlenhandlung Kaminski‹ – ›Polacke‹ hätte man Kaminski früher mal genannt. Jetzt hat er sich eine neue Leuchtreklame geleistet. ›Kömür‹ – auf deutsch ›Kohle‹ – steht da drauf. Da gibt es auch, zumindest in Berlin, eine ganz neue Stehimbiß-Kultur: Döner-Imbißstuben bieten den eiligen Essern, denen die von den französischen Hugenotten nach Berlin eingeführten Buletten schon längst zu Ohren und Nase heraushängen, endlich neue Gaumenfreuden. Und auch die alternative Damenmode hat sich durch türkischen Einfluß bereits verändert: Pluderhosen sind ›in‹ und der neueste Schrei sind Latzpluderhosen.
Es soll auch schon Deutsche geben, die, vom schlechten türkischen Beispiel angeregt und entgegen allen Vorschriften der Gewerbeaufsicht, bei türkischen Obst- und Gemüsehändlern – bei deutschen trauen sie sich noch nicht – die Ware anfassen und prüfen, ob sie nicht schon vergammelt oder noch zu hart ist. Auch habe ich gehört, daß in unseren Schulen bereits die deutschen Kinder vom Unwesen des Sonnenblumenkerneknabberns angesteckt wurden und die abgeknabberten Schälchen zunehmend unsere Schulräume und Pausenhöfe verunreinigen.
Es scheint überhaupt so zu sein, daß die Kinder zuallererst die Unarten der anderen Rasse übernehmen. Ein türkischer Vater beklagte sich bei mir, er habe den dauernden Quengeleien seiner Kinder nachgeben und sich zur Weihnachtszeit das deutscheste aller deutschen Kulturgüter ins Heim stellen müssen: den Tannenbaum. An den Tannenbaum habe er sich schließlich gewöhnt. Wenn hier schon nie die Sonne scheine, habe man wenigstens einen grünen Baum in der Wohnung. Aber leider seien die Kinder mit dem Tannenbaum noch nicht zufrieden gewesen. Sie hätten aus der Anwesenheit des Tannenbaums auch Ansprüche auf Weihnachtsgeschenke abgeleitet. »Wo soll das alles noch hinführen«, klagte der arme Vater.

BESCHNEIDUNGSFEIER Wo soll das nur hinführen, mag sich auch mancher bei folgender Meldung in der türkischen Tageszeitung *Hürriyet* vom 11. 2. 79 denken:

»Oh! Großartig! Deutscher Hans schüttelte sich bei seiner eigenen Beschneidungsfeier im Bauchtanz.
München. Zuerst trank der 28jährige Deutsche Hans Bier, dann setzte er sich vor seinen Beschneider, und schließlich segelte er mit dem geliebten türkischen Mädchen in den Ehehafen. Hans J., der das türkische Mädchen Fatma heiratete, änderte auch seinen Namen in ›Hassan‹. Bei seiner von türkischen und deutschen Gästen besuchten Beschneidungsfeier verzichtete er auf ein Beschneidungsbett. Bevor der mit Beschneidungskappe und Beschneidungsanzug bekleidete Deutsche Hans J. sich vor den Beschneider Kemal Özkan setzte, hatte er stundenlang mit den Gästen getanzt und Bier getrunken. Dann sagte er zu Özkan: ›Los, schneid zu!‹ Er hatte sich bereits selbst die Spritze gegeben. Hans, der nach vollzogener Beschneidung bequem rumlaufen konnte, bewirtete die Gäste lange und reichlich. Nach der Beschneidung sagte Hans: ›Wenn doch nur alle Deutschen beschnitten wären . . .‹ Es wurde auch bekannt, daß Hans zur muslimischen Religion übertrat!«

Was befremdet uns an dieser Meldung? Ist es allein der seltsame Sprachstil und der fremdartige Brauch? Oder ist es nicht auch das Unbehagen darüber, daß sich ein ›deutscher Jungmann‹ auf das ›schwierige und gefährliche Unternehmen‹ – so der erwähnte *Zitty*-Leserbriefschreiber – mit einer türkischen ›Braut‹ einließ, das Unbehagen darüber, was deshalb mit Hans und seiner Vorhaut passierte, und auch darüber, daß Hassan uns nun fremd sein könnte und den Türken nicht mehr fremd ist? Wir und die Fremden, wir wollen beide die Anderen ihrem Fremdsein entreißen und sie uns eingemeinden, dort wo wir mit ihnen leben müssen. Wir sind dabei im Vorteil, denn wir sind mehr. Deshalb ist der Hassan in den Mund gelegte Wunsch ›Wenn doch nur alle Deutschen beschnitten wären‹ auch nur ein frommer Wunsch. Aber dieser Wunsch zeigt die Unterschiede zwischen ihnen und uns: Wir verlangen von den Fremden, daß sie ihre fremde Mentalität aufgeben und sich ›integrieren‹. Die Türken verlangen von den Fremden, daß sie ihre Normen akzeptieren, von denen eine besagt: Nur ein beschnittener Mann ist ein Mann! Die fremde Mentalität wird toleriert. Und so muß Hans zwar den Namen Hassan annehmen und seine Vorhaut opfern, aber seine Bierchen darf er weiter schlucken, so wie er es gewohnt ist.

VATER SPIELT UND SÄUFT Vor einer Kneipe in der Nachbarschaft sehe ich abends eine türkische Frau mit Kopftuch und ihre etwa 16jährige Tochter ohne Kopftuch stehen. Die Mutter bleibt etwas abseits der Kneipentür stehen, die Tochter öffnet die Tür einen Spalt breit und linst rein. Im Bier- und Zigarettendunst sehe ich einen Mann – anscheinend der Vater – vor einem Spielautomaten stehen. Er scheint schon einen in der Krone zu haben. Die Tochter schließt die Tür wieder, schaut etwas verlegen und tuschelt dann mit der Mutter. Die hat sich halb an die Hauswand gelehnt und hält den Kopf nach unten gesenkt. Schließlich geht die Tochter wieder zur Kneipentür zurück und öffnet sie noch einmal. Sie ruft ihrem Vater etwas zu, der kommt zur Tür, redet kurz mit der Tochter, macht eine sehr unwillige Handbewegung und geht zu seinem Spielautomaten zurück. Die Tochter bleibt noch an der halbgeöffneten Tür stehen und macht immer wieder Ansätze, ihrem Vater etwas zuzurufen. Dann zieht die Mutter sie von der Tür weg, oder will sie wegziehen, doch die Tochter bleibt vor der jetzt geschlossenen Türe stehen, während die Mutter sich erneut mit gesenktem Kopf abwendet. Es ist ganz deutlich: Die Tochter würde in die Kneipe reingehen, um den Vater rauszuholen. Aber die Moral der Mutter erlaubt es ihr weder, selbst in die Kneipe zu gehen, noch ihre Tochter reinzulassen, obwohl – so scheint es mir – der Vater sich der Moral der Deutschen angepaßt hat und gerade dabei ist, das dringend benötigte Geld zu verspielen und zu versaufen.

EIN MERKWÜRDIGES PAAR Ich komme gerade vom Einkaufen, trete aus der Tür meines Aldi-Marktes. Draußen kommen mir zwei Männer entgegen. In Gedanken versunken schaue ich etwa in Bauchhöhe. An der Kleidung merke ich: Der eine ist Türke. Irgendwas stimmt da aber nicht, die beiden Männer hängen auf eine sehr unstimmige Weise zusammen. Deshalb blicke ich jetzt genauer hin, schaue hoch. Ganz merkwürdig, nämlich nicht feundschaftlich-eng, sondern auf Distanz hat der zweite Mann seinen Arm über die Schulter des Türken gelegt. Offensichtlich liegt es an der Haltung des Türken, daß der Arm nicht so bequem liegt, wie es wäre, wenn türkische Männer auf freundschaftliche Weise spazierengehen. Der Türke geht so, als ob der Arm gar nicht auf seiner Schulter läge, und der Andere – der Deutsche – muß deshalb reichlich verkrampft gehen. »Kruzitürken«, schießt es mir durch den Kopf, »der Deutsche kommt dir doch bekannt vor. Das ist . . ., ja das ist doch einer dieser Staatsschutzbeamten, die ich schon bei Türkendemos am Wegrand gesehen habe.« Fasziniert bleibe ich stehen und betrachte dieses Bild deutsch-türkischer Annäherung. Die beiden gehen an mir vorbei, jener etwas schmierige Türke im abgetragenen Anzug und jener adrette, dynamische Staatsschutzbeamte, dessen Umarmung auf mich nicht türkisch wirkt und auch nicht schwul, sondern ganz anders.
Mir schießt das Leitthema der West-Berliner Ausländerpolitik durch den Kopf: ›Bedarfsorientierte Integration‹. Willige Ausländer sollen ›integriert werden‹, da die West-Berliner Industrie einen ›Bedarf‹ an ›integrierten‹ Arbeitskräften hat. Hier erleben wir die ›bedarfsorientierte Integration‹ einmal andersherum: Der Staatsschutzbeamte ›bedarf‹ des türkischen Informanten, um Einblick in die Türkenscene zu erhalten. Zu diesem Zwecke ›integriert‹ er sich in türkisches Verhalten, zumindest gibt er sich Mühe, dies zu tun. Ist das nicht lieb?

Frischer Haß und neuer Anfang

›Wir und die Fremden in unserem Land‹ – das ist aus triftigen Gründen ein sehr schwieriges Kapitel. Für dieses Kapitel fällt mir kein Happy End ein, sondern nur ein Gedicht von Aras Ören. Er sagt dort, daß unsere Straßen mit dem Kommen der Fremden »voll frischem Haß, voll Sehnsucht, voll mit Hoffnung, bedeckt mit Steppenduft« wurden. Er sagt weiter, wir und die Fremden können uns miteinander vertraut machen und uns gegenseitig gewohnt werden. Auf daß unsere Straßen ohne die uns gewohnt gewordenen Fremden zwar noch unsere Straßen wären, »aber in ihren alten Tagen ohne neuen Anfang«.

Hans-Georg Behr
Alltag mit Wölfen

Avcilar, nach Sonnenuntergang

»Alle wollen sie jetzt große Hunde haben.« Yüksel tätschelt seine Wolfshündin, die ihm mehr bringt als seine Kuh – achttausend Lira für ein Junges. Die Kuh hat zwanzigtausend gekostet und wirft nicht so oft. Yüksel setzt nun auf Hunde. Zwei ebenfalls schon gebärfreudige Töchter seiner Wölfin knurren angepflockt unterm Aprikosenbaum.

Vor vier Jahren gab es hier nur kleine Köter undefinierbarer Rasse, die schrill kläfften und alles Weitere dem Hausherrn überließen. Da brachte Yüksel aus Dortmund seine Wölfin mit, und die Dörfler gingen ihr ängstlich aus dem Weg. Vor zwei Jahren kam noch Branko dazu, ein deutscher Schäferhund, an dem der Führer seine Freude gehabt hätte. »Das waren deutsche Hippies, die haben ihn einfach hiergelassen.« Yüksel spuckt aus und lacht: »Auch noch umsonst.« An Brankos deutsche Futternäpfe erinnert eine Würgekette, die seinen Hals ständig blutig schindet. An Yüksel schloß er sich der Wölfin wegen an, und als er etliche der kleinen Dorfköter totgebissen hatte, wollten immer mehr Dörfler Nachkommen der beiden. Die kläffen zwar noch schwanzwedelnd durch die Gassen, doch ihre Herren hoffen, daß sie auch bald so böse beißen können.

Brankos Kinder sind die sichtbarste Veränderung im Dorf, von denen abgesehen, die ich jedes Jahr sehen konnte: hinten am Hang sind ein paar Höhlen und Häuser eingestürzt und daneben neue entstanden; diesmal weniger, als verfielen. Auf den ersten Blick sieht es hier zeitlos aus, und Zeit setzt hier schneller Spuren als anderswo. Hier spuckte einmal ein Vulkan fünfzig Quadratkilometer Tuffstein her. Wind und Regen fraßen daraus abenteuerliche Schluchten und Felskegel – der Stein ist so weich, daß man ihn auch mit Messer und Säge in Höhlen und Quader zerlegen kann. Vor gut tausend Jahren gruben sich Christen ein, geflüchtet vor den Muslims oder der Staatsreligion in Konstantinopel, die ihnen ihre Heiligenbilder verbieten wollte. Sie gruben unzählige Kirchen und Klöster in die Felsen; zu ihrem Glück gedieh hier auch der Wein besonders gut, und die Staatsgewalt trat in diesem unüberschaubaren Terrain nie gewichtig auf. Irgendwann wurden die Leute von selbst gute Muslims, deren Kinder den Heiligen in den verwitterten Höhlen die Augen auskratzten. Ein eigensinnig eigener Schlag aber blieben sie, die sich Kappadokier nennen und höchstens Behörden gegenüber

Türken, und ein herzlich trockener Rotwein blieb die Existenzgrundlage der Gegend. Wer nicht Weinbauer werden wollte oder – wegen zu vieler Brüder – nicht konnte, zog in den Dortmunder Raum, nach Stuttgart oder in den französischen Kohlepott – auch in der Fremde gilt die Tradition der Stammesgebiete, und nur Berlin ist wie Istanbul eine Ausnahme. »Da trifft man alle möglichen Türken«, sagt Yüksel und findet das eigentlich schlimm.

Zum Wein kam Mitte der Sechziger auch noch der Tourismus. Zuerst entdeckten Hippies die pittoreske Landschaft, und zwischen den Weinstökken sprießen seither einige Hanfpflänzchen. Dann kamen Filmemacher – nun auch schon weniger attraktive Knaben erinnern sich dankbar der Zeit, da hier Pasolini seine »Medea« drehte –, und bald hinterließen sogar Rollotel-Busse an einigen Hausecken ihre Spuren. »Häuser müssen ohnedies alle dreißig Jahre neu gebaut werden«, kommentierte Yüksel den Schaden an dem seinen. Die Holzteile kann er ja wiederverwenden, »die halten fünf Häuser lang«, und der deutsche Busfahrer mußte mehr zahlen, als zwei Häuser kosten. »Sie hätten das ganze Dorf umlegen können und wären gesegnet worden.« In den Nachbarstädten entstanden Hotels, in denen man kellnern konnte, und die reicheren Bauern Avcilars eröffneten entlang der Hauptstraße Onyx-Werkstätten mit staubigen Arbeitsplätzen. Auf den Höhlenwohnungen aber sprossen wie Pilze nach einem warmen Sommerregen die Fernsehantennen, und von Sonnenaufgang bis spät in die Nacht dudelte die unendliche Melodie der Transistorradios und Kassettenrecorder, lauter als die alten Lautsprecher auf dem roten, bleistiftspitzen Dorfminarett. Nur die Alten verbargen ihre Gesichter vor jeder Kamera – Allah straft Abbildungen mit Impotenz, und das konnten ihnen auch die Jungen nicht ausreden.

Zwei Jahre ist das her und ferne Vergangenheit. Der Tourismus wird von einem Dutzend italienischer Hippies bestritten, manchmal verstärkt durch zwei, drei Deutsche. Die Antennen hängen schief über den Höhlen und werden nicht mehr aufgerichtet – die Apparate darunter sind verschlissen, und es fehlt an Ersatzteilen. Über Stunden ist es manchmal still im Dorf, nur von den Weinbergen ist der Jammer der Esel zu hören.

Wer fernsehen will, geht wieder in die beiden Kaffeehäuser, in denen es seit Jahresfrist keinen Kaffee mehr gibt. In dem am ausgetrockneten Bachbett sitzen die Männer, die nie das Dorf verließen, in dem an der Straßenkreuzung alle, die einmal im Ausland oder an Touristen Geld verdienten. Sie sind die beiden Klassen des Dorfes, schon an ihrer Kleidung leicht erkennbar, und jede hält sich für die bessere. Das einzig Gemeinsame zwischen ihnen sind die Stühle der Lokale, die je nach Bedarf hin und her getragen werden, die defekten nach Art des Schwarzen Peter.

Avcilar, Abendprogramm

Jeden Abend kommt dasselbe aus Ankara, das knapp 300 km nordwestlich liegt, einen guten halben Tag Busfahrt und greifbar wie der Mond. Ein langer Block Werbung empfiehlt sieben verschiedene Banken, aber auf Banken bringt schon lange niemand mehr sein Geld. »Die Banken haben uns alles gestohlen«, knurrt Ahmed, der Lehrer, und meint die Inflation. Nicht weniger surreal wirkt die Werbung für alle möglichen Waschmittel – vor drei Wochen kam etwas OMO ins Dorf und war nach Minuten ausverkauft. Sonst gibt es in den drei staubig gewordenen Läden nur noch feuchtigkeitsverklebte Seifenflocken und die anderen Herrlichkeiten aus der Werbung natürlich gar nicht. Die Alten aber starren auf die strahlenden Muttis und Töchter, die ihre Röcke fast kniekurz tragen.

Die gute alte Zeit, die danach obligatorisch als Bericht oder Spielfilm kommt, erkennen auch die Jungen hier eher. So sieht eben eine anständige Kappadokierin aus, mit knöchellangen Pluderhosen und Blusen, die überhaupt nichts vom Körper ahnen lassen. Nur nicht ganz so verschleiert gehen sie wie anderswo einst und jetzt oft schon wieder. Zur Tugend reicht hier ein dünnes, weißes Tuch, lose um die Schultern geschlungen. Kommen Männer in Sicht, wird schnell ein Zipfel in den Mund gesteckt. Das können auch schon die Sechsjährigen, die unten am Dorfbrunnen die schweren Wolldekken mit der Routine vielfacher Mütter walken und treten und auf den Feldern die Esel genauso mitleidslos beladen wie Greisinnen. Das einzige, was die osmanische Zeit von der jetzigen unterscheidet, sind die leerer gewordenen Läden.

Jeden Abend folgt dann eine Stunde Hitparade alla Turca, bei der sich die Alten zu einem Schwätzchen vors Lokal verziehen. Die Sängerinnen platzen fast vor Vollbusigkeit, und einige Dorfbeaus pressen die Fäuste gegen ihre zu eng gewordenen Hosen. Das passiert allerdings auch bei manchen brillantinestrahlenden Sängern – so genau nimmt es bei Sex hier noch niemand. Dann folgen die Spätnachrichten: Irgendein Minister besucht irgendeine Fabrik oder ein Krankenhaus, in Griechenland gibt es irgendeinen Streik, Fußballspiele werden ausführlich kommentiert.

Über Politik wird nicht geredet.

»Hier ist alles schon gelaufen, und seither sind wir ein linkes Dorf«, sagt Ahmed, der Lehrer. Vor etwa eineinhalb Jahren gab es zwei Schlägereien auf dem Platz zwischen den Kaffeehäusern, nach denen der Dorfrechte samt Familie ein paar Kilometer weiter verzog. Seitdem ist Avcilar sozialdemokratisch vom Kind bis zum Greis und Ahmed Parteisekretär. Zu politischen Gedankengängen fehlt ihm jedoch die Zeit. Vor zwei Jahren wurde sein Gehalt das letzte Mal erhöht, und da bekam man die Mark noch für 8 Lira 50. Jetzt kostet sie 45, und im selben Verhältnis stiegen auch alle anderen Preise. In die Schule geht Ahmed nur noch für den Schreibkram, ohne den er

gekündigt würde. Wer will, daß seine Kinder lesen und schreiben lernen, zahlt Ahmed privat, und der Lehrer kommt ins Haus. Diesen Luxus kann sich nicht jede Familie leisten; auch die Genossenschaft in Ürgüp hat vor zwei Jahren ihre Preise für Trauben eingefroren, als Maßnahme gegen die Inflation. Ahmed hat nun sein Haus in eine Pension für Hippies umgestaltet, und der Haschischkleinhandel an seine Gäste ist sein Haupteinkommen.
Die sozialdemokratische Geschlossenheit dankt Ahmed dem Nachbardorf Uchissar, drei Kilometer und drei umstrittene Weinberge weiter. Der Lack touristischen Wohlstands lag nur dünn über den alten Konflikten, und als die wieder aufbrachen, hatten die Wundränder parteipolitische Farben bekommen. Die drei kleinen Weinberge wurden Prestigeangelegenheiten der Dorfgemeinschaften. Seit es auf ihnen drei Tote gab, werden sie nicht mehr bestellt.
»Da ist ein Riß zwischen den Dörfern«, sagt Ahmed.

Ürgüp, Mittag

In der Nachbarstadt ging der Riß über den Marktplatz. Vor acht Jahren waren hier nach einem der üblichen Erdbeben einige Läden mit Touristenramsch gebaut worden und zwei Restaurants mit dünnen Betonskeletten und großen Glasscheiben. In dem einen trafen sich die Linken, im anderen die Rechten, und vor zwei Jahren splitterten regelmäßig einmal pro Monat die teuren, großen Scheiben. Im Herbst 78 wurden sie durch solide Bretterverschläge ersetzt, die auch noch einige Male durchkrachten. Insgesamt gab es ein Dutzend Tote, und letzten Herbst räumten Planierraupen den ganzen Block weg. Die Geschäftsleute waren, der ständigen Schutzgeldforderungen beider Parteien müde, schon längst verzogen; der sozialdemokratische Wirt fand ein neues Lokal eine Straßenecke weiter, und der andere zog nach Nevsehir. Ihm folgten auf Geheiß des Militärgouverneurs weitere achtzehn »rechte Familien«, und in ihre Häuser kamen »Linke« von dort. Der Marktplatz ist jetzt ein Parkplatz für LKWs.
Wie viele Menschen auf diese Weise in den letzten zwei Jahren ihre Heimat verloren, weiß niemand genau. An der Mittelmeerküste trägt das Elend manchmal Freizeitkleidung. In Side ist neben den römischen Trümmern ein Stranddorf entstanden, malerisch, als wäre die Freie Republik Wendland hierhergeschwommen. Unter den Pfahlhäusern sind Ziegen angepflockt, und zwei kleine Lebensmittelläden gibt es auch schon. Hier wohnen Leute aus Karamanmaras, die Angehörige bei dem Massaker verloren. Ein altes türkisches Gesetz bestimmt: Wer über Nacht ein Haus baut, also vier Pfosten mit irgendeinem Dach darüber, darf daraus nicht mehr vertrieben werden. Natürlich hat alles fruchtbare Land schon einen Herrn, der sorgfältig darauf achtet, daß nicht einmal ein Pflock eingerammt wird, und so

blieb nur der Strand. Wegen der Ziegen gab es schon Streit mit den ortsansässigen Schäfern, die das Ruinenfeld als ihr Territorium hüten. Die Männer fischen, die Kinder baden, und alle warten »auf klarere Verhältnisse«, egal, was die bringen. Die Ersparnisse sind längst zur Neige gegangen, Aussichten gibt es keine. Alle paar Wochen kommt ein neuer Schub Flüchtlinge aus dem Landesinneren, aber die meisten versickern in Ankara, Istanbul oder Ismir, wo beinahe täglich ein neuer Slum entsteht.
»Wir haben hier eigentlich noch Glück gehabt«, sagt Abdullah, der Musiker. »Und würden hier Fremde herziehen wollen, auch Parteigenossen, wir würden sie vertreiben.«
Der Mittagswind bläst den Staub vom LKW-Parkplatz in seinen Laden und auf die Musikinstrumente an der Wand. Ab und zu kommt einer der Kollegen von der Band vorbei, aber es gibt nichts zu tun. »Wer will auch schon Musik mieten? Das sind alles keine Türken mehr. Früher hätte einer, wenn schon alles kaputtgeht, sein letztes Geld für Musik ausgegeben. Aber jetzt lachen sie nicht einmal mehr.« In zwei Wochen beginnt die Heiratssaison, doch Abdullah ist skeptisch. »Es heiraten immer weniger. Drüben heiraten mehr.«
Alle sagen sie »drüben«, und es klingt nach Ausland. Wer in Avcilar wohnt und Stadtluft schnuppern will, kann nach Avanos oder Ürgüp gehen. Nach Westen wird es gefährlich – die Provinzstadt Nevsehir und die umliegenden Dörfer sind fest in der Hand der Rechten. Die Grenzen sind gezogen, Grenzgänger selten, und es ist auch schon vorgekommen, daß »Transitreisende« aus den Bussen gezerrt wurden.
»Die Türkei ist in viele kleine Länder zerfallen«, sagt Ahmed, »und in keinem ist Platz für die anderen.«

Nevsehir, Nachmittag

Ich versuche, etwas aus diesem Gesicht zu lesen, es müßte doch möglich sein. Vielleicht bin ich befangen, aber dieser ganz leicht links hochgeschobene Winkel am Ende der schmalgepreßten Lippen sieht brutal zynisch aus. Darüber eine breite Nase, harte Falten, schmale Augen, die einem in jeden Winkel des Lokals folgen – kann man diese Fresse sympathisch finden? Gibt es eine faschistische Physiognomie? Die Hitler-Fotos, die ich kenne, zeigen immer so ein staatsmännisch-visionäres Leuchten. Dieser Führer, der Basburg, schaut nicht in die Ferne, obwohl er oft genauso seltsame Theorien abläßt wie sein Vorbild. Der sieht nur das ganz Nahe, die Macht und wie er sie trotz seiner 6,7 Prozent Wahlstimmen auch erreichen könnte. Aber kann man so was aus Fotos sehen?
Der Basburg hängt neben Atatürk, der etwas bekümmert dreinsieht. Viele Läden hier führen diese Kombination, meist erweitert um den herrlich bunten alltürkischen Knaben mit der Träne im Augenwinkel. Aus den

Kitschgalerien türkischer Geschäftswände hebt sich Türkes wirkungsvoll ab – der Mann sieht sachlich drein.
Hier also wurde Alparslan Türkes geboren, der Basburg, und hier gründete er seine Partei. Sein Geburtshaus kann ich nicht finden – dort steht jetzt ein großes Hotel und gehört einem seiner Brüder. Ich treffe zwei Männer, die mit ihm in die Schule gingen, aber die wollen nichts sagen. Der eine sagt nur, die »Roten« hätten ihm vor drei Wochen eine Stange Dynamit vor die Haustür gelegt. Man solle sie doch allesamt erschlagen, dann sei endlich Ruhe.
Eine Weile war Türkes auch Gouverneur der Provinz und soll dafür gesorgt haben, daß die Entwicklungsgelder für den Landstrich in seiner Heimatstadt hängenblieben. Nun war er schon lange nicht mehr in der Stadt seiner Bewegung, aber die Seinen sind allgegenwärtig. Hier brauchen sie nicht einmal ihre Statussymbole: die halb sichtbar getragene Pistole, die blauen Schiffchen auf dem Kopf und die schwarzen Lederjacken. Wer nach Neveshir kommt, weiß, woran er ist, und im Zweifelsfall werden Ortsfremde schnell von einer Gruppe entschlossener Jungmänner ins Gebet genommen.
Deutsche haben es dabei, die richtigen Antworten vorausgesetzt, leicht. Seit Türkes und Strauß einander in München Pfötchen gaben, weiß man hier, daß es auch in der BRD »Idealisten« gibt. Ulkucus nennen sie sich meistens, Idealisten. Aber auch die von ihren Gegnern verliehenen Namen tragen sie stolz, Graue Wölfe oder gleich Mörder.
»Daran sehen wir, daß man uns respektiert«, sagt Kemal.
Die unvermeidliche Frage nach meiner Meinung zu Hitler habe ich halbwegs zufriedenstellend beantwortet, ja, ja, und die Bolschewiken sind dabei, die ganze Welt zu unterwühlen. Ob ich Opium kaufen will? Heroin auch nicht? Im Augenblick ist es nicht sehr einträglich, in Nevsehir ein Wolf zu sein, sagt Kemal. Es gibt zuwenig Einsätze. 3000 Lira bekommt er für einen, dazu monatlich 2500 Lira »Grundgehalt«, aber davon kann man nicht leben. »Es gibt bald zu viele von uns, und wir haben schon das meiste unter Kontrolle.«
Die Wölfe kamen, zumindest in Nevsehir, mangels greifbarer Gegner in eine ökonomische Krise. Einige Gefolgsleute überlegen schon, ob sie nicht nach Ankara gehen wollen, wo »demnächst« der Endkampf bevorsteht. »Auch in Istanbul ist viel los – jeden Tag ein paar Tote.«

Nevsehir, am Abend

Ob ich nicht doch Heroin kaufen will? In Deutschland will das doch jeder. Kemal hat da so seine Erfahrungen – mit neun Jahren kam er nach Wuppertal und mit sechzehn zu den dortigen Wölfen. »Was war schon dabei? In unserer Straße waren sie alle drin, da gab es gar nichts anderes.« Außerdem bekam man dort schon 1977 hundert Mark für einen Prügeleinsatz gegen seine

Landsleute. 1979 »war dann da etwas«, und Kemal möchte nicht mehr darüber erzählen. Jedenfalls mußte er sehr schnell zurück nach Nevsehir, ein sozialer Abstieg in jeder Hinsicht. »Die Partei hat viel Geld, aber hier zahlt sie wenig. In Istanbul oder Ankara gibt es mindestens das Doppelte.«
Kemal scheint den Kurswert von Schlägertruppen für die ganze Türkei zu kennen, und wo der Sieg geschehen ist, sinkt der Kurs. Woher kommt das Geld? Ein Teil zweifellos von »Schutzgeldern«. Jede Gruppe erhebt so ihre Steuern, aber das deckt nicht einmal die Futterkosten der Rudel. Kemal hat eine schöne, neue Mauser im Gürtel, zwei seiner Kollegen hüten Berettas, auch nicht billig. Von der Wand des Kaffeehauses mustert mich der Basburg. Ach was, da braucht man ja nicht viel zu vermuten. Der Basburg hängt auch in Istanbul, im »Hotel Anadolu« bei der Sultan-Ahmed, gleich neben dem Schrank, in dem beachtlich große Schraubgläser alle möglichen Warenproben Heroin bereithalten. Alles läuft schön offen, das weiß hier jedes Kind und in der BRD auch das BKA, obwohl man gerade dort säuberlich zwischen Politik und Kriminalität trennt, bei den Faschisten zumindest.
Jetzt habe ich eine Frage zuviel gestellt. Kemal und seine Freunde bekommen plötzlich schmale Augen und wollen ganz genau wissen, woher ich komme und wer mich geschickt hat. Zu meinem Glück kann sie Suleiman beruhigen.

Avcilar, später

»Du darfst hier keine Fragen stellen, die in die Politik führen«, sagte Suleiman auf der Heimfahrt. »Politik machen ein paar große Leute, und wir sind die Kleinen. Wir haben zu gehorchen, und das Andere geht uns nichts an. Ich bin so auch gut gefahren.«
Suleiman ist ein Glückskind, von seinem früh schon verkrümmten Rücken abgesehen. Vor drei Jahren stand er noch in der Backstube von Avcilar – ein Bäckergeselle, mit siebzehn verheiratet worden und mit achtzehn Vater. Vor kurzem kam der dritte Junge, und Suleiman gönnte sich als Belohnung einen echten Levi's-Anzug und einen nagelneuen Renault de luxe. Außer ihm haben in Avcilar noch zwei Leute Autos, aber das Suleimans ist im Umkreis von etlichen Kilometern das einzige fabrikneue. Suleiman kann sich das leisten: Seit einem Jahr gehört ihm die größte Bäckerei Nevsehirs samt fünf Angestellten. Suleiman heult mit den Wölfen.
»Natürlich bin ich kein Faschist«, sagt er. »Man muß sich nur mit ihnen arrangieren – das sagen, was sie hören wollen, manchmal vielleicht auch ein wenig mitmachen, aber nur ganz wenig.«
Bei Suleimans Gastfreundschaft muß ich an Bußübungen denken. »Du mußt dich einfach einladen lassen heute abend. Ich habe ein paar italienischen Freaks Opium verkauft, für 20 000 Lira. Mich selbst hat es nur dreitausend gekostet, das muß doch gefeiert werden.« Suleiman hat oft zu feiern.

Auf dem Dorfplatz spricht keiner seiner Kinderfreunde mehr mit ihm. Mehmed schlägt einen dekorativen Bogen um uns. Suleiman zieht die Schultern hoch und sieht aus wie eine Schildkröte in Levi's. In Avcilar gilt es als unanständig, mit Opium zu tun zu haben. Hier wird Haschisch gehandelt, aber so streng sind die Bräuche auch nicht mehr. Gerade Mehmed hat erst gestern zwei Italienern ein Krümel Opium für 5000 Lira angeboten, das auch unter zerstrittenen Brüdern nur 20 wert wäre. Der Dorfpolizist stand daneben und grinste. Uns sieht er nun ganz amtlich an.
»Ich habe viel in mein Geschäft investieren müssen«, sagt Suleiman. »Alle Fenster waren zerschlagen, als ich es übernahm, und der Laden hatte fast ein halbes Jahr leergestanden. Das war eine Gelegenheit. Hier hätte ich es nie weiter gebracht, und man muß ja von etwas leben.«
So ähnlich hatte auch Mahmud gedacht und war als Kellner »nach drüben« gegangen. Einmal aber hatte er nicht die rechte Antwort, und das Krankenhaus kostete mehr, als er verdient hatte. Nun kellnert er mit einer schmerzhaften Narbe im Bauch in Avanos.
Mehmed schlägt wieder einen eleganten Bogen um uns. Vor drei Jahren waren die beiden noch unzertrennlich gewesen. Suleiman schiebt sein Kinn vor. »Der kann ja nicht einmal heiraten. Eine Frau kostet jetzt eine halbe Million Lira, und hier wird er nie soviel Geld zusammenbekommen. Da muß er schon zu den anderen gehen. Die haben das Geld und die Macht. Schau mich an – ich bin ein reicher Mann geworden. Die Türken sind alle viel zu stolz, aber vom Stolz kann keiner leben.«
Suleiman schaut erbärmlich stolz drein, als er sein neues Auto besteigt und wieder nach Nevsehir fährt. Sein Haus hier in Avcilar wird er wohl bald aufgeben.
Im Kaffeehaus an der Straßenkreuzung macht mir Mehmed Vorwürfe. »Alle hier im Dorf haben dich mit ihm gesehen. Was sollen sie jetzt von dir denken?«
»Er hat mich aus Nevsehir hergebracht.«
»Du warst . . . dort?«
Mehmed dreht sich weg und sieht in den Fernseher. Plötzlich laufen alle auf die Straße. An der Kreuzung hält ein Lastwagen aus Nevsehir. Auf seiner Plattform sitzen dichtgedrängt Männer. Auch aus dem anderen Kaffeehaus kommen jetzt die Männer, und durch das vertrocknete Bachbett spurtet Yüksel mit seiner Wölfin und Branko. Eine sehr lange Minute stehen alle schweigend da und starren auf den LKW vorne an der Kreuzung, dann brummt der langsam los Richtung Avanos. Einige Minuten später sind alle wieder in den Kaffehäusern versickert, doch in keinem ist ein Kommentar zu hören. Ein paar Männer sind draußen geblieben und gucken auf die Straße. Nach gut einer Stunde braust der LKW vorbei, Richtung Nevsehir, und dann sitzen wieder alle vor dem Fernseher.

Avcilar, sehr spät

Natürlich war Mehmed am Morgen in Avanos. Ein Wirt, bei dem wir auch schon mal waren, ist erschlagen worden. »Sie stürmten einfach in sein Lokal. Die meisten Gäste wurden nur verprügelt. Aber er hat sich mit denen angelegt. Was dann genau geschehen ist, weiß ich nicht.«

Sonst? Mustafa aus Ürgüp haben sie in Uchissar aus dem Bus gezerrt – ein paar Zähne und zwei gebrochene Rippen. Dafür wurde in Ürgüp ein Wagen aus Nevsehir gestoppt, und sämtliche Insassen wurden krankenhausreif geschlagen. »Der eine wird's wohl nicht überleben«, grinst Mehmed.

Wie viele Tote der tägliche Terror fordert, wird man in türkischen Zeitungen vergeblich suchen. Ausländische Agenturmeldungen in ausländischen Zeitungen erzählen darüber mehr.

Am Abend sitzen wir zu fünft um ein kleines Feuerchen. »Ich weiß nicht, wie das weitergehen wird«, sagt Ahmed, der Lehrer. »Alle wissen nur: so nicht. Die Türken haben sich immer alles gefallen lassen. Ob nun die Politik in Istanbul gemacht wurde oder in Ankara – sie haben es geschluckt, und hier hat es sich auf das Leben ja kaum ausgewirkt. Aber jetzt haben die Jungen gemerkt, was da faul ist, und sie lassen sich das nicht mehr gefallen. Sie wissen nur noch nicht, was sie ändern sollen und wie. Hier gibt es keine Vorbilder und keine Anregungen. Da muß man sich im Ausland umsehen, und von dort kommen auch die ganzen neuen Ideen her. Das einzig Türkische dabei ist, daß man sich deswegen gleich die Schädel einschlägt. Keiner wird nachgeben, nicht einmal für eine Weile wird Ruhe sein. Jetzt haben wir hier schon so lange Kriegsrecht – aber hast du in der ganzen Zeit eine Militärstreife gesehen? Das gibt es vielleicht in Ankara, Ismir oder Istanbul. Hier ist alles egal. Es gibt nicht weniger Tote und nicht mehr, und daran wird sich nichts ändern. Und irgendwann werden die da drüben alles haben. Die haben Geld, Waffen und gute Beziehungen im Ausland.«

Mehmed hat nicht zugehört, sondern in Richtung Nevsehir gestarrt. Hier oben kann man den Lichtschein am Horizont sehen. »In Deutschland haben sie angefangen, und da haben sie es auch gelernt. Da hat der Türkes seine Ideen her und das Geld.« Er leert die vierte Flasche Rotwein. »Irgendwann werde ich auch zu denen gehen. Man muß ja von was leben.«

Yüksel ist nicht weniger blau. »Branko ist unser Wolf«, sagt er. »Unser deutscher Wolf – schau her!« Er tritt den Köter. Branko winselt und leckt den Schuh. Yüksel lacht. »Alle wollen sie jetzt solche Hunde. Dafür geben sie ihr letztes Geld aus. Und natürlich auch für Waffen.« Den nächsten Wurf will Yüksel in seine Aufrüstung investieren.

Auf dem Heimweg beißt Branko einen der kleinen Dorfköter tot. Er muß den Kleinen gerochen haben, denn er sprang mit einem Satz über die niedrige Gartenmauer. Ein Atemzug Jagd und ein schrilles Heulen. Der Kleine hatte keine Chance.

Mario Erdheim
Fremdkörper

Im 19. Jahrhundert, mit der Herausbildung des Nationalstaates, veränderte sich der Begriff des Fremden. Unter dem Druck der kapitalistischen Entwicklung vollzog sich ein Prozeß der Nivellierung, der Einebnung regionaler und kultureller Unterschiede. Postuliert wurde: alle Angehörigen der Nation gehören zusammen; fremd sind nur die Ausländer. Die Nation verdrängte das Ethnische, trachtete danach, es zu zerstören, da sie es nicht integrieren konnte. Vielerorts taucht es aber heute aus der Verdrängung auf und zeigt eine revolutionäre Potenz, die anderen sozialen Bewegungen abgeht. In diesem Zusammenhang gewinnt der Begriff des Fremden wieder seine ethnische Dimension zurück.

Auch Deutschland bildete sich aus einer Vielzahl ethnisch verschiedener »Stämme« heraus:

»Dieses Land«, schrieb E. Duller Mitte des 19. Jahrhunderts, »gehört dem deutschen Volk, das heißt, jenem Teil des Volkes, der durch den deutschen Bund zu einem Ganzen geeinigt worden ist . . . Die Gesamtzahl der Bewohner Deutschlands beträgt nahe an 40 Millionen Seelen (wollte jede davon den Odem der Volksseele fühlen!), aber nur 34 Millionen sind germanischen Geblüts, 6 Millionen slawischen (sie wohnen an der Leba, am Ober- und Mittellauf der Spree, dann in Schlesien, Böhmen und Mähren und endlich zwischen den Alpen Steiermarks, Kärntens und Krains – Reste alter Seßhaftmachung, über die das deutsche Element in gewaltiger Flut hereingebrochen ist), eine halbe Million romanischen oder verwandten Geblüts, teils Wallonen an den Westgrenzen, teils Italiener an den Südgrenzen, teils Franzosen, in ganz Deutschland versprengt, wo sie, vom Despotismus aus der Heimat vertrieben, religiöse Duldung gefunden haben. – Wie diese Franzosen, so sind auch die Juden . . . in Deutschland versprengt, und wie jene französischen Kolonisten durch Gemeingenuß von Rechten und Pflichten mit den Deutschen in ein und dasselbe Staatsbürgertum zusammengewachsen sind, möchten und sollten es auch diese letzteren auf demselben Weg, denn nicht der, der Gott in einer von den meisten übrigen Staats- und Volksangehörigen verschiedenen Weise anbetet oder nach verschiedenen Satzungen sich im Privatleben richtet, sondern nur der ist ein Fremder, ein Gast im Staate, der einem anderen angehört . . . Ein solches Verhältnis paßt allenfalls für die paar tausend Griechen und Armenier, die in Deutschland wohnhaft sind, oder für die paar hundert Zigeuner, die auf deutschem Boden umherstreifen.« (S. 22 f.)

Das deutsche Volk selbst war aber keine homogene kulturelle Einheit.

»Friesen, Sachsen, Franken, Thüringer, Bayern, Alemannen – das sind die edlen, kräftigen Stämme, die ihre Wurzeln und Zweige zum Ganzen eines deutschen Volkes ineinandergeschlungen haben; jeder einzelne Stamm stattlich von Wuchs, reich an Entfaltung, eigentümlich in der Art.«

Duller verweist auf die Konflikte zwischen den verschiedenen Stämmen:

»Das ist eine der ältesten und an Unsegen reichsten Eigenheiten des deutschen Volkscharakters, ein Überrest jener Zeiten, da die Volksstämme noch untereinander um die Erhaltung je ihrer Individualität kämpften . . .; diese Entfremdung unter uns selbst ist noch immer das Lindenblatt zwischen den Schultern des deutschen Recken, das sich der Fremde wohl gemerkt hat und wo er ihn . . . gar meisterlich zu treffen gewußt hat.« (S. 32)

Der Fremde kommt von draußen, und er ist gefährlich, weil er die inneren Spannungen für sich ausnützen kann. Erscheint der Fremde, so müssen die Konflikte im Inneren – und sei es nur auf eine magische Art und Weise – zum Verschwinden gebracht werden. Bei den »Wilden« regeln deshalb fein ausgeklügelte Zeremonien den Eintritt des Fremden in die Gemeinschaft. Ähnliche Riten sind auch für Deutschland bezeugt, im *Handwörterbuch des deutschen Aberglaubens* lesen wir unter dem Stichwort »Fremder«:

»Man begegnet ihm im allgemeinen mit großem Mißtrauen . . . Man zeigt ihm kein Neugeborenes oder die Kleinkinder, insbesondere kein Ungetauftes. Will er das Kind sehen, muß er ihm Weihwasser geben oder ›Behüte es Gott‹ sagen, um seine gute Absicht zu betonen und seinen schlechten Einfluß zu paralysieren . . .

Kein Fremder darf in den Milchkübel blicken oder beim Melken, Seihen, Buttern anwesend sein; man läßt ihn am liebsten nicht in den Stall . . .; tritt er ein, muß er zum Vieh ›Behüt's Gott‹ oder ›Viel Glück in den Stall‹ sagen . . .

Er darf nicht in den Ofen sehen, solange der ›schwarze Mann‹ nicht ausgejagt ist, überhaupt nicht in gewisse Teile des Hauses, z. B. in die Küche, treten oder schauen; man darf ihm nicht den obersten Kanten des Brotes vorsetzen, weil dieser den großen Nutzen enthält . . .

Kommt er aufs Ährenfeld oder die Dreschtenne, wischt man ihm die Schuhe und beißt ihn in die Zehen; ähnlich beim Flachsbrechen.

Fremde sind Vorboten der Pest, des Krieges, man fürchtet die Möglichkeit einer teuflischen Erscheinung, weshalb man von ihnen auch nicht zu rasch Geschenke annehmen soll.«

Wo der Wandel gefürchtet wurde – nicht zuletzt, weil er die Herrschaftsverhältnisse in Frage stellte –, mußte die Bereitschaft, das Fremde aufzunehmen, tabuisiert werden. Andererseits war aber die Möglichkeit zum Wandel auch ein Grund für die Faszination, die seit jeher vom Fremden ausging. Er brachte einen frischen Windzug in die dumpfen Verhältnisse der Einheimischen, relativierte ihre Sitten und Gebräuche und ließ die Ahnung aufkommen, es könnte auch anders sein, als es ist. Wohl an dieser Möglichkeit knüpften die schönen Phantasien an, im Fremden würden sich die Götter verbergen, die je nach der Aufnahme, die sie finden, Lohn und Strafe verteilen.

»Odin wurde als unermüdlicher Wanderer geschildert. In jedem sonderbar aussehenden Fremden durfte man daher den Gott vermuten. Besonders um Weihnachten wandern die Unterirdischen auf Erden, so daß Fremde zu dieser Zeit besonders gerne gastlich aufgenommen werden; später ersetzten Jesus und Petrus, welche die drei Wünsche zu vergeben haben und als unscheinbare Fremde die Länder durchziehen, die heidnischen Gottheiten. Der Fremde ist denn auch bei gewissen religiösen Riten (besonders sexuelle Riten) einfach der Repräsentant der fremden Gottheit, da man doch nie wissen kann, ob er nicht am Ende wirklich die Gottheit ist.« (ebd.)

So wurde der Fremde zum Gast und die Gastfreundschaft zum Mittel, ihn in die eigene Welt aufzunehmen.

»Gastfreundschaft umfaßt ursprünglich nicht nur die Einzelperson, sondern die Geschlechter . . .; sie vererbt sich vom Vater auf den Sohn. Sie bringt einen Kommunismus der Güter mit sich. Am Kirchweihfeste verschwinden dem Südslawen noch heute die Grenzen zwischen Mein und Dein. Und als Bestandteil dieses allgemeinen Kommunismus, der dem Gaste alles gewähren, alles anbieten und nichts verweigern darf . . ., stellt man Gastfreunden auch die Frauen des Hauses zur beliebigen Verfügung . . .
Der Fremde, auch wenn er *nur* als Mensch betrachtet wird, verfügt über Kräfte, die er vielleicht, wenn man ihn gut behandelt, dem Hause zu Diensten stellen wird, vielleicht, wenn man ihn schlecht behandelt, gegen dasselbe richtet. Man kann also, indem man den Fremden in den Rechts- und Liebeskreis der Gemeinschaft durch eine Art Gastfreundschaft hineinzieht, etwaige üble Wirkungen paralysieren . . .
Je einseitiger der Vorteil aus der Gastfreundschaft später auf Seiten des Bewirteten lag, desto mehr wurde die caritative Grundlage betont, desto mehr sah man in dem Fremden den Armen, Unglücklichen, ›Elenden‹, weil in der Fremde, im ›Elend‹, Umherschweifenden.« (Stichwort »Gastfreundschaft«)

Wo der Fremde elend erschien, war die Fremde selbst zum Elend geworden, worin die Erinnerung an die idyllisch zurechtgemachte Heimat die letzte Stütze bot. Elend war die Fremde geworden, weil sie sich dem Fremdling verschloß und alles abwertete, was er hätte anbieten können. Die Bereitschaft, fremde Einflüsse aufzunehmen, stieß immer auf eine Kritik, welche die Unzulänglichkeiten der bestehenden Verhältnisse unter Berufung auf das Traditionelle und Bewährte verschleierte.

»Das Schlimmste aber ist«, schrieb Duller in seiner Charakterisierung der Deutschen, »daß wir nirgends fremder zu sein pflegen als im eigenen Vaterland und daß wir unseren edlen heimischen Boden durch heillose Nachäfferei des Fremden entwürdigen. Fremde Tracht, Sprachmengerei, fremde Sitte: leider haben sie seit alten Zeiten bald mehr, bald weniger . . . den edlen Kernwuchs unserer Sinnesart überwuchert, und noch vermochte kein vaterländischer Zorn dieses Unkraut auszureuten.« (a. a. O. S. 32)

Das »schlechte Fremde« und die »heimische Idylle« sind einander stützende Begriffskomplexe, und sie verschränken sich auf eigentümliche Weise im Phänomen des Heimwehs, im Leiden am Fremdsein.

»Heimweh«, heißt es im bereits zitierten Handwörterbuch, »die Sehnsucht nach der Heimat, befällt leicht jüngere Leute, wenn sie von zu Hause fern sind. Man nahm früher wohl an, daß diese Krankheit vorzüglich die Schweizer, von denen das Wort in die hochdeutsche Schriftsprache übernommen ist, ergreife und bei anderen Völkern nicht zu finden sei.
Mit der Zeit wurde erkannt, daß das Heimweh oder der Jammer nach Hause . . . unter allen Völkern der Erde zu finden sei, von den ältesten Zeiten bis auf unsere Tage . . . Denn das Heimweh bezeichnet den dauernden Zustand eines Menschen, dem in der Fremde das Gefühl für den Wert der Heimat aufgegangen ist . . . Das Kind des Volkes hängt an seiner Heimat mit einer tiefen unbewußten Liebe. Sie ist ihm der selbstverständliche Hintergrund für sein Leben und Wirken. Wenn er nun aus seiner Welt herausgerissen ist, so kann er sich in anderer Gegend nicht wohl fühlen, weil ihm dort alles fremd ist. Es kann geschehen, daß ihm die neue Umgebung mehr bietet als die Heimat, in leichterer Arbeit und besserer Nahrung, so sehnt er sich doch nach dem Leben daheim zurück, nach der Kargheit und Enge, er fragt nicht nach Gewinn und ist

sogar unempfindlich gegen freundliche Behandlung. Wie viel mehr sehnt sich das Kind des Dorfes zurück, wenn es in der Fremde das bittere Los des Wanderers findet: ›Da ich kam für der Fremden ihre Tür, da sagten sie: Du gehörst nicht zu uns‹.«

Das Fremdsein löst unter bestimmten Umständen Regressionen aus, man wird zum Kind und erfährt aus dieser Position heraus die Fremde, in der man lebt, als böse und schlecht. »In der Tat«, schreibt H. G. Wackernagel, »steigert sich, wie medizinisch einwandfrei feststehen dürfte, Heimweh oder Nostalgie gerade bei Gebirgsbewohnern in der Fremde oft zur eigentlichen Krankheit, die bisweilen sogar mit dem Tode enden kann« (S. 21). Je idyllischer die Heimat erscheint, desto schlimmer ist die Fremde, und durch diese Aufspaltung werden die Aggressionen gegen die Daheimgebliebenen, die kein gutes, sicheres Leben zustande brachten und einen in die Fremde zwangen, selbstzerstörerisch nach innen gewendet.

Auch das Phänomen des Heimwehs verweist uns darauf, daß der Begriff des Fremden abhängig ist von dem der Heimat. In dem Maße, wie sich während des 19. Jahrhunderts die Erfahrung dessen, was als Heimat galt oder gelten sollte, wandelte, veränderte sich auch das Bild des Fremden. Je weniger das Vaterland tatsächlich Heimat sein konnte, weil es durch die gesellschaftlichen Widersprüche zerrissen und die Masse der Bevölkerung in Fremde im eigenen Land verwandelt wurde, desto wichtiger wurde der Fremdenhaß. Nietzsche beschrieb diesen Zusammenhang in zwielichtiger Weise in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts:

»Je bestimmter eine organische Einheit (z. B. eine Gemeinde, Herde) sich zum Bewußtsein kommt, um so stärker ist ihr Haß gegen Fremde. Die Sympathie mit dem Zugehörigen und der Haß gegen das Fremde wachsen miteinander.« (S. 376 f.)

Das Bewußtsein einer nationalen organischen Einheit bedurfte des Fremdenhasses, um die realen Konflikte unbewußt zu machen. Was die Gesellschaft zusammenhielt, war alles andere als Sympathie; der Klassenhaß konnte nur durch den Fremdenhaß gezügelt werden.

In seiner 1908 erschienenen *Soziologie* unterschied G. Simmel zwischen dem inneren und dem äußeren Fremden, dem Fremden, der ein Teil der Gruppe ist, und dem Fremden, der außerhalb der Gemeinschaft lebt, also dem Ausländer.

»Es ist hier also der Fremde nicht in dem . . . Sinn gemeint als der Wandernde, der heute kommt und morgen geht, sondern als der, der heute kommt und morgen bleibt.« (S. 685)

Dieser Fremde, meistens ein Händler, der sich niederläßt, aber nie Bodenbesitzer wird, kommt zwar mit jedem einzelnen Element der Gruppe in Berührung, ist aber mit keinem einzigen durch die verwandtschaftlichen, lokalen, beruflichen Fixiertheiten organisch verbunden.

»Weil er nicht von der Wurzel her für die singulären Bestandteile oder die einseitigen Tendenzen der Gruppe festgelegt ist, steht er allen diesen mit der besonderen Attitüde des ›Objektiven‹ gegenüber, die nicht etwa einen bloßen Abstand und Unbeteiligtheit bedeutet, sondern ein besonderes Gebilde aus Ferne und Nähe, Gleichgültigkeit und Engagiertheit ist.« (S. 687)

Die Ungebundenheit des Fremden ermöglicht ihm seine Objektivität, wird aber auch zum Grund des Mißtrauens ihm gegenüber.

»Von jeher wird bei Aufständen aller Art von der angegriffenen Partei behauptet, es hätte eine Aufreizung von außen, durch fremde Hetzer und Sendlinge stattgefunden. Soweit das zutrifft, ist es eine Exaggerierung der spezifischen Rolle des Fremden: er ist der Freiere, praktisch und theoretisch, er übersieht die Verhältnisse vorurteilsloser, mißt sie an allgemeineren, objektiveren Idealen und ist in seiner Aktion nicht durch Gewöhnung, Pietät, Antezedentien gebunden.
Wo jenes aber« – fügt Simmel in einer Anmerkung hinzu – »seitens der Angegriffenen fälschlich behauptet wird, entstammt es der Tendenz des Höherstrebenden, die Tieferen, die bisher in einem einheitlichen, engeren Verhältnis zu ihnen gestanden haben, doch noch zu exkulpieren. Denn indem sie die Fiktion aufbringen: die Rebellen wären gar nicht schuldig, sie wären nur aufgehetzt, die Rebellion ginge gar nicht von ihnen aus – exkulpieren sie sich selbst, negieren sie von vornherein jeden realen Grund des Aufstandes.« (S. 688)

Simmel verknüpft Fremdheit, Objektivität, Freiheit und Revolte; er faßt soziologisch, was bereits im Volksglauben ausgedrückt wurde: der Fremde bringt die Gesellschaft in Bewegung. Die als unscheinbarer Fremder verkleidete Gottheit ist ebensowenig mit der Gesellschaft verflochten wie Simmels Fremder und kann objektiv Lohn und Strafe verteilen sowie unerfüllbare Wünsche realisieren. Eine Metamorphose fand statt: die bäuerliche Gottheit verwandelte sich in den objektiven Fremden, den revolutionären Intellektuellen. Hinter Simmels Darstellung schimmert das Bild des Intellektuellen hindurch. »Fremdheit« ist ja ein wesentliches Element der Selbststilisierung des Intellektuellen, und noch Mannheims Begriff der »freischwebenden Intelligenz« impliziert sie. Aber bereits das uralte Selbstverständnis als geistige Elite erhebt die Entfernung zum Volk zur Tugend. Auf dem gleichen Geleis, jedoch in umgekehrter Richtung, wird Intellektualität als Leiden erfahren, weil sie angeblich das Individuum dem Volk entfremde und es einsam mache. In der Fremdheit des Intellektuellen steckt sein verqueres Verhältnis zur Macht: Weil er über keine Macht verfügt, sie sich aber sehnlichst erwünscht, kommt er sich als Fremder vor. Die Heimat ist dann immer dort, wo auch die Macht ist.
Was fremd ist, das ist ja nicht nur das Andersartige, Ungewöhnliche und Unvertraute, es ist oft auch das Machtlose. Es liegt an den Machthabern zu bestimmen, wer fremd ist und wer nicht. In der Antike nannte man diejenigen Barbaren, Fremde, die außerhalb des *Machtbereichs* der Griechen bzw. Römer standen und von denen man deshalb vermutete, sie würden überhaupt keine Kultur und keine Gesetze kennen. Barbaren waren also die, die sich der Herrschaft entzogen. Wie schon Simmel sah, galten gute Untertanen nie als Fremde und Fremde immer als potentielle Aufrührer. Im 19. Jahrhundert wuchs die Masse derer an, die die Herrschaft des Bestehenden in Frage stellten – sie alle wurden zu Fremden im eigenen Land deklariert und letztlich den kulturlosen Wilden gleichgesetzt.

A. Vierkandt, einer der Väter der deutschen Soziologie, veröffentlichte 1896 sein Buch *Naturvölker und Kulturvölker*. Darin kommt er auf die »unteren sozialen Stände« zu sprechen, die er durch zwei Gegensätze zu charakterisieren sucht: »(den Gegensatz) zwischen den gebildeten und den ungebildeten und (den) zwischen den besitzenden und besitzlosen Klassen« (S. 337). Bald zeigt sich, daß er die Ungebildeten und Besitzlosen, d. h. die Bauern und Proletarier als Fremde auffaßt und sie mit den Naturvölkern gleichsetzt:

»und zwar sowohl in subjektiver wie in objektiver Hinsicht. In letzterer Beziehung kommt hier die Unsicherheit der ganzen Lebensführung in Betracht, die namentlich den so leicht von der Arbeitslosigkeit heimgesuchten städtischen Arbeiter bedrückt, und die auch mit festeren, aber sehr beschränkten Verhältnissen verknüpfte Unfähigkeit, die geistigen Güter der Vollkultur sich wirklich innerlich anzueignen, wobei wir nicht bloß an jene hohen Güter denken, welche im Bereiche der Kunst und Wissenschaft liegen, sondern auch an die Entfaltung der sittlichen Güter des täglichen Lebens, wie eines edleren Familienlebens, die ebenfalls an ein bestimmtes wirtschaftliches Niveau geknüpft sind. In subjektiver Hinsicht werden wir an die Naturvölker erinnert durch die *Sorglosigkeit*, welche diesen Ständen in engem Zusammenhange mit der Unsicherheit ihrer Existenz oder wenigstens der Hoffnungslosigkeit, ihr Niveau jemals zu erhöhen, durchweg eigen ist und z. B. in klassischer Weise in derjenigen Eigenschaft zu Tage tritt, nach der das Proletariat seinen Namen führt. Eng zusammen hängt damit die innere *Unstetigkeit* und Zusammenhanglosigkeit des ganzen Lebens. Auch die *sexuellen Verhältnisse*, nämlich das üppige Fortwuchern der Generationen außerhalb und vor der Ehe, repräsentieren ein tieferes Kulturniveau. Wesentlich ist ferner das starke Solidaritätsbewußtsein und die Fähigkeit zu politischen Massenaktionen, die sowohl dem Bauernstande wie den städtischen Arbeitermassen eigen ist« (S. 338)

Am frappantesten findet Vierkandt die Überreste der mythologischen Denkweise, unter anderem in der Medizin. Auch Kannibalismus komme vor. Die Landbevölkerung sei immerhin noch fest verwurzelt, während das städtische Proletariat atomisiert und entwurzelt sei; es habe »in seinem ganzen psychischen Charakter – ebenso wie bekanntlich in seinem körperlichen Habitus – einen pathologischen Anstrich« (S. 340). Die »Masse der Gebildeten« dagegen habe die unwillkürlichen Bewußtseinsvorgänge durch willkürliche ersetzt und eine streng logische, wissenschaftliche Denkweise entwickelt, »welche im scharfen Gegensatze zur Neigung der unteren Volksschichten zu einer mythologischen Betrachtung der Dinge steht« (S. 341). Diese Bildung schaffe auch die Möglichkeit, nach sittlichen Grundsätzen sowohl in individueller wie auch in sozialer Hinsicht zu handeln.

Für die oberen Stände sind die unteren einerseits ein »Reservefonds«, aus dem sie sich immer neu rekrutieren können, andererseits aber eine Gefahr, »wegen der inneren Kluft, die sich hier innerhalb einer und derselben Gesellschaft auftut, und deren Bestehen eine fortwährende Quelle der Unzufriedenheit und des Klassenhasses sein muß« (S. 342). Es sei fast eine Verschleierung, »wenn man überhaupt noch bei unseren Kulturstaaten von

einem einzigen Volk spricht«. Bloß in Kriegszeiten tauche die Volkseinheit wieder auf. »Nur im sauren Ernst, nicht mehr in heiteren Festen kommt diese Einheit noch zum Durchbruch« (ebd.). Vierkandt zitiert aus Gobineaus *Essays sur l'inégalité des races humaines,* um die Gefährdung der »Vollkultur« durch die unteren Stände zu erläutern, und meint,

»daß auch heute noch die Gefahr einer Vernichtung der Blüte unserer Kultur durch die unteren Volksschichten und ihren Klassenhaß vorhanden ist. Die Existenz und die weite Herrschaft der Socialdemokratie legt ein beredtes Zeugnis dafür ab, und von der Möglichkeit einer blutigen Auseinandersetzung abgesehen, scheint ein friedlicher Ausgleich der entgegengesetzten Klasseninteressen kaum denkbar, ohne daß in einem etwaigen socialistisch gefärbten Zukunftsstaate die höheren geistigen Interessen und Regungen eine bedeutende Abschwächung erfahren würden, und das allgemeine geistige Niveau zu Gunsten der tieferen Elemente bedeutend sinken würde.« (S. 343)

Die zunehmende Technisierung biete kaum eine Gewähr, daß die unteren Schichten allmählich zivilisierter würden. Im Gegenteil: die Dynamitattentate (die offenbar damals auch üblich waren) zeigten, daß die Technik ebensowohl im schlechten wie im guten Sinne angewendet werde.

»Die innere Roheit und Barbarei, die innerhalb der unteren Stände herrscht, unterscheidet sich von derjenigen der Naturvölker nicht bloß dadurch, daß sie unter der veredelnden Einwirkung eines höheren socialen Milieus steht, sondern auch dadurch, daß ihr ein ausgebildeter Apparat zur Verfügung steht. Mit diesem Hilfsmittel ausgerüstet kann sie dem Bestehen unserer Kultur jederzeit doppelt gefahrvoll werden.« (S. 334)

In dieser Darstellung versammelt Vierkandt – vom Standpunkt des ›Einheimischen‹ aus – fast alle Elemente, welche für das Bild des Fremden, der sich aber nun inmitten des Systems und nicht mehr außerhalb befindet, charakteristisch sind. Fremd ist,
– wer keine sichere Lebensführung aufzuweisen hat, nicht im Schoße der Familie lebt und durch seine Sorglosigkeit bzw. Hoffnungslosigkeit, den Lebensstandard zu erhöhen, auffällt;
– wer innerlich unstet ist und seine sexuellen Verhältnisse nicht regeln kann;
– wer ›mythologisch‹ denkt und auch in der Medizin an Zauberei glaubt;
– wer politische Aktionen startet und Solidarität fordert.
Schon Vierkandt fand diese Haltungen pathologisch; wäre damals bereits die Problematik des Narzißmus bekannt gewesen, so hätte er vielleicht auch den Begriff des »Neuen Sozialisationstypus« prägen können. In unserer Zeit hat sich nun die Bezugsgruppe, nicht aber die Betrachtungsweise verändert – es sind nicht mehr die Bauern und Proletarier, die als »fremd« erscheinen, sondern die Jugend und diejenigen, die sich nicht die geistigen Güter und Werte der »Vollkulturen« aneignen. Und tatsächlich entzündeten sich in der letzten Zeit die schärfsten Auseinandersetzungen um Erscheinungsformen

dieser Vollkultur: die Monarchie in Amsterdam, das Militär in Bremen und das Opernhaus in Zürich.

Scharfsinnig diagnostiziert Vierkandt den Kulturhaß der unteren Stände: Wie die *Natur*völker stünden auch sie fremd der Kultur gegenüber. Freud erkannte ebenfalls dieses Phänomen, beurteilte es aber anders:

»Wenn aber eine Kultur es nicht darüber hinaus gebracht hat, daß die Befriedigung einer Anzahl von Teilnehmern die Unterdrückung einer anderen, vielleicht der Mehrzahl zur Voraussetzung hat, und dies ist bei allen gegenwärtigen Kulturen der Fall, so ist es begreiflich, daß diese Unterdrückten eine intensive Feindseligkeit gegen die Kultur entwickeln, die sie durch ihre Arbeit ermöglichen, an deren Gütern sie aber einen zu geringen Anteil haben. Eine Verinnerlichung der Kulturverbote darf man dann bei den Unterdrückten nicht erwarten, dieselben sind vielmehr nicht bereit, diese Verbote anzuerkennen, bestrebt, die Kultur selbst zu zerstören, eventuell selbst ihre Voraussetzungen aufzuheben. Die Kulturfeindschaft dieser Klassen ist so offenkundig, daß man über sie die eher latente Feindseligkeit der besser beteilten Gesellschaftsschichten übersehen hat. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß eine Kultur, welche eine so große Anzahl von Teilnehmern unbefriedigt läßt und zur Auflehnung treibt, weder Aussicht hat, sich dauernd zu erhalten, noch es verdient.« (S. 333)

Die Essenz des Fremdenbegriffs ist das Außerhalb der Kultur: Naturvölker, Wilde, Verrückte. Mit ihnen gibt es keine Gemeinsamkeiten mehr, nichts, woraus man lernen könnte, um das Eigene zu verändern. Das Verhältnis zum Fremden ist in erster Linie ein *Macht-* und *Verteidigungs*verhältnis. Vom Fremden her droht nur Zerstörung; es gilt, das Eigene davor zu bewahren. Freud spricht in diesem Zusammenhang von der »latenten (Kultur-) Feindseligkeit der besser beteilten Gesellschaftsschichten«, die man »übersehen« hat. Vielleicht wäre es besser, statt von »Kulturfeindschaft« von »Geschichtsfeindschaft der besser beteilten Gesellschaftsschichten« zu sprechen. Es würde deutlicher werden, daß es die Verwandlung von Kultur ist, wogegen sie sich wehren. Für sie bleibt das fremd, was sie nicht in *ihre* Geschichte aufnehmen können, abspalten und wenn möglich vernichten müssen. Das Fremde ist ein geschichtsbezogener Begriff; er gibt die Grenzen der Geschichte an, den Bereich, der nicht mehr integrierbar ist, und wo eine andere Geschichte anfängt.

Literatur

Duller, E., *Das deutsche Volk in seinen Mundarten, Sitten, Bräuchen und Trachten*, München o. J.

Freud, S., »Die Zukunft einer Illusion« (1927), in: *Gesammelte Werke*, Bd. XIV, S. 323-380

Handwörterbuch des deutschen Aberglaubens, Berlin und Leipzig 1928.

Nietzsche, F., *Die Unschuld des Werdens*, 2. Bd., Kröners Taschenausgabe, Leipzig 1931.

Simmel, G., *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, Leipzig 1908.

Vierkandt, A., *Naturvölker und Kulturvölker*, Leipzig 1896

Wackernagel, H. G., *Altes Volkstum der Schweiz*, Basel 1959.

Die Autoren:
Alfred Andersch, Heinrich Böll, Nicolas Born, Hans Daiber, F.C. Delius, Günter Eich, Ludwig Fels, Ernst Glaeser, Oskar Maria Graf, Max von der Grün, Peter Härtling, Rolf Haufs, Günter Herburger, Marianne Herzog, Heinz Huber, Uwe Johnson, Horst Karasek, Marie Luise Kaschnitz, Alexander Kluge, Artur Knoff, Wolfgang Koeppen, Ursula Krechel, Fitzgerald Kusz, Siegfried Lenz, Reinhard Lettau, Hans Lipinsky-Gottersdorf, Helga M. Novak, Hans Werner Richter, Erika Runge, Arno Schmidt, Peter Schneider, Robert Wolfgang Schnell, Werner Stelly, Hannelies Taschau, Jürgen Theobaldy, Martin Walser, Gabriele Wohmann, Ror Wolf, Wolf Wondratschek, Peter Paul Zahl, Jochen Ziem.

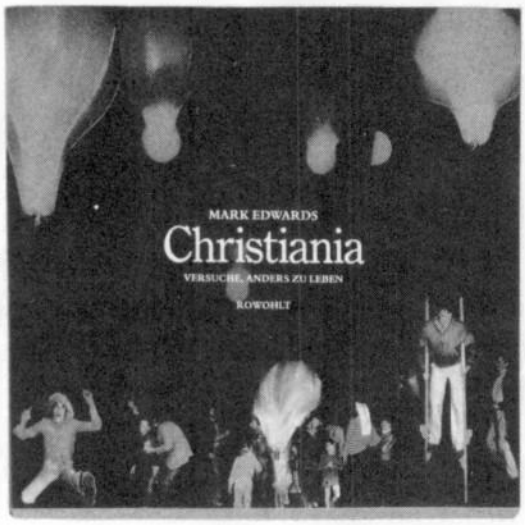
Hrsg. von Klaus Roehler. Sammlung Luchterhand Band 300. DM 15,80

Im Mai 1979 wurde die Bundesrepublik Deutschland dreißig Jahre alt: eine kurze Zeitspanne in der Geschichte, fast das halbe Leben für mehrere Generationen. Wer heute dreißig ist, zählt sich anders als jemand, der 1949 dreißig war; im selben Staat leben beide seit dreißig Jahren. Von der gemeinsamen Vergangenheit, der gemeinsamen Gegenwart handeln die Geschichten, die in diesem Band gesammelt sind. Ob sich jemand mit der Besatzungsmacht einläßt, umgesiedelt wird oder seine neue Wohnung zeigt, ob er auf den entsetzlichen Tag X wartet, Beihilfe zum Umzug vom einen in den anderen deutschen Staat leistet oder über Maßhalten und Verbrauchen grübelt, ob er arbeitslos ost oder erkennungsdienstlich behandelt wird: in jeder Geschichte ist Zeit eindeutig, sind Zusammenhänge und Abhängigkeiten kenntnlich und nachprüfbar. Das gilt für die erste wie für die letzte Geschichte dieses Bandes: Heinrich Böll erzählt in „Geschäft ist Geschäft" von den Folgen der Währungsreform 1948, Jürgen Theobaldy in „Zurück" vom Deutschen Herbst 1977.

Sammlung Luchterhand

»CHRISTIANIA«, ein Experiment, dessen Ausgang ungewiß ist

Versuche, anders zu leben



Christiania ist eines der größten und langlebigsten Alternativprojekte, die es zur Zeit in Westeuropa gibt. Als eine sogenannte Freie Stadt mitten in Kopenhagen existiert Christiania seit 1971, eine Stadt ohne Polizei, ohne öffentliche Verwaltung, ohne feste politische Repräsentanten; eine „Insel der Anarchie" für die einen, ein „soziales Experiment" für die anderen; Einübung in mehr Menschlichkeit in einer Gesellschaft, die der Reichtum arm gemacht hat, zugleich aber auch eine ständig gefährdete Utopie – hilflos gegen die skrupellose Ausbeutung durch Pusher, Dealer und opportunistische Geschäftemacher.

Mark Edwards, der Autor dieses Buches, hat viele Monate in Christiania gelebt. Seine Fotos, seine Berichte und Interviews dokumentieren den Alltag dieser Gemeinschaft, die genossenschaftlichen Arbeits-Alternativen, die politische Geschichte Christianias und die Auseinandersetzungen mit den staatlichen Gewalten und Institutionen.

Deutsch von Niko Hansen und Ullrich Schwarz. 204 Seiten + 36 Farbtafeln
Kart. DM 28,–

Rowohlt

AutorenEdition Herbst '80

Ein neuer Tatsachenroman von Bernt Engelmann: Die Laufmasche

Engelmanns neuer Roman führt in einer turbulenten Handlung an die verschiedensten Schauplätze und gibt Einblick in unterschiedliche Gesellschaftsschichten. Die Heldin ist eine Frau aus dem Volk, die alle Knoten entwirrt und das Herz auf dem rechten Fleck hat. Das finden sogar die „Großen" aus Politik und Wirtschaft, jedenfalls anfangs.

256 Seiten, geb. DM 29,80
ISBN 3-7610-0566-0

Eine Frau richtet sich ihr Leben neu ein.

Jeannette Lander

Ich, allein

Roman

Eine geschiedene Frau, Mitte 40, schafft sich ein selbständiges Leben ohne Abhängigkeit und Einengung. Sie verhält sich Familie und Bekannten gegenüber nicht mehr so, wie man es von ihr erwartet, bezieht eine neue Wohnung und ergreift beruflich neue Initiativen. – In diesem Prozeß der Selbstfindung sieht sich diese Frau mit einer Vielzahl von Widerständen konfrontiert.

228 Seiten, kart. DM 24,80
ISBN 3-7610-0571-7

Verlag AutorenEdition
München und Königstein

Christoph Kleßmann
Der Zug nach dem Westen: Polen im Ruhrgebiet

Die Beschäftigung mit der Geschichte, insbesondere mit der Geschichte von nationalen Minderheiten kann zwar kaum unmittelbar »Anweisungen« für die Gegenwart liefern, sie kann aber in hohem Maße das Problembewußtsein schärfen und für konkrete aktuelle Situationen im Umgang mit Minderheiten in der Gegenwart sensibilisieren.

In diesem Sinn sollen im folgenden einige historische Aspekte des heutigen Gastarbeiterproblems – die Problematik dieses Begriffs ist mir bewußt – am Beispiel der polnischen Bergarbeiter im Ruhrgebiet dargestellt werden, und zwar vornehmlich bezogen auf die Zeit vor 1914.

Wer heute nach noch sichtbaren Spuren der Polen im Ruhrgebiet sucht, findet fast nichts mehr. In der Bochumer Innenstadt, am Kortländer, ist an der freistehenden Wand eines Wohnhauses noch die Aufschrift zu lesen Bank Robotników (Arbeiterbank), und zwei Häuser weiter hat noch heute der »Verband der Polen in Deutschland« seinen Sitz an der gleichen Stelle, wo 1922 der gleichnamige Bund gegründet wurde, der sich seinerseits als Nachfolger des 1894 gegründeten ersten ruhrpolnischen Zentralverbandes verstand. Hier läßt sich also noch ein kleines Stück von Kontinuität sichtbar machen.

Die Geschichte dieser polnischen Minderheit im Ruhrgebiet möchte ich unter drei Fragen behandeln und dabei jeweils nur stichwortartig Parallelen und Unterschiede zur Situation heutiger ausländischer Arbeiter andeuten:

1. Woher kamen die polnischen Arbeiter? Konkret: Aus welchen Regionen, Lebens- und Arbeitsverhältnissen, die dann auch ihr Verhalten in der neuen Umgebung prägten?
2. Welche Schwierigkeiten hatten sie im Ruhrgebiet? Das heißt, welche Orientierungs- und Anpassungsprobleme traten auf, wie sind sie damit fertig geworden, wie verhielt sich die deutsche Bevölkerung?
3. Wie reagierte die deutsche Arbeiterbewegung? Welche Haltung nahmen die deutschen Gewerkschaften und die Parteien ein? Sahen deutsche Arbeiter in den Fremden eher den nationalen Gegner oder eher den Klassengenossen?

Statt statistischer Angaben sei hier zunächst ein Zitat wiedergegeben, das aus der Perspektive einer betroffenen Familie viel über die Herkunft aussagt. Am 11. März 1869 schrieb eine jung verheiratete deutsche Frau namens Franziska Powilke aus einem kleinen Ort in Westpreußen in ihr Tagebuch:

»Es ist mir eine Beruhigung, daß unsere Ziege Klärchen und die vier Legehühner jetzt mit in das ferne Gelsenkirchen fahren, wo mein Robert schon seine Arbeit auf der Kohlenzeche zugesprochen bekommen hat. Ich weiß ja nicht, was uns in dem Kohlengebiet erwartet, von dem man manches gute hört vom Geldverdienen, aber auch manches, was einem angst macht. Und ich werde ja auch ganze Tage alleine sein, wenn Robert zur Zeche muß. Auf den Feldern vom Baron haben wir meistens zusammen gearbeitet. Aber Frauen nehmen sie auf der Kohlenzeche ja nicht an. Da habe ich wenigstens Klärchen und die Hühner und ein bißchen Zuhause. Wenn Robert wirklich so viel Geld verdient, daß wir nicht nur zu essen haben, dann kaufen wir unserem Klärchen bald eine Ziege dazu. Hoffentlich ist der Stall in der Kolonie von Gelsenkirchen groß genug.«

Dieses Zitat zeigt exemplarisch eine ganze Reihe wichtiger Gesichtspunkte. Die Frau trägt einen slawisch klingenden Namen, schreibt aber deutsch. Das deutet schon auf die Schwierigkeiten bei der klaren nationalen Zuordnung der Einwanderer hin. Angedeutet ist damit auch ein gravierendes Problem, das sich bis in die Zeit nach 1945 gehalten hat, nämlich die Ausbildung eines Stereotyps, eines Klischees, das man allen Einwanderern aus dem Osten anhängte: das Schimpfwort »Pollacken«.

So wie bei der Tagebuchschreiberin handelte es sich bei den Einwanderern meist um Landbewohner aus den ostelbischen preußischen Provinzen, die durch die ärmlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen zur Abwanderung veranlaßt wurden. Die ländliche Existenzweise und der ländliche Arbeitsrhythmus prägten aber noch ihr Verhalten, und daraus ergaben sich vielfältige Probleme bei der Umstellung auf den Arbeitsrhythmus in der Industrie und ein Leben in der Großstadt.

Solche Umstellungsschwierigkeiten wurden, auch das ergibt sich aus dem kurzen Zitat, abgemildert durch die besonderen Wohnformen in einer Kolonie mit Gartenland; der Übergang von der Landwirtschaft in die Industrie gestaltete sich auf diese Weise gleitender, zusätzlich boten Gartenland und Kleinviehhaltung eine gewisse Existenzsicherung, auch wenn in Krisen die materielle Existenz nach wie vor völlig ungesichert blieb.

Schon diese wenigen Andeutungen machen die Parallelen zu heutigen Gastarbeitern deutlich: Ein großer Teil von ihnen stammt ebenfalls aus ländlichen Gebieten und wird durch die Not zur Auswanderung getrieben. Auch wenn sie heute nicht mehr ihre Haustiere mitbringen, so lassen sich doch durchaus die Bewußtseins- und Verhaltensprobleme solcher Einwanderer ländlicher Herkunft damals und heute miteinander vergleichen.

Insgesamt gab es vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges circa 350 000 bis 500 000 Polen im Ruhrgebiet. Die Ungenauigkeit dieser Angabe beruht unter anderem darauf, daß sich die Kriterien der statistischen Erfassung nicht absolut eindeutig festlegen lassen, daß insbesondere fragwürdig ist, wieweit man die zum Teil polnisch bzw. masurisch sprechenden, aber ganz und gar preußisch und monarchisch eingestellten Masuren aus dem südlichen Ostpreußen zu den Polen rechnen kann oder nicht. Aus dieser Zahl wird zwar der Unterschied des damaligen und heutigen »Gastarbeiterproblems« deutlich, aber die sehr hohe Konzentration der Einwanderung im Revier schuf eine sehr ähnliche Situation. Im übrigen wäre für die Gesamtlage im Deutschen Reich noch auf andere polnische Gruppen etwa in Hamburg oder in Süddeutschland und vor allem auf die weit verstreuten polnischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft hinzuweisen, auf die hier nicht weiter einzugehen ist.

Besonders wichtig ist nun allerdings der Hinweis, daß es sich bei den Polen im Ruhrgebiet um deutsche Staatsbürger handelte, somit nicht um Ausländer, sondern um polnische Preußen. Hier liegt der gravierendste Unterschied der Rechtsstellung gegenüber den heutigen ausländischen Arbeitskräften. Daraus ergeben sich zwei Konsequenzen: 1. Die Ruhrpolen hatten eine bessere Rechtsstellung als die Ausländer trotz aller Schikanen und Diskriminierungen, denen sie ausgesetzt waren. Man konnte sie nicht einfach abschieben, wenn sie unbequem wurden. Sie hatten bessere Möglichkeiten zur Organisation und zur Interessenwahrnehmung in Vereinen und Verbänden, sie verfügten über eine eigene Presse und ähnliches. 2. Sie waren jedoch auch einer besonders intensiven Überwachung durch die Polizei ausgesetzt, da Polen im preußischen Staat als »Reichsfeinde« galten, weil sie sich mit der Teilung ihres Landes nicht abfinden wollten, sich gegen Germanisierungsbestrebungen zum Teil heftig und erfolgreich zur Wehr setzten und das Ziel der Wiederherstellung eines eigenen polnischen Staates keineswegs aufgaben. Die Polizei fürchtete daher, daß zusätzlich zu den Problemen in den Ostprovinzen auch im Westen Preußens ein nationales Minderheitenproblem geschaffen würde, und richtete ihr Augenmerk besonders intensiv auf alle polnischen Organisationensversuche. Überall wo es ging, versuchten die Behörden den Germanisierungsdruck auf die Ruhrpolen zu verstärken.

Auf die Frage, warum polnische ehemalige Landarbeiter und Kleinbauern ins Revier kamen, lassen sich hauptsächlich zwei Antworten geben: Einmal war es der Druck zur Abwanderung, zum andern war es der Sog der Zuwanderung.

Die ländliche Überbevölkerung in den agrarischen Provinzen Ostelbiens konnte nicht aufgefangen werden, da es abgesehen von Oberschlesien keine in der Nähe gelegene Großindustrie gab. Auch hier zeigen sich deutlich die strukturellen Parallelen zu Sizilien, Griechenland oder der Türkei. Zum

anderen schuf der rapide Aufschwung der westdeutschen Schwerindustrie seit Mitte des 19. Jahrhunderts, insbesondere des Bergbaus, einen großen Bedarf an Arbeitskräften. Der geringe Mechanisierungsgrad im Bergbau – 1914 stammten nur 2 Prozent der Kohleförderung aus vollmechanisiertem Abbau – ermöglichte es zudem, auf ungelernte oder kurzfristig anzulernende Arbeiter zurückzugreifen. Eine solche »Reservearmee« an Arbeitskräften stand in Ostelbien zur Verfügung, während eingesessene deutsche Arbeiter im Revier eher versuchten, in andere Berufe abzuwandern und einen relativen sozialen Aufstieg etwa in die Metallindustrie oder andere Branchen zu schaffen. Die westdeutsche Industrie zahlte Löhne, die für ostelbische Landarbeiter sehr hoch erscheinen mußten und außerordentlich attraktiv waren, auch wenn sie in Bezug zu den Lebenshaltungskosten alles andere als ein luxuriöses Leben garantierten. Die Zechen haben diese Erwartungen naturgemäß auszunutzen versucht und systematische Werbeaktionen in den Ostprovinzen betrieben.

Ein besonders sprechendes Beispiel ist der Aufruf der Zeche »Viktor« in Rauxel von 1908, dessen Anfang lautet:

»Masuren! In rheinländischer Gegend, umgeben von Feldern, Wiesen und Wäldern, den Vorbedingungen guter Luft, liegt ganz wie ein masurisches Dorf, abseits vom großen Getriebe des westfälischen Industriebezirkes, eine reizende, ganz neu erbaute Kolonie der Zeche ›Viktor‹ bei Rauxel. Diese Kolonie besteht vorläufig aus über 40 Häusern und wird später auf etwa 65 Häuser erweitert werden. In jedem Haus sind nur vier Wohnungen, zwei oben, zwei unten. In jede Wohnung gehören etwa drei bis vier Zimmer. Die Decken sind 3 m hoch, die Länge bzw. die Breite des Fußbodens beträgt über 3 m. Jedes Zimmer, sowohl oben als auch unten, ist so schön groß, hoch und luftig, wie man sie in den Städten des Industriebezirkes kaum findet.

Zu jeder Wohnung gehört ein sehr guter und trockener Keller, so daß sich die eingelagerten Früchte, Kartoffeln usw. dort sehr gut erhalten werden.

Ferner gehört dazu ein geräumiger Stall, wo sich jeder sein Schwein, seine Ziege oder seine Hühner halten kann. So braucht der Arbeiter nicht das Pfund Fleisch oder seinen Liter Milch zu kaufen. Endlich gehört zu jeder Wohnung auch ein Garten von etwa 23-24 Quadratruten. So kann sich jeder sein Gemüse, sein Kumpst und seine Kartoffeln, die er für den Sommer braucht, selbst ziehen. Wer noch mehr Land braucht, kann es in der Nähe von Bauern billig pachten. Außerdem liefert die Zeche für den Winter Kartoffeln zu billigen Preisen. Dabei beträgt die Miete für ein Zimmer (mit Stall und Garten) nur 4 Mk. monatlich, für die westfälischen Verhältnisse jedenfalls ein sehr billiger Preis. Außerdem vergütet die Zeche für jeden Kostgänger monatlich 1 Mk. Da in einem Zimmer vier Kostgänger gehalten werden können, wird die Miete also in jedem Monat um 4 Mk. geringer, ganz abgesehen davon, was die Familie an den Kostgängern verdient.

Wenn also eine Familie vier Zimmer hat, würde sie monatlich 4 × 4 gleich 16 Mk. zu bezahlen haben. Hält sie nun vier Kostgänger, so würde die Miete nur 12 Mk. betragen.

Die ganze Kolonie ist von schönen breiten Straßen durchzogen, Wasserleitung und Kanalisation sind vorhanden. Abends werden die Straßen elektrisch beleuchtet. Vor jedem zweiten Hause liegt auch ein Vorgärtchen, in dem man Blumen oder noch Gemüse ziehen kann.

Wer es am schönsten hält, bekommt eine Prämie.«

Daß das Bild einer solchen Wohnungs- und Arbeiteridylle zugkräftig wirken

mußte, aber kaum den tatsächlichen Gegebenheiten entsprach, braucht hier nicht weiter diskutiert zu werden.

2. Integrationsprobleme

Unter Integration verstehe ich hier nicht etwa Germanisierung – sie konnte die letzte Stufe von Integration sein, mußte es aber nicht und wurde zunächst von den Polen auch nicht gewollt. Als Integration würde ich den Eingliederungsprozeß bestimmen, der sich innerhalb einer oder mehrerer Generationen vollziehen kann und der sich durch drei wichtige Maßstäbe bestimmen läßt: a) durch dauerhafte Beziehungen der Einwanderer zu Einheimischen und ihren Organisationen; b) durch eine erfolgreiche Rollenerfüllung in der neuen Gesellschaft (dazu gehören unter anderem Sprachbeherrschung, Berufsausübung mit Möglichkeit zum sozialen Aufstieg, Teilnahme am öffentlichen Leben); c) durch einen geringen Grad abweichenden Verhaltens (d. h. allgemeiner Desorientierung und vagabundierenden Lebens, Kriminalität, Alkoholismus, Teilnahme an wilden Streiks und ähnliches).
In der Frühphase der Einwanderung seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts traten noch wenig Integrationsprobleme auf. In Bottrop beispielsweise, einem der Zentren der frühen Einwanderung, handelte es sich zumeist noch um Fachkräfte aus dem oberschlesischen Bergbau, die sich zwar schon als polnische Gruppe präsentierten, aber noch wenig Schwierigkeiten hervorriefen. Die wirklichen Integrationsprobleme traten erst mit der Masseneinwanderung seit den 90er Jahren, d. h. mit der beginnenden Hochkonjunktur bis 1913 zutage.
Die wichtigsten Faktoren, die im Zusammenhang der Frage nach Integration und Nichtintegration zu nennen wären, sind: 1. die Wohn- und Arbeitssituation; 2. Akte gewaltsamer Auflehnung wie der »Wilde Streik« in Herne von 1899; 3. religiöse Betreuung und schulpolitische Situation der in der Regel streng katholischen polnischen Einwanderer; 4. Zugang zu deutschen Organisationen, Vereinswesen, Mischehen und Namensänderungen; 5. politische und soziale Diskriminierung.

Zur Wohn- und Arbeitssituation

Parallel zum rapiden Ansteigen der Belegschaft und der Kohleförderung war von den Zechen der Werkswohnungsbau erheblich ausgeweitet worden. Ein wesentliches Motiv dafür bildete der Wunsch, die außerordentlich starke Fluktuation unter den Bergarbeitern einzudämmen und überdies einen im

Falle von Streiks »zuverlässigen Stamm« von Arbeitern zu haben. Den großen Vorteilen der Zechenwohnungen (meist in Kolonieform) mit der Möglichkeit zum Gartenbau und zur Viehhaltung und mit einem Mietpreis, der durchschnittlich rund 60 Prozent der Miete vergleichbarer Privatwohnungen betrug, standen denn auch für die Arbeiter gravierende Nachteile gegenüber durch die starke Bindung an die Zeche und die Beschränkung der persönlichen Freiheit. Die Mietverträge boten durchweg die Handhabe, bei Beteiligung an Streiks fristlos die Wohnung zu kündigen. Vielfach erlaubten die Mietverträge auch das Aufnehmen von Kostgängern nur, wenn es sich um Werksangehörige handelte, oder sie verboten es sogar ganz. Ein weiteres wichtiges Moment für die Bindung an die Zeche war der bei einer Kündigung drohende Verlust der Ernte auf dem zur Wohnung gehörigen Stückchen Land. Die Zechenwohnung war daher bei den Bergarbeitern keineswegs überall beliebt und wurde als »Wohlfahrtsfessel« auch mißtrauisch betrachtet.

Für den gerade eingewanderten Polen dürften jedoch diese Nachteile zunächst kaum ausschlaggebend gewesen sein. Es gibt zwar keine genauen Zahlen über den Anteil der Polen an den Zechenkoloniebewohnern, aber man muß davon ausgehen, daß sie in vielen Großzechen einen hohen Prozentsatz der Koloniebewohner stellten. Daß die polnischen Arbeiter in solchen Kolonien unter Umständen weitgehend unter sich waren, hatte in mehrfacher Hinsicht erhebliche Konsequenzen für ihre Integration in die neue Umgebung. Die Abkapselung erschwerte das Erlernen der deutschen Sprache, den Kontakt zur Bevölkerung und einen Abbau von Vorurteilen, eine Ausdehnung des Einflusses der deutschen Arbeitsorganisationen, sie stärkte dagegen den nationalen Zusammenhalt und förderte den Ausbau eines rein polnischen Organisationsnetzes. Die liberale *Frankfurter Zeitung* charakterisierte 1902 die Wohnsituation der Ruhrpolen folgendermaßen:

»Von den polnischen Einwanderern sind mindestens 60 Prozent in den Kolonien dem ständigen Verkehr mit den Eingesessenen entzogen. In meiner Nähe liegen große Kolonien mit vielen hundert Haushaltungen. Wer sich davon überzeugen will, gehe hin, er wird glauben, in ›Großpolen‹ zu sein. Nicht nur die Erwachsenen, auch die Kinder auf der Straße sprechen polnisch. Diese ausgedehnten Werkskolonien sind also polnische Enklaven auf deutschem Boden. Die Werksverwaltungen kennen diese Entwicklung natürlich sehr gut, tun aber nichts zur Abhilfe . . .

Die Werke haben in den Kolonien Aufsichtsbeamte angestellt, die für Ordnung sorgen sollen, sich hier und da aber zu Vögten auswuchsen. Da gibt es Kolonialvögte, die eifrig bestrebt sind, die Werkshäuser ›rein‹ zu halten vom ›umstürzlerischen‹ Gesellen. Es wird den Einwohnern direkt nahegelegt, nur unternehmerfreundliche Blätter zu lesen, nur in ditto Vereinen zu sein. Da nun aber dieselben Blätter und Vereine es für ihre Pflicht halten, ›alldeutsche Gesinnung‹ zu verbreiten, so ist naturgemäß der Pole nicht dafür zu haben. Nun wird unter der Hand die obskurste polnisch-klerikale Literatur verbreitet; den polnischen Arbeitern und Koloniebewohnern ist der Umgang mit freigesinnten Kollegen erschwert; manchmal wird das Umtragen von Arbeiterzeitungen sogar direkt verboten.«

Noch schwieriger ist es, über die konkrete Arbeitssituation der Ruhrpolen genauere Angaben zu machen. Wenn auch feststeht, daß insbesondere im östlichen und nördlichen Ruhrgebiet die große Masse der polnischen Einwanderer im Bergbau beschäftigt war, so läßt sich darüber hinaus doch wenig Genaues sagen über die Aufteilung auf die verschiedenen Kategorien der Bergarbeiter unter und über Tage und die Zusammensetzung der Kameradschaften vor Ort. Aufgrund der Auslese bei der Anwerbung und der Altersstruktur dürfte aber feststehen, daß der Anteil der unter Tage arbeitenden außerordentlich hoch war. Zudem läßt sich ein besonders hoher Polenanteil für bestimmte schwere Arbeiten wie etwa bei den Kokereien nachweisen. So hatten 1905 von acht in Betrieb befindlichen Kokereien sechs einen Anteil von über 70 Prozent, die Kokerei der Zeche »Konstantin der Große« sogar über 88 Prozent Osteinwandereranteil. Generell kann man aber davon ausgehen, daß sowohl in der Gruppe der Hauer als auch in den übrigen Gruppen prinzipiell Deutsche und Polen gleichgestellt waren. Das Gedinge als Form eines Gruppenakkords und auch die gemeinsame Gefahr unter Tage förderten zudem die natürliche Ausbildung eines Solidaritätsgefühls. Otto Hue, einer der führenden Männer des »Alten Verbandes«, der größten deutschen Bergarbeitergewerkschaft, stellte denn auch fest: »Daß sich besonders die nicht deutsch sprechenden Arbeiter durch unkollegiales Verhalten in der Kameradschaft hervortäten, haben wir noch nicht gehört.« Durch ein solches Solidaritätsgefühl unmittelbar am Arbeitsplatz konnten sich durchaus positive Rückwirkungen für den sozialen Integrationsprozeß ergeben. Um Kooperation und Spannung zwischen polnischen und deutschen Arbeitern genauer verfolgen zu können, fehlen allerdings alle erforderlichen Unterlagen.

Die »Herner Krawalle«

Als ein interessantes und besonders charakteristisches Beispiel für die schwierigen Integrationsprobleme, die mit der skizzierten Wohnsituation direkt zusammenhängen, lassen sich die sogenannten »Herner Krawalle« von 1899 verstehen. Hierbei handelte es sich weniger um einen Streik im eigentlichen Sinne, sondern eher um Formen des sozialen Protests, der aus der spontanen Auflehnung gegen neue Ausbeutungs- und Herrschaftserfahrungen in der industriellen Umwelt entsprang. Auch hier ließen sich wiederum deutliche Parallelen ziehen zu sogenannten »wilden Streiks« wie etwa dem der türkischen Arbeiter bei Ford.
Die vorwiegend von jugendlichen polnischen Arbeitern (Pferdejungen und Schleppern) getragenen Unruhen brachen im Juni 1899 in verschiedenen Zechen des Bergreviers Herne aus. Sie blieben zwar zahlenmäßig und lokal

eng begrenzt, bekamen aber durch die brutalen Formen der Auseinandersetzung zwischen Streikenden und der Polizei, die schließlich durch Militär verstärkt worden war, eine überregionale grundsätzliche Bedeutung. Der Anlaß des Streiks war eine Änderung der Knappschaftsstatuten, die eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge zur Folge hatte. Den Auslöser für die Gewalttätigkeiten bildete dann die Auflösung einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung durch die Polizei. Die Verhaftung angeblicher Rädelsführer und das generelle Verbot weiterer Versammlungen brachten eine Verschärfung des Konflikts, bis schließlich Militär in Herne einrückte und die gewünschte »Ruhe und Ordnung« wieder herstellte. Die Bilanz der blutigen Auseinandersetzungen lautete: 4 Tote, 20 Schwerverletzte, Verurteilung von 23 meist polnischen Arbeitern zu Zuchthaus, Entlassung von 190 weiteren Arbeitern.

Fragt man nach den Ursachen der Krawalle, so ist auffällig, wie schnell von interessierter Seite eingespielte Sündenbockthesen und Vorurteilsmechanismen zur Ablenkung von den tieferen Gründen bemüht wurden. Der Beauftragte des Arnsberger Regierungspräsidenten glaubte, die Aufwiegelung der »polnischen Radaumacher« sei offensichtlich »auf die Tätigkeit der Sozialdemokratie zurückzuführen«, und der Verein für bergbauliche Interessen sprach von einer »Demonstration unruhiger polnischer Elemente, die einmal ihre Bedeutung fühlen lassen wollten«. Dagegen sah der »Alte Verband« in der hartnäckigen Bekämpfung der Gewerkschaften eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß es zu solchen Exzessen kommen konnte, weil auf diese Weise Organisation und Aufklärung der Arbeiter weitgehend unmöglich gemacht wurden. »Es ist aber wieder die alte Geschichte«, schrieb dazu die Dortmunder *Arbeiterzeitung*,

»solange es Zeit ist, denken die Leute nicht an eine Organisation. Wenn ihnen aber dann das Fell ganz und gar über die Ohren gezogen wird, dann geraten sie außer Rand und Band. Die Aufständigen sind zum allergrößten Teil Polen. Nur ganz wenige sind organisiert. Es zeigt sich hier wieder einmal so recht, daß gerade die Unorganisierten es sind, die zu Krawallen neigen.«

In ähnlicher Weise sah die *Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung* in der Unwissenheit und Orientierungslosigkeit der Polen die wirklichen Ursachen:

»Zu vielen Tausenden holt man die polnischen Arbeiter ins Ruhrgebiet. Ständig sind Agenten unterwegs, goldene Berge werden den unwissenden Leuten versprochen. In ihrer Heimat lebten die Armen unter gewaltigem Druck der Behörden und Kapitalisten. Sie sind indifferent, gleichgültig gegen ihr eigenes Interesse. Solche Leute kann der Grubenbesitzer brauchen. Er holt sie heran, in den Zechenkolonien werden sie einlogiert Kein Lufthauch modernen Empfindens darf an sie heran . . . Diese Elitetruppe der Arbeitswilligen, diese lieben Kinder, diese braven Arbeiter sind es nun, die in Herne und Umgebung alles in Aufregung setzen!!!«

Die Richtigkeit der Diagnose, daß sich in solchen Formen der Auflehnung

vor allem ein Aufklärungs- und gewerkschaftliches Organisationsproblem zeigte, erwies sich in den großen Bergarbeiterstreiks von 1905 und 1912, die von deutschen Gewerkschaften gemeinsam mit der inzwischen gegründeten polnischen Bergarbeitergewerkschaft getragen wurden. Darauf ist unten noch kurz einzugehen.

Religiöse Versorgung und schulpolitische Situation

Für die in der Regel tiefreligiösen katholischen Polen spielte die Versorgung mit polnischsprachigen Priestern eine zentrale Rolle. Nachdem in den ersten beiden Jahrzehnten der Einwanderung eine weitgehend unproblematische Solidarität zwischen deutschen und polnischen Katholiken geherrscht hatte, geriet dieses Verhältnis seit den 90er Jahren immer stärker in den Strudel nationaler Auseinandersetzungen. Das Seelsorgeproblem entwickelte sich immer mehr zu einem politischen Konfliktstoff, über dem schließlich auch die Verbindung der Polen zur deutschen Zentrumspartei zerbrach. Unter dem Druck der Behörden und der deutschen öffentlichen Meinung war der deutsche Klerus immer weniger bereit, den Polen entgegenzukommen. Eine polnische Sonntagsmesse wurde zum Politikum. Angesichts der sich verschärfenden deutsch-polnischen Nationalitätenspannungen schraubten andererseits die polnischen Meinungsmacher im Ruhrgebiet, insbesondere das in Bochum erscheinende polnische Blatt *Wiarus Polski*, ihre Forderungen immer höher und verlangten schließlich nicht nur polnischsprachige Geistliche, sondern Priester polnischer Herkunft und griffen deutsche Geistliche an, die in der Polenseelsorge arbeiteten. In ihnen wurden besonders gefährliche Germanisatoren gesehen. Auf dem Boden solcher Auseinandersetzungen gediehen dann fanatisch-unsinnige Parolen, wie sie der *Wiarus Polski* 1907 in die Öffentlichkeit setzte: »Das polnische Volk kennt die Herren Deutsch-Katholiken sehr gut und sagt von ihnen: Jeder Deutsche ist ein versteckter Lutheraner.«

Noch viel deutlicher wurde das allgemeine Ziel der Germanisierung in der deutschen Schulpolitik. Wenn die Statistik für 1910 beispielsweise im Kreis Recklinghausen-Land einen Anteil von rund 17 Prozent und in Recklinghausen-Stadt sogar von knapp 27 Prozent polnischer Schulkinder ausweist, so mag das die Probleme fremdsprachiger Kinder in der Schulpraxis beleuchten. Diese Prozentsätze sind mit denen heutiger Gastarbeiterkinder durchaus vergleichbar. Die Schwierigkeiten wurden in vielen Gegenden des Ruhrgebiets aber noch dadurch verschärft, daß unter den einheimischen Kindern das Plattdeutsche verbreitet war und den polnischen Kindern auf diese Weise das Erlernen des Hochdeutschen erschwert wurde. Die preußischen Schulbehörden lehnten alle Anträge auf Zulassung polnischen Privat-

unterrichts ab und ließen entsprechende Versuche polizeilich verfolgen. Gleichzeitig wurden in einigen Orten organisatorische Sondermaßnahmen in Gestalt sog. »Polenklassen« getroffen. Den Unterricht in diesen Polenklassen sollten besonders erfahrene und aktive Lehrer übernehmen, die sich damit zugleich eine Art nationaler Auszeichnung verdienten. Obwohl der Erfolg dieses Experiments nicht durchschlagend war, zeigt es dochk daß es hier nicht in erster Linie um eine Integrationshilfe ging, sondern daß die deutsche Volksschule als eins der wichtigsten Mittel zur schnellen Germanisierung der fremdsprachigen Minderheit eingesetzt wurde.

Vereine, Mischehen, Namensänderungen

Polnische Mitglieder gab es nicht nur in den deutschen Gewerkschaften, sondern auch in verschiedenen Vereinen, insbesondere in den sog. Kriegervereinen. Die Bedeutung solcher Vereinsmitgliedschaften nahm jedoch immer stärker ab, je mehr die allgemeine nationale Spannung zwischen Deutschen und Polen wuchs und je mehr sich das rein polnische Organisationsnetz im Ruhrgebiet ausweitete.
Dieses Organisationsnetz, das 1912, auf dem Höhepunkt seiner Entfaltung, 875 Vereine mit insgesamt über 81 000 Mitgliedern umfaßte und das vom Radfahrer- und Lotterieverein bis zur Lokalorganisation der polnischen Sozialisten in Preußen (PPS) reichte, wurde von den deutschen Behörden und der deutschen Öffentlichkeit nur als nationale Bedrohung und als Gefahr eines »Polenstaates im Westen« wahrgenommen. Eine solche Perspektive war viel zu eng. Denn sosehr zweifellos auf diese Weise der nationale Widerstandswillen der Minderheit organisatorisch gestärkt wurde, so bot doch gleichzeitig dieses Organisationsnetz den Einwanderern Orientierungshilfen und sozialen Kontakt und wirkte damit langfristig stabilisierend im Sinne einer allmählichen Integration. Dieser Prozeß läßt sich freilich kaum noch verfolgen, da mit der Wiederentstehung des polnischen Staates (1918), mit der Möglichkeit zur Option zwischen deutscher und polnischer Staatsangehörigkeit (1921/22) und mit der Abwanderung vieler Ruhrpolen nach Nordfrankreich bis Mitte der 20er Jahre die bislang recht geschlossene polnische Gruppe weitgehend aufgelöst und zerstreut wurde.
Als sichere Hinweise auf eine schnelle soziale Integration oder sogar schon Assimilation lassen sich deutsch-polnische Mischehen und auch Änderungen des Namens verstehen. Sowohl derartige Mischehen wie Anträge auf Namensänderung stiegen zwar zahlenmäßig vor 1914 an, dürften jedoch erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges größeren Umfang gehabt haben. Angesichts der gängigen Vorurteile der deutschen Bevölkerung gegen »die

Pollacken«, zu denen insbesondere jeder Träger eines irgendwie slawisch klingenden Namens gerechnet wurde, war der Entschluß zur Glättung oder Eindeutschung des Namens weithin gleichbedeutend mit der Anpassung an die deutsche Umgebung und dem Versuch, bestimmte Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die dem eigenen Aufstieg entgegenstanden. Für beides gibt es jedoch nur ungenaue Zahlen.

Diskriminierung

Unter den vielfältigen Möglichkeiten der Diskriminierung, denen eine Minderheit ausgesetzt sein kann, traf die Ruhrpolen in erster Linie die politisch motivierte, die sich gegen die Polen als nationale oder nationalbewußte Minderheit richtete. Daneben trat die bereits erwähnte religiöse Diskriminierung, und schließlich waren sie einer besonderen sozialen Diskriminierung ausgesetzt, die sie als unqualifizierte Lohndrücker stempelte und in eine soziale Gettoexistenz abdrängte.
Für die politische Diskriminierung möchte ich zunächst die Bergpolizeiverordnung von 1899 erwähnen. Diese machte die Beschäftigung im Bergbau wegen der Unfallgefahr von einem bestimmten Grad an Deutschkenntnissen abhängig. So berechtigt diese Verordnung war – sie wurde deshalb auch von den deutschen Gewerkschaften begrüßt –, soviel böses Blut schuf sie doch gleichzeitig. Denn sowohl vorher wie nachher lehnten es die deutschen Verwaltungsbehörden und die Zechenleitungen nachdrücklich ab, irgendwelche Sicherheitsbestimmungen für den Bergbau auch in polnischer Sprache zu veröffentlichen. Es gab keine gezielten Hilfen für die Erlernung der deutschen Sprache, sondern jeder wurde gewissermaßen sich selbst überlassen, und überdies wurde die Einhaltung dieser Verordnung nicht einmal konsequent überwacht. Die Absicht der Verminderung von Unfallgefahren war damit wiederum in Frage gestellt.
Gegenüber der prinzipiell vernünftigen Zielsetzung der Bergpolizeiverordnung stellte das Reichsvereinsgesetz von 1908 eine viel deutlichere Diskriminierung dar. Der Paragraph 12 dieses Gesetzes schrieb die deutsche Sprache in allen öffentlichen Versammlungen vor. Damit sollte der Polizei die Überwachung polnischer Versammlungen erleichtert werden. In der Praxis bedeutete das, daß keine öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel, auf denen polnisch gesprochen wurde, möglich waren – ausgenommen zu Zeiten des Wahlkampfes. Getroffen wurde damit insbesondere die Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften unter den Polen. Die Polen mußten auf geschlossene Vereinsversammlungen ausweichen, zu denen die Polizei nicht mehr ohne weiteres Zutritt hatte. Eben dadurch erreichte das Gesetz letztlich auch keineswegs sein Ziel, aber seine Wirkung war doch fatal genug,

um der Prophezeiung Julian Marchlewskis, des Parteigängers von Rosa Luxemburg, rechtzugeben: »Auf beiden Seiten, bei den Polen wie bei den Deutschen, wird der Chauvinismus, der nationale Haß, neue Orgien feiern.«
Soziale Diskriminierung traf die Ruhrpolen vor allem als Konsequenz der Vorurteile der Bevölkerung. Nicht nur eine lange Tradition negativer Polenvorstellungen in Deutschland, sondern vor allem auch die starke Trennung zwischen einheimischer und zugezogener Bevölkerung im Ruhrgebiet förderte diskriminierende Vorstellungen. Die starke Gettoisierung der Polen und Osteinwanderer in Zechenkolonien und somit der Mangel an engem sozialen Kontakt zur deutschen Bevölkerung sorgten dafür, daß Vorurteile kaum korrigiert werden konnten. Bei den Zeitgenossen dominierte die Vorstellung von der völlig heruntergekommenen Polen-Wohnung. Das Schlagwort »Pollacken« wurde zum Inbegriff verschiedenster Negativvorstellungen und entwickelte bis heute eine außerordentlich zähe Tradition. »Die Zugelaufenen«, »die aus dem Osten«, »fremdes Pack« – das waren einige der Schimpfwörter aus dem Arsenal antipolnischer Klischees, wie sie sich nach der Erinnerung älterer Bewohner noch in den 50er Jahren im Ruhrgebiet nachweisen lassen.

3. Die deutsche Arbeiterbewegung und die Ruhrpolen

Im Jahre 1902 wurde in Bochum von Redakteuren des *Wiarus Polski* und einigen Arbeitern eine polnische Gewerkschaft gegründet, die den Namen »Polnische Berufsvereinigung« (ZZP) trug. Der neue Verband gewann unter den Polen schnell Mitglieder, insbesondere nach dem Streik von 1905, der allgemein die Einsicht in die Notwendigkeit, sich zu organisieren, verstärkt hatte. Das ZZP wurde damit neben dem sozialdemokratischen »Alten Verband« und dem »Christlichen Gewerkverein« zur drittstärksten Bergarbeitergewerkschaft im Ruhrgebiet, die hier 1912 ca. 30 000 Mitglieder zählte.
Fragt man nach dem Verhältnis des ZZP zum »Alten Verband«, so zeigt sich hier ein Problem der doppelten Loyalität und des Konflikts zwischen Klassensolidarität und nationalem Bewußtsein: während die gemeinsame soziale Situation die polnischen Arbeiter auf die schlagkräftigeren deutschen Gewerkschaften verwies, drängte das Bewußtsein, Polen zu sein, zur Abgrenzung von ihnen. Die Ursachen für die Entstehung der polnischen Gewerkschaft lassen sich nicht nur aus der stiefmütterlichen Behandlung polnischer Arbeiter in den deutschen Gewerkschaften herleiten. Ebenso oberflächlich, wenn auch bis zu einem gewissen Grade verständlich, blieb die zeitgenössische Einschätzung durch die deutschen Gewerkschaften, die das

ZZP als »nationalistische Sonderorganisation« oder »von Pfaffen und Kaufleuten« ins Leben gerufenen Verband hinstellten. Wie das Beispiel der Herner Krawalle gezeigt hat, wurde die Schaffung eines organisatorischen Auffangbeckens für die polnischen Einwanderer zu einer vordringlichen Notwendigkeit. Diese Auffangfunktion konnten, so wäre meine These, weder der »Christliche Gewerkverein« noch der »Alte Verband« voll leisten, weil sie programmatisch hätten über ihren Schatten springen müssen und weil sie zudem, als in einem ursprünglich rein deutschen Gebiet arbeitend, von ihrem Personalbestand her überfordert waren. Der Gewerkverein stand durch seine stark katholische Orientierung zwar den Polen sehr nahe, aber der sich anbahnende politische Konflikt wegen der Seelsorgefrage trübte auch diese Beziehungen, zumal der Gewerkverein immer wieder seine eigene feste nationale Bindung offenbarte. Zum Beispiel lehnte er brüsk eine polnische Übersetzung des Knappschaftsstatuts ab. Der »Alte Verband« andererseits war zu solchen Zugeständnissen viel eher bereit und brachte auch schon 1897 ein polnisches Verbandsblatt heraus, doch ließ sich das nationale Problem eben nicht nur auf ein sprachliches Problem zurückführen. Überdies war für eine ausgeprägte katholische Religiosität im »Alten Verband« bestenfalls theoretisch Platz im Rahmen der proklamierten politischen und religiösen Neutralität. In Wirklichkeit schlug aber auch hier die Verfeindung zwischen Sozialdemokratie und katholischer Kirche unmittelbar zu Buche. Unter dem Gesichtspunkt der Gewinnung der polnischen Arbeiter war es auch ein schwerer taktischer Fehler, daß beide deutschen Verbände die genannte Bergpolizeiverordnung von 1899 ausdrücklich begrüßt hatten. Damit wurde der polnischen Agitation ein willkommener und bis zum Überdruß strapazierter Vorwand geliefert.

Im Grunde stand der »Alte Verband« gegenüber den Polen vor dem gleichen Problem wie die deutsche Sozialdemokratie: Er konnte ideologisch nicht verdauen und organisatorisch nicht umsetzen, was Friedrich Engels 1882 in einem Brief an Kautsky festgestellt hatte: »Die Polen müssen national sein, bevor sie international werden.« In ähnlichem Sinne schrieb 1908 der Sozialdemokrat Julius Bruhns in einer kritischen Auseinandersetzung mit der Partei- und Gewerkschaftspraxis gegenüber den Polen:

»Man wollte die Partei rein halten von unsozialistischen, kleinbürgerlich-nationalistischen Tendenzen, ein an sich durchaus anerkennenswertes Motiv. Aber man schüttete häufig das Kind mit dem Bade aus. Man vergaß oder beachtete nicht genügend, daß das nationale Moment bei den national unterdrückten Polen unbedingt eine äußerst wichtige Rolle spielen und um so tiefere Wirkung haben mußte, je ärger die nationale Bedrückung der Polen war.«

Die Frage nach dem Verhältnis von »Altem Verband« und ZZP stellte sich aber, nachdem das ZZP einmal etabliert war, auch umgekehrt: wieweit nämlich der polnische Verband als nationalistische und zugleich stark katholisch geprägte Konkurrenz der deutschen Verbände eine Entwicklung

durchmachte, in der eine Annäherung sichtbar wurde. In diesem Sinne lautete eine zeitgenössische Prognose des schon erwähnten Julian Marchlewski (1909):

»Die polnische Berufsvereinigung segelte ursprünglich im kirchlichen Fahrwasser, dann bekamen die Nationalisten die Oberhand. Die Entwicklung vollzieht sich jedoch dahin, daß diese Organisation immer mehr von proletarischem Geiste erfüllt wird. Deshalb können die Bergarbeiter wohl auf die Bundesgenossenschaft dieser Orgnisation rechnen.«

Diese optimistische Einschätzung erwies sich immerhin als begrenzt richtig. In den großen Bergarbeiterstreiks von 1905 und 1912 zeigte sich das ZZP als verläßlicher Verbündeter des »Alten Verbandes«, während der Gewerkverein 1912 offen die Rolle des Streikbrechers spielte. Durch die Beteiligung am Streik von 1912 und die enge Kooperation mit dem »Alten Verband« geriet die polnische Berufsvereinigung in Bochum unter doppelten Beschuß. Der Gewerkverein sah die Polen am Scheidewege. »Entweder sie kehren um«, schrieb Heinrich Imbusch, der Redakteur des christlichen Bergarbeiterorgans *Bergknappe*, nach dem Streik, »oder sie gehen im Ruhrgebiet unter in der roten Flut.« In die gleiche Richtung zielten aber auch die Angriffe der bürgerlichen polnischen Presse aus Posen. In der Nähe zur Sozialdemokratie witterte man hier nationalen Verrat.

Vom Untergehen in der »roten Flut« konnte tatsächlich kaum die Rede sein. Dennoch gab es ohne Zweifel eine Annäherung, die sich nicht nur in der erwähnten Streikbeteiligung spiegelte, sondern auch in steigenden Mitgliederzahlen von Polen im »Alten Verband«. Die wenigen Daten, die es gibt, zeigen, daß der »Alte Verband« trotz aller Polemik der Gewerkschaftsverbände untereinander mehr polnische Mitglieder in seinen Reihen zu organisieren vermochte (1906 ca. 8000) als der »Christliche Gewerkverein«. Dennoch blieben die organisatorischen Möglichkeiten bis 1918 recht begrenzt, weil der ideologische Spielraum, wie schon erwähnt, zu eng war. Insofern spricht viel für die These, daß eine eigene polnische Gewerkschaftsorganisation notwendig war, um einen Großteil dieser fremdsprachigen Arbeiter überhaupt zu erreichen.

Der enge Spielraum wird auch deutlich an der Haltung der SPD. So verabschiedete der SPD-Parteitag des Bezirks Westliches Westfalen 1901 eine Erklärung, in der es hieß:

»Der Parteitag für das Westliche Westfalen erklärt, daß die sozialdemokratische Partei des Ruhrreviers die weitgehendste Toleranz gegenüber den hier lebenden polnischen Arbeitern zu üben hat, evtl. polnische Lokalorganisationen zu unterstützen sind, sofern sie auf dem Boden des Programms der sozialdemokratischen Partei stehen und ihre Besonderheit sich auf den Gebrauch der polnischen Sprache beschränkt.«

Auf einer solchen Basis war eine wirksame Agitation schlechterdings nicht möglich; hier wird erneut deutlich, daß die SPD noch nicht erkannt hatte, daß das Verhältnis zur polnischen Minderheit angesichts der besonderen

religiösen Prägung und nationalen Unterdrückung der Polen sich nicht ausschließlich als ein Sprachenproblem darstellte.
Die Probe aufs Exempel kam für die polnische Berufsvereinigung nach 1918. Nachdem die Bergarbeitergewerkschaften durch den Druck der Kriegssituation schon zu einer engeren Zusammenarbeit gefunden hatten, wurde dieses inoffizielle Bündnis unerläßlich durch die Politik der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften und die offizielle Anerkennung als Tarifpartner, aber auch durch den Druck der Rätebewegung gegen die etablierten Gewerkschaften. Die polnische Berufsvereinigung in Bochum hat sich in den schweren inneren Krisensituationen der Frühjahrsstreiks von 1919, des Kapp-Putsches, der Oberschlesienabstimmung und des Ruhrkampfes 1923 an die Seite der deutschen Verbände zu stellen versucht; dennoch ist sie im Ruhrgebiet letztlich zerrieben worden und schrumpfte bis Mitte der 20er Jahre zu einem sozialpolitisch unbedeutenden Verband.
Die polnische Bergarbeitergewerkschaft hatte nach ihrer Gründung zunächst eine wichtige und von den deutschen Verbänden kaum zu erfüllende Auffangfunktion, die längerfristig zur Annäherung vor allem an den »Alten Verband« und zur Integration in die deutsche Umgebung führte. Insofern entsprach es gewissermaßen einer »normalen« historischen Entwicklung, daß sie, nachdem sie diese Funktion erfüllt hatte, sich sozusagen selbst überflüssig machte. Der Anstoß zu diesem langfristig wohl unvermeidlichen inneren Auflösungsprozeß kam freilich, wie schon erwähnt, von außen, indem die ruhrpolnische Minderheit als soziale Einheit aufgespalten und auf ca. ein Drittel ihres Vorkriegsbestandes verringert wurde.

Ausblick

Die vorhandenen Quellen erlauben keine genaueren Aussagen über soziale Stellung, Verhalten und Assimilationstendenzen in der zweiten Generation. Man kann davon ausgehen, daß diejenigen, die nach 1918 im Ruhrgebiet als deutsche Staatsangehörige verblieben, weitestgehend integriert und fast zwangsläufig einem starken Assimilationsdruck ausgesetzt waren. Dem standen andererseits ein nach wie vor ausgeprägtes Bewußtsein nationaler Tradition und der Wille zur Erhaltung und Pflege dieser Tradition gegenüber, der sich als erstaunlich zäh erwies. Er überdauerte – nach den freien organisatorischen Entfaltungsmöglichkeiten in der Weimarer Republik – sogar Schikane, Verfolgung und Terror im Dritten Reich und reicht in die Geschichte der Bundesrepublik hinüber.
Die aktiven Vertreter der organisierten polnischen Minderheit waren im Dritten Reich brutaler Verfolgung ausgesetzt. Im ganzen Reich wurden bei Kriegsausbruch die sog. »führenden Köpfe der polnischen Minderheitenbe-

wegung« verhaftet und in KZs eingeliefert. Von 136 führenden Mitgliedern des »Bundes der Polen in Deutschland«, die ermordet wurden, kamen 41 aus Rheinland-Westfalen. Zudem waren 1939 alle polnischen Organisationen aufgelöst und das gesamte Vermögen beschlagnahmt worden.
Der nach Kriegsende in Bochum schnell wiederentstandene Polenbund bemühte sich um Sachentschädigung für die auf 30 Mio. Mark geschätzten Werte und gab Hilfestellung bei Rechtsstreitigkeiten um individuelle Entschädigung. Diese Wiedergutmachung nach dem Bundesentschädigungsgesetz wurde in vielen Fällen für KZ-Häftlinge polnischer Abstammung abgelehnt, weil, wie es im Kommentar zum Gesetz hieß, die Polen nicht wegen ihrer Einstellung zum Nationalsozialismus verfolgt worden seien, sondern »wegen ihrer besonders radikal vertretenen nationalen Ziele« – eine wahrlich sonderbare Begründung, wenn man sich die Liste der »führenden Köpfe« ansieht, zu denen fast jeder Vereinsvorsitzende gerechnet wurde. Um die Sachentschädigung, wofür einwandfreie Belege naturgemäß nachträglich nur noch sehr schwer zu erbringen waren, ist von 1950 bis 1967 prozessiert worden. Am Ende stand ein Vergleich, durch den dem Polenbund 500 000 DM zugesprochen wurden.
Eine polnische Minderheit im Ruhrgebiet existiert im Ruhrgebiet bis heute. Ihre in zwei konkurrierende Organisationen aufgespaltene Verbandsvertretung zählt immer noch etliche tausend Mitglieder. Ein nationales, soziales oder politisches Problem stellt diese voll integrierte Minderheit schon lange nicht mehr dar. Ein besonders historisch interessanter Mosaikstein im Bild des »Vielvölkerstaates« Bundesrepublik ist sie immer noch.

Auf Anmerkungen ist in diesem Aufsatz verzichtet worden. Belege finden sich in meinem Buch: *Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1978. Das Zitat auf S. 60 stammt aus: J. Reding, *Menschen im Ruhrgebiet*, Wuppertal 1974.

Horst Welkoborsky
Koreaner unter Tage
Über die rechtliche Zubereitung jugendlicher Exoten zu Gastarbeitern

1.

Nett sind sie alle, sehr nett. Verbeugen sich immer, bedanken sich für Nichtigkeiten, sind klein, still, niedlich, haben keine bösen Schlitz-, sondern schöne Mandelaugen. Nie käme uns »Kümmel-Koreaner« oder »Reisfresser« über die Lippen.

Aber: daß hier Koreaner arbeiten, hart arbeiten, daß sie Gastarbeiter sind – niemand nimmt es wahr. Sie kommen und gehen völlig geräuschlos, stellen keine Asylanträge, bringen keine Kinder, keine Verwandten, keinen Knoblauch mit – nichts dergleichen. Ihr Steckbrief – der auf 90 Prozent aller in der BRD lebenden Koreaner zutrifft[1]:

Alter: 20-35
Beruf (weiblich): Krankenschwester
Beruf (männlich): Bergmann
Wohnung: Schwestern- und Bergmannsheim
Angehörige in der BRD: keine
Aufenthaltsdauer: drei Jahre.

Über diese Menschen ist so gut wie nichts bekannt, kaum etwas in Erfahrung zu bringen. Diese Unkenntnis über die Arbeits- und Lebenssituation der Koreaner in der BRD mag darauf beruhen, daß es nicht allzu viele gibt.[2] Auch braucht sie niemand zu fürchten. In allem, wirklich allem darf sich der Bundesrepublikaner ihnen überlegen fühlen: Das politische System in Korea ist korrupt und instabil, das Militär gewalttätig, die Inflation gewaltig. Südkorea exportiert nichts, was die deutsche Auto- oder Kamera- oder sonstige Industrie beunruhigen müßte.[3] Und: alle Koreaner sind einen Kopf kleiner als wir. Nette bescheidene Leute also, denen die Freiheit und das gute Leben hier zu gönnen ist – auf Zeit, versteht sich.

Die Koreaner haben auch keine Gelegenheit, ihre nationale Eigenheit und Identität, ihre Gebräuche, Sitten und Anschauungen in der BRD zu praktizieren oder zu präsentieren:

Dazu braucht es eine Gruppe von Landsleuten – die gibt es nicht.
Dazu braucht es Familienangehörige, die kochen, musizieren usw. – die sind alle in Korea.
Dazu braucht es wenigstens eine eigene Wohnung und Küche – die Koreaner leben in der Regel in Heimen ihres Arbeitgebers.[4]

Dazu braucht es wenigstens minimale Sprachkenntnisse – die koreanischen Bergarbeiter haben aber nur die sogenannte Verständigungsprüfung unter Tage absolviert, das heißt sie beherrschen Stümmelworte für den Arbeitsplatz, die sonst kein Mensch versteht.
Dazu braucht es Zeit – die Aufenthaltsdauer eines koreanischen Bergmannes in der BRD darf maximal drei Jahre betragen, die koreanischen Frauen besitzen ebenfalls nur eine befristete Arbeitserlaubnis, es sei denn, ihnen gelingt die Eheschließung mit einem Bundesrepublikaner.
Kein Wunder also, daß über koreanische Kultur oder gar Literatur und Musik – mit Ausnahme vielleicht des Komponisten Yun[5] – nichts bekannt ist. Ob sie dort hinten Buddhisten sind[6], ob sie mit Stäbchen essen[7], keiner weiß es.
Erst recht ist nichts bekannt und auch nichts zu berichten über das Eigenleben, die persönlichen Probleme etc. der Südkoreaner in der BRD: gewiß, es gibt hier und da eine Tanz- und Karate-Gruppe, aber sonst?
Ihr Arbeits-Ghetto ist nahezu perfekt. Für kurze Zeit ohne Angehörige in einem Land, dessen Sprache sie nicht kennen, können sie sich nicht einmal auf sich selbst zurückziehen, sondern leben in den Heimen ihrer Arbeitgeber, in denen die verschiedensten Nationalitäten leben müssen. Der bei Krankenschwestern wie Bergarbeitern sowohl zeitlich wie physisch belastende Job, der vom Arbeitsablauf und der Heimordnung vorgegebene Tagesablauf ebnen die nationalen und individuellen Besonderheiten noch weiter ein: Alle Krankenschwestern sind weiß, alle Bergarbeiter schwarz.

2.

Indes gehören die Südkoreaner – insbesondere die Bergleute – zu der Gruppe von Ausländern, an denen beispielhaft sichtbar werden kann, was mit Menschen geschieht, auf die unsere arbeits- und ausländerrechtliche Hygiene in allen Einzelheiten angewandt wird. Kein Gedanke daran, daß hier Menschenhändler am Werk sind, die ihre Opfer ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis sowie unversichert und unversteuert auf Baustellen verhökern und in elenden Ställen schlafen lassen. Kein Gedanke daran, daß auch nur irgendein Komma irgendeines einschlägigen Gesetzes unberücksichtigt bliebe. Alles, aber auch wirklich alles hat seine äußerste Ordnung und beste Legalität. Das geht so:

»Bonn, den 18. 02. 1970
Auswärtiges Amt
Der Botschafter
Ich habe die Ehre, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und unter Bezugnahme auf die zwischen den Vertretern der beiden Regierungen geführten Verhandlungen folgende *Vereinbarung* vorzuschlagen:

1. Die Regierung der Bundesrepublik ist bereit, als Beitrag zur Entwicklung des koreanischen Bergbaues bis zu 1000 koreanische Bergarbeiter für eine Beschäftigung im Untertagebetrieb des deutschen Steinkohlebergbaus zuzulassen. Die Beschäftigung wird auf drei Jahre befristet. Sie dient dem Zweck, die beruflichen Kenntnisse der koreanischen Bergarbeiter zu erweitern und zu vervollkommnen.
2. Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Seoul erteilt den angenommenen koreanischen Bergarbeitern die Aufenthaltserlaubnis in der Form des Sichtvermerks, sobald ihr die Zustimmung der zuständigen deutschen Ausländerbehörde vorliegt.
3. Die koreanischen Bergarbeiter genießen im Rahmen der geltenden Gesetze die gleiche Behandlung wie deutsche Staatsangehörige. Auf Familienhilfeleistungen aus der sozialen Krankenversicherung und auf das gesetzliche Kindergeld für Angehörige mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland besteht nach deutschem Recht kein Anspruch.
4. Die koreanische Regierung wird Bergarbeiter, die aufgrund dieser Vereinbarung in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind, jederzeit formlos zurücknehmen und ihnen die für die Rückfahrt erforderlichen Reiseausweise ausstellen.«

Allerlei hämische Kommentare fallen einem nach Lektüre dieses Textes ein. Ob denn wirklich nur die Ausbildung im Vordergrund steht, wo doch Bergleute im deutschen Steinkohlebergbau fehlen.[8] Wie das mit der Gleichbehandlung gemeint ist, wo doch ausländische Arbeitnehmer vom Ausländergesetz ganz anders behandelt werden als deutsche Arbeitnehmer. Und wie man sich die formlose Rücknahme vorzustellen hat: Gebühr bezahlt Empfänger; dürfen auch beschädigte Koreaner retourniert werden, fallen Storno-Gebühren an?
Jedenfalls: Gegenstand dieser Vereinbarung zwischen den Regierungen von Korea und Deutschland ist ein »Programm zur vorübergehenden Beschäftigung koreanischer Bergarbeiter« mit insgesamt 17 Artikeln, die alle Einzelheiten bis hin zur Pflichteinnahme des Medikaments »Alcopar« gegen die Hakenwurm-Erkrankung regeln.[9]
Aufgrund dieser Vereinbarung gelangen koreanische Bergarbeiter seit 1970 – zuvor gab's sechs Jahre ein Pilotprojekt bei der Hamborner Bergbau AG – in deutsche Zechen der Ruhrkohle AG (RAG). Praxis ist, daß sich junge Koreaner ohne jegliche Vorbildung entweder für ein halbes Jahr im koreanischen Bergbau verdingen oder Bestechungsgelder zahlen[10], um in dieses Programm zu kommen. Sie erhoffen einen guten Verdienst, entfliehen der hohen Arbeitslosigkeit in Südkorea.[11] Erreichen sie die BRD, so erhalten sie einen Arbeitsvertrag, eine Arbeitserlaubnis und eine Aufenthaltserlaubnis. Diese drei Dokumente sind der näheren Betrachtung wert:
Der Arbeitsvertrag ist auf drei Jahre befristet. Eine solche Befristung ist nach der Rechtsprechung unseres Bundesarbeitsgerichtes zulässig, wenn ein sogenannter »sachlicher Grund« vorhanden ist, der ein Abweichen vom sonst üblichen Dauer-Arbeitsvertrag vertretbar erscheinen läßt.[12] Hier bildet der Inhalt des oben zitierten Abkommens den sachlichen Grund, die staatlichen Autoritäten haben die Festlegung getroffen, für die Aus- und Fortbildung seien drei Jahre genug. Daß diese drei Jahre auch für die

physische Ausbeutung eines koreanischen Bergmannes mehr als genug sind, sei nur am Rande erwähnt. Darauf komme ich noch.
Neben der Verpflichtung, dem Koreaner Tariflohn zu zahlen, ist weiter im Arbeitsvertrag – natürlich schriftlich – vereinbart, daß vor Ablauf der drei Jahre »eine fristgemäße Kündigung des Arbeitsvertrages aus personen- oder verhaltensbedingten Gründen möglich ist«. Diese »ungewöhnliche«[13] Klausel kann natürlich so verstanden werden, daß *beide* kündigen können, also alles ganz gerecht zugeht. Dazu muß man jedoch folgendes wissen: Zeitlich befristete Arbeitsverträge können während ihrer Laufzeit kraft Gesetzes überhaupt nicht durch ordentliche Kündigung beendet werden[14] – es sei denn, eine derartige Kündigungsmöglichkeit ist ausdrücklich vereinbart worden.[15] Ein weiteres kommt hinzu: will der Arbeitnehmer das Arbeitsverhältnis kündigen, braucht er keine Gründe vorzuweisen, sondern nur die vereinbarte Kündigungsfrist einzuhalten.[16] Dem Arbeitgeber jedoch schreibt das Kündigungsschutzgesetz vor, daß die fristgerechte Kündigung auf Gründen beruhen muß, »die in der Person oder in dem Verhalten des Arbeitnehmers liegen«. Das also ist der Grund für die oben erwähnte Klausel im Arbeitsvertrag: der Arbeitgeber will sich vorbehalten zu kündigen, ob auch der Südkoreaner kündigen will oder kann, ist ihm völlig egal. Sittenwidrig ist eine solche Klausel natürlich nicht, weil ja – so das Landesarbeitsgericht Hamm – dieser Paragraph »eine arbeitnehmerseitige Kündigung aus personen- oder verhaltensbedingten Gründen nicht aus-(schließt)«.[17] Es ist eben alles in bester juristischer Ordnung.
Zwei erwähnenswerte Besonderheiten weist der Einheitsvertrag des koreanischen Bergmannes außerdem noch auf: In § 6 verpflichtet sich die RAG, dem Bergmann »eine vom Arbeitsamt als angemessen befundene Unterkunft« zu vermieten. Das Mietverhältnis – so heißt es weiter – »erlischt mit der Beendigung des Arbeitsvertrages bei der RAG«. In § 9 verpflichten sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer, »durch einen gemeinsamen Antrag die Befreiung des Arbeitnehmers von der knappschaftlichen Rentenversicherung herbeizuführen«[18], das heißt, rentenversichert ist der Koreaner während der drei Jahre nicht. Die dadurch ersparten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung fließen nach der gleichen Vorschrift in einen »Sonderfond«. Aus diesem Fond werden unter anderem die Kosten der An- und Rückreise bezahlt, der Rest wird »der koreanischen Regierung zu Gunsten der an diesem Programm beteiligten koreanischen Bergarbeiter zur Verfügung gestellt«.[19] Eine hervorragende Regelung: Hin- und Rückflug werden von Arbeitgeber und Arbeitnehmer einträchtig und in bequemen monatlichen Raten bezahlt; was übrig bleibt, dient späteren Wohltaten in der Heimat durch die Regierung.
Natürlich sind die Südkoreaner auch im Besitz einer Arbeitserlaubnis. Diese wird vom Arbeitsamt erteilt und mit zwei Beschränkungen versehen: sie gilt

nur drei Jahre – solange der Arbeitsvertrag dauert. Und der Geltungsbereich ist auf eine bestimmte Zeche der RAG beschränkt. Fast überflüssig zu erwähnen, daß derlei Beschränkungen in § 1 Absatz 1 und § 4 der »Verordnung über die Arbeitserlaubnis für nichtdeutsche Arbeitnehmer vom 3. März 1971« ausdrücklich vorgesehen und auch erwünscht sind: »Die Erlaubnis wird nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes unter Berücksichtigung der Verhältnisse des einzelnen Falles erteilt. Sie ist zu befristen und kann auf bestimmte Betriebe, Berufsgruppen, Wirtschaftszweige oder Bezirke beschränkt werden« (§ 19 des Arbeits»förderungs«gesetzes).
Eine Aufenthaltserlaubnis brauchen und erhalten die Koreaner natürlich auch. Sie hat ebenfalls eine Auflage: sie gilt nämlich nur für eine Tätigkeit als Bergmann bei »Schachtanalge X der RAG« und erlischt mit der Aufgabe dieses Arbeitsplatzes. Das ist sozusagen Handelsbrauch bei der Erteilung einer Arbeitserlaubnis: »Eine solche Auflage oder Bedingung verstößt nicht gegen Art. 12 GG (Berufsfreiheit), da der Ausländer zu der Arbeit nicht gezwungen wird, sondern auf die Einreise oder den weiteren Aufenthalt verzichten kann.«[20]

3.
Der koreanische Bergmann hat also alles, was man braucht, um in der Bundesrepublik als sogenannter Nicht-EG-Ausländer für die Ruhrkohle AG arbeiten zu können, wirklich alles: einen schriftlichen Arbeitsvertrag, Tariflohn, Krankenversicherung, eine Unterkunft, eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis sowie geregelten Hin- und Rücktransport. Und natürlich sind diese Bedingungen ungleich besser als die der Touristen-Türken auf der U-Bahn-Baustelle und selbst vieler deutscher Arbeitnehmer.
Nehmen wir aber einmal an, Herr Jong-Ki Choi[21], seit acht Monaten als Bergmann auf Zeche Ewald/Herten, erkrankt an Magenschleimhautentzündung. Seine Chancen, daran zu erkranken, sind recht gut. Südkoreaner ernähren sich in ihrer Heimat ausschließlich von warmen Speisen, gebundenen Suppen, gedünstetem Gemüse, Fisch, Fleisch und Reis. Herr Choi dagegen »frühstückt« vor seiner Frühschicht gegen vier Uhr morgens Pulverkaffee mit deutschem Graubrot, für Suppe ist keine Zeit. Die Arbeitsgeräte unter Tage sind für ihn zu schwer und zu groß, er ist eben zu klein. Seine in der Regel zahlreiche Familie ist in Korea und erwartet Unterhaltsleistungen, das Bestechungsgeld muß abgezahlt werden. Herr Choi macht Überstunden. Er wird also – wie so viele seiner Landsleute[22] – krank und mit längerer Dauer seines Aufenthaltes bei der RAG immer kränker[23], und das für längere Zeit. Wie lange man krank sein darf, ist vom Bundesarbeitsgericht längst festgelegt. Häufig oder lang andauernde Krankheiten bilden eben jenen im Arbeitsvertrag von Herrn Choi erwähnten

»personenbedingten Grund« zur Kündigung, wenn objektive Tatsachen vorliegen, die die Besorgnis weiterer, erheblicher Erkrankungen rechtfertigen.[24] Herr Choi ist zu lange krank, er erhält einen Vordruck: »Aufgrund Ihres unregelmäßigen Arbeitseinsatzes halten wir Sie für einen weiteren Einsatz im Bergbau für ungeeignet. Ihr Arbeitsverhältnis endet somit am . . . Glückauf.«[25]

Das ist natürlich nicht sonderlich nett von der RAG, aber dafür gibt's den Betriebsrat[26], die Gewerkschaft[27], das Arbeitsgericht[28], das Kündigungsschutzgesetz. Doch das nützt Herrn Choi recht wenig. Die Kündigung löst nämlich eine Lawine aus, Herr Choi geht verschütt' – ab nach Korea. Und das geht so:

Die Gemeinschaftsunterkunft ist mit Beendigung des Arbeitsvertrages »unverzüglich« zu räumen. Weil Herr Choi das nicht tut – wo soll er hin? –, beantragt die Ruhrkohle AG beim Amtsgericht formularmäßig, »den Beklagten zu verurteilen, die Gemeinschaftsunterkunft im Wohnheim der Klägerin zu räumen, das heißt seine persönlichen Sachen dort zu entfernen und die Schlüssel, nämlich je einen Zimmerschlüssel, Spindschlüssel und Eßkastenschlüssel an die Klägerin herauszugeben«.[29] Sicher, warum ist Herr Choi so unvernünftig und bleibt dort wohnen? Soll er sich doch ein Zimmer suchen. Er hat doch Arbeitslosengeld, immerhin 68 Prozent des letzten Nettoverdienstes!

Nach § 100 Arbeitsförderungsgesetz hat Anspruch auf Arbeitslosengeld, wer dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Das tut nur – sagt § 103 des gleichen Gesetzes –, wer eine »zumutbare Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes« ausüben darf. Das aber darf ein Ausländer nur, wenn er eine Arbeitserlaubnis hat. Die aber hat Herr Choi nicht mehr, denn die erteilte galt ja nur für die Zeche X der Ruhrkohle AG. Dort ist er gekündigt, die Arbeitserlaubnis erloschen. Arbeitslosengeld bekommt Herr Choi also nicht.

Herr Choi erhält unterdes Post vom Ausländeramt[30]:

»Ich weise darauf hin, daß Ihre Aufenthaltserlaubnis vom Tage Ihrer Abkehr von der Bergbau AG an nicht mehr gültig ist. Gemäß § 12 des Ausländergesetzes sind Sie verpflichtet, das Bundesgebiet einschließlich Berlin-(West) unverzüglich zu verlassen. Sollten Sie nicht usw., Abschiebung, unmittelbarer Zwang, Kosten. Hochachtungsvoll.«

Die Krankheit von Herrn Choi macht ihn binnen Wochenfrist arbeitslos, obdachlos, mittellos und »heimatlos«. Herr Choi hat nur noch eines: das abbezahlte Rückflug-Ticket nach Seoul. Herr Choi fliegt. Etwa drei Monate später schmettert das Landesarbeitsgericht Hamm[31] seine Klage gegen die Kündigung ab und widmet ihm einen Nachruf:

»Die den Kläger durch die Entlassung treffenden Nachteile müssen im vorliegenden Fall den Belangen der Beklagten (RAG) nachgeordnet werden. Das Arbeitsverhältnis der Parteien war ohnehin nicht auf Dauer angelegt. Eine vorzeitige Rückkehr des Klägers in seine Heimat bürdet

ihm keine zustäzlichen Kosten auf. Im übrigen entspricht es auch dem wohlverstandenen Eigeninteresse des Klägers an der Erhaltung seiner Gesundheit, wenn er den für ihn offenbar ungeeigneten Arbeitsplatz bei der Beklagten aufgibt.«

Resümierend: Die Bundesregierung, die koreanische Regierung, die Ruhrkohle AG, das Arbeitsamt und das Ausländeramt, die Arbeits- und Landesarbeitsgerichte, alle haben Herrn Choi das angedeihen lassen, was ihm nach ihrer Ansicht zustand: die Anwendung des geltenden Rechts. Das ist ihm auch sehr sorgfältig und sehr umfassend zuteil geworden.
Ob Herr Choi Kinder hatte, wo und wie er in Korea wohnte, welchen Beruf er hatte, ob er vielleicht musiziert – ich weiß es nicht. Ach ja: Choi schuldet mir noch das Honorar. Ich habe es überprüft: es besteht eine Möglichkeit, Herrn Choi vermittels der Botschaft vor ein koreanisches Gericht zu zitieren und ihn zur Zahlung anzuhalten. Alles in Ordnung.

Anmerkungen

1 Außer Krankenschwestern und Bergarbeitern südkoreanischer Herkunft leben noch ca. 1200 südkoreanische Studenten sowie einige wenige Koreaner mit anderen Berufen in der Bundesrepublik.

2 1963 bis 1967 waren insgesamt 2000 koreanische Bergleute in der BRD, 1970 bis 74 ca. 3000, 1977 bis Oktober 1980 weitere 2500. Die Zahlen beruhen auf Angaben der »koreanischen Bergarbeiter-Gruppe für Menschenrechte in der BRD« -Essen. *Der Spiegel* (Nr. 15 vom 7. 4. 1980, Seite 97) schätzt für die Zeit von 1970 bis 1980 ca. 6000.
Im Juni 1977 lebten nach der Ausländerstatistik rund 15 000 Südkoreaner in Deutschland: rund 4200 Männer, knapp 8000 Frauen und 2000 Kinder.

3 Aus Korea wurden zum Beispiel 1969 Waren im Gegenwert von 46,5 Mio. DM in die BRD importiert, der Wert des Exports nach Korea betrug dagegen im gleichen Jahr 250,8 Mio. DM; siehe André Eckardt, *Korea*, Nürnberg 1972, S. 307.

4 Nach Angaben der Ruhrkohle AG leben 48 Prozent der Bergleute in den Heimen (siehe A. von Bronk in: *Aktion*, Zeitschrift der CAJ, März 1980), die »Menschenrechtsgruppe« (Anm. 2) schätzt – zutreffender – 80 bis 90 Prozent; die koreanischen Krankenschwestern leben fast ausschließlich in den Schwesternheimen der Krankenhäuser.

5 Isang Yun, Geisterliebe, Oper 1971; Sim Tjong, Oper 1972; Träume, der Traum des Lin Tung, die Witwe des Schmetterlings, zwei Operneinakter 1969, sämtlich erschienen im Verlag Bote und Bock.

6 Der Buddhismus ist mit 7,9 Mio. Anhängern vor dem Konfuzianismus (4,4 Mio.) und dem Protestantismus (3,5 Mio.) die am stärksten verbreitete Religion in Südkorea (Schätzungen für 1977); siehe Fritz Vos, *Die Religionen Koreas*, 1977, S. 16.

7 Sie tun's – und benutzen außerdem noch einen Reislöffel, siehe Eckardt (Fußnote 3), S. 108.

8 Vorstandsmitglied Heinz Gentz von der Ruhrkohle AG zum *Spiegel:* »Wir konnten die auch gut als vollwertige Kräfte gebrauchen.« Siehe *Spiegel* Nr. 15 vom 7. 4. 1980, S. 99.

9 Abgedruckt ist das ganze im Bundesgesetzblatt II 1970.

10 Die Summe soll nach Angaben der Bergleute bis 5000 DM betragen; allerdings sind oft längere Wartezeiten im Seoul zu überbrücken, die zu weiteren Schulden führen.

11 Fast alle südkoreanischen Bergleute nannten die Arbeitslosigkeit in Südkorea als erstes Motiv für ihre Bewerbung um einen Job im deutschen Steinkohlebergbau. Siehe auch: Werner Biermann, Schwierigkeiten beim Kohlemachen, Manuskript der Sendung vom 29. 2. 1980, in: *Kritische Chronik*, WDR I.

12 Bundesarbeitsgericht, abgedruckt in *Arbeitsrechtliche Praxis* Nr. 23, 26, 35 und 38 zu § 620 BGB »befristeter Arbeitsvertrag«.

13 So das Landesarbeitsgericht Hamm in einem Urteil über diese Klausel vom 14. Februar 1979 – 14 Sa 1485/78 – nicht veröffentlicht.

14 Die fristlose Kündigung ist stets möglich; aber dafür muß der Arbeitgeber einen »wichtigen Grund« haben (§ 626 BGB) – und den hat er meistens nicht.

15 So das Landesarbeitsgericht Bremen vom 15. 3. 1968 in AP Nr. 56 zu § 626 BGB.

16 Siehe Hueck/Hueck, *Kommentar zum Kündigungsschutzgesetz*, RZ 59 zu § 1.

17 Siehe Anm. 13, dort Seite 9 des Urteils.

18 Eine solche Befreiung ist gemäß § 1230 ff. Reichsversicherungsordnung möglich.

19 Da ein nicht geringer Teil der zurückkehrenden Koreaner gar nicht in den koreanischen Bergbau zurückgeht, wird die koreanische Regierung ihre Schwierigkeiten haben, das schöne Geld »zu Gunsten der an diesem Programm Beteiligten« auszugeben. Pro Bergmann werden schätzungsweise 2000 bis 3000 DM nach Korea fließen.

20 Kloesel/Christ, *Kommentar zum deutschen Ausländerrecht*, Anm. 6 zu § 7 Ausländergesetz.

21 Nur der Vorname, nicht der Name ist von der Redaktion geändert, Herr Choi ist aber längst entlassen und wieder in Korea.

22 Nach Angaben des Personalchefs der Ruhrkohle AG betrug der Krankenstand der Koreaner im Jahre 1979 zwischen 22 Prozent und 32 Prozent, im Dezember 1979 27,15 Prozent und in einzelnen Wochen bis zu 70 Prozent (Fundstelle wie Anm. 4). Die durchschnittliche Krankenrate von 50jährigen deutschen Bergleuten – die also doppelt so alt sind wie die durchschnittlich 20- bis 35jährigen Koreaner – beträgt 18,57 Prozent (nach *Spiegel* Nr. 15 vom 7. 4. 1980, S. 98).

23 Durchschnittlicher Krankenstand bei den Koreanern im ersten Beschäftigungsjahr: 6,6 Prozent, im zweiten Jahr 15,8 Prozent, im dritten Jahr 25 Prozent (nach *Spiegel*, siehe Anm. 22, S. 100).

24 Siehe Bundesarbeitsgericht vom 10. 3. 1977, in AP Nr. 4 zu § 1 KSchG 1969 »Krankheit«.

25 Außer der Anschrift ist von der RAG in dieses Formular nur noch das Datum des Arbeitsendes einzutragen.

26 Der allerdings der Kündigung zugestimmt hat und dessen Mitglieder per Leserbrief gelegentlich über die Koreaner und ihre Sozialbetreuer herziehen (siehe *WAZ* – Recklinghausen, vom 19. 9. 1978, Peter Heinrich, Betriebsrats-Mitglied: kein spezielles Korea-Gedinge).

27 Dorthin geht Herr Choi aber nicht, weil die IG-Bergbau teilweise die gleichen Dolmetscher wie die RAG benutzt. Einige Dolmetscher sollen – nach der Behauptung der Betroffenen – windige Kredit-Geschäfte mit ihren Landsleuten betreiben.

28 Allerdings braucht das Arbeitsgericht ca. 3-6 Monate, um über die Klage von Herrn Choi zu entscheiden; bis dahin ist der Arbeitsvertrag der Koreaner oft schon abgelaufen.

29 Es handelt sich auch hier um ein Formular, in das nur wenige Daten einzusetzen sind.

30 Auch hier werden z. B. vom Kreis Wesel Vordrucke verwandt, die eigens für die »koreanischen Fälle« angefertigt sind. Es sind dort nur der Name des Betroffenen und drei Daten einzutragen.

31 Siehe das Urteil Anm. 4, dort S. 16.

Gabriele Krone
Japaner in Düsseldorf

Ken Watanabe, 37, lebt seit zweieinhalb Jahren in Düsseldorf und . . .
An einem konkreten Beispiel den Alltag und die Schwierigkeiten einer japanischen Familie in der Bundesrepublik Deutschland aufzuzeigen – es wäre so schön gewesen. Aber Ken Watanabe, auf japanisch soviel wie Fritz Müller, läßt sich nicht so einfach als Beispiel für die etwa 13 000 hier lebenden Landsleute vorführen. Ken Watanabe, Akemi Sakamoto, Kanji Yoshida oder wie sie alle heißen mögen, sind viel zu bescheiden und zurückhaltend. Sich als einzelner für *die* Japaner in der Bundesrepublik herausstellen lassen – das paßt nicht zum japanischen Selbstverständnis. Und jemand Auskünfte geben, den man nur von ein, zwei Gesprächen kennt – das ist schon ganz und gar unmöglich. Über Höflichkeiten wie »es ist sehr schön in Ihrem Land . . . alle sind sehr freundlich . . . wir fühlen uns sehr wohl bei Ihnen . . .« kommt die Unterhaltung nicht hinaus.
Etwa der 18jährige Atsushi Nakasawa, seit einem halben Jahr in Köln. Obwohl er aus dem Land der Gärten kommt, studiert er hier ausgerechnet Gartenbau. Er spricht erstaunlich gut deutsch und ist unmittelbar nach seiner Ankunft in der Bundesrepublik in einen deutschen Sportverein eingetreten: Atsushi ist Segelflieger. Seine deutschen Fliegerkollegen schätzen Atsushi sehr, er ist fleißig, umsichtig und freundlich – gesprächig ist er nicht. Ich wollte wissen, ob er mit seiner Familie hergekommen ist – nein, aber mit dem Chef; ob ihm diese Trennung von zu Hause schwerfällt – er sei ja nicht alleine, zudem habe sein Vater kürzlich geschäftlich in Europa zu tun gehabt und man habe sich in Amsterdam für einen Tag getroffen. Atsushi bleibt nur ein Jahr in der Bundesrepublik. Was ihn störe und ob er sich denn auf die Rückkehr freue? »Es gefällt mir sehr gut hier.«
Masago Kawaguchi, 36, Managerin in Düsseldorf und das schon seit neun Jahren. Ich hoffe, von ihr zu erfahren, wie gut oder schlecht sie sich hier eingelebt hat, was sie unter »integriert« versteht und ob sie das ist oder sein möchte . . . Ich denke: seit neun Jahren in der Bundesrepublik und ein Gespräch von Frau zu Frau, aber falsch gedacht. »Ich liebe dieses Land und lebe gerne hier. In Düsseldorf sind die Frauen viel modischer angezogen als in Tokio. Außerdem ist es viel preiswerter hier . . .« Und wie im Bilderbuch: ihr Lieblingsgericht ist in der Tat Eisbein und Sauerkraut.

Allein 5000 Japaner wohnen in Düsseldorf und Umgebung, das sind mehr Japaner in einer deutschen Stadt als Deutsche in ganz Japan (3000). 240 japanische Firmen unterhalten Niederlassungen in Düsseldorf, d. h. 10 Prozent aller ausländischen Firmenvertretungen in der Rhein-Metropole, der diese japanische Präsenz den Beinamen »Klein-Tokio« eingebracht hat. Zum Vergleich: in London sind ca. 100 japanische Firmen, in Paris etwa 80 und in Frankfurt ungefähr 70 vertreten.

Zu den Niederlassungen in Düsseldorf zählen die acht größten Banken, über 100 der bedeutendsten Industriefirmen und die großen japanischen Handelshäuser, so etwa der Marubeni-Konzern, der vom Eßstäbchen bis zum Öltanker so ziemlich alles verkauft und mit einem Umsatz aufwarten kann wie VW und Thyssen zusammen. Kein Zweifel – Düsseldorf ist der Kristallisationspunkt des deutsch-japanischen, ja sogar des europäisch-japanischen Handels, auch wenn zunehmend andere Städte um die Gunst der Japaner werben. Ein ehemaliger japanischer Generalkonsul in Düsseldorf kleidete diese Tatsache in für die gastgebende Stadt sehr schmeichelhafte Worte: »Der Schwerpunkt japanischer diplomatischer Tätigkeit liegt in Bonn und Washington, der Schwerpunkt wirtschaftlicher Tätigkeit von japanischer Seite liegt in Düsseldorf und New York.« Selbst ein Quentchen Höflichkeit abgerechnet – die Zahlen sprechen für sich. Die Vorteile der nordrheinwestfälischen Landeshauptstadt liegen auf der Hand: als 1954 Firmen wie Mitsui und Mitsubishi ihre Fühler nach dem europäischen Kontinent ausstreckten, galt es zu importieren. Gefragt waren Investitionsgüter, Produkte der Schwerindustrie und des Maschinenbaus aus dem Ruhrgebiet. Der »Schreibtisch des Ruhrgebiets«, wie Düsseldorf schon damals genannt wurde, konnte zum einen höhere Lebensqualität bieten durch geringere Umweltbelastung, zum anderen aber auch die geographische Nähe zu den Industriezentren. Auch die verkehrstechnische Lage sprach für Düsseldorf: günstige Flugverbindungen durch viele Direkt-Flüge, seit 1978 auch Düsseldorf-Tokio, Schiffahrtslinien sozusagen vor der Tür ab Amsterdam und Rotterdam und schließlich Knotenpunkt für Straßen- und Schienenverkehr. Heute ist für die Standortfrage die japanische Schule in Düsseldorf-Oberkassel mit inzwischen über 500 Schülern durchaus mitentscheidend. Ein japanisches Kind hat in seiner Heimat so gut wie keine Zukunftschancen mehr, wenn es zwei, drei Jahre aus dem japanischen Schulsystem herausgerissen wurde. Allein die fast 2000 Schriftzeichen, die das Kind in den drei verschiedenen Schriftsystemen beherrschen muß, lassen ahnen, warum das so ist.

Eine japanische Schule, die als Ganztagsschule arbeitet, eine überaus komplizierte Sprache – die Frage nach Integration scheint sich von selbst zu beantworten. Es sind in der Tat einige Äußerlichkeiten, die von vornherein so etwas wie Heimisch-Werden verhindern. Die meisten Japaner bleiben

nicht länger als drei, vier Jahre im Ausland. Zudem ist es wie bei den Amerikanern durchaus üblich, von einem auf den anderen Tag versetzt zu werden. So kennzeichnet eine gewisse, im Grunde völlig unjapanische Hast den Alltag einer Familie.

Umgekehrt versuchen die Düsseldorfer, ihren japanischen Gästen einiges zu bieten – was selbstredend mehr wirtschaftliche als humanitäre Gründe hat: so stellte die Stadt das Grundstück für die japanische Schule zum symbolischen Erbpachtzins von 1 Mark jährlich zur Verfügung. Zur Finanzierung des deutsch-japanischen Zentrums, in der Düsseldorfer Innenstadt vom Marubeni-Konzern für 190 Millionen Mark errichtet, bewilligte das Land Nordrhein-Westfalen eine Bürgschaft über 50 Millionen Mark. Den Düsseldorfer Geschäftsleuten ist die beachtliche Kaufkraft der fast ausschließlich im mittleren und gehobenen Management tätigen Gäste aus dem fernen Osten auch nicht entgangen. Modehäuser auf der »Kö« haben sich längst mit kleinsten Konfektionsgrößen eingedeckt; in den Schaufenstern der Luxus-Läden werben – dezent in die Dekoration gesetzt – japanische Hinweisschilder.

An japanischen Einrichtungen jeder Art mangelt es ebenfalls nicht: vom Fischgeschäft bis zur Buchhandlung (die einzige japanische in der Bundesrepublik), vom Damenfriseur bis zum Arzt ist nahezu alles vertreten. Ganz zu schweigen von den fünf japanischen Lebensmittelgeschäften und den sechs japanischen Restaurants. Selbst die neuesten japanischen Nachrichten sind über einen automatischen Telefondienst zu bekommen.

Deutsch-japanische Gesellschaften existieren mittlerweile auch über das gesamte Bundesgebiet verstreut: u. a. schon seit 1961 in Köln, vier Jahre später dann auch in Düsseldorf und seit neuestem noch in Bonn. Aber wie das mit solchen bilateralen Vereinen nun einmal ist: an den deutsch-japanischen Gesellschaften in der Bundesrepublik haben mehr Deutsche als Japaner Interesse. In Köln beispielsweise sind 80 Prozent der ca. 220 Mitglieder Einheimische. In Tokio verhält es sich umgekehrt genauso. Die Integrationsmöglichkeiten der deutsch-japanischen Gesellschaften sind zudem gering. Das liegt weniger an fehlenden finanziellen Mitteln – vor allem die Düsseldorfer Gesellschaft verfügt über einen ansehnlichen Etat – als an den gegensätzlichen Mentalitäten, an Kulturmißverständnissen im weitesten Sinne auf beiden Seiten. So gibt es beispielsweise keine regelmäßigen Treffen, etwa einmal die Woche, aus einem ganz simplen, lächerlichen Grund: mehr deutsche Männer, als man denkt, assoziieren bei »Deutsch-japanischer Gesellschaft« – »Geisha-Kontaktstelle«. Um solche Peinlichkeiten zu vermeiden und eine gewisse Schutzfunktion für Japanerinnen wahrzunehmen, werden die Vereinsmitglieder jeweils gezielt angeschrieben und eingeladen zu Vorträgen, Konzerten, Museumsbesuchen oder Bunten Abenden. Die Art des Programms richtet sich nach dem Publikum. In der alten Universi-

tätsstadt Köln mit japanischen Studenten und Professoren, mit dem japanischen Kulturinstitut und dem Museum für Ostasiatische Kunst stehen kulturelle Veranstaltungen obenan. Bei den japanischen Geschäftsleuten in Düsseldorf spielen gesellschaftliche Feiern eine größere Rolle. Aber zurück zur Integration. Da ist es jetzt wohl an der Zeit, von Klischees zu reden, von deutsch-japanischen Gemeinsamkeiten, von deutsch-japanischen Gegensätzen.

»Wenn ein Schiff mit je einem Angehörigen pro Land an Bord untergeht, dann würde ein Japaner natürlich versuchen, jeden zu retten, aber den Deutschen als ersten«, sagt ein Japaner über die Einstellung seiner Landsleute. Warum diese emotionale Bindung? Ein kurzer Blick zurück erklärt vielleicht einiges.

Deutschland bzw. Preußen war das zweite Land, mit dem Japan wieder diplomatische Beziehungen aufnahm, nachdem es sich fast 250 Jahre lang von der Außenwelt hermetisch abgeriegelt hatte. Das war 1860. Ein Jahr später kam der erste Handels- und Freundschaftsvertrag zwischen Preußen und Japan zustande, mit einer interessanten Klausel: Japan wurde zur Pflege der deutschen Sprache verpflichtet. Auf den verschiedensten Gebieten traten Deutsche als Lehrmeister der Japaner auf: Rechtswesen, Militär und Medizin (ältere Ärzte benutzen bis heute bei ihrer Diagnose deutsche Fachausdrükke), aber auch Maschinenbau, Elektrotechnik und Metallurgie (Deutsche bauten das erste japanische Stahlwerk). Dieser starke deutsche Einfluß wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Amerikaner unterbrochen. Aber schon 1952 gab es wieder diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Japan.

In Japan ist offenbar das Gefühl einer besonders engen Beziehung zu Deutschland stark ausgeprägt. Die Deutschen waren unsere Lehrer – so heißt es, und seinen Lehrern ist man in Japan zeitlebens dankbar. Aber auch Parallelen in der historischen Entwicklung werden auf beiden Seiten herangezogen, um eine deutsch-japanische Seelenverwandtschaft zu beweisen:

- beiden Ländern gelang aus dem totalen Nachkriegschaos der steile Aufstieg zu führenden Wirtschaftsmächten;
- beide entschieden sich zunächst trotzdem für politische Abstinenz;
- beide sind extrem rohstoff- und exportabhängig;
- beide stehen als Überschußländer und »stabilitätsbewußte Musterschüler« im Blickpunkt einer kritischen Weltöffentlichkeit (FAZ 17. 8. 77).

Trotz dieser identischen Rahmenbedingungen – die beschworene deutsch-japanische Ähnlichkeit ist wohl ein großes gegenseitiges Mißverständnis, geprägt von emotionalem Goodwill, von gegenseitigen positiven Klischeevorstellungen, und scheitert eigentlich schon am tagtäglichen Miteinander-Umgehen.

Eines der Haupthindernisse für die Verständigung oder besser für das Verstehen sind die unterschiedlichen Werte. Während bei uns das Individuum zählt, die individuelle Leistung, gibt in Japan die Gruppe, zu der man gehört, dem Menschen seinen Rang. Und damit beginnen die Mißverständnisse. Den Worten »Rang« und »Hierarchie« haftet in unserem Sprachgebrauch ein ganz bestimmter Beigeschmack an. Macht und Unterdrückung sind Begriffe, die sich stillschweigend dazudenken. Ist in Japan von Hierarchie, von Rangordnung die Rede, so bedeutet das eine rituelle Ordnung. Das Wort selbst sagt nichts aus über Machtverteilung oder Verantwortlichkeiten. In der Sprache spiegelt sich das ausgeprägte Rangordnungsdenken wider: für »ich« stehen 18 verschiedene Formen zur Wahl, je nachdem ob ein Junger oder Alter von sich spricht, ein Verheirateter, Geschiedener, Verwitweter, Lediger usw. Die Zwänge, die eine solche Art der Konversation auferlegt, sind enorm. Denn für einen Japaner ist es ganz wichtig, immer den richtigen Ton zu treffen, die »Harmonie« zu erhalten. Darum werden auch so oft und gerne Visitenkarten ausgetauscht, aus denen man einmal den genauen Namen erkennen kann (für einen gleichlautenden Namen sind x verschiedene Schreibweisen möglich), aber vor allem den Rang.

Mit Gruppenverständnis und Rangordnung hängt auch der besondere japanische Entscheidungsmodus zusammen, das »Ringischo«. Der Entwurf für ein Geschäftsvorhaben wird – selbstverständlich in angemessener Reihenfolge – allen Abteilungen vorgelegt. Von Stufe zu Stufe wird er neu diskutiert, bis sich schließlich alle auf einen Entwurf geeinigt haben. Entscheidungen dauern so oft länger als die Verwirklichung des Projektes selbst.

Wirken diese Methoden bereits befremdlich, so ist das japanische Geschäftsgebahren für europäisch Erzogene kaum noch nachzuvollziehen. Auch hier geht Harmonie über alles. Wenn die Wellenlänge stimmt, kauft der japanische Geschäftsmann von seinem bundesdeutschen Kollegen auch Produkte, die ein bißchen teurer sind oder längere Lieferzeiten haben als die der Konkurrenz. Hauptsache, die Harmonie wird nicht gestört. »Achtet die Harmonie über alles!«, das erste der 17 Gebote des Prinzen Shotoku (574-622 n. Chr.), hat seine Gültigkeit bis heute bewahrt.

Das familienähnliche Verhältnis der Japaner zu ihrer Firma ist weitgehend bekannt. Es ist leichter, sich scheiden zu lassen als die Firma zu wechseln. Nicht umsonst ist das Wort »Firma« im Japanischen identisch mit »Heim«, »Zuhause«. Kollegen sind gleichzeitig Freunde, mit denen man auch nach der Arbeit die Freizeit verbringt – für Berufstätige unseres Kulturkreises wohl eher eine erschreckende Vorstellung. Vom Chef eines Unternehmens erwartet die Belegschaft weniger Fachwissen und Spezialistentum als vielmehr Takt und Gespür für zwischenmenschliche Beziehungen. Seine

Aufgabe ist es eben auch, sich als Ehevermittler und später als Eheberater zu betätigen.
Harmonie, Einfühlung, wortlose Kommunikation – fast könnte man als bundesdeutscher, gehetzter, unter Leistungsdruck stehender Einzelkämpfer vor Neid erblassen. Nur, das lächelnde Schweigen hat offenbar auch seinen Preis: Japan hat die höchste Rate an Magenkrebs in der ganzen Welt. Wohl deshalb haben ausgerechnet Japaner das Gastroendoskop, eine amerikanische Erfindung, zur Serienreife entwickelt. Und noch eine Kehrseite der Harmonisierung um jeden Preis: die großen Quecksilberschäden durch japanische Chemiefabriken wurden nicht zuletzt durch die »harmonische« Zusammenarbeit zwischen Belegschaft und Firmenleitung so lange vor der Öffentlichkeit geheimgehalten.
Wie lebt nun, wer so erzogen ist, in einer Stadt wie Düsseldorf? Der Grad der Isolation oder eben der Integration hängt nicht zuletzt davon ab, wie konservativ oder fortschrittlich die Firma ist. Ein konservativer japanischer Betrieb legt Wert darauf, daß seine Mitarbeiter, die in erster Linie Vertreter Japans, Söhne Nippons sind, und erst in zweiter Linie Ingenieure oder Kaufleute, die Konventionen perfekt beherrschen. Für einen Auslandsaufenthalt kann das nur bedeuten: entweder sich zu blamieren oder sich möglichst zurückzuhalten. Das japanische Schweigen ist also eher ein Zeichen von Unsicherheit als von rätselhafter Exotik.
Ganz und gar nicht exotisch sind auch die Wohnungen, meist in guten teuren Stadtvierteln gelegen. Wer hier japanische Wohnkultur mit Bambusmatten und Lampions erwartet, trifft auf altdeutsche Gemütlichkeit, wo auch das Klavier nicht fehlen darf, auf dem deutsche Klassiker gespielt werden. Abgesehen davon, daß ein Umzug mit der eigenen Einrichtung von Japan hierher für die kurze Zeit zu teuer käme, gibt es für das »typisch deutsche« Aussehen offenbar noch andere Gründe. Ein in Düsseldorf arbeitender japanischer Arzt steuert eine psychologische Erklärung bei: »Sie kommen aus Japan in dem Bewußtsein, Vertreter der stärksten Industrienation zu sein. Sie bauen die größten Tanker und Stahlwerke. Wenn sie dann in der Bundesrepublik sind, sehen sie die großen Wohnungen, die fortschrittlichen Sozialversicherungen und die Menschen, die sie an Größe überragen. Das führt zu einem Minderwertigkeitskomplex, den sie dadurch auszugleichen trachten, daß sie sich mit deutschen Gegenständen umgeben!« (Dr. Yoshikazu Ishida, FR 9. 10. 76)
Der Alltag einer japanischen Familie, in der er berufstätig und sie Hausfrau ist, wird bestimmt durch 10 bis 12 Stunden Dienst für ihn. Danach der übliche Umtrunk mit Kollegen. Für deutsche Freunde bleibt schon deshalb kaum Zeit. Die Kinder, die früher, als es die japanische Schule noch nicht gab, am ehesten für nachbarliche Kontakte sorgten, sind heute ganztägig in ihrer Schule unter sich. Die Japanerin, die nicht berufstätig ist, sondern in ihrer

Rolle als Ehefrau und Mutter hierherkommt, trifft es also besonders hart. Sie ist am meisten isoliert. Gesellschaftliche Verpflichtungen, wie sie für europäische Manager-Gattinnen gelten, gibt es für die Japanerin auch nicht. Aber offenbar führt gerade diese extreme Belastung – jedenfalls teilweise – zu einer bemerkenswerten Reaktion. Haben die Japanerinnen nämlich einmal den Kulturschock überwunden und sich an europäische Eigenheiten gewöhnt, dann sind sie meist kontaktfreudiger und aufgeschlossener als japanische Männer. Sie betreiben Sport in einheimischen Vereinen, besuchen Kochkurse für deutsche Küche oder geben selbst Unterricht in Ikebana, um nur einige Beispiele zu nennen.

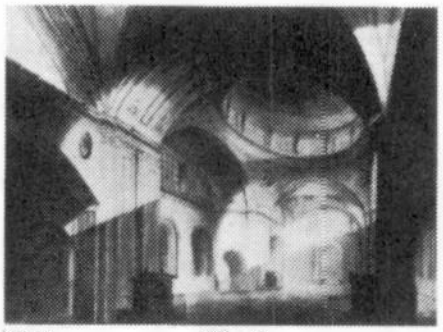
Wer nun mit dem Unmut der japanischen Ehemänner rechnet, hat von japanischer Mentalität nichts begriffen. Sie nehmen das freiere Verhalten als gesellschaftlich gegeben hin. Das ist in diesem Gastland nun einmal so . . .

Japaner in Düsseldorf – zwar nicht integrierte, aber gern gesehene Gäste?
– die Stadt verdient durch sie und wirbt ständig neue Firmen an;
– die Geschäftsleute machen Umsatz;
– die einheimische Bevölkerung hat so gut wie keine Probleme mit ihnen, was sich u. a. im Fehlen von Schimpfwörtern ausdrückt. »Trevira-Ameisen« war als respektloseste Bezeichnung zu hören für die unauffällig gekleideten und immer in Gruppen auftretenden Asiaten;
– und selbst die Polizei kann nicht klagen: die vielzitierte Ausländerkriminalität – bei Japanern gibt es sie nicht.

Also asiatische Harmonie mit Ausstrahlung? Tatsache ist, daß die exportorientierte Wirtschaftspolitik der Japaner in immer mehr bundesdeutsche Schlüsselindustrien einbricht. Es spricht einiges dafür, daß Japan mit seiner marktgerechten Mischung aus technischer Leistung, hoher Fertigungsqualität und attraktivem Preis im Laufe der achtziger Jahre zu führenden Industrienation aufsteigt. Tatsache ist auch, daß sich in der Bundesrepublik eine zunehmende Ausländerfeindlichkeit breitmacht, die sich zwar zunächst auf ausländische Arbeitnehmer im klassischen Gastarbeitersinne beschränkt, die aber immerhin auch schon Japaner sensibilisiert hat: um für mögliche Ausländerstops gewappnet zu sein, beginnen japanische Firmen, Landsleute sozusagen auf Vorrat einzustellen (FAZ, 12. 6. 80).

Von den Schwierigkeiten des Alltags

Eine Frau berichtet von ihren Schwierigkeiten, aus zwei kleinen Fischen ein großes Festessen zu bereiten.
So sparsam und unauffällig die Fabel ist, so reich ist dieses Buch an Beobachtungen, Einsichten und Ideen.



Hanna Johansen
Trocadero

ROMAN/HANSER

1980. 180 Seiten, Leinen DM 26,-

»Mit überscharfer Genauigkeit werden die Gegenstände ins Licht gesetzt, und damit wird eben das bedrückend nahe gebracht, was wir gemeinhin nicht oder nur aus weiter Ferne wahrzunehmen gewohnt sind; die Schwierigkeiten des Alltags, die - weil sie so alltäglich sind - gar nicht mehr wahrgenommen werden, und deshalb einen Zustand dieser Welt befestigen, der ebenso aus kleinen und großen Katastrophen besteht und, wenn überhaupt, einer irrwitzigen Logik folgt.« (Die Zeit)

Carl Hanser Verlag

Alice Miller
Am Anfang war Erziehung

Kaum ein Buch unserer Zeit hat solches Echo ausgelöst wie Alice Millers ›Das Drama des begabten Kindes‹. Aus dem Bedürfnis, die vielen Briefe Ratsuchender, Bitten der Eltern, Fragen der Kollegen zu beantworten, entstand nun dieses zweite Buch. Anhand von drei Kindheitsschicksalen öffnet es uns die Augen über verheerende Folgen der Erziehung, die angeblich immer das Beste will. Alice Miller möchte die Öffentlichkeit für frühkindliches Leiden sensibilisieren. Ihr Buch kann helfen.

DM 28,-. In allen Buchhandlungen

Suhrkamp

Franco Biondi
»Das ist meine Heimat, Mann!«

1.

Die ganzen Betriebe der Umgebung habe ich abgeklappert. Zuerst habe ich nach einer Lehrstelle gefragt, dann, als ich einsah, daß es hoffnungslos ist, habe ich einfach nach irgendeinem Job gefragt.
Nichts und wieder nichts.
Auch für Telefonate habe ich ein Vermögen ausgegeben. Mein Alter jammerte schon: »Wo steckst du nur das ganze Geld hin!« Und trotzdem kein Erfolg. Wie die Telefonstimme, die sagt: »Kein Anschluß unter dieser Nummer«, so hat sich die Antwort angehört: »Wir nehmen keine Ausländer an, titatu, wir nehmen keine Ausländer an, titatu.«
Mir wurde dabei richtig bewußt: O Mensch, du bist ja ein Ausländer! Deine Alten kommen aber nicht aus dem Urwald, verdammt! Auch wenn ich schon gehört habe, daß man sie Kanaken nennt!
Und wenn ich nun Ausländer bin, was kann ich denn dafür? Das habe ich mir doch nicht ausgesucht. Und was soll das überhaupt: Ausländer?
Und doch bin ich immer im Zweifel geblieben. In der Schule, früher, habe ich immer versucht, es zu verleugnen. Es war sinnlos. Und ich erinnere mich: Ich habe mich gehaßt. Auch die Alten habe ich gehaßt. Aber jetzt nehme ich es hin: ich bin eben einer, und fertig.
Ein Jahr lang bin ich zum Arbeitsamt gelatscht. Es ist und bleibt eine Qual. Meinen Traum einer Lehrstelle haben sie mir wie mit einem Schlaghammer aus dem Kopf geschlagen. Da habe ich gesagt: Na gut, dann wenigstens eine Arbeit.
Zunächst haben sie mich, die fein angezogenen Herren hinter ihren sauberen Tischen, mit lieben Worten getröstet; doch dann, als ich auf eine Arbeit pochte, wurden sie laut und deutlich. Einer aus der jungen Garde mit breitem Schlips und Top-C&A-Anzug hat mir gesagt, ich solle mich endlich zum Teufel scheren. Es gebe eben keine Arbeit für mich, und ich solle gefälligst verschwinden, von ihm aus in die Heimat zurückkehren. Und als ich ihm sagte: »Das ist meine Heimat, Mann!«, da hat er doof geguckt und nichts mehr gesagt. Dann hat mir ein anderer aus der älteren Generation mit roten Backen und kleinen glänzenden Augen ein Formular vor die Nase gelegt und in diplomatischem Ton gesagt: »Füllen Sie das hier aus, junger Mann, dann können Sie nach Italien fahren. Wenn Italien nicht ihre Heimat ist, dann

können Sie sich dort doch schöne Tage machen, als Urlaubsarbeitsloser.«
Ich habe mir gewünscht, ich könnte eine Knoblauchbombe bauen. Stell dir vor, wie dann die feinen Herren mit weinenden Augen und einem Tuch vor der Nase schleunigst das Büro verlassen würden! Aber was soll's: dadurch komme ich doch nicht zu einer Arbeitsstelle. Und sie werden dabei auch nicht schlauer.

2.

Daß meine Beziehungen zur Ausländerbehörde nicht die besten sind, habe ich gemerkt, als sie den Papierkrieg gegen mich anfingen. Bis zum sechzehnten Lebensjahr hatte ich die Aufenthaltserlaubnis mit meinem Alten zusammen. Wir waren sozusagen zwei Personen mit *einem* Paß. Dann habe ich ein Schreiben bekommen, in dem drinstand, daß ich von meinem Alten abgenabelt werden muß; nach Paragraph soundso müsse ich jetzt mit eigener Aufenthaltserlaubnis laufen. Ich habe mir gesagt: Na schön, endlich kann ich dem Papi sagen: mach's gut, Alter – siehste die Papiere? Auch die Typen von der Behörde sagen das: Ich bin ein Mann und unabhängig von dir.
Ich bin also hingegangen. Ein Beamter saß da an seinem Schreibtisch wie ein Bismarckdenkmal. Er hat mir einen flüchtigen Blick zugeworfen, aber in seinen Unterlagen weitergekritzelt. Nach einer Weile kam er an das Holzgeländer, das sein Büro vom Warteraum trennte, und hat einen müden Blick herausgeholt. Aus seinem Mund hat es gezischt: »Bitteschön?«
Ich habe ihm meine Papiere hingelegt, und schon ist mir im Magen mulmig geworden. Allein die Art, wie er sie überprüfte und wie er Fragen stellte, hat bewirkt, daß ich mir wie ein Schwerverbrecher beim Gnadengesuch vorkam. Dabei sollte er mir nur das Selbstverständlichste von der Welt geben: die Aufenthaltserlaubnis, die Erlaubnis, dort zu bleiben, wo ich eigentlich hingehöre.
Auf den neuen Paß hat er nur eine Sechs-Monate-Aufenthaltserlaubnis gestempelt. Das war mir zuviel auf einmal, und ich habe gefragt, was das denn solle: ich hätte als EG-Angehöriger wie mein Vater einen Anspruch auf mindestens fünf Jahre; er selbst habe ja auch eine Fünf-Jahre-Erlaubnis.
Er hat kühl gegrinst. »Ihr Vater arbeitet ja auch regelmäßig. Soweit ich sehe, drücken Sie sich, ja, wie soll ich es sagen . . . also: Sie gehen noch nicht arbeiten. Und außerdem: Ihr Vater ist schon lange in Deutschland.«
Auf meine Antwort, daß ich fast genauso lang wie mein Vater in der Bundesrepublik sei, hat er hämisch gelacht.
»Das will nichts sagen. Wichtig ist, ob im Aufenthaltszeitraum gearbeitet wird oder nicht.«
Ich bin wütend geworden und habe versucht, ihm klar zu machen, warum ich

noch keine Arbeit hatte. Dann habe ich ihm erzählt, warum ich mich nicht als Ausländer betrachte und weshalb ich auch keine Aufenthaltserlaubnis und so'n Scheiß brauche. Er hat sich stur gestellt und angefangen, über die Ausländerbestimmungen zu faseln.
Während er sprach, fiel mir sein Schnurrbart auf, der sich schnell und ungleichmäßig bewegte. Mir ist dabei der Film von Chaplin eingefallen, *Moderne Zeiten*, den ich vor kurzem im Kino gesehen hatte: die Szene, in der Chaplin die Eß- und Trinkmaschine ausprobieren muß und wie er an sie angeschlossen wird, aber die Maschine funktioniert nicht und er bekommt den ganzen Brei auf den Mund geschmiert. Ich habe mir gewünscht, der Typ hier würde an die Maschine angeschlossen, aber statt Brei sollte es richtige Scheiße sein, damit ihm sein hämisches Lächeln unter dem Schnurrbart im Hals stecken bleibt.
Ich mußte dann daran denken, daß das geeinte Europa bejubelt wurde, daß in Kürze Europawahlen stattfinden würden und wie sich dies alles mit meiner Aufenthaltserlaubnis vereinbaren ließe. Und ich habe es ihm auch gesagt. Da hat er wieder sein Lächeln herausgeholt, das ich inzwischen haßte wie die Pest.
»Da habe ich leider meine Bestimmungen, und danach muß ich mich ja richten. Kommen Sie in einem halben Jahr wieder, dann werden wir sehen, was sich für Sie machen läßt.« Dann hat er sein Lächeln eine Stufe höher gestellt und hinzugefügt: »Tja, solange Sie keine Arbeit haben, läßt sich kaum was ändern. Und ich will Ihnen noch was sagen: Sie sind noch ganz gut gefahren: wer sich vor der Arbeit drückt, kriegt normalerweise nur eine Drei-Monate-Erlaubnis. Seien Sie froh, daß ich Ihnen sechs Monate gegeben habe!«
Es war schon ein Hammer. Ich hatte immer geglaubt, mir könnten sie keine Probleme machen. Auf dem Papier bin ich zwar kein Deutscher, aber was soll's. Deutscher oder nicht, das ist nicht die Frage. Es geht doch darum, daß überall Sonntagsreden über Gleichberechtigung und die Beseitigung der Diskriminierung gehalten werden. Daß ich nicht lache! Dabei betreiben sie die Diskriminierung ganz schön mit, die Leute von den Behörden und pipapo.

3.
Mit meinem Alten bin ich ständig im Krieg. Soweit ich mich erinnern kann, hat er immer vom Zurück in die Heimat geredet. Ich war noch ganz klein, da sagte er schon: noch zwei Jahre, dann fahren wir zurück. Inzwischen ist er zwanzig Jahre da.
Jetzt heißt es: nächstes Jahr, ganz bestimmt. Und er will, daß ich mitkomme. Ich will aber bleiben, und das habe ich ihm auch zu verstehen gegeben. Soll er doch brüllen – mich juckt es nicht: Was soll ich da unten, wenn jedes Jahr

junge Kerle in meinem Alter hochkommen und hier Arbeit suchen! Außerdem: Italien? Nein danke. Da unten kenne ich mich nicht aus.
Er gibt der deutschen Schule die Schuld. Die habe mich verdeutscht. Er brüllt, daß er mich nicht mehr versteht. Ich ihn auch nicht. Obwohl er mir manchmal leid tut, er mit seinen paar Brocken Deutsch und seiner Unsicherheit überall. Ich glaube schon, daß er es damals sehr schwer gehabt hat, mit Scheißitaka und so, mit: Wenn du den Akkord nicht schaffst, dann ab mit dir, wir schicken dich zurück zu den Eseln.
Besonders weich kriegt er mich, wenn er die Geschichte vom Opa erzählt. Da begreife ich: Gastarbeiter, Emigration und so, das hat Tradition bei uns in der Familie. Der Opa war schon in den dreißiger Jahren nach Amerika ausgewandert. Es waren dicke Zeiten des Hungers und der Not in Sizilien; die Verzweifelten packten ihre paar Sachen zusammen und fuhren dahin, wo es Brot und Arbeit gab. Damals war es Amerika, heute ist es Deutschland. Deswegen ist seinerzeit auch mein Alter ausgewandert. Bevor der Opa auswanderte, arbeitete er als Pächter und Tagelöhner, erzählt mir immer der Alte. Arbeit kriegte nur, wer zu allem Ja und Amen sagte und für eine Handvoll Bohnen und Zwiebeln zu schuften bereit war. Aber Opa war einer von denen, die sich nichts gefallen ließen, und er hatte es deshalb schwer, eine Arbeit zu kriegen. »Der Herren Lied singe ich noch lange nicht«, soll er immer gesagt haben. So beschloß er, nach Amerika zu gehen, und hoffte, in drei oder vier Jahren genügend Geld zu sparen, um ein eigenes Feld kaufen zu können und sich so von den großen Landbesitzern zu befreien.
Mein Alter hat oft von der Abfahrt des Opas erzählt. Er selbst war damals noch ein kleines Kind, aber er konnte sich daran erinnern, wie die ganze Familie am Hafen stand, als der Opa mit den anderen Auswanderern das Schiff bestieg. Und auf den Boden schauend, als könnte er von dort die ganzen Erinnerungen auflesen, erzählt der Alte ganz ausführlich, wie das Schiff in der Ferne immer kleiner wurde und langsam verschwand, dort, wo das Blaue des Himmels und das des Meeres von einem hellblauen Streifen getrennt wurde.
Etwa drei Jahre später bekam die Familie die Nachricht, daß der Opa in einer Zementfabrik, in der Nähe von Chicago, gestorben war. Mich hat die Geschichte vom Opa dermaßen beeindruckt, daß ich sogar davon träumte. Vor kurzem habe ich geträumt, daß eine Masse Zement von einem der Silos auf mich runterfiel; ich versuchte, mich hochzuschaffen, doch der Zement verwandelte sich in eine Woge graues Meerwasser, in der ich endlos schwamm.
Dann kam mein Alter an die Reihe: auch er hat als Pächter und Tagelöhner geschafft, bis er die Nase voll hatte und das Schiff zum Kontinent, nach Europa, bestieg. Die ganzen Jahre arbeitete er auf dem Bau, und nur zuletzt ist er in die Fabrik gegangen.

Von dieser Warte her kann ich den Alten schon verstehen, aber dann ist's Sense. Ewig die alte Leier: Ich sei faul, wolle nicht schaffen, lebte auf seine Kosten, hätte keinen Respekt, würde mich nur in der Diskothek rumdrücken und so weiter und so weiter.
Mit meiner Alten verstehe ich mich besser. Sie sieht schon, daß ich mich in einer beschissenen Lage befinde, und drückt mir auch mal fünf Mark in die Hand. Außerdem will auch sie nicht mehr zurück. Sie möchte, daß wenigstens hier die Familie zusammen bleibt. Und da unten hätte sie als Hausfrau überhaupt nichts zu sagen; hier hat sie ihre Arbeit, ihre Wohnung und ein paar Kolleginnen, mit denen sie sich gut versteht.
Da kannst du dir vorstellen, was bei uns alles los ist: der eine will zurück, die andere will bleiben. Da brüllen sie sich an, das hältst du nicht aus. Oft fliegen Teller und Flaschen, dann reden sie eine Woche lang nicht miteinander. Und der Alte pumpt sich voll mit Bier, setzt sich in die Küche und flennt. Mann, da kannst du sehen, was Heimweh anrichtet. Und wenn ich daran denke, daß die Typen vom Arbeitsamt mich runter in die Wüste schicken wollen, nur damit ihre Statistiken stimmen, da wird mir mulmig im Magen.
Manchmal ist der Alte auch vernünftiger. Er sieht dann ein, daß er in seinem Alter in seiner Heimat keinen Job mehr kriegen kann. Und er weiß auch, daß er da unten fehl am Platz ist: zwanzig Jahre sind keine Kleinigkeit. Er sagt es ja selbst, daß sich in seinem Dorf eine ganze Menge verändert hat, seit er weg ist, und daß er sich dort auch nicht mehr wohl fühlt.
Wenn ich dann sage: »Was soll also das ganze Palaver mit dem Zurückgehen, wenn du auch ein Fremder geworden bist?«, dann glotzt er und murmelt herum: »Das verstehst du nicht, Junge. Du hast noch nichts erlebt, du kannst überhaupt nicht mitreden.« Und er sagt auch: »Was nutzt es, daß unsere Kinder deutsch lernen, wenn sie uns jederzeit abschieben können. Ja, abschieben, du hast richtig gehört. Wenn ich schon gezwungen werde, euch in die deutsche Schule zu schicken, dann müssen sie zumindest dafür sorgen, daß wir eine gewisse Sicherheit kriegen und auch bleiben dürfen, oder? Es nutzt nämlich nichts, daß ich die Wohnung neu einrichte, und daß wir alles planen, um hier zu bleiben. Sei nicht so gutgläubig, Junge: du bist auch schon dran, du hast nur eine Sechs-Monate-Erlaubnis gekriegt und hast immer noch keine Arbeit.«

4.
Endlich habe ich was gefunden. Der Mann im Büro der Firma, klein und dürr, mit strengen Augen, der der Boß zu sein schien, hat mich kritisch angeschaut und gefragt, wie alt ich sei. Ich habe einen Schreck bekommen, denn ich wußte, daß manche Betriebe keine Leute unter achtzehn einstellen, ich glaube, wegen der Lehre. So habe ich ihm vorgelogen, ich sei vor einigen Monaten achtzehn geworden. Nach einer kurzen Überlegungspause habe ich

dann vorsorglich gestottert, daß ich meinen Paß leider zu Hause gelassen hätte; ich würde ihn an dem Tag, an dem ich anfangen kann, mitbringen. Er hat einige Formulare ausgefüllt, hat mich unterschreiben lassen und anschließend gesagt, ich könnte schon am Tag darauf anfangen.
Auf dem Heimweg bin ich noch zum Kaufhof gegangen, habe mir einen Tintenkiller und einen Kuli mit ähnlicher Farbe wie bei der Schrift in meinem Paß geholt und das Geburtsdatum gefälscht. Ich hab's so kriminell gemacht, daß einem die Löcher im Paß direkt in die Augen gesprungen sind.
Eine innere Unruhe hat mich den ganzen Nachmittag in der Stadt herumgetrieben. Es nieselte, und die Haare und die Jacke sind ganz naß geworden. Eines war mir klar: die Geieraugen des Bismarckdenkmals von der Ausländerbehörde würden meine Tollpatschigkeit sofort bemerken. Und ich wäre erledigt.
Ich wagte es niemandem zu sagen. Wer würde das schon verstehen? Ich wollte einfach Arbeit haben. Ich hatte es satt, mich mit dem Alten herumzuzanken; ich wollte nicht mehr zur Behörde und zum Arbeitsamt marschieren; ich wollte endlich auf meinen eigenen Füßen stehen.
Der Boß der Firma hat es nicht gemerkt – oder er wollte es nicht merken.
Die Firma bekommt Reinigungsaufträge von Betrieben und Büros, und danach wurden wir eingeteilt. Die Gruppe, der ich zugeteilt bin, betreut einen größeren Betrieb am Stadtrand. Jeder trägt einen grünen Kittel, so daß man gleich feststellen kann, wer für die Reinigungsfirma und wer für den Betrieb arbeitet. Im Betrieb selbst sind wir wiederum in Gruppen eingeteilt: eine Gruppe von Frauen macht die Büroräume, eine Gruppe von Mädchen, hauptsächlich Italienerinnen, die Klos und die Waschräume, meine Gruppe die Hallen. In meiner Gruppe sind alle Jugendliche in meinem Alter, darunter mehrere Italiener. Vier von uns müssen mehrmals am Tag einen großen Müllwagen durch die Abteilungen ziehen, auf dem Dreck, Kartons und Papier zu einer Rampe gebracht werden. Vier andere sortieren das Zeug dann aus und tragen es in verschiedene Ecken; sobald der Lastwagen kommt, müssen sie den ganzen Kram aufladen.
Ich mußte feststellen, daß manche von uns ohne jeden Vertrag arbeiten. Und ich bin einer von ihnen. Man hat mir erzählt, daß man am Ende des Monats ins Büro geht und dort die Stunden abgerechnet werden. Da ist mir klar geworden, daß ich zwar das Geldproblem gelöst habe, nicht aber das der Aufenthaltserlaubnis. Ohne geregelte Arbeit ist alles für die Katz.
Den Boß habe ich sofort darauf angesprochen. Da hat der was von Krise und von Stoßgeschäft geschwafelt. Die Firma sei gezwungen, Aushilfen zu nehmen, und bei meiner Einstellung handele es sich eben um eine solche Aushilfe. Wenn ich auf einem Vertrag bestünde, könnte ich ja gehen und warten, bis sie wirklich jemand dauerhaft einstellen.

Ich habe mich auf die Erpressung eingelassen. Die Arbeit war mir zu wichtig; ich wollte sie nicht gleich wieder verlieren. So sagte ich einfach: »Ist recht, Chef« und ging geknickt zum Arbeitsplatz zurück.

5.

Die sechs Monate sind um. Seit zwei Tage habe ich kein Auge mehr zugedrückt – so aufgeregt bin ich. Auch der Kopf brummt. Und ich habe so lange gezögert, zur Behörde zu gehen, bis ein Schreiben ins Haus flatterte. Bitte melden, steht drin. Außerdem steht drin: Wenn ich mich nicht fristgemäß melde, dann gibt's zusätzlichen Ärger. Mir wird bewußt, daß sie mich bei einem Doppeldelikt – Löcher im Paß und Nicht-Einhaltung der Aufenthaltsvorschriften – ausweisen können. So sehe ich keinen anderen Weg, als sofort hinzugehen.

Es war ja zu erwarten: die Geieraugen des Aufenthaltsstempelverwalters haben sich sofort auf die Löcher gestürzt; aber statt zu fragen, wie ich dazu gekommen bin, hat er zum Telefon gegriffen und die Polizei angerufen. Und ich hab dagestanden und geschwiegen. Ich hatte aufgegeben. Er hätte mich sowieso nicht verstanden. Wie konnte er als Papierwühler in seiner Beamtenstube, der ja keine Furcht vor Arbeitslosigkeit zu haben braucht, die Not eines Gastarbeitsuchenden verstehen? Er ist in seiner Papierwelt so tief verwurzelt, daß jede meiner Erklärungen umsonst gewesen wäre.

Die Polizei ist sofort gekommen. Sie ist im selben Haus. Da klappt's, reibungslos. Nur mit der Aufenthaltsgenehmigung oder mit der Arbeitsvermittlung klappt es nicht so schnell.

Ich mußte an die Reinigungsfirma denken, bei der ich ohne Papiere arbeite: ob sie genauso schnell reagieren, wenn ich auspacken würde? Ich glaube, daß die Firma Tintenkiller kistenweise benutzt, um ihre Bilanzen zu frisieren und meine Arbeit nirgends auftauchen zu lassen, und ich habe mich gefragt, ob die ganze Behörde genauso Geieraugen dafür hätte.

Ich bin noch mit einem blauen Auge davongekommen. Keine Abschiebung, aber für das Gekritzelte im Paß eine Woche Jugendarrest. Und gewarnt haben sie mich: bei wiederholter Auffälligkeit kommt die Abschiebung ganz bestimmt. Ich komme mir schon wie bescheuert vor: abschieben, aber wohin? Um mich herum sehe ich nur den Schlaf der Gerechten.

Über die Firma habe ich natürlich nichts gesagt: sonst stehe ich wieder ohne Job und Geld da.

6.

Der Job bei der Reinigungsfirma ist nicht nur beschissen, er steht auch auf wackligen Füßen. Ich habe nämlich mitgekriegt, was der Stil der Firma ist. Sie pflegt die Beschäftigten wie die Besen: sie wechselt sie aus, sobald sie verbraucht erscheinen, aber auch ohne einen ersichtlichen Grund.

Der Meister ist gerade gekommen und hat sich Claudio in eine Ecke geholt und mit ihm gesprochen. Wir wußten Bescheid, als der Meister grinsend wegging und Claudio wie erschlagen dastand.
Paolo, bei dem der Meister das schon dreimal gemacht hatte, kannte die Leier bereits: »Hör mal: du Montag nix mehr kommen; alles klar? Du heute abend gehen Büro und alles klar machen mit Boß, mit Geld und alles, okay?«
So ist es auch mit Claudio gelaufen. Das letzte Mal, als sie ihn wieder holten, war die Belüftungsanlage zu reinigen gewesen: eine Sauarbeit, man mußte dabei Dreck und Staub schlucken wie bei einer Weltmeisterschaft. Sie hatten ihn behalten und dann zu uns an die Rampe geschickt, offenbar weil Giovanni krankgeschrieben war.
In der Gruppe haben wir oft über unsere Berufswünsche gesprochen: der eine wollte Mechaniker werden, der andere Elektriker und Paolo sogar Kunstschreiner. Jetzt sind wir alle hier und warten, bis wir achtzehn werden. Paolo wäre sogar froh, wenn er einen Job am Fließband bei Opel kriegen würde.
Durch unsere Unterhaltungen ist mir einiges klar geworden: wir hatten ähnliche Lebensläufe, viel zu ähnlich, um zu glauben, das Ganze sei bloßer Zufall. Früher hatte ich geglaubt, ich selbst sei an meiner Misere schuld – in der Schule, bei der Arbeitssuche, privat. Ich habe mich als Versager gefühlt. Aber so viele Versager wie hier in der Firma konnte es gar nicht geben. Wir konnten unmöglich alle beknackt sein. Und die ganze Schuld auf die Eltern zu schieben, wie es Claudio tut, scheint mir zu einfach.
Irgendwie habe ich das Gefühl, daß wir die Fortsetzung unserer Alten sind. Sie kamen her und arbeiteten wie Tiere, sie akzeptierten die Drecksarbeiten und den geringen Lohn, sie paßten sich an und waren Menschen, auf die die anderen heruntersehen konnten. Nun sind sie fast verbraucht, und wir warten darauf, bis wir ihren Platz einnehmen können.
Mir wird grauslig bei dem Gedanken, so wie mein Alter zu werden. Zwar habe ich nicht solche Schwierigkeiten mit der Sprache und so; aber mit seinen fünfundvierzig Jahren scheint er mir schon ziemlich kaputt und hilflos zu sein. Ich will nicht werden wie er, ich will nicht schon mit vierzig auf die Rente warten, warten, immer nur warten; zunächst auf den besseren Job warten, dann die Stuben füllen mit unsinnigem Zeug und schließlich wieder warten, auf die Rente.
Doch sehe ich noch keinen Weg, aus der Scheiße herauszukommen. Die Arbeiter und die Angestellten im Betrieb scheren sich einen Dreck um uns; das einzige, was sie tun, ist, uns zu rufen, und zwar so: »Ehi, du! Kommal her. Da is noch 'en Pappedeckel, und räum die Eck da aach gut uff!«
Auch der deutsche Paß in der Tasche würde unsere Probleme nicht lösen; er würde auf keinen Fall das Abschlußzeugnis ersetzen oder den Gesellenbrief, noch könnte er uns vor dem Boß der Reinigungsfirma schützen.

Ich habe versucht, mit den anderen über die Sache zu sprechen. Es ist schon schwierig: manche glauben, daß ihre Probleme gelöst sind, sobald sie achtzehn werden. Überdies haben sie Angst, sie könnten ihren Job verlieren. Der eine will für den Führerschein sparen, der andere will sich einen Plattenspieler kaufen. Und die, die ähnlich wie ich denken, sind schon froh, daß sie zu Hause nicht mehr um jedes Fünf-Mark-Stück bitten müssen. Doch diskutieren wir jetzt öfter darüber.
So ist bei unseren Diskussionen herausgekommen, daß der Scheißstempelverwalter vom Ausländeramt ganz gewaltig mogelt. Paolo ist schon fit in der Branche. Und er hat's uns gezeigt: Zunächst stehen uns aus der EWG nicht nur sechs Monate zu, sondern mindestens fünf Jahre – bis zur unbefristeten Aufenthaltserlaubnis. Und dann darf nicht mehr auf den Paß gestempelt werden, denn uns steht eine EWG-Karte zu.
Das hältst du nicht aus: die von der Behörde spielen die Muskelmänner, weil wir unwissend sind. Die können es mit uns drehen, wie sie wollen, weil wir unsere Scheiße für uns selbst behalten. So ist es auch mit dem Reinigungsboß. Aber jetzt ist Schluß mit dem Schlaf, Mann!

7.
Der Meister ist zu mir gekommen und hat mich zur Seite gerufen. Dann ist er grinsend weggegangen. Und nun stehe ich da wie erschlagen.
Jetzt geht alles wieder von vorne los, die ganze Scheiße. Wieder die Zankereien mit dem Alten, wieder zum Arbeitsamt, wieder die Angst . . .

Goethe Institut e.V. Bibliothek

Georgia Stafylidou / Reinhold Riedel
Thrazier im Musterland

Familie T.

Familie T. lebt in einem Dorf im badischen Nordschwarzwald; wir nennen es hier Schwandorf. Von 700 Einwohnern sind 80 Ausländer. Die Zahl der ausländischen Einwohner in Schwandorf hat in den letzten Jahren durch Nachzug von Kindern aus den Herkunftsländern zugenommen. Neben Familie T. gibt es noch eine zweite griechische Familie. Familie T. hat wenig Kontakt zu den anderen Ausländern.
Schwandorf macht auf den ersten Blick einen bäuerlichen, dörflichen Eindruck mit gepflegten Fachwerkhäusern. Auf der Straße fahren Traktoren. Nur noch vier Höfe werden jedoch von Vollerwerbslandwirten betrieben.
Das Haus der Familie T steht hinter der Kirche, etwas von der Hauptstraße zurückgesetzt. Es ist ein kleines, älteres Einfamilienhaus, dahinter ein großer Garten mit Blumen und viel Gemüse. Regenwasser wird in einer alten Badewanne vor dem Haus gesammelt.
Die Familie hält sich im Wohnzimmer auf, dem einzig beheizten Raum; Griechisch und Schwäbisch-Badisch gehen durcheinander. Zwischendurch legt Xenos, der älteste Sohn, griechische Musik auf und bemerkt dazu, daß seine jüngeren Geschwister, die in der Bundesrepublik geboren sind, diese Musik nicht gern hören. Das Fernsehen bringt unbeeindruckt weiter Jodeln und Alpenländermusik. Später legt die Mutter geistliche Musik und eine Predigt auf; diesmal übertönt von einer aufmerksam verfolgten Hollywood-Liebesschnulze. Die Predigt wird widerspruchslos abgeschaltet. Während der ganzen Zeit läuft die Mutter zwischen Küche, Gästen und ältestem Sohn hin und her und bietet griechische Spezialitäten und Getränke an. Die jüngeren Geschwister (15, 13 und 11 Jahre) sehen fern und greifen bei Übersetzungs- und Verständnisproblemen ins Gespräch ein.
Familie T. kommt aus einem kleinen Dorf in Thrazien an der bulgarisch-türkischen Grenze, einer der ärmsten Regionen Griechenlands. Aus dieser Gegend stammt eine beträchtliche Zahl der griechischen Einwanderer in der Bundesrepublik. Herr T. ist in seinem Heimatdorf als Schreiner ausgebildet worden, hat jedoch keine Existenzgrundlage aufbauen können. Sein Vater, ein Töpfer, hatte am Befreiungskrieg gegen den Faschismus und am Bürgerkrieg als Partisan teilgenommen und mußte deshalb nach Bulga-

rien fliehen. Dort ist er auch gestorben. Die Eltern von Frau T. sind Bauern.

Herr T. wurde 1962 von Freunden nach Tübingen eingeladen. Seine hochschwangere Frau mußte in Griechenland zurückbleiben. Nach wenigen Monaten ist er, durch Vermittlung eines deutschen Handwerkers, nach Schwandorf umgezogen. Seit dieser Zeit arbeitet er nebenberuflich bei diesem Handwerker. 1964 reiste seine Frau nach. Seither wohnt Familie T. in dem kleinen Haus; inzwischen sind drei Kinder hier geboren worden. Eine Zeitlang wohnte die Schwester von Herrn T. mit ihrer Familie im Hause; inzwischen ist sie in die nahe gelegene Stadt verzogen. Vor sieben Jahren kam auch noch die Großmutter aus Griechenland und lebt seither bei der Familie.

Familie T. hat in Schwandorf eine zweite Heimat gefunden. Sie fühlen sich wie in Griechenland: mit einem Einfamilienhaus, einem Garten und der Großmutter. Herr T. und die drei Kinder, die in Schwandorf geboren sind, nehmen Anteil am Leben des Dorfes. Sie sind aktive Mitglieder im Turnverein. Er gehört zu einer Gruppe, die regelmäßig die Sauna besucht und gelegentlich Feste und Grillparties organisiert. Herr T. ist nebenberuflich als Schreiner tätig und muß öfters in den Häusern der Dorfbewohner arbeiten. Er hat daher gute Kontakte.

Die drei jüngeren Kinder werden im Dorf wie Einheimische behandelt. In der Schule protestieren sie mitunter, wenn andere Ausländer, vor allem Türken, diskriminiert werden. Es kommt aber auch vor, daß sie von Lehrern als »ungewaschene Ausländer« bezeichnet werden. Gegen solche Verunglimpfungen haben sich die Kinder immer sofort mit Erfolg gewehrt.

Etwas anders sieht es bei der Mutter aus. Im Gegensatz zu ihren Kindern, die selbstbewußt ihre Rechte wahrnehmen, versucht sie in Demut und Zufriedenheit zu leben; dies predigt sie auch ihren Kindern. Obwohl sie seit 16 Jahren hier lebt und seit acht Jahren in der Fabrik arbeitet, spricht sie kaum Deutsch. Die harte Arbeit in einem metallverarbeitenden Betrieb in der benachbarten Stadt hat ihre Gesundheit angegriffen. Inzwischen hat sie zwar eine leichtere Arbeit gefunden, muß aber weiterhin jeden Tag, wenn sie nach Hause kommt, im Haushalt arbeiten. Sie wünscht sich mehr Kontakte zu anderen griechischen Frauen und Familien. Ihr fehlen das kirchliche Gemeindeleben und griechische Kulturveranstaltungen. Dies beklagt sie vor allem in Hinblick auf ihre Kinder. Sie versucht, soweit wie möglich, jeden Sonntag mit den jüngeren Kindern den griechisch-orthodoxen Gottesdienst in der nächsten Stadt zu besuchen. Sonntags fährt der Bus nur einmal und zu einer ungünstigen Zeit; also ist sie auf Mitfahrgelegenheiten angewiesen oder muß zu Fuß gehen. Auch im Alltag versucht sie, ihre Auffassung von Religiösität durchzusetzen, sei es durch Gebete oder durch moralische Ermahnungen. Sie nimmt am jährlichen Ausflug der Griechisch-Orthodo-

xen Kirchengemeinde nach Ellwangen teil. Ihre Kinder empfinden diese religiöse Unterweisung als nicht zeitgemäß. Frau T. würde gern in einem größeren Ort leben, in dem mehr Griechen wohnen. Ihre Kinder könnten dann die Sonntagsschule besuchen; durch den Kontakt mit Landsleuten würden sie ihre Identität als Griechen nicht verlieren. Auch aus diesem Grunde hält sie ihre Kinder an, miteinander Griechisch zu reden.
Die Großmutter, die vor sieben Jahren zu ihrem ältesten Sohn nach Schwandorf gekommen ist, führt zusammen mit Frau T. den Haushalt. Im Dorf ist sie isoliert. Sie verständigt sich mit den Deutschen nur durch Zeichensprache. Die Kinder beschreiben, etwas belustigt, wie sie z. B. Streichhölzer einkauft. Die Woche über bleibt sie im Haus, putzt, kocht, arbeitet im Garten. Am Sonntag besucht sie, nach dem Gottesdienst in der nächsten Stadt, die Familie ihrer Tochter.
Das Haus, in dem Familie T. seit Jahren lebt, soll in Kürze abgerissen werden. An seiner Stelle soll ein neues Gemeindezentrum errichtet werden. Nun suchen Herr und Frau T. eine Wohnung in der Stadt, in der sie auch arbeiten. Dort machen sie die Erfahrung, daß ihnen als Ausländern Wohnungen verweigert werden.

Familie L.

Familie L. lebt in einem Dorf – wir nennen es Kirchstetten – im fränkischen Teil des Jagsttals; das ist der ärmste Teil Baden-Württembergs, der auch als das »württembergische Sibirien« gilt. Von den 270 Einwohnern ist die Mehrzahl in der Landwirtschaft tätig, wenn auch überwiegend nebenberuflich. Im Dorf gibt es einen Gasthof, eine Neubausiedlung und keine Industrie. Den Gasthof haben Frau L. und ihre Familie bewirtschaftet. Sie waren die einzigen Ausländer im Dorf.
Frau L. stammt aus einer bäuerlichen Familie. Sie und ihr Mann kamen 1960 aus wirtschaftlicher Not von Thrazien in die Bundesrepublik. Ihre neugeborene Tochter ließen sie bei den Großeltern. In den hohenlohischen Raum kamen sie durch Anwerbung ihres Bruders und eines »Dolmetschers«. Als die Tochter Helena vier Jahre alt war, holten ihre Eltern sie zu sich. Nach der Geburt ihres Sohnes trennte sich Frau L. von ihrem Mann und hörte auf, in der Fabrik zu arbeiten. Sie hat in den letzten sieben Jahren selbständig verschiedene Gaststätten bewirtschaftet. Seit einigen Jahren lebt sie mit ihrem jetzigen Mann, türkischer Abstammung, zusammen. Auch er kommt aus Thrazien.
Frau L. fühlt sich auf dem Lande wohl. Ihr Wunsch, sich selbständig zu machen, führte zu häufigem Wohnortwechsel. Nach mehreren Umzügen im Hohenlohischen hat sie versucht, in Kirchstetten Fuß zu fassen. Sie pachtete

eine seit langem leerstehende und heruntergekommene Gaststätte, die »Alte Traube«. Nach umfangreichen Renovierungsarbeiten und mit großem finanziellem Einsatz wurde sie als »Olmypia« neu eröffnet. Die Dorfbewohner freuten sich am Anfang über die Wiedereröffnung der Gaststätte. Dennoch waren Schwierigkeiten vorauszusehen.
Der alte Dorfkern von Kirchstetten liegt unten im Tal. Die schmale Hauptstraße, die zugleich als Bürgersteig dient, führt durch alte Bauernhöfe. Die ländliche Atmosphäre ist sinnlich faßbar. Hier stehen hohe, alte Bäume. Ein Bach plätschert vorbei an der einzigen Telefonzelle und an der Gastwirtschaft. Nach Einbruch der Dunkelheit sieht man nur noch gelegentlich Leben auf der Straße. Die Lichter gehen früh aus.
Am Hang des Tales ziehen nach und nach Fremde aus den umliegenden Städten in das Neubaugebiet. Einige kaufen sogar Höfe, wohnen dort und fahren zur Arbeit in die Stadt. Sie empfinden sich als Eindringlinge.
In den ersten Monaten lief die Gaststätte recht gut. Nur die älteren, alteingesessenen Kirchstettener verhielten sich gleichgültig der Gaststätte gegenüber, obwohl sie die Umwandlung der »Alten Traube« zu »Olympia« als Provokation hätten empfinden können. Das Verhältnis zur Dorfjugend entwickelte sich erheblich komplizierter. Die junge, schöne Helena half ihrer Mutter in der Gaststätte. Nicht zuletzt ihre freundliche, offene Art war ein Grund für die Jugendlichen, das »Olympia« zu besuchen. Die Anhimmelung der Jugendlichen führte nicht nur zu Verliebtheiten, sondern auch zu Eifersüchteleien, Beschimpfungen und harten Auseinandersetzungen.
Die Preise im »Olympia« wurden als überhöht und die Portionen als zu klein empfunden. Es wurde billiges, aus Bayern bezogenes Flaschenbier angeboten. Jugendliche betraten mit mitgebrachter Whiskyflasche die Gaststätte und bestellten dazu einige Colas. Reibereien dieser Art haben sich fortgesetzt und eskalierten. Frau L. versuchte, ihr Monopol im Dorf aufrechtzuerhalten. Jugendliche hatten einen Club gegründet und trafen sich abends in einem ausgebauten Keller. Auf Frau L.'s Betreiben hin wurde dieser Keller mehrmals von Gewerbeaufsichtsbeamten und Polizei heimgesucht. Bei einem darauffolgenden Fest auf dem Dorfplatz kam es wiederum zu einer Auseinandersetzung. Am frühen Morgen warfen angeheiterte Jugendliche Bierflaschen in Richtung »Olympia« und erzielten zum Teil auch Treffer. Herr L. fühlte sich bedroht und rief die Polizei. Das Verhalten der Jugendlichen wurde auch von älteren Dorfbewohnern mißbilligt.
In Kirchstetten findet jährlich das traditionelle Gemeindeessen statt. Mit diesem Essen bedanken sich die Jäger bei den Bauern für die Verpachtung der Jagd. Frau L. war gebeten worden, das Festmahl auszurichten. Aus Trotz, Mißverständnissen und Unkenntnis der Wichtigkeit dieser Institution lehnte sie dies ab. Die Lage wurde dadurch nicht entspannter.
Der Sohn der Familie hatte in der Schule Schwierigkeiten. Er mußte die erste

Klasse wiederholen. Da niemand für ihn Zeit hatte, saß er regelmäßig bis Mitternacht vor dem Fernseher. Im Dorf wurde er von seinen Altersgenossen verachtet, beschimpft und verprügelt. Auch Helena fühlte sich in Kirchstetten nicht wohl. Die wöchentliche Busfahrt in die Berufsschule der Kreisstadt empfand sie als »Ausbrechen aus der Hölle«. Später leistete sie sich solche Busfahrten öfter, um überhaupt einmal »frische Luft zu schnappen«.
Indessen hatte sich die wirtschaftliche Lage der Gaststätte verschlechtert. Herr L. war gezwungen, in der nächstliegenden Stadt Arbeit zu suchen. Auch Helena mußte später arbeiten gehen. Das Verhältnis zwischen Mutter und Tochter war spannungsgeladen. Es kam dazu, daß Helena mit ihrem Freund für einige Monate durchbrannte. Frau L. hatte erwogen, Polizei und Jugendamt einzuschalten. Dies war rechtlich nicht mehr möglich, da Helena volljährig geworden war.
Herr und Frau L. entschlossen sich nach zwei Jahren, den Versuch, das »Olympia« in Kirchstetten zu führen, aufzugeben. Zwei Monate vor ihrem Wegzug kam es noch einmal zu einer großen Konfrontation, die wieder einen Polizeieinsatz zur Folge hatte. Anlaß hierfür war der 1. Mai-Scherz der Dorfjugend. Um 23 Uhr lag eine Fuhre Mist vor dem »Olympia«. Herr und Frau L. räumten ihn weg. Um zwei Uhr früh lag ein noch größerer Misthaufen vor dem Eingang. Streitigkeiten mit Dorfjugendlichen über die Frage, wie und von wem dieser Mist entfernt werden sollte, führten zu Tätlichkeiten.
Herr und Frau L. reden nicht gerne über ihre Zeit in Kirchstetten. Sie haben dort Schulden gemacht. Im übrigen schuldet ihnen der Eigentümer der »Alten Traube« Kaution in Höhe von viertausend Mark.
Drei Monate stand das »Olympia« leer. Die Wirtschaft wurde jetzt wieder eröffnet. Das »Olympia«-Schild ist abgeschraubt; sie heißt wieder »Alte Traube«. Der neue Pächter betont, daß nun alles anders sei als bei den Griechen.

Arbeit, Verdienst, Haushalt

Herr T. arbeitet in einer Firma der Metallbranche, die Zubehörteile für Automobile produziert. Die Arbeit ist nicht leicht und der Verdienst nicht besonders hoch. Er arbeitet daher noch nebenberuflich bei einem Handwerker im Dorf. Dies hat auch den Vorteil, daß er zu Reperaturarbeiten in die Häuser gerufen wird und so gute Beziehungen zu vielen Schwandorfern hat.
Frau T. hatte gleich nach ihrer Ankunft in Schwandorf auch angefangen in einem Metallbetrieb zu arbeiten. Dort stellte sie am Fließband Ersatzteile her. In kurzer Zeit konnte sie sich einarbeiten und bald den Akkord

übererfüllen. Ihre Gesundheit verschlechterte sich. Ihr Einkommen hatte sich nicht wesentlich vermehrt und die Beziehungen zu den deutschen Kolleginnen waren gespannt. Als die Kinder geboren waren, zog sie sich einige Jahre aus der Industriearbeit zurück. Als die Kinder größer wurden, die Schwiegermutter nach Deutschland kam und den Haushalt führte, ging Frau T. wieder arbeiten. Sie fand eine Stelle in einem Betrieb, der Kunststoffprodukte herstellt. Sie arbeitet nicht mehr im Akkord und es geht ihr gesundheitlich besser. Sie wehrt sich gegen angeordnete Überstunden und fühlt sich vom Betriebsrat alleingelassen.
Zur Arbeitsstelle müssen Herr und Frau T. einen längeren Fußmarsch und eine Busfahrt in Kauf nehmen. Das Einkommen aus ihren drei Arbeitsverhältnissen reichte bisher für die Anschaffung eines Autos nicht aus. Diese Fahrten zur Arbeit und die der Kinder zur Schule beanspruchen – trotz der Vergünstigungen für Schülerkarten – ein Drittel des Einkommens der Mutter. Die drei jüngeren Kinder fahren morgens mit dem Schulbus in die deutsche Schule und nachmittags mit dem Bus in einen anderen Ort, um die griechische Schule zu besuchen. Die Verkehrsverbindungen sind schlecht koordiniert und die einzelnen Linien werden nur in den Stoßzeiten regelmäßig bedient. Der Lebensmittel-Bedarf für die ganze Familie wird in der Stadt gedeckt. Wenn Frau T. müde und schwer beladen von der Arbeit nach Hause kommt, stürzt sie sich gleich in die Hausarbeit. Freizeit ist ihr unbekannt. Auch hier liegt eine Ursache der Isolation, die sie beklagt.
Die Großmutter steht morgens früh auf, weckt die Kinder und macht das Frühstück. Wenn die Kinder dann aus dem Hause sind, räumt sie die Zimmer auf, macht die Betten und bereitet das Mittagessen zu. Wenn es die Zeit zuläßt, arbeitet sie noch im Garten. Die Mithilfe der Kinder im Haushalt ist sehr gering, besonders seit der älteste Sohn Xenos vor drei Jahren aus Griechenland gekommen ist und die Hausarbeit als ausschließliche »Frauenarbeit« abtut. Die älteste Tochter wird am stärksten in die Hausarbeit eingespannt. Für das kleine Häuschen zahlen sie nur 100 Mark Miete, haben jedoch relativ hohe Kosten für Heizung und Strom. Die Isolierung des Hauses ist schlecht und die Dachkammern, die als Schlafzimmer dienen, können nur mit Strom beheizt werden. Die einzige Wasch- und Spülgelegenheit ist der Spülstein in der Küche.
Einen Teil ihres Einkommens schicken Herr und Frau T. nach Griechenland. Die Eltern von Frau T. beaufsichtigen den Bau eines Hauses für sie. Herr T. hat bei den vergangenen Aufenthalten in Griechenland einen Teil der Holzarbeiten – Türen und Fenster – selbst erledigt. Familie T. hat nicht die Absicht, in dieses Dorf zurückzukehren. Sie werden das Haus vermieten.

Frau L. hatte zwölf Jahre lang in verschiedenen Betrieben gearbeitet, bevor sie sich selbständig machte. Sie will nicht mehr in die Fabrik, weil die Arbeit

sehr hart war und sie dabei nicht entsprechend verdiente. Ihr ehemaliger Arbeitskollege und Vorgesetzter betont, daß sie pünktlich, fleißig und zuverlässig gewesen sei. Sie habe größere Strapazen, einschließlich längerer, steiler Fußwege auf sich genommen, um rechtzeitig zur Arbeit zu kommen. Er unterstreicht, daß ausländische Kollegen auch Montag morgens um fünf Uhr pünktlich bei der Arbeit seien im Gegensatz zu vielen deutschen Kollegen. Er dürfe dies den deutschen Kameraden nicht erzählen, um mit ihnen keine Schwierigkeiten zu bekommen. Die Ausländer gingen für ihn als Vorgesetzten durchs Feuer. Er fügte noch hinzu, daß sich Ausländer im Schützenverein, Fußballverein und in Tanzgruppen aktiv beteiligten. Im Gesangverein dagegen seien sie nicht vertreten. Ein wunder Punkt, den er anspricht, ist die Spielleidenschaft vieler Griechen. In Kirchstetten heißt es, daß Herr L. öfters im Nachbardorf gespielt und einiges verloren habe. Der deutsche Kollege berichtet von einem griechischen Freund, der insgesamt achtzigtausend Mark verspielte. Er mußte sein Haus in Griechenland verkaufen, um die Schulden abzuzahlen. Er könne sich seither in seinem Heimatdorf nicht mehr blicken lassen.

Odyssee des Xenos

Frau T. gebar ihren ersten Sohn, als ihr Mann schon 1500 km entfernt in der Bundesrepublik war. Er wurde »Xenos« genannt; im Griechischen heißt das sowohl »Gast« als auch »Fremder«. Im Heimatdorf bedrängt, voll Angst um ihren Ehegatten, machte sich Frau T. zwei Jahre später auf den Weg nach Schwandorf.

Xenos blieb zurück bei der Großmutter. Mit vier Jahren durfte er nach Deutschland kommen. Er war zunächst ein Jahr zu Hause, besuchte dann den Kindergarten und mit sechs Jahren die griechische Schule in der Stadt. Ein Jahr später ging er dann in die deutsche Schule im Dorf. Als er in die zweite Klasse kommen sollte, kehrte seine Mutter mit ihm und den jüngeren Geschwistern nach Thrazien zurück. Frau T. mußte sich von der Arbeit und einer Krankheit erholen. In Griechenland wurde Xenos in eine griechische Klasse eingeschult.

Nach einem Jahr fuhren sie zurück zum Vater nach Schwandorf. Die Schwester seines Vaters war in der Zwischenzeit mit ihrer Familie in das Haus in Schwandorf eingezogen. Zu Hause wurde griechisch gesprochen und Xenos fand in seinem Vetter einen guten Spielkameraden. Er besuchte die dritte, vierte und fünfte Klasse der deutschen Schule.

Mit elf Jahren sandten ihn seine Eltern auf ein strenges religiöses Internat für Kinder von ärmeren Eltern in Komotini in Thrazien. Hier gab es Prügel und Arrest. Seine Mutter meinte, er sei dort zumindest wohlerzogen und brav

gewesen. Xenos behauptet, nur eingeschüchtert gewesen zu sein. In dieser Zeit begann er zu rauchen. In den Ferien durfte er seine Großeltern besuchen. Das Internat hat bei ihm eine bleibende Abneigung gegen kirchliche Einrichtungen hinterlassen. Als er es im Internat nicht mehr aushalten konnte, erlaubten ihm seine Eltern, zusammen mit seinem Vetter privat ein Zimmer zu mieten und von dort aus die Schule zu besuchen. Auf die Frage, ob er dort als allein lebender Junge schlecht behandelt worden sei, antwortete Xenos: »Es hat mich überhaupt niemand irgendwie behandelt. Niemand hat sich um mich gekümmert«. Mit sechzehn kam er wieder zu seinen Eltern. Er hatte das Alleinsein nicht länger ertragen. Seine schulischen Leistungen hatten sich zusehends verschlechtert. Er fühlte sich insgesamt »zu frei«.

Von Schwandorf aus besucht er im dritten Jahr das private griechische Lyzeum (Oberschule) in der Großstadt. Der Unterricht findet nachmittags statt. Der Schulabschluß wird weder in der Bundesrepublik noch in Griechenland ohne Schwierigkeiten anerkannt. Xenos benötigt für eine Wegstrecke 2,5 bis 3 Stunden. Er nimmt Bus, Bahn und Straßenbahn. Abends, wenn er nach Hause kommt, fährt kein Bus mehr nach Schwandorf. Er fährt per Anhalter oder geht zu Fuß. Bevor er zu Bett geht, ißt er und sieht sich das Fernsehprogramm an. Zu Hause findet er keine Ansprache. Am Wochenende besucht er seinen Vetter in der Stadt. Zusammen fahren sie in dessen Auto zu einer griechischen Tanzveranstaltung, gehen in einen Film oder gelegentlich auch in die Disco. Dies geht in der letzten Zeit jedoch nicht mehr, weil das Auto des Vetters bei einem Unfall kaputtging.

Xenos hat keine Beziehungen zu deutschen Jugendlichen. Er besucht vorzugsweise mit Griechen griechische Veranstaltungen. Er hat keine Schwierigkeit, Beziehungen zu deutschen oder ausländischen Mädchen herzustellen. Aber er hat noch nie eine Freundin mit nach Hause gebracht. Seine Mutter würde das nicht gerne sehen. Er meint, von der Familie werde ihm großes Unverständnis entgegengebracht, und er leidet darunter. Vor allem die Beziehung zu seiner Mutter will er gerne verbessern. Sie aber wolle von ihm in Ruhe gelassen werden. Seine Mutter würde es gerne sehen, wenn er in die Großstadt zöge und dort Geld verdiente. Xenos möchte dies auch tun, hat aber bisher kein Zimmer gefunden. Mit den jüngeren Geschwistern kommt es zu Reibereien, da sie seiner Meinung nach zu deutsch sind. Sie hören seine griechischen Musikcassetten nicht gerne mit an. Er kritisiert auch, daß sie der Großmutter nicht genügend Respekt entgegenbrächten. Xenos würde seine eigenen Kinder nur in Griechenland großziehen und sie nie allein lassen. Dorthin will er auch zurück. Aber klare Zukunftspläne hat er nicht. In seiner Familie fühlt er sich als Gast.

Die Schöne Helena

Im Alter von vier Jahren kam Helena aus Griechenland zu ihren Eltern ins Hohenlohische. Zunächst verprügelte sie die deutschen Kinder, die sie zum Spielen mitnehmen wollten, aus Angst vor ihnen. Später ging sie in die griechische und deutsche Schule und fühlte sich insgesamt wohl. Vom Unterricht in der griechischen Schule behielt sie nicht viel. In Griechisch war sie nie gut. Sie hätte Griechisch als Fremdsprache in der deutschen Schule vorgezogen. Sie trifft jetzt noch gelegentlich Freunde und Bekannte aus dieser Zeit und denkt gerne an sie zurück. Unter der Trennung ihrer Eltern – sie war zwölf Jahre alt – hat sie sehr gelitten. Damals begann sie mit Rauchen und Trinken. Seither ist die Familie oft umgezogen, allerdings immer in derselben Gegend. Helena hat den Hauptschul-Abschluß und hätte gern die Ausbildung zur Friseuse gemacht. Ihre Mutter erlaubte dies nicht. Helena mußte in der Gaststätte mitarbeiten.
Während der Zeit, als es dem »Olympia« schlecht ging, mußte sie arbeiten und das Geld der Mutter abliefern. Sie ist finanziell von ihrer Mutter abhängig. Auch sonst spielt die Mutter eine wichtige Rolle. Als die Mutter bei ihr Antibabypillen entdeckte, gab es Krach. Andererseits unternimmt die Mutter nichts gegen die langjährige Freundschaft mit einem jungen Türken, obwohl andere Griechen deswegen schlecht über Helena reden. Die Mutter ihres Freundes ist gegen sie als Griechin voreingenommen. Helena ist ein kontaktfreudiger Mensch, will das Leben genießen und geht gerne tanzen. In Kirchstetten hatte sie jedoch keine Beziehungen zu gleichaltrigen Mädchen und wollte keinen Kontakt zu Jungen. Freundschaftliche Beziehungen hatte sie lediglich zu zwei zugereisten deutschen Ehepaaren. Das einzige Gute in Kirchstetten war ihr schönes, großes Zimmer. Sonst war Kirchstetten für sie »die richtige Hölle – vorne Mist, hinten Mist, links und rechts Mist«.
In Kirchstetten bekam sie einen Hund und eine Katze, die sie innig liebt. Es störte sie, daß der Hund sich draußen im dörflichen Dreck schmutzig machte. Sie hatte Geld gespart, um sich diesen Hund kaufen zu können. Sie sagt: »Ich habe nie Liebe bekommen. Den Hund liebe ich, der ist treu, der hält zu mir. Viele Leute und Freunde kommen zu mir, schütten ihre Sorgen bei mir aus. Für mich hat aber niemand gesorgt. Nachts liege ich in meinem Bett und weine in das Kissen. Auch meinem Freund erzählte ich nicht viel.«
Damit steht sie auf, geht zu den deutschen Gästen in der neuen Kneipe, die die Mutter jetzt gepachtet hat, und erledigt Bestellungen und Telefonate, die Frau L. wegen ihrer mangelnden Deutschkenntnisse nicht erledigen kann.
Später will sie heiraten, Kinder bekommen und nicht mehr arbeiten. Sie will ganz für ihre Familie da sein und den Kindern die Liebe schenken, die sie nie erhalten hat. Nach Griechenland ziehen will sie nicht.

Journal des Luxus und der Moden:
Die Unbezähmbaren / Helfer in der Not / Der V-Virus / Herrenloses Gut / Russell Baker – die Stimme Amerikas: Das Haarkörperproblem / Bambus-Spitzen / Hitparade / Geigen für den Staatsanwalt / Recycling / Die Macht der Magie / Geheimbericht aus dem Bildungslwesen / Stolze Traditionen / Nacherzählung / Berufsberatung

Die Dreigroschenerben oder: Nach mir wird kommen nichts Nennenswertes. Von Marianne Schmidt

Brief aus New York. Von Marion Knox

Jane und Frank. Eine politische Ballade aus Kentucky. Von Beniamino Placido

Audienz beim Regenkönig. Von Lars Gustafsson

Der Krieg in der Wüste. Von Frederick Iseman

Über die Luft. Von Friedrich Wilhelm Korff

Fresko von Manfred Damm

Ein richtiger alter Kommunist. Von Hermann Kinder

Türkenaufstand am Kottbusser Platz. Recherchen für eine Zukunft. Von Ezra Gerhardt

Bücher als Wodka. Von Lev Lifschitz-Losev

Waldemar Müllers Flucht durch Deutschland. Ein deutsches Schicksal: Dritte Lieferung

Cinematokratie. Laufende Bilder aus Amerika.
Von Pauline Kael

Alphabet: In Nürnberg. Von Ulrich Enzensberger

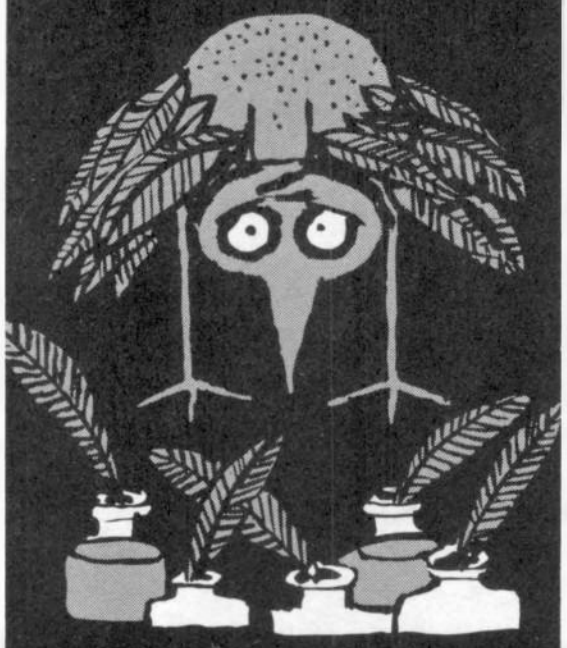
TRANS ATLANTIK
ab sofort in Ihrem Kiosk, in Ihrer Buchhandlung.

TINTENFASS

Magazin für Kunst in jeder Form. Erstes Heft.

Woody Allen • Steinberg
Willy Brandt • Nabokov
De Gregori • Fats Waller
Traxler • Faulkner • Bosc
Arno Schmidt • Hockney
H.M. Enzensberger • Benn
Einstein • Flora • Schiller
Diane Arbus • Waechter
Gorey • Graham Greene
Dürrenmatt • Roald Dahl
Loriot • Tom Dardis • Fellini
Lindner • Sempé • Topor
McEwan • Orwell • Steig
Dittberner • Jägersberg
Ungerer • Sinowjew

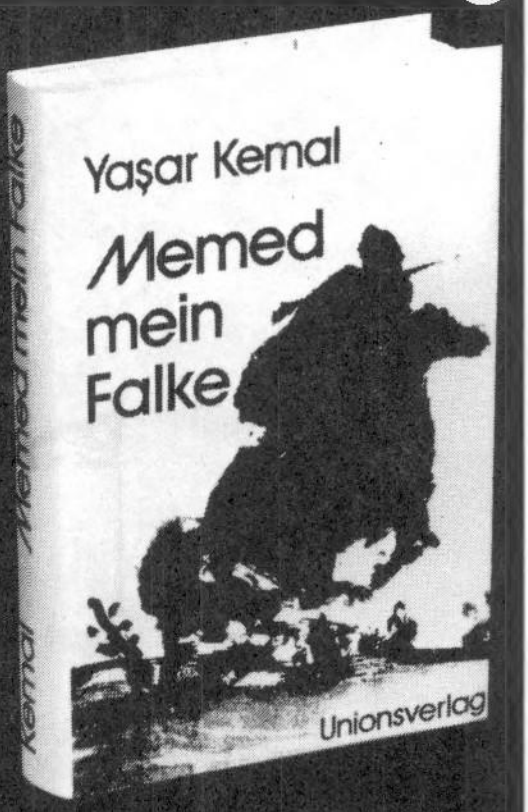
Es wird eine Lust zu lesen.



Erhältlich
in jeder Buchhandlung
oder beim TINTENFASS Verlag,
Sprecherstrasse 8,
CH-8032 Zürich

Postfach 3348 8048 Zürich

unionsverlag



Im abgelegenen Dorf am Rande des Taurusgebirges, wo der Boden so karg ist, dass fast nur Disteln wachsen, herrscht Abdi Aga, der Grundherr. Memed, der Bauernsohn, hat seinen Hass auf sich gezogen. Er wird zur Flucht in die Berge gezwungen. Aus dem schmächtigen, ängstlichen Knaben wird ein Räuber, Rebell und Rächer des Volkes. 320 Seiten, Fr./DM 28.–

Yaşar Kemal

Das Lied der Tausend Stiere

Seit Jahrhunderten ziehen die türkischen Nomaden jeden Winter aus den Bergen hinunter in die Ebene. Aber wo sie einst mit Hunderten von Zelten, glänzend und bewundert in ihrem Reichtum, das Land überschwemmten, erstrecken sich jetzt Baumwollfelder und Reisplantagen bis an den Horizont. Sesshafte Bauern bearbeiten den Boden, Lastwagen dröhnen auf asphaltierten Strassen. Unerbittlich und grausam bricht eine feindlich gewordene Umwelt über sie herein.
300 Seiten, Fr./DM 34.–

Isabella Schmid
Im Zeichen des brennenden Herzens
Exilkroaten in der Bundesrepublik

»Wer Angst hat, Kroate zu sein, braucht nicht mehr zu kommen!« Eine Tafel mit diesen Worten hing eine Woche lang am Eingang der kroatisch-katholischen Sozialberatungsstelle in der Münchner Schwanthalerstraße. Die Leiterin der Folkloregruppe, Marija Tase, hatte diesen Aufruf angebracht, weil sie von ihren Schützlingen eine klare Entscheidung wünscht. Wer zu der kroatischen Sozialberatungsstelle kommt, die von der Caritas finanziert wird, von dem wird erwartet, daß er das jugoslawische Kulturzentrum, nur einige Häuser weiter und mit staatlichen Geldern betrieben, meidet. Wer zugleich auch die jugoslawische Begegnungsstätte besucht, zum Beispiel aus Angst vor Repressalien bei einer Rückkehr in die Heimat, macht sich verdächtig.

Sogar in der Folkloregruppe, in der weniger Politik betrieben als mit Tänzen und Liedern aus der Heimat das nationale Bewußtsein gestärkt wird, ist der Separatismus offensichtlich. Die Mädchen in modischen Bundfaltenhosen und die jungen Männer in Jeans und Cowboystiefeln, die alle aussehen, als wären sie einer Discothek entsprungen, versichern mit nationalem Stolz: »Wir sind Kroaten und keine Jugoslawen.«

Eine besondere Gruppe gegenüber den ca. 200 000 kroatischen Gastarbeitern in Deutschland bilden die Exilkroaten. Das sind diejenigen, die aus politischen Gründen ihre Heimat verlassen und sich in der westlichen Welt angesiedelt haben. Rund drei Millionen Exilkroaten leben zur Zeit in den USA, Australien, Schweden, Frankreich, Spanien und ein großer Teil auch in der Bundesrepublik.

Von den 12 000 kroatischen Exilanten, die hier leben, sind ungefähr 1500 Mitglieder in politischen Vereinigungen, deren erklärtes Ziel es ist, für einen von Jugoslawien unabhängigen Staat Kroatien zu kämpfen. Oftmals auch mit gewaltsamen Mitteln. Und in der Regel werden sie auch nur dann von der Öffentlichkeit wahrgenommen, wenn spektakuläre Aktionen stattfinden. Zum Beispiel diese:

– Kroatische Extremisten stürmen am 29. November 1962 die jugoslawische Vertretung in Bonn-Mehlem, verwüsten sie und töten dabei den Hausmeister Momcila Popvic.

– Am 8. Juni 1965 wird der jugoslawische Konsul Andrija Klaric in

Meersburg von einem Exilkroaten niedergeschossen und schwer verletzt.
– In Berlin schießt am 30. Juni 1969 der Kroate Drago Dolo auf den Leiter der jugoslawischen Militärmission, Anton Kolendic, und verletzt ihn lebensgefährlich.
– Der jugoslawische Vizekonsul Edvin Zdovc wird im Februar 1976 in Frankfurt erschossen.
Aber auch die Gegenseite, der jugoslawische Geheimdienst UDBA, ist aktiv:
– Am 30. Juni 1965 schießen drei Jugoslawen den politisch engagierten Exilkroaten Berislav Dezelic, dessen Frau und Tochter in Düsseldorf nieder. Die Mörder fliehen in die Heimat.
– Die drei Exilkroaten Mile Rukavina, Vid Marimaricic und Kresimir Tolj werden am 26. Oktober 1968 im Münchner Büro ihrer Untergrundorganisation von Kugeln regelrecht zersiebt.
– Erstes Opfer in diesem Jahr war der 42 Jahre alte Nikola Milicevic, der auf der Liste jener Kroaten stand, deren Auslieferung Jugoslawien vor zwei Jahren im Austausch gegen deutsche Terroristen gefordert hatte. Er wurde am 13. Januar beim Verlassen seines Wagens durch sechs Schüsse getötet. Die Polizei schloß einen privaten Mord im Zocker-Milieu nicht aus (Milicevic war Spieler); doch die aus ganz Deutschland zum Begräbnis herbeigeströmten Exilkroaten sind sicher, daß der Mord auf das Konto der UDBA geht.
Der blutige Untergrundkrieg, der auf beiden Seiten ca. 60 Todesopfer forderte, tobt nun schon seit 20 Jahren in der Bundesrepublik. Doch die Wurzeln dafür sind viel früher zu finden.

Anfang des Jahrhunderts spaltete sich die in Jugoslawien populäre »Partei des Rechts« in zwei Gruppen auf. Die eine sprach sich für einen Staat Jugoslawien aus, die andere Gruppe (unter der Führung von Josip Frank) gehörte zu den entschiedensten Gegnern eines gesamtjugoslawischen Staates. An die Spitze der »Frankovci« stellte sich bald der Zagreber Abgeordnete und Rechtsanwalt Ante Pavelic.
Nach Errichtung einer Militärdiktatur unter König Alexander I. setzte sich Pavelic 1929 nach Italien ab, wo er eine politische Heimat fand. Mit Hilfe Mussolinis begründete er seine faschistische Organisation: Ustaša Hrvatska Revolucionarna Organizacija (UHRO); später allgemein unter dem Namen Ustaša (kroatisch: Aufstand) bekannt. Diese Vereinigung kämpfte für einen unabhängigen Staat Kroatien und gegen König Alexander I., der im September 1931 mit einer neuen Verfassung die Vorherrschaft der Serben sicherte und schließlich am 9. Oktober 1934 in Marseille von Ustaše ermordet wurde.

Nach dem Zerfall des Vielvölkerstaates wurde am 10. April 1941 der von Hitler und Mussolini unterstützte »Unabhängige Staat Kroatien« ausgerufen. Einige Tage später reiste Pavelic mit 200 Ustaše im Gefolge nach Kroatien, um die Herrschaft zu übernehmen. Als Ausgleich für das von Mussolini besetzte Dalmatien erhielt Pavelic Bosnien-Herzegowina, ein Gebiet, das bis zum Fluß Drina reicht und das die Exilkroaten auch heute noch für sich beanspruchen.
Nach dem Sieg Pavelics begann ein Vernichtungsfeldzug gegen die Serben, aber auch gegen Juden, Zigeuner und kroatische Demokraten. Die Zahl der Menschen, die damals in den nach dem Vorbild der Nazis erbauten Konzentrationslagern umgekommen sind, wird auf 600 000 geschätzt.
Nach dem Ende des Krieges und dem Sieg der Partisanen Titos bekamen die Kroaten die Rache der Serben zu spüren. Fast eine halbe Million Menschen wurden getötet. Die höchsten Drahtzieher aber konnten entkommen. Pavelic gelang es, als Priester verkleidet nach Argentinien zu fliehen. Nach dem Sturz Juan Peróns ging er nach Spanien, von wo aus er den Kampf gegen Jugoslawien fortsetzte. Er starb am 28. Dezember 1969.
Den Gründungstag des Ustaša-Staates feiern die im Ausland lebenden Exilkroaten unter den Symbolen der Ustaša, dem großen U mit dem kroatischen Wappen und einem brennenden Herzen.

Eine wichtige Rolle im Kampf um die Unabhängigkeit spielte die katholische Kirche. Über 90 Prozent der Kroaten sind katholisch, und ihr Leben ist auch heute noch von strenger Religiosität geprägt. Während des Ustaša-Regimes hat sich ein großer Teil des katholischen Klerus zur Zusammenarbeit mit Pavelic bereit erklärt. Zu zweifelhaftem Ruhm gelangte Erzbischof Stepinac, der am 28. August 1941 erklärte:

»Wer könnte uns einen Vorwurf daraus machen, daß wir als geistliche Hirten auch die Freude und Begeisterung des Volkes unterstützen ... Obwohl die aktuellen Ereignisse ... sehr verwickelt sind, obwohl die Faktoren ... sehr verschieden sind, ist es doch leicht, die Hand Gottes in diesem Werk zu sehen.«

Stepinac wurde 1946 der Prozeß gemacht, er wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Für viele Exilkroaten ist er ein Volksheld, der sogar zur Heiligsprechung vorgeschlagen wurde. Sein Bild hat heute in ihren Wohnzimmern einen Ehrenplatz.
Auch in der Bundesrepublik sagte die katholische Kirche den Exilkroaten ihre Unterstützung zu, da sie in ihnen ein »Bollwerk gegen den Kommunismus« sah. So hat zum Beispiel Anfang der 60er Jahre die katholische Ostpriesterhilfe im Taunus, unter dem Prälaten Dr. Kindermann, jahrelang einer terroristischen Emigrantenvereinigung, der »Kreuzbrüderschaft«, Subventionen gezahlt.
Heute wäre eine solche Unterstützung kaum mehr möglich. Die Pfarrer in

den 82 kroatisch-katholischen Missionen sind in der Zwischenzeit durch jüngere ersetzt worden, deren Engagement für die kroatische Unabhängigkeit nicht so groß ist wie das ihrer Vorgänger. Außerdem ist ihnen, wie ein Vertreter der kroatischen Oberseelsorge in Frankfurt versicherte, politische Zurückhaltung auferlegt worden. »Wer sich heute von den Priestern für Jugoslawien ausspricht«, meinte er, »der hat es leichter.«
Ganz entschieden gegen jugoslawische Interessen hat sich die deutsche Bischofskonferenz gewandt, die am 14. Juni 1978 einen Appell an die Bundesregierung richtete, um eine Auslieferung von inhaftierten Exilkroaten an Jugoslawien zu verhindern.
Die immer noch sehr starke Verbundenheit der Kroaten mit der katholischen Kirche wird oft eindrucksvoll demonstriert. Die sonntäglichen kroatischen Gottesdienste in der Münchner Pauls-Kirche sind zum Bersten voll. Und es sind keineswegs nur ältere Leute. Junge Männer in Jeans drängen ebenso in die überfüllte Halle wie Frauen mit ihren Kleinkindern auf dem Arm. Die Erziehung der Kinder wird überhaupt sehr stark von der Kirche bestimmt. Jede kroatische Pfarrei bietet einen Bibelunterricht für Kinder an. Ihre Kenntnisse können diese dann bei der jährlich stattfindenden »Bibelolympiade« unter Beweis stellen. Zu dieser Veranstaltung, an der heuer 400 Kinder teilnahmen, kommen Tausende von gläubigen Besuchern.
Ganz so friedlich geht es in den Emigrantenorganisationen nicht zu. Einige versuchen mit politischer Agitation ihr Ziel, ein unabhängiges Kroatien, zu erreichen, aber zunehmend mehr Exilanten bekennen sich offen zur Gewaltanwendung.
Finanziert werden diese Organisationen durch Mitgliedsbeiträge und Geldspenden von im Ausland ansässigen Kroaten. Vor allem Besitzer von Restaurants werden zur Kasse gebeten; und wenn der Geldsegen nicht so reichlich fließt, wird auch mal mit Gewalt nachgeholfen. Ob von politischen Parteien heute noch finanzielle Unterstützung gewährt wird, ist schwer nachzuprüfen.
Ein starkes Potential an möglichen Mitstreitern bilden die kroatischen Gastarbeiter, die den größten Teil der Arbeitskräfte aus Jugoslawien stellen. Aber obwohl Emigrantenzeitungen an sie verteilt werden, scheint die Zusammenarbeit nicht so gut zu funktionieren. Die Exilkroaten, meist Akademiker, nehmen eine vorsichtige Haltung ihren Landsleuten gegenüber ein, die ja in die Heimat zurückkehren wollen und deshalb oft nicht als zuverlässig genug angesehen werden.

Von den exilkroatischen Organisationen haben einige schon eine lange Tradition.
Als eine direkte Fortsetzung der originalen Ustaša-Organisation kann die *Kroatische Befreiungsbewegung* (HOP) betrachtet werden. Sie wurde 1956

von Pavelic im Exil gegründet. Der Führer der Ustaša zog es vor, seine Organisation unter anderem Namen wieder aufleben zu lassen; er hatte wohl auch die Zeichen der Zeit erkannt und paßte sich an. Sein Nachfolger in dieser Organisation wurde Stjepan Hefner, früherer Ustaša-Minister. Seit 1976 hat der Schriftsteller Ante Bonifacic den Vorsitz inne. Das Zentrum der Vereinigung ist Buenos Aires, es bestehen jedoch Zweigorganisationen in fast allen westeuropäischen Ländern, auch in der Bundesrepublik.
Heute ist die HOP von geringerer Bedeutung und wird an Schlagkraft und Engagement von anderen Organisationen übertroffen. Eine davon ist der *Kroatisch Nationale Widerstand* (HNO). Diese Vereinigung wurde von Max Luburic, dem »kroatischen Himmler«, im spanischen Exil gegründet. Er war während des Ustaša-Regimes Chef des 3. Polizei-Dezernates in Kroatien und verantwortlich für den Massenmord im Konzentrationslager Jasenovac. Als verlängerter Arm des HNO fungiert eine terroristische Organisation, die unter dem Deckmantel *Kulturverein Drina* arbeitet.
Die Nachfolge im HNO trat Stjepan Bilandzic an, ein seit dem Auslieferungsverfahren vor zwei Jahren prominent gewordener Exilkroate. Bilandzic, der in Belgrad als gefährlicher Terrorist gilt und der sich selbst als Patrioten bezeichnet, war damals, außer wegen unerlaubten Waffenbesitzes, angeklagt, im Oktober 1974 gestohlene Panzerabwehrraketen, Handgranaten und Sprengstoff an andere Exilkroaten übergeben und diese mit Attentatsaufträgen nach Jugoslawien geschickt zu haben. Weiterhin wurde er beschluldigt, an einem Mordanschlag auf den jugoslawischen Generalkonsul Vladimir Topic beteiligt gewesen zu sein. Die beiden letztgenannten Anschuldigungen konnten ihm nicht nachgewiesen werden, und so wurde er nur zu sechs Monaten mit Bewährung verurteilt.
Bilandzic war schon einmal zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren verurteilt worden. Im Jahr 1962 hatte er zusammen mit drei anderen Exilkroaten einen Bombenanschlag auf die jugoslawische Vertretung in Bonn-Mehlem verübt. Bei der Verhandlung 1978 bezeichnete er diese Tat als »Jugendsünde« und versicherte, nicht mehr straffällig geworden zu sein. »Jugendsünde« nennt er den Anschlag vielleicht deshalb, weil er nicht perfekt geklappt hat. Heute jedenfalls bekennt er sich wieder zur Gewalt. »Lieber wäre mir schon«, so versichert er, »eine Volksabstimmung in Kroatien unter Aufsicht der Vereinten Nationen. Aber wenn sich das nicht durchsetzen läßt, greifen wir eben zur Gewalt.«
Und auch die Gegenseite schlägt zu. Bilandzic, auf dessen Kopf 60 000 DM stehen sollen, entkam nur knapp einem Mordanschlag; ein Arbeitskollege wurde statt seiner von den Kugeln getroffen. Er hat Angst, aus dem Haus zu gehen, er steht nicht im Telefonbuch, und seine Freunde melden sich am Telefon nicht mit Namen; er erkennt sie an der Stimme oder an einem Code.

Die HNO und der *Kulturverein Drina* sind übrigens seit 1976 in der Bundesrepublik verboten. Seitdem existieren sie im Untergrund weiter. Die HNO-Zeitschrift *Otpor* (Widerstand), die in den USA erscheint und in der Bilandzic mit Artikeln oft vertreten ist, wird aber weiterhin in Deutschland verteilt. Als Leitspruch führt das Blatt: »Jugoslawien muß zerstört werden – ganz gleich, auf welche Weise: mit Bomben oder Dynamit.«

Eine Organisation mit gleichen Zielen und Taktiken ist die *Kroatisch Revolutionäre Bruderschaft* (HRB). Auf ihr Konto gehen etliche Gewaltakte. So zum Beispiel die Ermordung eines jugoslawischen Botschafters in Stockholm und die Besetzung der deutschen Botschaft in Chicago. Die spektakulärste Aktion war die Infiltration von 19 exilkroatischen Terroristen nach Jugoslawien, die dort einen Volksaufstand organisieren sollten. Der Großteil der mit Schnellfeuergewehren, Maschinenpistolen und Colts ausgerüsteten Männer wurde nach einer langen Jagd durch die bosnischen Berge von der jugoslawischen Polizei erschossen.

Die HRB wurde schon Ende der 60er Jahre in der Bundesrepublik verboten, arbeitet aber in Untergrund weiter. »Das Verbot hat uns nur genutzt«, erläutert ein Mitglied dieser Gruppe, »jetzt werden wir als Märtyrer betrachtet.« Zahlenmäßig ist die Organisation nicht sehr groß, aber das will sie auch gar nicht sein. Sie versteht sich als Elitegruppe, und wer zu ihr gehören will, muß sich erst im Kampf bewährt haben. Der Aufbau ist hierarchisch; die Mitglieder kennen jeweils nur ein oder zwei andere, die über und unter ihnen stehen. Die Führung wird nicht gewählt, sondern hat sich im Laufe der Zeit herausgebildet. Absoluter Gehorsam wird verlangt.

Die HRB hat auch in der Form einiges von der originalen Ustaša übernommen. Die Ustaše schworen damals auf Kreuz, Messer und Gewehr. Die Mitglieder der HRB zelebrieren einen ähnlichen Aufnahmeritus. Vor einem schwarz verhüllten Tisch, auf dem ein Gewehr, ein Dolch, ein Kruzifix und zwei Kerzen plaziert sind, leisten die neu Aufgenommenen einen Eid, der an den alten Ustaša-Eid erinnert:

»Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und bei allem, was mir heilig ist (oder alternativ dazu: bei allen Heiligen), bis zum Ende meines Lebens für die Freiheit und die Unabhängigkeit des kroatischen Volkes zu kämpfen. Indem ich den Reihen der Kroatisch Revolutionären Bruderschaft beitrete, gelobe ich, zu gehorchen und alle Befehle und Anordnungen, die mir gegeben werden, ohne Einwände auszuführen und den revolutionären Prinzipien der Bruderschaft loyal zu dienen. Ich gelobe, jedes Geheimnis, das mir anvertraut wird, zu wahren und nichts zu verbreiten, was dem Interesse der Bruderschaft des kroatischen Volkes schaden könnte. Wenn ich gegen diesen Eid und die Prinzipien der Bruderschaft verstoße, soll meine Strafe, nach den Gesetzen der Organisation, der Tod sein. So wahr mir Gott helfe.«

Eine heute weniger aktive Gruppe ist die *Kroatische Bauernpartei*, deren Hauptsitz in London liegt. Ihr Vorsitzender ist der Präsident der ehemaligen jugoslawischen Exilregierung in England, Juraj Krujevic. Eine Filiale besteht in München.

Die *Kroatische Bauernpartei* war während der beiden Weltkriege sehr populär. Bei den Wahlen 1938 gewann sie 80 Prozent der Stimmen. Seitdem sind aber mehr als 40 Jahre vergangen und es hat sich einiges geändert. Dennoch glauben ihre Mitglieder, sie seien die einzigen, die in Kroatien eine politische Legitimation hätten.

Die größte Organisation der Exilkroaten ist der *Kroatische Nationalrat* (HNV), mit ungefähr 8000 Mitgliedern. Er wurde 1974 als Dachverband gegründet, um der Bewegung einen stärkeren Zusammenhalt zu geben. Der Hauptsitz ist New York. Es bestehen aber in der ganzen westlichen Welt Zweigstellen, sogenannte Koordinationsausschüsse, die meisten davon in Deutschland.

Die zahlenden Mitglieder wählen alle zwei Jahre die 30 Abgeordneten des Zabors (Parlament). Ausgeschlossen vom Stimmrecht sind die Gastarbeiter; sie dürfen nur zahlen. Der Zabor wählt dann das Exekutivkomitee, das eine Art von Regierung darstellen soll. Im Oktober 1979 wurde Janko Skribin zum Vorsitzenden gewählt. Einiges Aufsehen erregte ein Foto, das kurz nach den Wahlen in der *New York Times* veröffentlicht wurde. Es zeigt Skribin in einer Ustaša-Uniform.

Der ganze Apparat ist stark aufgebläht und soll das Bild eines seriösen Verbandes vermitteln. Ein Etat von etlichen Hunderttausenden pro Jahr (jedes Mitglied muß einen Tageslohn zahlen) ermöglicht eine Abteilung für Presse und Propaganda und die vielen Reisen eines Außenministers, eines Schatzmeisters und eines Bevollmächtigten für Verbindungen in Europa. Letzterer ist ein gewisser Ernest Bauer, der in der Bundesrepublik ein deutschsprachiges Monatsheft herausgibt, die *Kroatischen Berichte*, das sich sehr viel mit der kroatischen Kultur beschäftigt.

Die offizielle Linie des HNV ist ein harter Anti-Kommunismus und die Ablehnung von Gewalttätigkeiten, obwohl inhaftierten Terroristen durchaus finanzielle Unterstützung gewährt wird.

In letzter Zeit ist es vermehrt zu Streitigkeiten im HNV gekommen. Die ältere Generation, die sich aus ehemaligen Ustaše oder gemäßigteren Exilkroaten zusammensetzt, und die jüngeren Mitglieder, die nach dem »Kroatischen Frühling« in den Westen kamen, bilden zwei Fronten.

Die »Proljecari« (Frühlingsleute) sind nach starken Unruhen Anfang der 70er Jahre emigriert. Die Bewegung hatte damals eine breite Basis in der Bevölkerung. Tausende von Studenten traten in den Streik. Die Forderungen waren anfänglich: Das im Tourismus verdiente Geld solle nicht in die Staatskasse nach Belgrad fließen und Partei- und Militärspitzen sollten nicht länger zum größten Teil von Serben besetzt sein. Damals schlossen sich auch Mitglieder der kroatischen Parteiführung diesen Forderungen an. Als dann aber der Ruf nach einem unabhängigen Staat Kroatien auftauchte, griff Tito hart durch. Viele Beteiligte flohen damals ins Ausland. Darunter waren nicht

nur rechtsextreme Nationalisten, sondern auch Kommunisten und Demokraten.
Die älteren Mitglieder im HNV sind mißtrauisch gegenüber den »Proljecaris«, weil sie sie nicht aus gemeinsamen Tagen kennen und in ständiger Angst vor der UDBA unter ihnen Agenten vermuten. Die Spaltung hat sich dahingehend ausgewirkt, daß sich nach dem Tode Titos eine neue Gruppe bildete, die sich als Konkurrenz zum *Kroatischen Nationalrat* versteht. Die Vereinigung nennt sich *Koordinationszentrum Auslandskroaten*. Ihre vorwiegend jüngeren Mitglieder machen dem HNV harte Vorwürfe: die Arbeit sei nicht effektiv, diejenigen Mitglieder, die schon lange im Westen leben, hätten sich zu sehr angepaßt und ihr Engagement verloren; außerdem sei der Ausschluß von Gastarbeitern bei den Wahlen zu elitär.
Eine Gemeinsamkeit wird aber immer wieder von beiden Seiten betont: »Vom Westen ist nichts mehr zu erwarten.«

In der Adenauer-Ära genossen die Exilkroaten finanzielle und moralische Unterstützung, da den Behörden ihr fanatischer Anti-Kommunismus imponierte. Das Bundesvertriebenenministerium finanzierte ihre Veranstaltungen, sofern sie »kulturellen, landsmannschaftlichen Zwecken« dienten. Dabei genügte es, einige Volkstänze aufzuführen, um eine politische Versammlung als Folkloreabend ausgeben zu können. Staatssekretär Hans Globke besuchte damals die Feiern zum Gründungstag des Ustaša-Staates, zu denen Branco Jelic einlud, ein in Berlin ansässiger Arzt und wohl einer der bisher einflußreichsten Akteure in der exilkroatischen Szene, der später unter mysteriösen Umständen starb. Zigtausende von Mark sollen ihm damals von Globke vermittelt worden sein.
Als ein großer Rückschlag wurde von den Exilkroaten der Antritt der »Großen Koalition« und der Beginn der Brandt-Ära bezeichnet. Die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien, die seit 1957 brachlagen, wurden wieder aufgenommen, die ganze politische Haltung gegenüber diesem Land hat sich verändert. Die Exilkroaten fühlten sich abgeschoben. Ihre Aktivitäten wurden zunehmend von Verfassungsschützern überwacht; auch das BKA stockte sein Jugoslawienreferat auf. Als besondere Schikane betrachteten sie die Meldepflicht und das Verbot der politischen Betätigung für einige »prominente« Exilanten. »In Deutschland ist es heute schlimmer als in Jugoslawien«, wurde mir des öfteren versichert.
Dieser Behauptung zum Trotz sind die Organisationen der Exilkroaten in der Bundesrepublik recht zahlreich vertreten. Das *Koordinationszentrum Auslandskroaten* ist, wie schon erwähnt, dieses Jahr hinzugekommen. Ursprünglich wurde es in Lund (Schweden) gegründet, doch die Vertretung in Frankfurt hat die stärkste Mitgliederzahl. Die Führungsspitze lebt in der Bundesrepublik. Im Gegensatz zu den anderen Mitgliedern im *Kroatischen*

Nationalrat wären sie auch zu einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion bereit. Denn vom Westen erwarten sie sich nichts mehr, »und wenn es sein muß«, sagen sie, »verbünden wir uns mit dem Teufel«.
In ihrer Presseerklärung bekunden sie, sie wollten auch Sozialisten und Kommunisten eine politische Heimat bieten. Das ist aber weniger ein Bekenntnis zum Kommunismus, wie einige Journalisten voreilig folgerten, als vielmehr ein Ausdruck der Verzweiflung, wie die politischen Ansichten der bestimmenden Mitglieder der Organisation zeigen. Diese Führungsspitze hat sich bereits in der rechten Szene profiliert. So hatte Tomislav Micic, ein 33jähriger Religionslehrer, der nach dem »Kroatischen Frühling« nach Deutschland kam, bereits eine hohe Stellung im HNV inne.
Eine der schillerndsten Figuren ist Mladen Schwartz. Er ist jüdischer Abstammung, hat in Belgrad studiert, fühlt sich aber als Kroate. Er publiziert in verschiedenen rechtsextremen Zeitschriften und bezeichnet sich auch selbst als Rechtsradikalen. Vor drei Jahren gründete er den »Jüdischen Ausschuß für ein freies Kroatien«. Der Zulauf war, wie er selbst zugibt, nicht sehr groß. Das mag wohl auch daran liegen, daß er die Massenvernichtung von Juden im Dritten Reich als eine »Greuelpropaganda des Ostens« bezeichnet. Er, der sich sogar das Wiederauferstehen eines »Großdeutschland« wünscht, wurde als »Chefideologe« der Organisation genannt.
Der Dritte im Bunde ist Bilandzic, der hier ein neues Betätigungsfeld für die Mitglieder seiner verbotenen Organisation *Kroatisch Nationaler Widerstand* sieht. Außerdem scheinen gute Kontakte zur bereits erwähnten *Kroatisch Revolutionären Bruderschaft* zu bestehen.
Es zeigt sich, wie groß die Verzweiflung sein muß, wenn sich Männer dieser politischen Prägung der naiven Hoffnung hingeben, die Sowjetunion wäre an einem unabhängigen Staat Kroatien interessiert.
Das *Koordinationszentrum Auslandskroaten* will auch die Gewaltanwendung forcieren. Sie bekennen sich in ihrer Resolution offen zum bewaffneten Kampf. Und da sie glauben, der Westen sei mitschuldig an ihrer Situation, wollen sie genauso gegen deutsche Institutionen vorgehen. »Wenn in nächster Zeit etwas passiert«, sagt Schwartz, »dann können Sie sicher sein, daß wir es waren.«
Nach Angaben der Organisationsführung sind die Kontakte zur Heimat intensiviert worden. Wenn sie in Kroatien, wie sie behaupten, einen Volksaufstand organisieren wollen, dann wären die kroatischen Gastarbeiter in Deutschland ein wichtiger Ansprechpartner für sie. Bisher war aber die Zusammenarbeit mit Gastarbeitern nur schwach ausgeprägt, und es scheint, als wären auch die Mitglieder dieser neuen Organisation weniger daran interessiert, Massen zu mobilisieren, als sich in einem blutigen Untergrundkrieg als Helden zu profilieren.

campus

Andrew T. Scull
Die Anstalten öffnen?
Decarceration der Irren und Häftlinge
1980. 264 S., DM 29,50
Die moderne Zivilisation hat dem abweichenden Individuum einen Platz zugewiesen: hinter Schloß und Riegel. In den letzten Jahren wurde nun ein neues Behandlungsmodell der ehemals in Anstalten Verwahrten propagiert: „The bad and the mad" werden in die Gesellschaft – oder in der Sprache der Reform: in die Gemeinde – zurückentlassen. Angesichts des Grauens, das von den „totalen Institutionen" ausgeht, erscheint diese Reform auf den ersten Blick fortschrittlich und human.
Scull wagt den zweiten Blick:
„Decarceration", die Öffnung der Anstalten, so wie sie praktiziert wird, löst bei weitem nicht die mit ihr proklamierten Ansprüche ein. Denn die Probleme der Betroffenen werden nicht gelöst: sie werden in eben jene indifferente Realität entlassen, deren Widersprüche sie in Krankheit, Abweichung und Kriminalität getrieben hatten.

Thomas Simons (Hg.)
Absage an die Anstalt
Programm und Realität der demokratischen Psychiatrie in Italien
1980. ca. 260 S., ca. DM 25,–
Die ‚demokratische Psychiatrie' Italiens ist bei uns vor allem bekannt durch die theoretischen Veröffentlichungen ihrer führenden Vertreter. Im Mittelpunkt dieses Buches stehen deshalb die Praxis und die Organisationsprinzipien der neuen psychiatrischen Versorgung, also die realen Grundlagen der Reform.
Die Autoren des Bandes sind u.a. Franco Basaglia, Marie Grazia Giannichedda, Agostino Pirella, Franco Rotelli, Domenico De Salvia, Paolo Tranchina, Giovanni De Plato, Gianfranco Minguzzi, M. Tansella, E. Wulff.

Campus Verlag
Schumannstraße 65
6000 Frankfurt

Claus Leggewie
Deutschland – Land aus Gold
Zur Ökonomie des Arbeitsemigranten

> »Vati, glaub mir, in Deutschland sind Steine und Boden aus Gold. Verkaufe ja nicht den gelben Ochsen, um das Dach reparieren zu lassen. In Kürze bekommst du meine Überweisung.« (Aus dem Brief eines anatolischen Bauern)[1]

1. Zwei jugoslawische Lebensläufe

N., seit 1971 in der BRD, 38 Jahre alt, stammt aus Dalmatien aus einem Ort südlich von Dubrovnik. Er ist Facharbeiter und arbeitet für eine Tiefbaugesellschaft auf wechselnden Großbaustellen. Er wohnt mit seiner Familie (seiner Frau und einer neunjährigen Tochter) in K.; die Woche über ist er unterwegs, ist also nur am Wochenende zu Hause. Arbeitsangebot und Löhne waren ihm in K. zu schlecht, deswegen hat er sich mobil gemacht. Seine Frau arbeitet halbtags als Verkäuferin in einem Lebensmittelgeschäft. Beider Nettoeinkommen beträgt zusammen ungefähr 3200 Mark. Einiges davon wird gespart; ein Teil geht in einen demnächst fälligen Bausparvertrag, einiges liegt auf dem Sparkonto. Nach schwierigem Beginn, vor allem bei der Wohnungssuche, hat die Familie es mittlerweile zu einigem Wohlstand gebracht; die Wohnung ist mit modernen Möbeln eingerichtet, nach und nach wurden sie einige Anschaffungen (Farbfernseher, Waschmaschine, Kaffeemaschine, Einbauküche) gemacht. Herr N. fährt einen Mittelklassewagen, den er sich gebraucht gekauft hat; durch Kilometergeld holt er sich einen Teil der Ausgaben dafür wieder herein. Vor einiger Zeit hat die Familie eine gute Wohnung in einem Neubauviertel gefunden; die Miete beträgt 550 Mark plus Nebenkosten. In der Nachbarschaft wohnen nur Deutsche. Auf gute Kleidung wird geachtet; die Familie kauft sie gemeinsam am Wochenende im Kaufhaus. Frau N. kann an ihrem Arbeitsplatz relativ günstig einkaufen und achtet insbesondere auf Sonderangebote; größere Posten besorgt sie in einem Supermarkt. Die Tochter geht zur Realschule; sie spricht noch besser Deutsch als Herr N. In der Schule hat sie keine Probleme; sie hat überwiegend deutsche Freundinnen. Die Familie hat wenig Kontakt zu andern Ausländern, auch nicht zu Jugoslawen. Nach Dalmatien fährt sie allerdings jedes Jahr, um die daheimgebliebene Verwandtschaft zu besuchen. Herr N. wollte eigentlich nur ein paar Jahre in der BRD bleiben; er wollte in seinem Heimatort ein Zwei- oder Dreifamilienhaus bauen und Sommergäste aus Deutschland oder England einquartieren. Die Familie hat – vor allem mit Rücksicht auf die Schulausbildung der Tochter – die Rückkehr immer wieder

verschoben; eigentlich geht es ihr gut hier. Der Arbeitsplatz ist sicher, das Einkommen gut. Herr N. schätzt die bundesrepublikanischen Verhältnisse: wer es hier nicht allzu blöd anstellt, kommt zu was. Selbst als Arbeitsloser oder Invalider liegt man nicht gleich auf der Straße. Vielleicht bleibt Familie N. in Deutschland.

A., seit 14 Jahren in K., 54 Jahre, stammt aus einem Dorf südlich von Sarajewo. Er ist Moslem, nimmt es allerdings nicht allzu genau damit. Er arbeitet als Hilfsarbeiter bei einer Baufirma. Früher war er Bauer. A. ist verheiratet und hat zwei bereits erwachsene Kinder. Seine Frau ist im Heimatdorf geblieben; der älteste Sohn arbeitet in Sarajewo als Tankwart, der jüngere hat noch keine Arbeit gefunden. Frau A. hält die Landwirtschaft so gut wie möglich aufrecht: Gemüsefelder, hauptsächlich für den Eigenbedarf, ein Paar Kühe und einige Ziegen. Sie wollte nie nach Deutschland. Als Lohn erhält A. je nach Wetter und Baukonjunktur 1300 bis 1400 Mark; Schwarzarbeit ist so gut wie nie drin. Regelmäßig überweist er zwei oder drei Hunderter nach Jugoslawien an seine Frau, die auch seine Mutter noch mitversorgt. A. wartet darauf, daß er seine Rente bekommt; dann geht er nach Hause zurück. Die Träume haben sich nicht verwirklichen lassen; sparen für den Kauf von Land, den Bau eines Hauses oder eines Taxis konnte er so gut wie gar nichts. Wegen eines Magengeschwürs hat A. einmal eine Kur gemacht; deswegen und wegen eines Arbeitsunfalls war er längere Zeit arbeitsunfähig. A. wohnt in einem Männerwohnheim, zusammen mit andern Jugoslawen und Arbeitsemigranten. Er zahlt dort knapp 200 Mark Miete; der Rest des Lohns geht für Essen, Zigaretten, die Abende und das Wochenende drauf. A. fährt jedes Jahr für knapp drei Wochen nach Hause. Früher hatte er mit einem Kollegen zusammen ein Auto; das hat ihm die Haare vom Kopf gefressen. Konsumgüter hat er in seinem Zimmer so gut wie keine, nur ein Radio und einen alten Fernseher. A. möchte zurück, wartet aber auf seine Rentenfähigkeit. Wozu sonst das Ganze?

2. Lebenslauf und Biographie

Ob sich etwas lohnt, fragen wir uns sowieso ständig. Materielle und immaterielle Kosten-Nutzen-Analysen prägen Lebenslauf und Biographie. Zu Hause stimmen die Rechnungen allerdings leichter als in der Fremde. Der Arbeitsemigrant steht unter dauerndem Erfolgszwang: sich selbst, den Mitgekommenen und den Daheimgebliebenen muß er ständig den Beweis antreten, daß der Ortswechsel seinen Sinn hatte. Zuallererst läßt sich das in Heller und Pfennig belegen. Die objektiven Markierungen des Lebenslaufs sind bestimmt durch Existenzsicherung, also durch den Arbeitslohn und die Ansprüche auf Sozialleistungen. Die unheimliche Beschleunigung des

biographischen Lebenszyklus durch die Emigration, dieser radikale Bruch mit all seinen unabsehbaren Langzeitfolgen, verlangt nach klar kalkulierbaren Erfolgskompensationen. Die Biographie des Emigranten, dieses »Wirtschaftsflüchtlings«, ist damit sehr stark von den objektiven Daten materieller Karrieren beherrscht.
Unter diesem Blickwinkel von Arbeitsemigranten schlechthin zu sprechen, hat höchstens noch statistischen Wert. Denn sie bilden ein Konglomerat höchst unterschiedlicher Soziallagen und Lebensweisen. Am »sozialen Aufstieg«, den man bei uns bekanntlich durch individuelles Avancieren vollzieht, haben sie seit Ende der 60er Jahre ebenso unterschiedlich teilgenommen. Entscheidend für diese Differenzierung sind die Herkunft und das Gewicht der bereits in der Heimat zurückgelegten biographischen Etappen, aber angesichts der zu beobachtenden Stabilisierungstendenz zunehmend auch die hiesigen Verhältnisse. Und das heißt nach Lage der Dinge: die Selbst- und Fremdeinordnung in einer materiell fundierten Prestigeskala.
Zurück zur Statistik. Betrachtet man die durchschnittlichen Nettoeinkommen von privaten Haushalten mit deutschen und ausländischen Haushaltsvorständen im Vergleich, dann verortet der letzte Mikrozensus die Arbeitsemigranten überwiegend in einer breiten »unteren Mittelklasse«; der wesentliche Unterschied zwischen Deutschen und Ausländern besteht nicht nach unten (unter 1200 Mark verdienten nämlich 1977 sogar mehr deutsche als ausländische Haushalte), sondern nach oben, wo die Zahl der mehr als 2500 Mark verdienenden Ausländerhaushalte immer geringer wird. Nimmt man die durchschnittliche Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern von Arbeitnehmerhaushalten hinzu[2], dann bestätigt sich dieses Double deutscher Verhältnisse: Arbeitsemigranten stehen materiell in einem breiten Spektrum von Arbeitnehmerhaushalten mit geringerem bis mittlerem Einkommen.

3. Wider die Fürsorgementalität

Es gibt die allgemeine Überzeugung, daß Ausländer insgesamt die ärmsten Schweine hierzulande sind: Von Menschenhändlern in die BRD gelockt, dann gezwungen, jede Drecksarbeit gegen Hungerlöhne zu übernehmen, von üblen Vermietern, Vertretern und Kredithaien doppelt ausgebeutet, von der schweigenden Mehrheit als Kanaken beschimpft und von der Staatsgewalt ständig verfolgt, sind sie ideale Exempel für »Armut in der BRD«, die typischen Paupers unserer Tage. Manche haben in ihnen ideale Randgruppen gesehen, deren Haß und Wut sie geradezu prädestinieren zum »revolutionären Subjekt« und deren Lebensweise im Verhältnis zum saturierten

deutschen Arbeiterkleinbürger noch etwas urtümlich Proletarisches haben muß.

Nicht im mindesten sollen Ausbeutung und Diskriminierungen abgestritten werden – was aber stört, ist die schreckliche Vereinfachung, die dahintersteckt, und der intellektuell-fürsorgerische Drang, sich gegenüber einer ausländischen Klientel als Helfer und Befreier zu bewähren. Dies ist oft nichts anderes als die Kaschierung von Unbehagen, schlechtem Gewissen und Hilflosigkeit der Helfer selbst. Bei Mitarbeitern in Ausländerinitiativen machen sich nach der ersten Begeisterung häufig Frustrationen und Aha-Erlebnisse bemerkbar: man ist doch leicht geschockt – nicht nur über patriarchalische Familienverhältnisse oder religiösen Konservatismus, sondern auch über den Konsumrausch, in den manche Emigrantenfamilien trotz schmaler Budgets verfallen, über die leichte Gewöhnung an Schleiflack-Schlafzimmer, Flimmerkiste und Plastikkultur. Da gibt es dann Ärger über soviel »verdammte Bedürfnislosigkeit« und Anpassung, auch Gefühle, ausgenutzt zu werden, wenn man um Emanzipation und Bewußtwerdung von Interessen ringt, wo eigentlich mehr die Hilfe beim Lohnsteuerjahresausgleich oder die Adresse einer billigen Fernseh-Reparaturwerkstatt gefragt ist.

Die »Verelendungsthese« deckt sich also weder mit den alltäglichen Erfahrungen mit der Mehrheit der Emigranten noch mit ihrer Selbstwahrnehmung. Kommt man ihnen nämlich mit solchen Jammer-Bildern, fragen sie: Wovon redest du überhaupt? Uns geht's gut, die Kasse stimmt. Dahinter mag oft viel Lebenslüge und trotzige Selbstbehauptung stecken, aber für die Mehrheit der Emigranten ist, gemessen an ihren Auswanderungszielen, die Rechnung aufgegangen – sei es, daß sie überhaupt Arbeit und Einkommen für sich oder die Familie beschaffen wollten, sei es, daß sie sich aus den Verhältnissen in der Heimat zu mehr Wohlstand emporarbeiten wollten. Neben dem insbesondere für die jungen Emigranten ins Gewicht fallenden Motiv, sich mit der Abwanderung aus der Enge und Monotonie der als repressiv empfundenen Familien- und Dorfstrukturen zu befreien, dürfte der Aspekt der materiellen Verbesserung ausschlaggebend sein. Die BRD gilt als Land, wo Milch und Honig fließt, als der perfekte Wirtschaftswunder- und Sozialstaat; davon kündeten die Touristen, die Rückkehrer, die Anwerber und die Briefe derer, die schon gegangen waren. Eine wichtige Voraussetzung für die Rückkehr ist, daß der Emigrant die Insignien des erworbenen Wohlstands mit sich führen kann: das Auto, die »langlebigen Konsumgüter«, einen Batzen Geld. In der gegenwärtigen Debatte um die »Asylantenflut« entwickeln sogar einige Politiker Verständnis für die »Wirtschaftsflüchtlinge«: wer hätte kein Verständnis für den, der auch ohne politische Not mal an den Tischen der Reichen speisen will . . .

4. Das soziale Netz wird getestet

Unter der Überschrift »Türken testen das soziale Netz. Wie sich aus Arbeitsplatzwechsel Kapital schlagen läßt« werden in einem Zeitungsartikel Beispiele zitiert, wie Türken zuerst die Abfindungen aus den Sozialplänen bankrottgegangener Betriebe einstrichen, dann die Arbeitslosenunterstützung ausschöpften und sich anschließend – unter Mitnahme von Anheuerungsprämien von Kohlenbergwerken – wieder auf dem deutschen Arbeitsmarkt einfanden (*SZ* 23. 5. 80). Der Artikel ist in der Tat moderat ausländerfeindlich, dürfte aber den Tatsachen entsprechen. In den »Materialien zum Projektbereich ›Ausländische Arbeiter‹« (Nr. 29/1980) wird er mit einem empörten Aufschrei gegen die Medienberichterstattung kommentiert, und es wird darauf hingewiesen, daß Gastarbeiter die Wirtschaft stabilisieren, die Renten sichern, den Lebensstandard der Deutschen erhöhen usw. – all dies also im Interesse der BRD. Aber was wäre, wenn sie darüber hinaus tatsächlich das soziale Netz testen, also nichts anderes tun würden, als ihnen – nicht aus Fürsorge, sondern aufgrund der Tücken eines unregulierbaren »freien Arbeitsmarktes« – zusteht? Wenn sie kassieren, solange und soviel es geht, nachdem sie sich bei Kollegen und Sozialberatern über das »System der sozialen Sicherung« sachkundig gemacht haben? Ist die Praxis von politischen Initiativgruppen oder von Sozialarbeitern denn nur möglich, wenn man die Ausländer zu Musterknaben hochstilisiert und sie auf den Sockel völliger Uneigennützigkeit hebt?
Zum angestrebten besseren Leben gehören ein ausreichender Reallohn und die Inanspruchnahme von Sozialleistungen. Das heißt praktisch: nach Norden fahren, soviel arbeiten wie möglich, sowenig ausgeben wie nötig, kurz: absahnen, was man kriegt. Der Schreiber des zitierten Artikels ist zwar prinzipiell für die sozial- und arbeitsrechtliche Gleichstellung der Ausländer, aber ihm wird mulmig, wenn sie das soziale Netz »überdehnen«. Mit ihm meinen das zahlreiche Vertreter des gesunden Volksempfindens, denen schaudert, wenn ein Ausländer »deutsche« Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld in Anspruch nimmt.[3]

5. Kosten-Nutzen-Rechnung

Stellen wir uns auf den Standpunkt dieser Leute und fragen wir: was bringt ein Ausländer der BRD-Wirtschaft. Wirtschaftswissenschaftler haben dazu in mehreren Anläufen einer gesamtwirtschaftlichen Rechnung sehr widersprüchliche Ergebnisse zusammengetragen; überwiegend meinen sie, die Arbeitsemigration habe insgesamt positive Seiten.[4] Halten wir uns lieber an die positiven Stellungnahmen von direkt interessierter Seite, die seit den 60er

Jahren gleich geblieben sind: Der damalige Arbeitgeberpräsident Balke sprach von der Gastarbeiterbeschäftigung als »unerläßlichem Faktor«, und auch andere prognostizierten segensreiche Wirkungen für die Produktionsauslastung, die Lohndämpfung, die Inflationshemmung, die Aufrechterhaltung sog. »Grenzbetriebe«, den Konjunkturausgleich usw. Bis heute sind die Unternehmerverbände davon nicht abgegangen; von dem staatlicherseits verfügten globalen Anwerbestop halten zumindest die händeringend nach Arbeitskräften suchenden Branchen (Gaststätten, Bergbau, florierende Industriezweige) nichts. Der Betriebsleiter des Zweigwerkes eines Elektrokonzerns erklärte mir, hier gebe es zwar keine »Ausländerjobs« (in der Tat standen an allen, auch an den lautesten und schmutzigsten Arbeitsplätzen Deutsche und Ausländer gemischt), aber für den Schichtbetrieb in der Endmontage sei er angesichts des leergefegten lokalen Arbeitsmarktes und aufgrund der »überzogenen Ansprüche« der deutschen Bewerber in den Lohngruppen 2 bis 5 einfach auf Ausländerinnen angewiesen.

Auch als zunehmend potentere Käufergruppe sind die ausländischen Familien willkommen. Mag noch beim einen oder anderen Kleinhändler der Fremdenhaß vor dem Geschäftssinn rangieren, so dürften sich Großmärkte und Kaufhäuser um so mehr über die neue Käufergruppe freuen, deren Konsumgewohnheiten derzeit durch Marketingexperten systematisch erkundet werden. Ein Markt von knapp vier Millionen Menschen ist jedenfalls nicht zu verachten – zumal er durch die Herausbildung eines »tertiären Sektors« in den Ausländerballungszentren zum Teil schon verlorenzugehen droht.

Unterdessen scheinen sich aber die Kassandrarufe aus der Pionierzeit der Ausländerbeschäftigung zu bewahrheiten, wonach zwar »auf der Seite der Gewinnbezieher bemerkenswerte Zusatzgewinne zu erwarten«[5] sind, aber die von den Unternehmen auf den Staat abgewälzten Folgekosten den gesamtwirtschaftlichen Ertrag negativ gestalten. Seinerzeit war dies mit Sicherheit falsch, denn der Durchschnittstyp des Arbeitsemigranten war im besten arbeitsfähigen Alter und ledig, er war selten krank und beanspruchte weder Arbeitslosengeld noch Sozialhilfe noch Renten. Er belastete die »Infrastruktur« kaum zusätzlich – im Gegenteil: der Sozialstaat sparte an ihm sämtliche Kosten für »Aufzucht und Ausbildung« sowie die im Alter anfallenden Kosten, nahm aber erhebliche Summen an Sozialversicherungsbeiträgen und Lohnsteuer ein; z. B. bei der Rentenversicherung wurde ein Ein- und Auszahlungsverhältnis von 10:1 angenommen.

Unter anderem als paradoxe Folge einer ganz anders gemeinten Ausländerpolitik hat es hier mit dem massiven Familiennachzug einen gründlichen »Trendbruch« gegeben. Die bis zu Beginn der 70er Jahre praktizierte Rotation ist heute nur noch ein schöner Traum christlicher Landespolitiker und sozialdemokratischer Stadtväter. Unter den Stichworten »Verlängerung der Aufenthaltsdauer« und »Zunahme der Mehrpersonenhaushalte« gibt der Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes Auskunft darüber: Zwei Drittel der Spanier und Griechen, über die Hälfte der Italiener (die als EG-Bürger ja auch nach 1973 in die BRD kommen konnten) und auch schon ein Drittel der als letzte Gruppe eingewanderten Türken sind über acht Jahre hier, also vor dem Anwerbestop gekommen und seitdem hiergeblieben. Nur noch 27,1 Prozent von ihnen leben in »Einpersonenhaushalten«; die durchschnittliche Anzahl der Personen pro Haushalt stieg zwischen 1972 und 1977 von 2,3 auf 2,8. Heute lebt schätzungsweise nur noch jeder neunte bis zehnte Emigrant ohne seinen Ehepartner, und nur noch jeder vierte Haushaltsvorstand überweist regelmäßig finanzielle Unterstützungen an Verwandte im Heimatland.[6] Das bedeutet, daß sich die Emigranten mehr und mehr aus dem solidarischen Bezug zu den Heimatdörfern und zu den in rapider Auflösung begriffenen Naturalwirtschaften abkoppeln – aus der »Welt der Besiegten«, wie Paola Agosti ihren Fotoband über Sizilien genannt hat[7], treten sie ein in die mechanische Solidarität des bundesdeutschen Sozial- und Wohlfahrtsstaates, der nun post festum einsehen muß, daß er eine Zeitlang Einwanderungsland war. Die Schicksale derjenigen, die freiwillig oder gezwungenermaßen zurückgegangen sind, bestärken noch diese Stabilisierungstendenz.[8]

Das Image der reichen europäischen Länder, der Arbeitsplatz, die kalkulierbare Zukunft, die Altersversorgung, Wohlstand und Ordnung – dieses falsche und doch wieder richtige Bild vom Schlaraffenland war ein gewichtiger Faktor bei der Reproduktion der Emigrationszyklen über Generationen hinweg.[9] Die Alltagserfahrungen hier waren häufig schmerzhafte Enttäuschungen, aber sie setzten auch Lernprozesse und Konkretisierungen in Gang: Deutschland wird so assoziiert mit 624-Mark-Gesetz, Früherkennung und Mutterschaftsurlaub, dynamischer Rentenformel und Essen auf Rädern, Kündigungsschutz und Kurzarbeitergeld, Heizkostenzuschuß und Lernmittelfreiheit. Zumindest auf dem Papier ist dies ein in den mediterranen Herkunftsländern kaum gekanntes Maß an Versorgung, Fürsorge und Versicherung, das sich an die Stelle haus- und gemeinwirtschaftlicher Versorgungsmechanismen setzt. Die Informationen darüber sind noch spärlich und wenig verbreitet – doch Beratungsstellen, Sozialberater und sprachgewandtere Kollegen und Kinder (mit denen man den Behördengang

einübt) werden die Schwellen zur Inanspruchnahme abbauen und die Orientierung auf den Sozialstaat verbreitern. Mit allen Konsequenzen für die Autonomie der Betroffenen ist das die Einbettung der jeweiligen Biographien in die Versorgungszyklen anonymer Verwaltungen.

7. Die »Bausteine der sozialen Sicherung« oder: was kostet ein Ausländer?

Im Prinzip ist nun das Leben eines Arbeitsemigranten von der Wiege bis zur Bahre den Sachbearbeitern überantwortet. Die Sorge der oben zitierten Politiker betrifft ja den Umstand, daß sie tatsächlich davon Gebrauch machen. Vorläufig jedenfalls bedeutet arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung ausländischer Arbeitnehmer jedoch noch mehr Pflichten als Rechte. Im folgenden gebe ich einen groben Überblick über das System der sozialen Sicherung für Ausländer[10], wie es ihren sozialstaatlich strukturierten Lebenslauf potentiell betrifft (und zwar in etwa nach der Größe der einzelnen Posten, in entgegengesetzter Reihenfolge von der Altersrente bis zum Kindergeld).

Renten

Vor allem für den größten Posten, die Rentenversicherung, zahlen Ausländer mehr ein, als sie entnehmen können, da in der Regel weder die notwendigen Wartezeiten erfüllt sind noch die Voraussetzungen für Beitragsrückerstattungen vorliegen. Im übrigen gilt hier auch das »Territorialitätsprinzip«, das die Inanspruchnahme der verschiedenen Alters- und Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten an den Aufenthalt in der BRD bindet; hier sind allerdings wie für andere Bereiche auch Abkommen mit den wichtigsten Emigrationsländern geschlossen worden, die entsprechende (und höchst komplizierte) Anrechnungsverfahren und damit Ansprüche möglich machen. Das Bundesverfassungsgericht hat in verschiedenen Urteilen auf die Einhaltung dieses Gleichbehandlungsgrundsatzes gedrungen.[11]

Krankheit und Unfall

Auch für den zweitgrößten Posten, die Kranken- und Unfallversicherung, gilt entsprechende Versicherungspflicht und im Fall des Abschlusses der zwischenstaatlichen Regelungen entsprechendes Anrecht auf Leistungen (ärztliche Betreuung, Arzneien, Krankenbehandlung, Tagegelder und Renten), auch für die im Ausland verbliebenen Familienangehörigen. Aber ist es nicht so, daß die Angst um den Arbeitsplatz den »Krankenstand« der ausländischen Arbeiter ohnehin drückt? Alle Untersuchungen bis 1974 belegen dies, obwohl Ausländer aufgrund ihrer besonderen psychischen und physischen Belastungen in ganz besonderem Ausmaß spezielle Krankheitsbilder zeigen und besonders stark von Arbeitsunfällen (vor allem den tödlichen) betroffen sind. Seit 1975/76 weisen aber z. B. die Statistiken der Ortskrankenkassen eine neue Entwicklung aus: war nämlich – zweifellos im Gefolge der Massenentlassungen und der verschärften Kontrolle – zunächst bei deutschen *und* ausländischen Arbeitern die Krankenquote rückläufig, so steigt sie seither (1976) wieder an – bei den Versicherten insgesamt wieder auf den Durchschnittsstand der Prosperitätsjahre, bei den Ausländern aber überproportional auf beinahe die doppelte Höhe der 60er Jahre.[12] Besonders der Familiennachzug wird die potentielle

und reale Inanspruchnahme von medizinischer Versorgung erhöhen – und die Schwierigkeiten dieser sozialstaatlich vermittelten Gesundheitsversorgung noch deutlicher machen.[13]

Arbeitslosigkeit

Es ist bekannt, daß aufgrund ihrer durchschnittlich niedrigen Qualifikation und als Folge der restriktiven Bestimmungen des »Arbeitsförderungsgesetzes« ausländische Arbeitnehmer mit 4,8 Prozent stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als deutsche Kollegen (3,4 Prozent, Stand Juni 1980). Rein rechtlich gibt es hier keinerlei Anlaß zu irgendwelcher Sonderbehandlung der ausländischen Arbeitslosen; so auch die »herrschende Meinung« des Bundessozialgerichtes, die sich allerdings keineswegs mit der Praxis der Arbeitsämter deckt, die oft durch den Entzug der Arbeitserlaubnis bewirkt hat, daß Ausländer als nicht mehr »dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehend« galten und somit trotz geleisteter Beitragszahlungen keine Leistungen erhielten. Die gestiegene Klagebereitschaft von Ausländern bei Arbeits- und Verwaltungsgerichten hat hier bereits die Willkür der Verwaltungen eingeschränkt.
Ausländische Arbeiter nehmen übrigens bei Massenentlassungen besonders häufig die angebotenen Prämien an; von den 5900 dazu bereiten Opel-Arbeitern sind qua derzeit 5000. Sie tun dies häufig auch dann, wenn ihnen das Risiko, das mit diesen Prämien arbeitsrechtlich und faktisch verbunden ist, bekannt ist.

Soziale Notlagen

Auf Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz haben Ausländer in wesentlichen Teilen (Hilfe zum Lebensunterhalt, Kranken-, Mutterschafts-, Tuberkulosehilfe und Hilfe zur Pflege) einen Rechtsanspruch; für andere Leistungen (z. B. Hilfe in besonderen Lebenslagen, Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes) gibt es »Kann«-Bestimmungen. Hier muß man von bislang relativ geringer Inanspruchnahme ausgehen[14]; die Gründe dafür liegen in der mangelnden Information, in der häufig fehlenden aktiven Initiative der sozialen Dienste sowie in der Bestimmung des Ausländergesetzes, wonach Sozialhilfebedürftigkeit Ausweisungsgrund sein kann. Wie oft dies tatsächlich geschehen ist, läßt sich kaum herausfinden; Verwaltungsgerichtsurteile in verschiedenen Bundesländern haben mittlerweile klargestellt, daß die Inanspruchnahme von Sozialhilfe an sich kein ausreichender Grund für Ausweisung ist. Hier gibt es unter Ausländern und ihren deutschen »Helfern« einen verständlichen, aber verhängnisvollen Reflex: der beständige Hinweis auf den wunden Punkt des Ausländergesetzes hat zu einer globalen Verunsicherung und Nicht-Geltendmachung von Rechten geführt, d. h. ein hartnäckiges Gerücht führt zum Verzicht auf rechtlich einklagbare Interessenwahrnehmung. Man sollte nicht ständig lamentieren, daß Sozialhilfebedürftigkeit quasi automatisch zum Rausschmiß führt, sondern vielmehr endlich darauf hinweisen, daß einschlägige Gerichtsurteile hier eine Willkürpraxis der Ausländerbehörden weitgehend ausschließen.

Kindergeld und Wohngeld

Man wird nicht lange darauf warten müssen, bis clevere Reprivatisierungs- und Überwälzungsstrategen die Ausländer als Experimentierfeld für die »soziale Demontage« anvisieren werden. Sie brauchen dabei nur anzuknüpfen an die ohnehin schon bestehenden Diskriminierungen. Am deutlichsten sind diese in der Kindergeldregelung von 1979, nach der für im Ausland lebende Kinder von Ausländern jeweils erheblich geringere Beträge gezahlt werden. Ein Ausländer mit fünf Kindern erhält – mit dem Argument, die Aufwendungen für den Lebensunterhalt in den Heimatländern seien ja erheblich niedriger als in der BRD – statt 750 nur 225 DM Kindergeld – kein Wunder, daß diese Regelung, mit der zirka 40 Millionen Mark für »Zweitkinder« und knapp 110 Millionen für »Drittkinder« eingespart werden[15], die »Familienzusammenführung« enorm beschleunigt. Die Kindergeldfrage ist im übrigen einer der zentralen Bereiche, in denen Ausländer sich organisieren und auf die Straße gehen.

Wir sind damit bei den Posten der sozialen Sicherung angelangt, die nicht mehr »klassische« Sozialversicherungsleistungen, sondern aus Steuern finanzierte staatliche Lohnanteile für »sozial Schwache« sind. In diesen Bereichen herrscht sei es direkte, sei es »systembedingte« Diskriminierung von Ausländern vor, d. h. sie bleiben hier vermutlich weit unter den ihnen potentiell zustehenden Leistungen. Die Mehrheit der Arbeitsemigranten ist über die Möglichkeiten von Wohngeld, BAföG-Leistungen (z. B. Berufsgrundbildungsjahr), Heizkostenzuschüssen sowie über vermögensbildende Maßnahmen[16] entweder nicht bzw. unzureichend informiert oder findet sich durch den Dschungel von Vorschriften und Nachweisen nicht durch, der hier zu überwinden wäre. Das liegt an mangelnden Sprachkenntnissen, aber auch am »natürlichen« Unvermögen, sich in Formularwirtschaft und Behördenkontakt hineinzusozialisieren. Wo es allerdings Sprachkenntnisse und Aufenthaltsdauer doch ermöglicht haben, trifft man oft auf eine erstaunliche Kenntnis der Bereiche, in denen »etwas zu holen ist«.
Im Fall des Wohngeldes hat man ein Beispiel dafür, daß formelle Gleichbehandlung faktische Ungleichheit bedeutet. Denn es ist bekannt, daß viele Gastarbeiterhaushalte »Problemgruppen« des Wohnungsmarktes darstellen. Nach neueren Befragungen wohnen fast die Hälfte in Wohnungen mit »schlechter Qualität« (Indikatoren sind Zentralheizung, Badegelegenheit, Innentoilette und Warmwasserversorgung), für die dann auch noch überdurchschnittlich hohe Mieten verlangt werden.[17] Hier wirken vermutlich zwei Faktoren zusammen: zum einen haben Ausländer häufig andere Wertkriterien für Wohnqualität und eine ungeachtet des Angebots bestehende Neigung, möglichst wenig vom Einkommen für Wohnen auszugeben und in möglichst enger Nachbarschaft zu Landsleuten (im »Ghetto«) zu bleiben; zum andern aber sind sie Opfer von Spekulanten und ausländerfeindlichen Vermietern. Mit steigendem Einkommen und steigender Qualifikation sowie nach längerem Aufenthalt wachsen aber sowohl das Anspruchsniveau als auch die Kenntnis des Wohnungsmarktes. Das Wohngeld an sich ist demnach ein höchst ungeeignetes Mittel, die Wohnungsnot von Arbeitsemigranten zu beheben.

8. Eine Sozialpolitik speziell für Ausländer?

In letzter Zeit erlebt man eine geradezu inflationäre Behandlung des »Ausländerproblems« in den Medien und in der politischen und wissenschaftlichen Debatte. Dazu hat insbesondere der verstärkte Zustrom von Asylanten beigetragen, der den Entscheidungsinstanzen verdeutlicht, daß man die Arbeitsemigranten nicht mehr als eine politische Residualkategorie ansehen kann. Die wichtigsten Ressourcen der Ausländerpolitik waren bisher das Recht (Ausländergesetz und Verwaltungsvorschriften) und eine restriktiv gehandhabte Arbeitsmarktpolitik (Arbeitsförderungsgesetz). Das sog. Kühn-Memorandum und die (weit hinter dessen Rahmen zurückfallenden) Aktionsprogramme von Bund und Ländern haben nun die Konturen eines sozialpolitischen Zugriffs des Staates erkennen lassen. Diese Sozialpolitik erfüllt durchaus konventionelle Aufgaben: Erstens schafft sie dem Staatsapparat Legitimation, weil sie In- und Ausländern signalisiert, daß »etwas« geschieht. Zweitens soll sie der Prävention dienen, indem mit Hinweis auf das Ticken der »sozialen Zeitbombe« bzw. die größer werdende »zweite Generation« Feuerwehrmaßnahmen (MBSE, Sprachkurse, Freizeit-

angebote) zur Verhinderung einer Kriminalisierung und/oder Radikalisierung der Ausländer getroffen werden. Drittens weist Kühn bereits heute darauf hin, daß die jungen Ausländer langfristig zur Deckung des Arbeitsmarktbedarfs herangezogen werden müssen, d. h. Sozialpolitik soll auf Dauer Lohnarbeitsverhältnisse garantieren. Es hieße, die Leistungsfähigkeit und »Responsivität« des politischen Systems überschätzen, wenn man hier ein in sich geschlossenes und mit Sicherheit effektives Politikprogramm erwarten würde; aber es deuten sich die erheblich steigenden Kosten an, die eine »aktive Integrationspolitik« bereiten wird.

Im Rahmen der normalen kommunalen Sozialdienste wurde bisher kaum etwas speziell für Ausländer unternommen; der Staat hat hier die Zuständigkeit an die Wohlfahrtsverbände der Kirchen (Caritas für katholische Mittelmeervölker, Diakonisches Werk für Griechen) bzw. die Arbeiterwohlfahrt (für die Türken) delegiert.[18] Deren zuständiges, meist den betreffenden Ländern entstammendes Personal ist vollständig überfordert; es kann die von den ausländischen Klienten verlangten Dienstleistungen, Beratungen und Hilfestellungen weder quantitativ noch fachlich bewältigen. Es ist bereits vom akuten Notstand die Rede, und es wird kritisiert, daß die herrschenden Formen der Sozialberatung zur Entmündigung und »Klientisierung« der Ausländer führen, nicht aber eine offensive Praxis der Ausländerarbeit im Sinne von »Hilfe zur Selbsthilfe« ermöglichen.[19] In Zukunft werden Bund, Länder und Kommunen verstärkt selbst Angebote an Ausländer machen müssen.

Zurück also zu der Frage: was kostet ein Ausländer? Dazu lassen sich aus den wenigen vorliegenden Daten einige Rechenexempel aufstellen. Die Länder wendeten z. B. 1978 zwischen 2,19 DM (Niedersachsen) und 27,80 DM (Berlin) pro Ausländer auf; der Bund investierte 10,72 DM. Von den 2 002 671 DM, die z. B. das Land Bayern aufbrachte (gleich 4,78 DM pro Kopf), entfielen knapp die Hälfte auf Zuschüsse zu der erwähnten Sozialberatung, ein Zehntel auf Berufsförderungs- und Sprachförderungsmaßnahmen, ein weiteres Zehntel auf die Förderung von Initiativgruppen und Arbeitskreisen, ein weiteres auf Zuschüsse zu gewerkschaftlichen Aktivitäten, der Rest auf den Psychologischen Dienst der Stadt München, Ausländerbeiräte und Fortbildungsmaßnahmen.[20] Als Beispiel für kommunale Ausgaben: die Stadt Duisburg stellte 1975 knapp zwei Promille ihres Haushaltes für Beratungsstellen, Veranstaltungen, Informationen und Mitarbeiter zur Verfügung (insgesamt 147 500 DM für etwa 50 000 Ausländer, gleich knapp 3 DM pro Kopf).[21] Mit solchen Almosen wird man allerdings nicht mehr lange auskommen. Allein für die Unterbringung von Asylanten wird ein Vielfaches notwendig sein. Der Berliner Senat hat jüngst im Rahmen seiner »Neuen Maßnahmen zur Ausländerintegration« für 1980 10,5 Millionen, für 1981 18,5 Millionen DM eingeplant (57 bzw. 100 DM pro

Ausländer). Ob nun Tropfen auf den heißen Stein oder nicht, Alibigelder oder mehr – die quantitative Berücksichtigung von sozialen Problemen der ausländischen Bevölkerungen wächst zwangsläufig.

Bisher war von Abfindungen die Rede. Der eine arbeitet sich – do it yourself – in die kalte Behaglichkeit des Mittelstands empor, der zweite fällt ins soziale Netz, der dritte geht leer aus. Wie gut die soziale Sicherung funktioniert, hängt letztlich von der Wahrnehmung ihrer Interessen durch die Ausländer selbst ab. Bestimmte Blessuren, die seelenfressende Angst vor allem, bleiben irreparabel; sie stehen unter dem Titel »Immaterielles« auf dem Verlustkonto der Arbeitsemigration.

Anmerkungen

1 Zit. nach E. Klee (Hg.), *Gastarbeiter. Analysen und Berichte*, Frankfurt 1972, S. 169.

2 Laut *Zeit* Nr. 31, 25. 7. 80, waren von je 100 Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen 1979 69 (1970: 4) mit einem Farbfernseher, 76 (38) mit einem Waschvollautomaten, 81 (19) mit einem Gefriergerät, 82 (51) mit einem Pkw, 79 (14) mit einer Kaffeemaschine, 22 (2) mit einem Geschirrspüler ausgestattet. Nach Markterkundungen der Marplan-Forschungsgesellschaft besaßen zum selben Zeitpunkt knapp die Hälfte der Gastarbeiterhaushalte einen Pkw; sie sind also »auf dem Stand« von 1970. Zum Mikrozensus vgl. *Wirtschaft und Statistik* 1/1979, S. 45 ff.

3 Eine besondere Perle ist diesbezüglich der fiktive Brief eines türkischen Gastarbeiters an seine Frau, der in einer Wahlkampfbroschüre der Jungen Union im Saarland abgedruckt war; darin heißt es u. a.: ». . . Hier scheint mir alles wie verhext, / brauch nur noch schlafen – Konto wächst. / Und ganz bestimmt bis nächsten Winter, / zahlt Arbeitsamt mir Geld für Kinder. / Ich bin jetzt schon drei Jahre fort, / vielleicht hast du noch Kinder dort, / wo ich nix weiß ist ganz egal, / Du mußt mir melden nur die Zahl!« (*FR* 22. 9. 80)

4 Vgl. den zusammenfassenden Überblick bei H. Harbach, *Internationale Schichtung und Arbeitsmigration*, Reinbek 1976, S. 167 ff.

5 So die elegante Formulierung von P. Huber, *Ausländerbeschäftigung und Wirtschaftswachstum*, Tübingen 1974, für ein System, in dem Gewinne privatisiert, Verluste aber sozialisiert werden (zit. nach Harbach, a. a. O., S. 170).

6 Zahlen nach *Wirtschaft und Statistik* 1/79 und T. E. T. Marketing- und Werbegesellschaft, *Ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. Strukturdaten 79/80*, Frankfurt o. J.; vgl. ferner den Forschungsbericht des BMFT, »Probleme der Ausländerbeschäftigung«, Juli 1979, S. 64 f. und 129 ff.

7 Immagine del ›mondo dei vinti‹, Milano 1979.

8 Dazu Stefan Heiner, »Rückkehr aus der Arbeitsmigration als zweite Auswanderung«, in: *Informationsdienst zur Ausländerarbeit* 1/79, S. 123 ff. (mit Ergebnissen des römischen Instituts »Emigrazione Immigrazione« für Italien) und die Grupo de Estudios sobre Reintegracion de Migrantes, *Fremd im eigenen Land*, Madrid 1979, für Spanien sowie Betreuungszentrum für griechische Rückkehrer, *Probleme bei der Reintegration der ausländischen Arbeiter im Herkunftsland*, Athen 1979 für Griechenland.

9 Eine vorbildliche Analyse von Emigrantenlebensläufen ist dazu Abdelmalek Sayad, »Elghorba: le mécanisme de reproduction de l'émigration«, in: *Actes de la recherche sociale*

3/1976, S. 50 ff., und ders., »Les trois ›âges‹ de l'émigration algérienne en France«, ebda. 15/1977, S. 59 ff.

10 Dazu detailliert A. Koulopoulos, *Das Recht der Sozialen Sicherheit der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1976, und H. H. Heldmann, *Ausländerrecht. Alphabetischer Wegweiser*, Köln 1980.

11 Nach Auskunft des Verbandes deutscher Rentenversicherungsträger wird es erst ab 1981 möglich sein, die an Arbeitsemigranten ins Ausland gezahlten Renten genau zu ermitteln. Annäherungsweise kann man sagen: Die Zahlung von Vertragsrenten ins Ausland und von Beitragserstattungen ist seit 1972 sprunghaft angewachsen. Dem relativ konstanten Beitragsanteil von ca. 8,5 bis 9,5 Mrd. DM standen 1974 die Auszahlung von 500 Mio., 1979 von 1778 Mio. DM an den genannten Leistungen gegenüber.

12 1978 lag der Krankenstand der Ausländer im Vergleich zum Krankenstand aller Versicherten bei 113,4 Prozent (1964-1969: 80,3 Prozent), zit. nach *Rundschreiben* 25/1979 der Deutschen Verbindungsstelle Krankenversicherung Ausland, Bonn.

13 Vgl. den Bericht aus einer Weddinger Kinderarztpraxis von E. und G. Gruber, in: *Informationsdienst zur Ausländerarbeit* 1/1079, S. 154 ff.

14 Seit 1973/74 steigt die Inanspruchnahme von Sozialhilfe durch »Ausländer und Staatenlose« überproportional an; 1978 betrug ihre Zahl rund 60 000 (1964 bis 1973 zwischen 19 000 und 27 000). Das betrifft auch die »Hilfe in besonderen Lebenslagen« mit rund 15 000 Fällen, vor allem für Krankenhilfe und Schwangerschaftshilfe (Zahlen nach *Wirtschaft und Statistik* 7/1980, S. 479 ff.).

15 Nach Berechnungen des Initiativausschusses »Ausländische Mitbürger in Hessen« (Kindergeldkomitee).

16 Nach den Markterhebungen des Marplan-Institutes (Forschungsgesellschaft für Markt und Verbrauch, Offenbach) haben 1980 80% der Arbeitsemigranten aus Mittelmeerländern ein Sparkonto, 51% ein Girokonto, 15% nutzen vermögenswirksame Sparverträge, 60% das 624-Mark-Gesetz, 11% haben einen Bausparvertrag und 14% eine Lebensversicherung abgeschlossen.

17 Zum Wohnbereich vgl. den BMFT-Bericht, S. 65 ff.

18 Die Ausgaben der Verbände für Sozialberatung sind sprunghaft angestiegen. Die Arbeiterwohlfahrt gab 1964 0,3 Mill., 1970 1,2 Mill. und 1980 knapp 19 Mill. DM aus (davon waren ca. 16 Mill. öffentliche Zuschüsse des Bundes und einiger Länder), die Caritas 3,7 bzw. 7,6 bzw. 36,4 Mill. DM (davon 5,6 Mill. Bundeszuschüsse, 6,6 Mill. aus anderen Quellen), das Diakonischen Werk 1970 ca. 2,7 und 1979 ca. 10,6 Mill. DM (davon 3,2 Mill. vom Bund, 1,8 Mill. von den Ländern und 400 000 DM von den Kommunen, der Rest Eigenmittel). Die Einteilung nach nationalen Gruppen auf die Wohlfahrtsverbände ist nicht in deren Sinne; sie resultiert aus der ursprünglich rein kirchlich verstandenen Aufgabenstellung und wird heute durch multinational verstandene Projekte ansatzweise überwunden.

19 Vgl. dazu das Themenheft 3/1979 des *Informationsdienstes zur Ausländerarbeit* und Ulrich Spies, *Rechtsberatung von Türken in Berlin*, discussion papers des IIM, Berlin 1979.

20 Zahlen nach Bayr. Staatsmin. für Arbeit und Sozialordnung, Ausl. Arbeitnehmer in Bayern, Bericht '79, München 1979.

21 Zahlen nach Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW, Situation der Familien ausl. Arbeitnehmer in NRW am Beispiel Duisburgs, Gesamtbericht 1976.

Wenn Sie diese Anzeige nicht lesen können, bestellen Sie doch bitte gleich den kostenlosen Almanach »Das kleine Rotbuch«!

Postkarte an: Rotbuch Verlag, Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30

Regions-

Den Atom-Stromern gegenüber sind »wir« die Anti-Atom-Leute; bei nationalen Konferenzen sind »wir« die aus der Provinz; in der Uni sind »wir« die Alten, im Dorf oftmals die Jungen. Aber dem Anspruch des National-Staats gegenüber, der mich vereinnahmen will, beharre ich auf der Wirklichkeit der Region. Walter Mossmann. Flugblattlieder, Streitschriften. Rotbuch 235. 208 Seiten. DM 12.- (Abo 11.-)

und Völkerkunde

Argentinien: Fronius, Nicht besiegt und noch nicht Sieger (Rotbuch 165)
Berlin-West: Schindele, Mieter stören (Rotbuch 225), Ören, Die Fremde ist auch ein Haus (Rotbuch 222); Reschke, Memoiren eines Kindes (Rotbuch 228)
Campus: Wagner, Uni-Angst und Uni-Bluff (Rotbuch 172)
Chile: Stuparich, Wer uns nicht kennt, kennt Chile nicht. Roman (Rotbuch 136); Mires, Die Militärs und die Macht (Rotbuch 143)
China: Li Yi Zhe, China: Wer gegen wen? (Rotbuch 169); Kursbuch 43
CSSR: Kursbuch 30
Cypern: Kadritzke/Wagner, Im Fadenkreuz der NATO (Rotbuch 147)
Deutschland/West: Geissler, Wird Zeit daß wir leben (Rotbuch 154); Menschenrechte in der Bundesrepublik (Rotbuch 185, 195, 205, 210); Pohrt, Ausverkauf (Rotbuch 224); Geissler, Im Vorfeld einer Schußverletzung (Rotbuch 230); Köhler, Lebenszeichen aus Tuttlingen (Rotbuch 233); Huber, Wer soll das alles ändern (Rotbuch 229); Herzog, Nicht den Hunger verlieren (Rotbuch 232)
DDR: Müller, Geschichten aus der Produktion 1 und 2 (Rotbuch 108; 126); Müller, Die Umsiedlerin (Rotbuch 134); Müller, Mauser (Rotbuch 184); Köhler, Der Krott (Rotbuch 146); Brasch, Vor den Vätern sterben die Söhne (Rotbuch 162); Schütz, Heloisa und Abaelard (Rotbuch 216); Schütz, Stasch (Rotbuch 192); Schütz, Laokoon (Rotbuch 236)
England: Glyn/Sutcliffe, Die Profitklemme (Rotbuch 121); Jim Burns, Fred Engels bei Woolworth (Rotbuch 173)
Frankreich: Münster, Der Kampf bei LIP (Rotbuch 111); Kursbuch 46; Macciocchi, Der französische Maulwurf (aus der Reihe); Carpentier, Aufwiegelung zur Gesundheit (Rotbuch 217); Prokla 32
Griechenland: Ritsos, Steine, Wiederholungen, Gitter (Rotbuch 234)
Iran: Halliday, Iran (Rotbuch 203); Nirumand (Hg.), Feuer unterm Pfauenthron (Rotbuch 124)
Island: Novak, Balladen vom kurzen Prozeß (Rotbuch 138)
Israel: Deutscher, Die ungelöste Judenfrage (Rotbuch 159)
Italien: Kammerer/Krippendorff, Reisebuch Italien (Rotbuch 209); Alf, Leitfaden Italien (Rotbuch 127); Fo, Bezahlt wird nicht! (Rotbuch 166); Einer für alle... (Rotbuch 188); Schneider, Lenz (Rotbuch 104); Pausch, Die Verweigerungen der Johanna Glauflügel (Rotbuch 164); Hartung, Die neuen Kleider der Psychiatrie (Rotbuch 231); Fiori, Das Leben des Antonio Gramsci (aus der Reihe); Kursbuch 26; Prokla 32
Jugoslawien: Kamenko, Unter uns war Krieg (Rotbuch 180)
Katalonien: Diguem no – sagen wir nein! (Rotbuch 214)
Knast: Zahl, Alle Türen offen (Rotbuch 178); Kursbuch 51
Kuba: Mires, Die Revolution ist keine Insel (Rotbuch 187)
Nordkorea: Kursbuch 30
Ökotopia: Callenbach, Ökotopia (Rotbuch 200)
Polen: Mendel, Erinnerungen eines jüdischen Revolutionärs (aus der Reihe); Kursbuch 38, Prokla 27
Portugal: Münster, Portugal (Rotbuch 139); Novak, Die Landnahme von Torre Bela (Rotbuch 150)
Sachsen: Gratzik, Transportpaule (Rotbuch 171); Mickel, Eisenzeit (Rotbuch 157)
Schweiz: Pellizzi/Mali, Bernie der Milliardenflipper (Rotbuch 128)
Spanien: Rathfelder u.a., Alle oder keiner (Rotbuch 153); Prokla 25; Claudin, Eurokommunismus (Rotbuch 183)
Türkei: Ören, Der kurze Traum aus Kagithane/Privatexil (Rotbuch 120; 168)
UdSSR: Preobrashenskij, UdSSR 1975 (Rotbuch 129); Kursbuch 23
Ungarn: Haraszti, Stücklohn (Rotbuch 130); Dalos, Meine Lage in der Lage (Rotbuch 218)
USA: Weismann, Das Trojanische Pferd (Rotbuch 135); George, Wie die anderen sterben (Rotbuch 179); Mickel, Einstein (Rotbuch 116)
Welt: Köhler, Reise um die Erde in acht Tagen (Rotbuch 204); Kursbuch 57
Für ausführliche Informationen verlangen Sie bitte den kostenlosen Almanach **Das kleine Rotbuch:** Rotbuch Verlag, Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30.

Gunnar Heinsohn / Otto Steiger
Die Kinder Europas
Von der gewaltsamen Menschenproduktion zur »menschlichen Springflut«

1.

In dem Jahrzehnt zwischen 1970 und 1980 hat die deutsche Bevölkerung in der Bundesrepublik um ca. 1,5 Millionen Menschen abgenommen (58,6 auf 57,1 Millionen). Im vergangenen Vierteljahrhundert (1955-1980) hat sich die ausländische Bevölkerung der Bundesrepublik gut verachtfacht: von knapp einer halben auf über vier Millionen (davon allein ca. 30 Prozent Türken als größte Teilgruppe). In den vergangenen zwanzig Jahren (1960-1980) wiederum haben sich die Geburten der Deutschen halbiert (von ca. einer auf ca. eine halbe Million), diejenigen der Ausländer hingegen versiebenfacht (von ca. 11 000 auf gut 75 000 im Jahre 1978). Gegenüber 1974 jedoch hat sich bei den Ausländern ein Rückgang der Geburten um rund 30 Prozent eingestellt und ihre absolute Zahl in etwa stabilisiert. Ihre Familiengrößen entsprechen nahezu denen der deutschen Familien.[1]

Bei gleichbleibender Geburtenhäufigkeit der Deutschen und der jetzigen Ausländer wird der Anteil letzterer von 6,3 Prozent im Jahre 1980 auf 8,2 Prozent im Jahre 2000 (4,59 zu 51,56 Millionen), 9,2 Prozent im Jahre 2010 (4,78 zu 47,48 Millionen) und 10 Prozent im Jahre 2020 (4,78 zu 43,1 Millionen) zunehmen.[2]

Bei dieser Prognose wird allerdings von der Stagnation der gegenwärtigen Verhütungsfähigkeit ausgegangen: Noch im Jahre 1976 waren von ca. 600 000 in der BRD geborenen Kindern etwa 450 000 auf Verhütungsfehler zurückzuführen. Von diesen galten dann jedoch 150 000 als letztlich von der Mutter auch ›innerlich‹ akzeptiert.[3] Der harte Bodensatz gewollter Geburten liegt also bestenfalls halb so hoch wie die jetzige – weltgeringste – Geburtenrate der Bundesrepublik. Unterstellt, daß Deutsche wie Ausländer ihre sexuelle Geschicklichkeit weiter verbessern, sind die Zahlen entsprechend nach unten zu korrigieren.

Die deutliche Stabilisierung der ausländischen Bevölkerung entspringt aus Veränderungen der Gastarbeiterpolitik, die mit dem Anwerbestopp von 1973 unter zentrale Kontrolle gebracht wurde. Sie zeigt, daß der hiesige Staat keineswegs ohnmächtig gegenüber der menschlichen »Springflut«[4] aus dem Ausland zurückgewichen ist, und daß die verbliebenen Ausländer durch Annäherung ihres Fortpflanzungsverhaltens an das gewöhnliche Lohnarbeiterverhalten, das zu Kinder*losigkeit* tendiert, kaum Ängste nähren können,

durch übermäßige »Fruchtbarkeit« von innen her die Einheimischen zur Minderheit zu machen.

Wie aber verhält sich die demographische Entwicklung der Bundesrepublik zur Entwicklung der Weltbevölkerung? Im Jahre 1975 waren von 10 000 Erdbewohnern 140 in der BRD zu Hause. Von 10 000 Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren waren zum gleichen Zeitpunkt 90 von westdeutschen Eltern geboren (ca. 12,3 Millionen insgesamt). Bei gleichbleibenden Bedingungen werden im Jahre 2000 von 10 000 Erdbewohnern noch etwa 90 und von 10 000 Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren noch etwa 33 west-›deutschblütig‹ sein (absolut ca. 7,5 Millionen).[5] Europa, das im Zenit seiner globalen Macht (um 1900) mehr als jeden vierten Weltbewohner beherbergte, wird dann nur noch jeden zehnten stellen.[6]

Bereits für das Jahr 1978 schätzte die ILO (International Labour Organisation, Genf) die Zahl der Arbeitslosen auf der Welt auf ca. 400 Millionen. Im Jahre 2000 werden mindestens 800 Millionen Menschen ohne Arbeit sein. Die meisten von ihnen werden daher versuchen, aus der Dritten Welt herauszukommen, wo die »Krise der Arbeitslosigkeit . . . ein Ausmaß erreichen wird, das bei weitem alles übertrifft, was die westliche Welt jemals erlebt hat«.[7] Bei diesen Zahlen ist noch nicht berücksichtigt, daß bereits 1978 zusätzlich zu den Arbeitslosen 35 Prozent der Erwerbstätigen in der Dritten Welt lediglich einige Stunden in der Woche oder einige Monate im Jahr Arbeit fanden, d. h. möglicherweise ebenfalls gezwungen sein werden, außerhalb ihrer Heimat Arbeit zu suchen. Insofern ist wahrscheinlich mit einer Milliarde arbeitsloser Menschen zu rechnen, die den Weltarbeitsmarkt des Jahres 2000 ›bevölkern‹ werden. Die bereits heute Schrecken verbreitende Schätzung von 100 000 Asylanten, die jährlich in die BRD hineinwollen, bedeutet also, auf das Jahr 2000 bezogen, daß schon Panik einträte, wenn lediglich *einer* von 10 000 zur Wanderung gezwungenen Menschen die Bundesrepublik als Zufluchtsstätte wählen würde.

Die Angst vor »Menschen, die wie Ratten einander fressen«, und vor der »Sprengkraft der ›Bevölkerungsbombe‹«, die »womöglich größer als die (von) atomaren Vernichtungswaffen« ausfällt[8], ist nun nicht auf ein Problem der Dritten Welt zu reduzieren. Sie erweist sich vielmehr als das historische Resultat der hemmungslosesten ›Menschenproduktion‹ der Geschichte, die zu Beginn der Neuzeit in Europa in Gang gesetzt wurde – aus Angst vor zu wenig Menschen = Arbeitskräften und unter der humanen Legitimation der unbedingten ›Heiligkeit des Lebens‹.[9] Die Frauen des Mittelalters, die eine reiche Palette von Verhütungs- und Abtreibungsmitteln entwickelt hatten und – wenn es dafür zu spät war – auch die Kindestötung praktizierten, standen solch bevölkerungspolitisch hilfreicher Heiligkeit im Wege, weshalb seit 1484 in ganz Europa – regional schon früher – die gescheitesten von ihnen, meistens Hebammen, wegen *maleficia* (Geburtenkontrolle)[10] in

Jahrhunderte währenden Massakern als sogenannte Hexen ausgerottet wurden.

2.

Galt es noch im christlichen Mittelalter als verantwortungslos, Kinder in die Welt zu setzen, denen man persönlich keine Zukunft versprechen konnte, so rechtfertigten der junge Protestantismus und der reformierte Katholizismus die nunmehr geforderte Rücksichtslosigkeit gegenüber den Kindern als Verantwortung gegenüber Gott. Selbst in den liberalen bürgerlichen Gesellschaften wurde bis in die sechziger Jahre unseres Jahrhunderts die Unfähigkeit zur Geburtenkontrolle aufrechterhalten: Religiöse Indoktrination und staatliche Überwachung setzten die traditionale elterliche Verantwortung außer Kraft. »Gott braucht Menschen« lautet die Formel, mit der die deutschen Katholiken – hier repräsentiert durch den bayerischen Kultusminister Hans Maier – noch im Jahre 1978 ihre ideologische Flankendeckung für die staatliche Bevölkerungspolitik exekutierten.

Diese Bevölkerungspolitik erhält ihre entscheidende Waffe erst in einer umfassenden, parallel zur Hebammen = Hexen-Verfolgung aufgebauten »Bevölkerungs-Polizey«, die als Instanz zur quantitativen und qualitativen Bereitstellung von Arbeitskräften *das* Unterscheidungsmerkmal des neuzeitlichen Staates gegenüber allen früheren staatlichen Formationen wird. Ihre Aufgabe besteht in der Durchsetzung einer ausschließlich heterosexuellen, ehelichen und fortpflanzungsorientierten Sexualität – in der Aufrechterhaltung einer Form von Familie also, mit welcher jenen, die noch eigenen Nachwuchs brauchen, mehr Kinder abgepreßt werden, als sie selbst benötigen, und mit welcher Lohnarbeiter, die eigene Kinder existentiell nicht brauchen, überhaupt erst zur Vermehrung gezwungen werden können: Zwischen 1475 und 1975 verzehnfacht sich die Bevölkerung Europas trotz zeitweilig ungeheuerlicher Kindersterblichkeit von ca. 64 auf ca. 640 Millionen Menschen. Zusätzliche 50 Millionen Auswanderer werden gleichzeitig die Voraussetzung europäischer Welteroberung. In Amerika und Australien haben sie die Ureinwohner, die mit Hilfe der klassischen Nachwuchsregelung (Verhütung, Abtreibung, Kindestötung) ihre Bevölkerungen klein und stabil hielten, weitgehend ausgerottet und dadurch die Einführung ihrer Familienmoral bewirkt, die bald eine starke Bevölkerungsverdichtung auch in diesen Kontinenten nach sich zog (von etwa 16 Millionen im Jahre 1500 auf 600 Millionen im Jahr 1980).[11]

Gegen 1900 haben schließlich auch der kolonisierte indische Subkontinent[12] und das für die europäischen und amerikanischen Märkte zwangsweise geöffnete Japan[13] und um 1950 auch das durch den Marxismus europäisierte China[14] die ›Heiligkeit des Lebens‹ zum staatlichen Gesetz gemacht. Doch nicht allein dieses Prinzip – gepaart mit dem Menschenrecht auf Familie, d. h.

mit der Lohnarbeiterpflicht zur Ersatzleutestellung –, sondern auch die in seinem Gefolge entwickelte imponierende Medizin zur Lebenserhaltung, die Europa verabreicht, ohne daß doch ihre Wirkungen durch Verhütungsmittel, die in Europa selbst verboten bleiben, kompensiert werden dürfen, sorgt für jene Bevölkerungsexplosion, die nunmehr – mit der entsprechenden Verzögerung außerhalb Europas – die gesamte Welt erfaßt hat. Die Milliarden überflüssiger Menschen, vor denen heute die Alte Welt zittert, sind ihre eigenen ›Kinder‹. Schufen sich *50 Millionen überflüssige Europäer über Jahrhunderte* Lebensraum, indem sie die Bewohner anderer Kontinente ausrotteten, so wird nun bald *eine ganze Milliarde Menschen auf einmal* auf Existenzsuche gehen müssen. Ist die Angst, von ihnen nicht viel freundlicher behandelt oder doch wenigstens ausgepowert zu werden, ganz eitel?

3.

Soweit sich diese Angst als *Rassismus* äußert, manifestiert sich daran die im 19. Jahrhundert entstandene Angst des europäischen Bürgertums vor seiner eigenen Arbeiterklasse.[15] Und soweit der Rassismus heute in der Arbeiterschaft blüht, pflegt diese ein Ressentiment, das als gegen sie selbst gerichtetes entstanden ist, nämlich in England, wo im Gefolge der Auswanderung ein zentrales Problem der neuzeitlichen staatlichen Menschenproduktion zuerst deutlich sichtbar wurde. Kirchliche Indoktrination und staatliche Gewalt konnten die Lohnabhängigen zwar dazu bringen, Kinder in die Welt zu setzen, aber beide Mittel waren untauglich, den Kindern auch Zuwendung zu verschaffen und eine Lebensaussicht zu garantieren oder auch nur vorzugaukeln, ohne welche Kinder nicht zu gedeihen vermögen. So wurden bereits in der frühen Kindheit – also noch vor dem Zwang zur Lohnarbeit vom 6. oder 7. Lebensjahr an – Millionen von Kindern nachhaltig geschädigt. Da zudem das waghalsige Unterfangen der Auswanderung vorrangig von den Stabileren riskiert wurde, blieben im Mutterland die von der Fabrikgesellschaft gezeichneten Geschöpfe zurück und pflanzten sich hier weiter fort.

In dem Maße also, wie die Lohnarbeiter zu Bevölkerungsmehrheiten werden, wird offensichtlich, daß die Mehrheit der Nationen aus früh geschädigten Menschen besteht, deren Sozialisationsdefizite sich in der nächsten Generation noch potenzieren. Der Bericht der englischen »Kommission von 1863 über die Beschäftigung von Kindern« formuliert die staatliche Besorgnis eindeutig: »Die Töpfer als eine Klasse, Männer und Weiber, repräsentieren eine entartete Bevölkerung, physisch und geistig entartet . . . Die ungesunden Kinder werden ihrerseits ungesunde Eltern, eine fortschreitende Verschlechterung der Race ist unvermeidlich.«[16] Aus dem Überhandnehmen dieses ›menschlichen Schutts‹ begründet Francis Galton, ein Vetter Charles Darwins, seine Eugenik.[17] Die Lehre Galtons

erfährt rasch internationale Verbreitung. 1927 findet in Genf die erste Weltbevölkerungskonferenz statt, 1935 in Berlin – unter der Schirmherrschaft Adolf Hitlers – die zweite, sie versammelt Rassenhygieniker aus fast allen entwickelten Ländern der Welt.

Der Rassismus des Bürgertums, der sich zusammensetzte aus der Furcht vor dem Niedergang der eigenen Rasse durch Vermischung und der Furcht vor der Überflutung durch »mindere Rassen«, ist inzwischen durch eine milieutheoretische Psychologie ›aufgeklärt‹ worden, weshalb er im Kalkül des großen Arbeitskräftebereitstellers keineswegs mehr dominiert. Die von einzelnen Interessengruppen getragene Propagierung einer etwa ›rein deutschblütigen‹ Bevölkerung wird vom Staat nicht mehr eindeutig unterstützt. Seine Aufgabe besteht nur in der Vermeidung der dem Rassismus zugrunde liegenden Verwahrlosung und Arbeitsunfähigkeit, positiv gesagt in der Bereitstellung *billiger, loyaler* und *qualifizierter* Arbeitskräfte für nicht familienwirtschaftlich organisierte Ökonomien. Familien- und Bevölkerungspolitik, Sittenüberwachung und Massenhygiene, Ein- und Auswanderungspolitik, Pflichterziehung und Sozialpolitik etc. haben also durchweg keinen eigenständigen Zweck, sondern dienen der alles überragenden Aufgabe der Arbeitskräftebeschaffung. Da nun aber diese Einzelpolitiken teuer sind und damit auf die internationale Konkurrenzfähigkeit drücken, stehen sie jederzeit zur Disposition und sind alle von ihnen Profitierenden in Gefahr, höchst unsanft aus gemachten Betten gejagt zu werden. Der faszinierte Blick auf die »Springflut« arbeitswilliger Massen aus der Dritten Welt erklärt sich gerade aus der Möglichkeit, jene bevölkerungs- und bildungspolitischen Maßnahmen einzuschränken.

Billig ist die ausländische Arbeitskraft allemal, erscheint sie doch fix und fertig auf dem Arbeitsmarkt und beginnt umgehend Wert – also auch Steuern, Beiträge zu Renten etc. – zu schaffen, ohne einen Pfennig Kindergeld, Mutterschaftslohn, Schulmittel usw. gekostet zu haben und ohne Mitglied des hiesigen ›Generationenvertrages‹ gewesen zu sein. Selbst bei Einsatz neuerlicher Gewalt des Staates gegen Verhütung, Abtreibung, freie Sexualität könnte die Produktion von ›deutschstämmigen‹ Arbeitskräften niemals billiger werden als die ausgewachsen einreisenden Arbeiter, bei denen all die Unwägbarkeiten einer langjährigen Aufzucht nicht mehr zu befürchten sind.

Loyal aber – so die Prämisse hiesiger Familien- und Mutterschaftsentlohnungsprogramme – werden die Ausländer niemals sein, weshalb zur Abwendung einer allgemeinen politischen Destabilisierung durch Fremde eben doch deutschen Frauen die Umwandlung der Mutterschaft in ein Gewerbe zu finanzieren sei – dies auch mit Blick auf die Landesverteidigung, bei welcher Söhnen deutscher Mütter mehr Zuverlässigkeit zugetraut wird als den Einwanderern.[18] Nun würde bei reichlichen staatlichen Mitteln, d. h.

zu Zeiten einer unangefochteten Spitzenstellung in der internationalen Konkurrenz, eine solche Politik vielleicht ernsthaft ins Auge gefaßt werden können. Aber hochindustrialisierte Entwicklungsländer haben bereits das Ende dieser Blütezeit der Alten Welt eingeläutet: »Gegen den alternden Kapitalismus in der Ersten Welt erhebt sich nicht – wie man noch vor 20 Jahren glauben mochte – eine sozialistische Welt, sondern ein neuer, expansiver und aggressiver Kapitalismus, der mit Hilfe leicht verfügbarer Rohstoffe und mit Löhnen, die 50 oder sogar 80 Prozent unter den hiesigen liegen, und einer modernen, schnell beschafften Technologie Märkte erobert.«[19]

Da also mit Geldern für ein wirklich greifendes, d. h. an die Frauenlöhne heranreichendes staatliches Mutterschaftsentlohnungsprogramm ohnehin nicht ›geklotzt‹ werden kann und das ›Kleckern‹ nicht etwa nur zu geringerer Effektivität der Programme führen, sondern das ›Verplempern‹ der knappen Mittel, d. h. ihre Wirkungslosigkeit bedeuten würde, wird es schon sehr bald nicht mehr darum gehen, die Finanzierung der Vermehrungspolitik lediglich etwas langsamer zu intensivieren, sondern sie im Gegenteil abzubauen, wenn nicht gar abzuschaffen. In Schweden, dessen Ende der dreißiger Jahre entwickelte gewaltlose und prämierende Bevölkerungspolitik als »schwedisches Modell« Vorbild für die meisten westlichen Nationen wurde, wird bereits nicht mehr die Erhöhung der Prämien, sondern die schlichte Abschaffung des Erstkindergeldes erwogen. Auch in der Bundesrepublik, wo das Erstkindergeld schon nicht mehr erhöht wurde – es liegt zudem unter den skandinavischen Sätzen –, wird der Parteienstreit um die Höhe eines einzuführenden Mutterschaftslohnes mit Rentenanspruch etc. ebenfalls sehr schnell den ›weltökonomischen‹ Einsichten der politischen Führer weichen.[20]

Das unbestreitbare Interesse der entwickelten Staaten an der Loyalität ihrer Arbeitskräfte könnte also vor der Kostspieligkeit ihrer heimischen Aufzucht kapitulieren. Anstatt hier die Heranziehung von Kindern zu finanzieren, die dann vielleicht als Piloten die anbrandende menschliche »Springflut« mit Bombenteppichen belegen oder zur »monströsen Postenkette entlang unserer Grenzen«[21] aufgestellt würden, könnte man sich gezwungenermaßen für die *Optimierung der Loyalität* der so traumhaft billig beschaffbaren Ausländer interessieren. Für die dabei einzuschlagenden Wege stünden die europäischen Nationen ja nicht ganz ohne Vorbild da (z. B. USA, Canada, Australien). Die Fehler einer bloßen Gastarbeiterpolitik könnten dann durch eine geschickt steuernde Einwanderungspolitik korrigiert werden: Quoten würden dafür sorgen, daß die einzelnen Minderheiten nicht zu stark werden, daß nicht mehr Männer als Frauen kommen, daß etwa eher Christen oder Buddhisten als Hindus oder Moslems zugelassen werden usw. Diese Einwanderungspolitik würde den Zugang vor allem an Sprach- und

Kulturkenntnisse binden und diese Auflage wegen des großen Andrangs auch durchzusetzen wissen (und damit etlichen der ansonsten überflüssig werdenden Primarstufenlehrer eine Erwerbsquelle eröffnen). Aller Erfahrung gemäß würden die so Hereingelassenen dann eher an Überanpassung als an Illoyalität leiden und mögliche Hinweise hiesiger Einwanderungsgegner auf die größere Bereitschaft ihrer – mit Mutterschaftsgeld aufgezogenen – Kinder, für den Staat zu sterben, nur um so merkwürdiger anmuten lassen.

4.

Von den Milliardenbeträgen, die allein die Bundesrepublik jährlich in Form einer *deutschen* Familienpolitik für die weitere Vermehrung der Weltbevölkerung aufbringt (1974 waren es 84 Milliarden Mark)[22], könnte dann sogar ein respektables Eintrittsbillet für den »Nord-Süd-Dialog« gekauft werden, das seinen Chefapologeten, Willy Brandt, nicht mehr nur als Redner auf der historischen Bühne erscheinen ließe. Denn es wird in den kommenden hundert Jahren nicht ausreichen, daß diejenigen, die schon zu verhüten wissen, mit der Vermehrung aufhören, sondern die Milliarden, die das noch nicht können oder wollen, müssen ebenfalls dazu instand gesetzt werden: Gelder für den Aufbau von *Sozialversicherungen* und lückenlosen *Aufklärungs- und Verteilungsapparaten für Verhütungsmittel* wären nicht schlecht dazu angetan, der immer noch weit unterschrittenen 0,9-Prozent-Schwelle des hiesigen Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe näherzukommen. Schließlich – so der SPD-Vorstand – steht die Menschheit »vor dem ungeheuren Problem einer unbewältigten Bevölkerungsexplosion, der Nahrungsmittelknappheit und des in vielen Ländern verbreiteten Hungers. In dieser Situation dürfen die reichen Industrieländer nicht gleichzeitig eine massive Geburtenförderungspolitik betreiben, während sie die Entwicklungsländer zu einer Politik der Geburtenplanung mit dem Ziel sinkender Geburtenziffern auffordern.«[23]

Es dürfte jedoch kaum dazu kommen, daß in Zukunft etwa auch in der Bundesrepublik die hier geborenen oder hier eingewanderten Arbeitskräfte wie in Indien (durch Sterilisierung) oder in der VR China (durch finanzielle Belastung) für die Fortpflanzung bestraft werden. In aufgeklärter Politik könnte man ihnen viel eher deutlich machen, daß ein Kind als *unsanktionierter* Luxus wie jedes Privatvergnügen auch privat finanziert werden muß; daß Eltern also nicht ihren weltökologisch verantwortungsvolleren Mitbürgern auf der Tasche liegen dürfen. Durch allmähliche Abschaffung des gesamten Apparates zur Propagierung und Finanzierung von Familien sowie durch die unumschränkte Aufklärung über und Bereitstellung von Verfahren zur Nachwuchsvermeidung könnte man den Bürgern bewußt machen, daß sie eine absolut selbst zu verantwortende Entscheidung treffen, wenn sie ein

Kind haben wollen. Dadurch werden die Geburtenzahlen hierzulande vermutlich noch weiter fallen, den verbleibenden Kindern aber würde eine bewußtere Elternschaft zuteil werden als je zuvor in der Neuzeit, die sie vielleicht dazu befähigt, über eine Gesellschaft nachzudenken, in der – nach dem in ferner Zukunft liegenden Abebben der Weltbevölkerungswelle – pädagogisch akzeptable und mengenmäßig stabile Generations- und Geschlechtsbeziehungen eine Selbstverständlichkeit sein werden.
Gegen eine in diese Richtung führende – eher sozialliberale als kirchlich-konservative – Politik dürften die vorrangig aus der Rechten und dem Frauenlager[24] sich rekrutierenden Protagonisten einer einheimischen Anheizung der Weltbevölkerungsvermehrung auf bedrohliche *Qualifikations*engpässe verweisen: Da bisher die Urdeutschen die hochqualifizierten Arbeitsplätze besetzten, würde bei ihrem weiteren Schwinden und dem Vordringen der schlecht ausgebildeten Einwanderer die internationale Konkurrenzfähigkeit, die durch familienpolitische Einsparungen gerade verbessert worden ist, nur um so tiefer herabsinken. Dem könnte aber entgegengehalten werden, daß unter der Milliarde junger Menschen auf dem Weltarbeitsmarkt des Jahres 2000 selbst Hochschulabsolventen in so gewaltiger Zahl vorhanden sein werden – bereits heute sind es mehr, als daheim oder in der Ersten Welt unterzubringen sind –, daß aus dem erhofften Problem nichts werden wird. Aber auch unter den Nicht-Hochschulabsolventen würde Intelligenz und Talent so reichlich blühen, daß bei Aufrechterhaltung und weiterer Verbesserung des hiesigen tertiären Ausbildungssektors mehr als genug hochqualifizierte Arbeitskräfte aus den bildungshungrigen Einwanderern gewonnen werden könnten.

5.
Kein Vielvölkerstaat Bundesrepublik mit den Loyalitätsproblemen etwa einer K. u. K.-Monarchie, Sowjetunion oder Volksrepublik China muß demnach aus der Wandlung von einer Gastarbeiterpolitik in eine gezielte Einwanderungspolitik des westdeutschen Staates erwachsen. Ein vielfältiges Gemisch, das einander mehr Anregung und Abwechslung bereiten könnte als die Öde massierter Teutonenhaufen, wäre die aus wirtschaftlichem, aber nicht unaufgeklärtem Kalkül geborene Perspektive. Die Aussicht, daß dennoch kein neues ›Großvolk‹, in dem die ursprünglichen Deutschen nur noch eine verschwindende Minderheit stellen, heranwächst, folgt bereits aus der weiter fortschreitenden technischen Beseitigung von Arbeitsplätzen, welche die Arbeitskräftebereitstellung durch den Staat in jeder Form in Grenzen halten wird. Beiläufig wird so auch eine ökologisch akzeptable Bevölkerung durch ihre – unabhängig von der Zusammensetzung – weitere absolute Verringerung ermöglicht werden. Das »Heilige Römische Reich Deutscher Nation«, das außer den deutschen Stammlanden auch noch die

Schweiz, Österreich, die Niederlande, Ostfrankreich, Böhmen und Mähren sowie halb Italien umfaßte, hatte am Höhepunkt seiner Blüte um 1200 lediglich 16 Millionen Einwohner.[25]

Anmerkungen

1 Zu den Zahlen vgl. »Grundprobleme der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland« (Antwort der Bundesregierung auf eine große Anfrage der CDU/CSU – BT-DS 8/3299 v. 26. 10. 1979), in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 1979, Heft 3, S. 351 ff., sowie Sabine Rupp, »Die Familien der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Versuch eines neueren Überblicks«, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 1980, Heft 1, S. 85 ff.

2 Vgl. Günter Buttler, *Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik*, Köln 1979, S. 168.

3 Vgl. Deutscher Bundestag, *Bericht der »Kommission zur Auswertung der Erfahrungen mit dem reformierten § 218 des Strafgesetzbuches«* (DS 8/3630), Bonn, S. 120.

4 Vgl. Klaus Natorp, »Wie eine Springflut«, Leitartikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* v. 7. 6. 1980.

5 Die Weltbevölkerung wird voraussichtlich von 4,022 Milliarden im Jahre 1975 auf ca. 6,119 Milliarden im Jahre 2000 zunehmen. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen der Erde wird im selben Zeitraum von 1,439 Milliarden auf 1,920 Milliarden wachsen. Vgl. M. Cordell McHale / J. McHale, »World of Children«, in: *Population Bulletin*, Januar 1979, S. 16. Zu den deutschen Zahlen vgl. Anm. 1.

6 Vgl. Colin McEvedy / Richard Jones, *Atlas of World Population History*, London 1978, S. 349.

7 McHale/McHale, a. a. O., S. 41.

8 Natorp, a. a. O.

9 Vgl. G. Heinsohn / R. Knieper / O. Steiger, *Menschenproduktion – Allgemeine Bevölkerungstheorie der Neuzeit*. Frankfurt 1979, Kapitel C und D.

10 In der griechisch-römischen Antike bedeutet ›Medizin‹ (lat. veneficium; griech. pharmakaion) immer auch Magie *und* Medikamente für die Geburtenkontrolle. Im europäischen Mittelalter bürgert sich dafür der Begriff *maleficium* ein, der dann in der frühen Neuzeit mit Hexerei, also mit nunmehr unerwünschten »Magien *und* Medikamenten« zur Geburtenkontrolle gleichgesetzt wird. Vgl. G. Heinsohn / O. Steiger, »Birth Control, Witch Trials and the Demographic Transition«, *Diskussionsbeiträge zur Politischen Ökonomie* Nr. 33, Universität Bremen, September 1980.

11 Zu den Zahlen vgl. McEvedy/Jones, a. a. O., S. 270, 320.

12 Vgl. E. Moor, *Hindu Infanticide*, London 1811, und L. Panigrahi, *British Social Policy and Female Infanticide in India*, New Delhi 1972.

13 Vgl. I. B. Taeuber, *The Population of Japan*, Princeton 1958.

14 Vgl. P. Palâtre, *L'infanticide et l'œuvre de la Sainte Enfance en Chine*, Shanghai 1878, und Ping-ti Ho, *Studies in the Population of China*, Cambridge, Mass., 1959.

15 Zu den Ausführungen über die Ursprünge des modernen Rassismus vgl. Heinsohn/Knieper/Steiger, *Menschenproduktion*, Abschnitt F 1: »Wie die ›Bevölkerungsexplosion‹ zu Qualitätsproblemen in der Menschenproduktion führt und der Staat zum Erzieher wird«, S. 130-142.

16 Zitiert nach K. Marx, »Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation« vom 28. 9. 1864, in: MEW 16, S. 8.

17 Vgl. F. Galton, *Hereditary Genius*, London 1869. – Der deutsche Terminus ›Rassenhygiene‹ stammt von W. Schallmeyer, *Über die drohende körperliche Entartung der Kulturmenschheit und die Verstaatlichung des ärztlichen Standes*, Berlin 1891.

18 Der CDU-Vorsitzende von Niedersachsen – W. Hasselmann – hat bereits die Aufstellung der ›weißen‹ Jahrgänge zu einer sog. letzten und dritten Truppe gefordert, da bei kriegerischen Auseinandersetzungen auf die Ausländer kein Verlaß sei. Vgl. *Frankfurter Rundschau* v. 7. 8. 1980, S. 1: »Hasselmann fordert eine dritte Verteidigungslinie«.

19 Vgl. Bo Gustafson, »Imperialismen, tredje världen och historiens list« (Imperialismus, Dritte Welt und die List der Geschichte), in: *Ekonomisk Debatt*, Stockholm 1978, Heft 5, S. 340. – Das Argument läßt sich noch verschärfen durch den Umstand – wie besonders Japan zeigt –, daß die moderne Technologie nicht einfach »schnell beschafft«, sondern selbst billiger entwickelt und damit zusätzlich überlegen ist.

20 Vgl. die postwendende Distanzierung der FDP und SPD von Vorschlägen des SPD-Familienstaatssekretärs H. G. Wolter, ein Erziehungsgeld (Mutterlohn für die ersten drei Lebensjahre eines Kindes) einzuführen (*Frankfurter Rundschau* v. 8. 8. 1980, S. 4).

21 Vgl. Klaus Natorp, »Das Heer der Hoffnungslosen«, Leitartikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* v. 7. 8. 1980.

22 Die 84 Milliarden DM setzten sich zusammen aus 37 Mrd. DM in Form von staatlichen Einkommensübertragungen an die Familien direkt und 47 Mrd. DM für kollektiv von der öffentlichen Hand angebotene Güter und Dienstleistungen. Vgl. Deutscher Bundestag, *Die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland – Dritter Familienbericht* (BT-DS 8/3121 v. 20. 8. 1979), S. 137 f.

23 Vgl. SPD, *Materialien Familienpolitik*, Bonn 1979, S. 5, Spalte 1.

24 Zur detaillierten Analyse der tiefsitzenden Motive, aus welchen von der Frauenbewegung her staatliche Mutterschaftsentlohnung gefordert wird, vgl. G. Heinsohn, »Die staatlich betriebene Sehnsucht nach dem Kind«, in: *Sozialmagazin*, Heft 7/8 und Heft 9, 1980, S. 84 ff. bzw. S. 50 ff.

25 Vgl. McEvedy/Jones, a. a. O., S. 70.

Raben Verlag München

Jean Baudrillard
Oublier Foucault

Aus dem Französischen
Jede Linearität, die der Theorie ebenso wie die des Fortschrittes, kommt bei Baudrillard in Teufels Küche.
Warum sollte Foucaults „Sexualität & Wahrheit" eine Ausnahme sein?
101 Seiten DM 9,--

Frederick Winslow Taylor
Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung

(Nachdruck von 1919)
Nachwort: Das Narrenschiff
In unseren Gedanken führen wir das Wort „Taylorismus". Daß unsere Gedanken selbst tayloristisch sind, fällt uns schon schwerer zu denken. Denn wie ein Hauch durchdringt unsere Sinne das Fabrikwesen. Kein Wunder, daß alles, was in unsere Sinne will (ob Raum, Gegenstand, Natur, Revolte, Liebe) augenblicklich zu Arbeit gerinnt.
250 Seiten DM 12,--

Wolfgang Zängl
Der Baum der Reisenden

Geschichte einer Wanderung durch die Reiche der Herren
Alle Geschichte ist die Geschichte der Herren. Und ihr Untergang ist noch stolz auf das, was seiner Beschreibung dient.
ca. 490 Seiten, Halbleinen DM 32,--

York
Gutenachtgeschichten

Ein Bilderbuch nach Kindererzählungen
68 Seiten, Halbleinen DM 13,80

Raben Verlag, Frohschammerstr. 14, 8000 München 40

Ingrid Bachérs neuer Roman über eine ungewöhnliche Liebe, über den Wahnsinn der Gesunden, über die Würde des Widerstands.

Ingrid Bachérs Roman erzählt die Geschichte einer Liebe, die Verwandlung und Veränderung einer Beziehung, ausgelöst durch einen Unglücksfall. Der Freund soll durch die Kraft der Liebenden weiter der Mensch bleiben, der er war, bevor er die Sprache verlor.

»Das Thema ist peinlich. Jedem, der in einer intensiven Zweierbeziehung steckt, stellt sich die Frage: Wie reagiere ich in einer solchen Situation?« Westdeutsche Zeitung

»Ich sehe wie man versucht, ein Ding aus ihm zu machen, und doch ist er auch jetzt identisch mit sich selber. Wenn er stumm ist erkenne ich seine Gesten, wenn er krank ist den Wahnsinn der Gesunden.«
Ingrid Bachér

»Ein Zitat aus Hölderlins Hyperion kennzeichnet die Situation: „Es ist unmöglich, und mein innerstes Leben empört sich, wenn ich denken will, als verlören wir uns. Ich würde jahrtausendelang die Sterne durchwandern, in alle Formen mich kleiden, in alle Sprachen des Lebens, um dir einmal wiederzubegegnen." Wie sich das für Ingrid Bachérs „Paar" im Zusammenhang gegenwärtiger Realität anfühlt, wird mit ziselierter Genauigkeit, einer verhaltenen, man möchte sagen „glimmenden" Intensität berichtet: Ärzte, Klinik, Irrenhaus und Befreiung zu neuer Gemeinsamkeit, aber ohne wirkliche Besserung des Patienten.« Werner Helwig

Ingrid Bachér
Das Paar
Roman
232 Seiten, DM 24,–

Hoffmann und Campe

Rogner's Edition

Deutschsprachige Literatur
in Originalausgaben

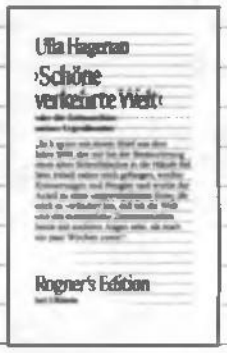
38503/DM 19.80

38506/DM 16.80

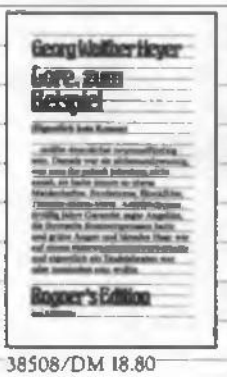
38505/DM 10.80

38507/DM 12.80

38502/DM 12.80



38516/DM 18.80



38508/DM 18.80

38511/DM 16.80

...bei Ullstein

Madeleine Gustafsson
Mein Kater ist mit einer Maus verheiratet
Ein Blick auf das »schwedische Modell«

»Schaden kann es nie«, sagte die Alte, als sie die Hefe dem Brot nachwarf.
Um die schwedische Ausländerpolitik der letzten Jahrzehnte verstehen zu können, muß man wissen, daß sie immer einen Schritt hinter der Wirklichkeit, in die sie eigentlich eingreifen sollte, zurückgeblieben ist. Vielleicht ist das nicht einmal die schlechteste Art von Politik.
Und welche Alternative hätte es auch geben können?
Kaum ein Volk hat mit dem Ausland und dem Ausländischen so wenig Kontakt gehabt wie die Schweden. Schweden ist seit Urzeiten ein abgeschlossenes und isoliertes Land. Noch vor 30 bis 40 Jahren war es, ethnisch gesehen, eins der homogensten Länder Europas. Kulturelle Gleichschaltung, eine ungestörte und selbstverständliche Verbindung von Staat, Kirche und Ausbildung bestand in hohem Maße. Einzelne, spezialisierte Ausländergruppen gab es vor allem in den Städten: deutsche Kaufmänner und Handwerker im Mittelalter, schottische Geschäftsleute und wallonische Schmiede im 17. Jahrhundert, einige wenige jüdische Familien im 18. Jahrhundert; sie waren klein an Zahl und wurden gewöhnlich im Laufe weniger Generationen assimiliert. Die größte Gruppe bildeten damals wie heute die Finnen: arme finnische Schwendland-Bauern kolonisierten vom Mittelalter bis ins 18. Jahrhundert die an Norwegen angrenzenden öden Waldgebiete. Auch dadurch entstanden zunächst noch keine größeren Probleme. Sie lebten so isoliert und beeinträchtigten die Erwerbstätigkeit der schwedischen Bauern so wenig, daß sie in bestimmten Gegenden bis weit ins 20. Jahrhundert hinein ihre eigene Sprache bewahren konnten. Als sich die spärlich besiedelten Landstriche dann entvölkerten, verschwanden sie wie ihre schwedischen Nachbarn in den Vororten der Städte und wurden gesichtslos.

1943-1966: Die Zeit der Unschuld

Diese Erfahrung hatten die Schweden selbst gemacht: während einer Generation, meistens erst nach dem Zweiten Weltkrieg, vom spärlich besiedelten, kargen Land in eine hochindustrialisierte, moderne und wirt-

schaftlich enorm expandierende Stadt-Kultur versetzt zu werden.
Wer hätte also von »Einwanderern« (das ist der in Schweden übliche Begriff für die deutsche Bezeichnung »Gastarbeiter«; A. d. Ü.) reden sollen? Die Kleinbauern aus Nordschweden, die ihre Höfe für eine Mietwohnung in Bandhagen aufgaben und dem Wald die mageren Stückchen Ackerland überließen, die ihre Eltern ihm abgerungen hatten? Die Finnen, die ebensolche Höfe auf der anderen Seite der Grenze für gleiche Mietwohnungen in denselben Vororten Stockholms aufgaben? Oder die sorgfältig ausgewählten Facharbeiter aus Norditalien, Österreich, Ungarn, die die Arbeitsmarktkommission für die Industrie herbeiholte? Schwedens Industrie, als einzige im Europa der Nachkriegszeit unbeschädigt, lief auf Hochtouren und verlangte Arbeitskräfte.
Vielleicht waren diese ausländischen Industriearbeiter in jener allgemeinen Umwandlung, die in einem atemberaubenden Tempo vor sich ging (aber es ging ja alles vorwärts, wurde besser, warum also klagen? Zum Klagen hatte man damals weder Zeit noch Rat) – vielleicht waren sie nicht die am stärksten desorientierte Gruppe.
Sie kamen zwar in ein Land, das kalt und gut die Hälfte des Jahres dunkel war und dessen Bewohner, ihre Nachbarn, sich in ihre neuen, unterschiedslosen Wohnungen so eigensinnig einschlossen, als trennten sie noch immer viele unwegsame Kilometer vom nächsten Nachbarn. Aber in der modernen Industriegesellschaft waren oft nicht die Italiener oder Ungarn, sondern die Schweden Neuankömmlinge.
Und sie wollten ja nicht bleiben. In ihrer Heimat gab es keinen Wald, der darauf wartete, über ihre Höfe zu wachsen und jede Spur ihres früheren Lebens zu verwischen. Ihre Heimatorte standen da, wo sie sie verlassen hatten, und warteten.

1966 hörte ich ein Radio-Interview mit einem italienischen Metallarbeiter, der in Västerås in Pension gegangen war. Vielleicht hatte der spröde Glockenton einer italienischen Landkirche meine Aufmerksamkeit gefangen, so daß ich das Radio nach den Nachrichten nicht abschaltete: der Reporter hatte sich die Mühe gemacht, das Heimatdorf des Mannes aufzusuchen und Geräusche von dort aufzunehmen.
Der Mann erzählte, daß er für ein Café gespart habe.
– »Werden Sie es denn jetzt kaufen?«
– »Wie sollte ich? Meine Enkelkinder sind Schweden.«

Auch diese Erfahrung haben die Schweden gemacht: im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts wanderten 1,2 Millionen Schweden nach Amerika aus. Damals war Schweden arm. Den Auswanderern ging es, wie es meistens geht: die erste Generation lernte ein schwaches Englisch, die zweite

Generation wurde zweisprachig, die dritte amerikanisch. Zurück blieb ein Gefühl für die alte Heimat, die Weihnachtsbräuche, die Blondheit, die Namen und hier und da Kontakte mit den Kusinen drüben in Schweden.
Warum sollte es den ausländischen Arbeitern anders gehen?

Ein paar Zahlen. 1940 betrug die Einwohnerzahl Schwedens 6,4 Millionen. Zum Ende des Zweiten Weltkriegs und unmittelbar danach kamen ca. 30 000 baltische Flüchtlinge, ca. 60 000 Norweger und Dänen sowie ca. 70 000 finnische Kriegskinder nach Schweden. Die meisten blieben da. Später wurden ca. 34 000 Flüchtlinge vom Kontinent nach Schweden gebracht. Ein großer Teil blieb da.
In den 50er Jahren wurde ca. 12 000 ausländische Arbeiter ins Land geholt. Aber bereits 1943 war für skandinavische Staatsangehörige der Antrag auf Arbeitserlaubnis nicht mehr erforderlich, und seit man 1954 das Abkommen über einen gemeinsamen skandinavischen Arbeitsmarkt getroffen hatte, stieg die Zahl der Einwanderer, in erster Linie aus Finnland, weiterhin: der gesamte Einwanderungsüberschuß lag in den 40er Jahren bei 134 000, der der 50er Jahre bei 106 000.
Damit war die Zeit der Unschuld vorbei.

1966-1973: Das Aufwachen

Die 60er Jahre waren die Zeit des Aufwachens; plötzlich schien alles gleichzeitig zu passieren.
Die schwedische Wirtschaft, die von ihrem Vorsprung vor dem zerstörten Europa gut gelebt und Investitionen versäumt hatte, geriet in eine Rezessionsphase.
Gleichzeitig erreichten die Einwandererzahlen unerwartete Höhen. Arme Jugoslawen und Türken, die ihren ganzen Besitz verkauft hatten und auf Gedeih und Verderb nach Schweden gereist waren, strömten durch den Zoll in Trelleborg. Die Gewerkschaften wachten auf und forderten Schutzbestimmungen für diejenigen, die bereits Arbeit hatten, auch zum Schutz der bereits im Land befindlichen Ausländer, die nicht zu einem Niedrigstlohn-Proletariat absteigen sollten. Eine solche Bestimmung wurde auch erlassen: Seit 1967 müssen sich alle außerskandinavischen Einwanderer vor ihrer Einreise Arbeitsstelle, Arbeitserlaubnis und Wohnung besorgt haben. Aber der Hauptstrom kam weiterhin aus Finnland und war unreguliert: allein von 1968 bis 1970 zogen 100 000 Menschen von Finnland nach Schweden, und Finnlands Einwohnerzahl nahm ab.
Nun erst fing man an, die Tatsachen und zukünftige Perspektiven zu diskutieren.

Bis dahin war alles ganz gemütlich gegangen. Man kann vielleicht sagen, daß die erfolgreich integrierten Ausländergruppen immer einen Leerraum eingenommen und nie jemanden verdrängt hatten. Historisch: die deutschen, schottischen und wallonischen Facharbeiter besetzten Positionen in Handwerk und Gewerbe, die die Schweden noch nicht entdeckt hatten oder die sie aufgrund mangelnder Kenntnisse nicht selbst ausnützen konnten. Die Finnen besetzten den Wald, in dem sie sich im Unterschied zu ihren vorsichtigeren schwedischen Nachbarn heimisch fühlten.
Die Einwanderer der 50er Jahre hatten den Vorteil, in einen sich ständig erweiternden Raum zu kommen: die schwedische Wirtschaft expandierte wie nie zuvor.
Auch die heutigen weitherkommenden Einwanderer nehmen einen Raum ein, in dem sie niemandem zu nahe rücken müssen, denn diesen Raum haben die Schweden verlassen.
Die Türken spülen, die Griechen putzen, die Jugoslawen stehen am Volvo-Fließband. Die Frage ist, ob es ihnen genauso leicht fallen wird, diese Räume im Rahmen einer regressiven Wirtschaftsentwicklung zu verlassen.
Oder sind wir auf dem besten Wege, etwas bisher nicht Dagewesenes zu bekommen: eine Kastengesellschaft?

Dagegen protestierte die neu geweckte öffentliche Meinung. Der Reichstag wollte nicht nachstehen und versicherte, ausländischen Arbeitnehmern solle es ermöglicht werden, »auf demselben Niveau wie die übrige Bevölkerung zu leben« (1968). Man sah sich um: was denn, taten sie das etwa nicht? Ach nein: sie hatten schlechtere Wohnungen, mehr Lärm am Arbeitsplatz, unbequemere Arbeitszeiten. Aber das würde bestimmt in Ordnung kommen, wenn man den Ausländern erst einmal in der Ausgangssituation half. Über die Ausgangssituation und ihre Probleme konnten die bereits Integrierten berichten, also: mehr Information, mehr Sprachunterricht und mehr Hilfen für Schulkinder! 1971 entstand ein Gesetz über Schwedischunterricht in bezahlter Arbeitszeit, 1972 über die obligatorische Einführung eines Dolmetscherdienstes in den Gemeinden. Man gab eine mehrsprachige Einwandererzeitung heraus und setzte eine Einwandererkommission ein. Damit hatte man sich um alles gekümmert.

Erfahrungen

Ich glaube, es war im Herbst 1970, als ich mich mit einer Grundschullehrerin unterhielt, die eine 3. Klasse unterrichtete. Sie hatte sechsundzwanzig Kinder; davon drei finnische, eines konnte ein bißchen Schwedisch und half

den anderen beiden. Ein Junge war aus Jugoslawien und konnte gar kein Schwedisch.
»Aber was machst du, wenn du ihm etwas erklären mußt?«
»In der 2. Klasse haben wir einen jugoslawischen Jungen, der schon länger hier ist. Wir holen ihn dann.«
»Und übrigens«, ergänzte sie, »meiner Erfahrung nach sitzen sie ein halbes Jahr oder so stumm da, und dann machen sie den Mund auf und *reden Schwedisch*.«
Wie eine Puppe: man spinnt eine Hülle, und innen schmilzt das alte Ich. Heraus kommt ein neuer Mensch.
Aber diese sechs Monate.

Ein Interview mit einer heimkehrenden türkischen Arbeiterfrau (aus Monica Adamssons Buch *Die Rückkehr*):
»Die Kinder und ich konnten nicht miteinander reden. Ich konnte kein Schwedisch und sie kein Türkisch. Sie sprachen türkisch, aber so wie ich schwedisch, sie konnten so wenig. Ich kann mich an eine Nacht erinnern, Dennis war damals drei. Er fing an zu schreien, und mein Mann war nicht zu Hause. Ich fragte ihn:
›Was willst du? Wasser?‹
›Nein‹, sagte er.
›Essen?‹
›Nein‹, sagte er.
›Bonbons?‹
›Nein, nein.‹
Ich konnte nur so mit den Kindern reden. Ich ging zu Öslem, meinem großen Jungen, und weckte ihn:
›Komm! Du mir helfen. Was will er? Er nur schreien und weinen.‹
Öslem ging zu Dennis und fragte ihn, und der sagte ihm etwas. Dann erzählte mir Öslem, Dennis' Decke sei heruntergefallen und er wolle, daß ich ihn zudecke. Öslem deckte ihn zu, und da wurde er ruhig. Ich begriff nicht, was ›Decke‹ sein sollte, ich konnte ihm nicht helfen!«

Im ersten Schuljahr ging ein Junge namens Mirko in die Klasse meiner Tochter. Die Lehrerin hatte die Schüler gebeten, von ihren Sommerferien zu berichten.
Mirko erzählte von seiner Großmutter im Dorf, und die Lehrerin zeigte Jugoslawien auf der Karte und erzählte, daß sie dort einmal den Urlaub verbracht hatte.
Ein Jahr später begann ein neues Schuljahr, und die Lehrerin stellte dieselbe Frage.
»Und du, Mirko?«

»Jugoslawien ist ein Scheißland.«
(Ich habe die Dörfer mit ihren pastellfarbenen Häusern und den kuppelförmigen Strohmieten gesehen. Nur alte Leute auf den Maisfeldern: die Jungen sind in Schweden. Überall sieht man ihre großen, im Urlaub gebauten Häuser, halb fertig und halb mit Brettern vernagelt. Hier wird für die Rückkehr gebaut.)

Dieselbe türkische Frau nach ihrer Rückkehr:
»Man sollte nie umziehen, so kommt es mir vor. Okay, meine Kinder haben keine Probleme in der Schule, so fleißig wie sie sind. Aber sie reden oft zusammen über Schweden und sagen: ›Wenn wir groß sind, fahren wir hin, wir sind schwedische Kinder.‹
Einmal in Schweden habe ich gehört, wie mein ältester Junge sich mit einem schwedischen Jungen stritt. Der schrie ihn an: ›Verdammter Ausländer!‹ Er antwortete: ›Nein, ich bin kein Ausländer, ich bin Schwede.‹ Ich rief ihn und sagte: ›Aber du *bist* doch ein Ausländer, du bist ein Türke und er ist ein Schwede.‹ Aber er sagte: ›Nein, ich bin in Schweden geboren.‹«

Denn sie wollten ja nicht bleiben. Viele ließen ihre Kinder bei Verwandten in der Heimat zurück, um sie schließlich doch noch kommen zu lassen, wenn die Jahre vergingen und aus der Heimreise nichts wurde. Andere kehrten mit Kindern zurück, die sich für Schweden hielten. Viele gönnten sich kaum etwas, wollten alles für die Rückkehr sparen. Das eigentliche Leben wurde auf die Zukunft verschoben.
»Als Ekaterini das Gymnasium abgeschlossen hatte, kam sie nach Schweden. Damit war ihr Traum, Lehrerin zu werden, beendet. In Schweden konnte sie auch ihren Plan, zu studieren, nicht verwirklichen.
›Wir gingen in einen Kurs, als wir in der Fabrik in Bromölla arbeiteten, und mein Mann und ich waren die besten. Da haben sie gesagt, daß sie uns helfen würden, wenn wir in Schweden studieren wollten. Aber mein Mann mußte zurückfahren und seinen Militärdienst machen. Das war das Furchtbare – sonst hätten wir vielleicht auch in Schweden etwas werden können, wir wollten studieren . . . Später hat mein Mann manchmal davon geredet, zur Abendschule zu gehen, aber mit den Kindern und dem Haus, wir mußten sparen . . .‹«
Der Gedanke, daß es *anders sein könnte*, höhlt das Leben aus, hier wie dort.

1974 – Neue, kühne Ziele

1974 hatte die Ausländerkommission ihre Untersuchung beendet und veröffentlichte ihr Hauptgutachten. Darin wurden neben dem Gleichheitsprinzip auch die neuen Ziele »Wahlfreiheit« und »Mitwirkung« für die Ausländerpolitik formuliert. Ethnischen Minoritäten, so konnte man lesen (denn jetzt hießen sie so und nicht mehr »Einwanderer«), müßten kulturelle Rechte zugesichert werden, besonders das Recht des Kindes auf Unterricht in seiner Muttersprache. (Paradoxerweise führte die Einwanderer-Diskussion auch zu einem veränderten Blick auf die Lage der Samen (Lappen), die jetzt erst als Minorität mit bestimmten kulturellen Rechten anerkannt wurden.)

Mitte der 70er Jahre wurden eine Reihe konkreter Reformen durchgeführt. Seit 1976 erhalten alle ausländischen Bürger, die über drei Jahre in Schweden gelebt haben, das aktive Wahlrecht und sind in Kommunalwahlen auch wählbar. Die Wartezeit für die Staatsangehörigkeit wurde auf fünf Jahre herabgesetzt. Die Unterstützung für Einwanderer- und Minoritäten-Organisationen wurde gesetzlich festgelegt, ebenso die Unterstützung freikirchlicher Gemeinden, Presse- und Literaturförderung, Bibliotheksdienst für Minoritätssprachen, Funk- und Fernsehsendungen in diesen Sprachen und nicht zuletzt die sogenannte Muttersprache-Reform, d. h., die Gemeinden müssen den Kindern Unterricht in ihrer Muttersprache erteilen lassen.

Jetzt sollte es keine stummen Kinder in den Schulklassen mehr geben und keine behindernde »Halbsprachigkeit«, vor der die Forscher warnten. Schluß mit dem Sprachtausch, der dazu führte, daß Familienmitglieder sich nicht mehr verstehen konnten. Die Einwanderer der zweiten Generation sollten Hilfe bei der Aufrechterhaltung des Kontakts mit der Sprache und Kultur ihrer Eltern bekommen und stolz auf sie sein können. Wenn sie später eine Rückkehr ins Heimatland wünschten, so sollten Sprachschwierigkeiten kein Hindernis für sie sein.

Auch ideologisch hatte man den Schwerpunkt verschoben. Die 60er Jahre waren die Zeit der sozialen Entdeckungen gewesen. Die 70er Jahre brachten eine andere Meinungswelle mit sich: *für* die Vielfalt, den Regionalismus, die Dezentralisierung, *gegen* Zentralismus, Spitzentechnologie und die im internationalen Wirtschaftsleben sich durchsetzende Gleichschaltung von Lebensmustern. Als ginge es darum, im letzten Augenblick zu bremsen und für die Zukunft auch die Werte zu bewahren, die wir in der Zeit der ökonomischen Fortschritte beiseite geschoben sahen.

Auch die Muttersprache-Reform muß im Licht dieser Meinungsänderung gesehen werden.

Inzwischen hatte die Einwanderung einen anderen Charakter angenommen.

Die große Einwanderungswelle der 60er Jahre war abgeebbt, die Hochkonjunktur beendet. Seit 1970 kamen keine außerskandinavischen Arbeitskräfte mehr ins Land. Die neuen Einwanderer – Chilenen, Assyrer, Vietnam-Flüchtlinge – kommen nicht aus ökonomischen Gründen.

Seit ein paar Jahren tauchen in den Zeitungen neue Schlagzeilen auf:
»Flüchtlinge ohne Papiere mit Charterflug abgeschoben«
»Minderjährige nach Syrien zurückgeschickt, die Mutter in Schweden versteckt«
»Polizeirazzia im Kloster«
»Mutter ließ Neugeborenes im Krankenhaus zurück, um Ausweisung zu entgehen«
»Todesstrafe bedroht Flüchtlinge«
Aber auch folgendes:
»Rassenkrawalle in Södertälje«
»Rocker und Assyrer: Schlägerei«
»Gewalttätigkeit bei Streit in Wohnsiedlung«

Die Flüchtlingsgruppe der Assyrer erregte am meisten Aufmerksamkeit. Die Assyrer oder Syrianer, wie sie auch genannt werden, sind ein Restvolk, das jahrhundertelang zwischen Syrien, der Türkei, dem Irak und dem Libanon hin- und hergeworfen wurde. 1914-15 wurden sie – wie die Armenier – beim Massaker an den Christen in der Türkei fast vernichtet. Die Überlebenden wohnen vor allem im Grenzgebiet zwischen Syrien und der Türkei, wo sie weiterhin der Verfolgung ausgesetzt sind. Seit 1975 kommen sie in größerer Zahl nach Schweden. Ihre Einwanderung ließ sich trotz wiederholter Versuche von seiten der Behörden nicht aufhalten. Heute sind ca. 10 000 in Schweden, die meisten davon wohnen in Södertälje.

Zuerst kamen Einwanderer zu uns, die alle von der Rückkehr träumten. Gedankenlos machten wir Schweden aus ihnen. Die Erkenntnis der psychischen Folgen vor allem für die zweite Generation veranlaßte die Behörden zum Umdenken.
Jetzt kommen Einwanderer zu uns, die bleiben wollen oder müssen und davon träumen, in Schwedens Grenzen eine Freistatt zu finden, wo sie ihre Eigenständigkeit bewahren können. Ihnen wollen wir helfen, Fremdkörper zu bleiben.
Wissen wir eigentlich, was wir tun?
Oder, anders ausgedrückt, verstehen eigentlich die Einwandererkommission und die Einwanderer selbst unter »kulturellen Rechten« das gleiche?

1979 weihte die Zigeunervereinigung ihr Vereinslokal in Västerås ein. Man hatte an langen, blumengeschmückten Tischen gedeckt und Zigeunergerichte gekocht. Repräsentanten der Stadt und Journalisten waren eingeladen. Eine Tanzvorführung war geplant. Bevor das Fest beginnen konnte, wurde das Lokal jedoch von einer anderen Zigeunergruppe besetzt, die die Tische umwarf, die Möbel zusammenschlug und erst verschwand, als die Organisatoren die Polizei riefen.
Welche Gruppe repräsentierte nun die Kultur der Zigeuner?
Die Organisatoren, die »die Kultur der Zigeuner bewahren« wollten, worunter sie Lieder, Tänze, Gerichte und Geschichte verstanden, aber nicht Stammesfehden, Kinderehen und Analphabetismus? Oder die Angreifer, die in einer Verbrüderung Verrat sahen und in Tanzvorführungen folkloristischen Firlefanz?

Das erste in den 80er Jahren in Schweden geborene Kind war ein Mädchen mit einer finnischen Mutter und einem spanischen Vater. Das zeichnet ein Miniaturbild der schwedischen Bevölkerungssituation. Mittlerweile sind 9 Prozent der Grundschüler Ausländerkinder, und man rechnet damit, daß in 10 bis 20 Jahren jeder vierte Einwohner Schwedens von einem Einwanderer abstammt. Das verweist auch darauf, daß die Anzahl der Kinder aus Ehen zwischen Einwanderern und Schweden und zwischen Einwanderern verschiedener Nationen bald die der Kinder *einer* fremden Nationalität übersteigen wird. Welche Sprache soll man als »Muttersprache« jenes kleinen Mädchens gelten lassen – Finnisch? Spanisch? Schwedisch?
Diese Frage betrifft die meisten Einwanderer der zweiten Generation.
Heutzutage werden in Schweden über 100 Sprachen gesprochen. In der Grundschule werden 54 verschiedene Sprachen unterrichtet. Manche Vorstadtgemeinden mit hoher Einwandererkonzentration haben die gesetzliche Verpflichtung, Unterricht in 50 verschiedenen Sprachen nebeneinander halten zu lassen. Denn »hohe Einwandererkonzentration« ist kein Sammel-, sondern ein Negativbegriff. Bestimmte Wohngebiete haben nur dies gemeinsam, daß dort sehr wenig Schweden wohnen.
Von offizieller Seite hat es Vorschläge gegeben, wonach sich die Einwanderer zwecks besserer Betreuung gruppenweise in verschiedenen Kommunen konzentrieren sollten – also genau die Ghettobildung, die man bisher (und leider mit schwachem Erfolg) vermeiden wollte.
Es sollte natürlich freiwillig sein.
Wie in Södertälje.

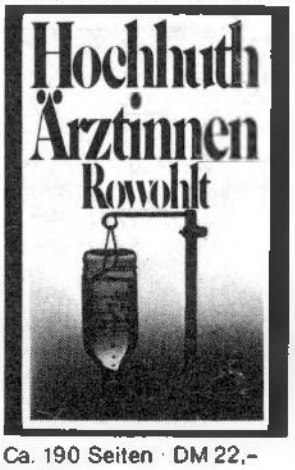
Diese gutgemeinte Einwandererpolitik, immer einen Schritt hinterher, und jetzt sitzt ihr die Rezession an den Fersen . . .
Vielleicht ist die Zeit der Unschuld doch noch nicht vorbei?

Die heutigen Reformen bauen auf den Erfahrungen auf, die die Einwanderer der ersten Generation und deren Familien gemacht haben. Von ihnen habe ich gesprochen.
Natürlich sollen alle die Hilfe bekommen, die sie brauchen, besonders in der Schule. Aber: steht es immer fest, daß Eltern und Kinder dieselben Interessen haben? Kann es nicht sein, daß Eltern ihre Kinder als eine Art Rückversicherung benützen, als einen Baustein in einem entnervenden Spiel zwischen zwei Möglichkeiten, von denen jeweils nur eine verwirklicht werden kann? Und kann man sich nicht vorstellen, daß der Unterricht in der Muttersprache, den man jetzt immer öfter nicht nur für die Schulen, sondern auch für die Kinder obligatorisch wissen will, von den Minoritätengruppen eher zur Erhaltung ihrer Autonomie als zur Eingliederungshilfe für das Kind angewandt wird?

Es gibt assyrische Kinder, die in ihrem Heimatdorf eine Sprache sprechen und eine andere lesen gelernt haben, meistens Arabisch oder Türkisch. Jetzt gehen sie in schwedische Schulen. Welches ist ihre »Muttersprache«? Türkisch? »Die Sprache der Unterdrücker, kommt nicht in Frage«, sagen die Eltern. Turoyo, das keine Schriftsprache kennt? Oder die Sprache der heiligen Schriften, die weder Eltern noch Kinder beherrschen? »Deshalb sind wir ja hergekommen«, sagen die Eltern.
Aber die Kinder?

Ein Aufsatz von Eleni Androvic, einem zehnjährigen griechischen Mädchen aus Hjulsta (aus der Zeitschrift *Unser Neues Land*):
»Mein Kater ist nicht so wie die anderen Kater auf der Welt. Er hat drei Ohren, aber auf einem Ohr hört er nichts. Er hat vier Augen, aber auf zweien trägt er eine Brille. Zwei Augen sind gelb, und die anderen zwei sind weiß mit schwarzen Punkten. Sein Fell ist hellblau wie der Himmel in Griechenland. Mein Kater hat keinen Schwanz. Er hat einen schönen Namen, aber den verrate ich nicht. Mein Kater ist mit einer Maus verheiratet, und das ist mein größtes Problem. Ich weiß nicht, wann er sie auffressen wird.«
Gibt es einen anderen Weg, als Katze und Maus das Zusammenleben zu lehren, nicht in ihren Käfigen, sondern in jedem Individuum?
Hoffentlich bleibt uns Zeit.

Aus dem Schwedischen von Astrid Arz



Systembedingte Übelstände in der pharmazeutischen Industrie und in der medizinischen Forschung sind das Thema von Rolf Hochhuths neuem brisantem Theaterstück.

Ca. 190 Seiten · DM 22,–

Neue deutschsprachige Literatur bei Rowohlt

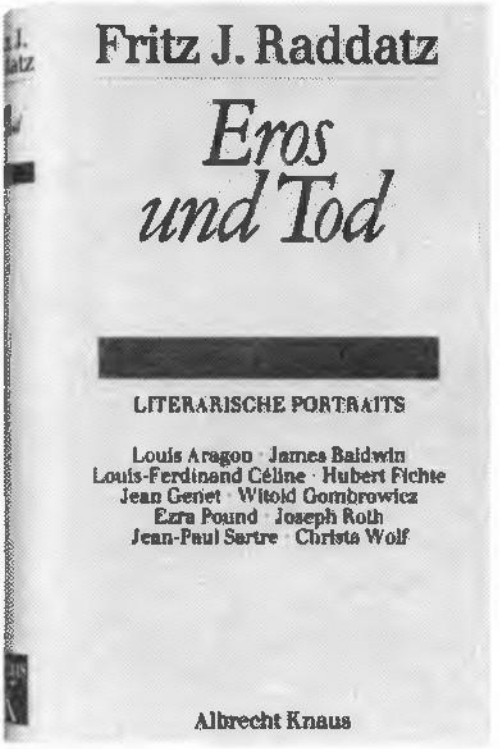
«Die eingepaßte Funktion fast jedes einzelnen in der Industriemaschine zwingt ihn zu immer rationellerem Verhalten. Er hat vieles zu vergessen, viele Möglichkeiten seines Körpers und Geistes sind als Möglichkeiten abgestorben. Die Maschine erzwingt ein verstümmeltes Sprechen.» Nicolas Born

224 Seiten · DM 24,–

Dieser erste Band einer Gesamtausgabe von Brinkmanns Lyrik vereint alle Gedichtbände, die Brinkmann selbst seit 1962 zur Publikation brachte; zumeist die in Kleinverlagen oder auf Handpressen veröffentlichten.

376 Seiten · DM 28,–

Er findet immer Zustimmung und Widerspruch. Literaten seiner Kenntnisse und Begabung sind in Deutschland selten.



1.–5. Tausend, 280 Seiten, DM 36,–

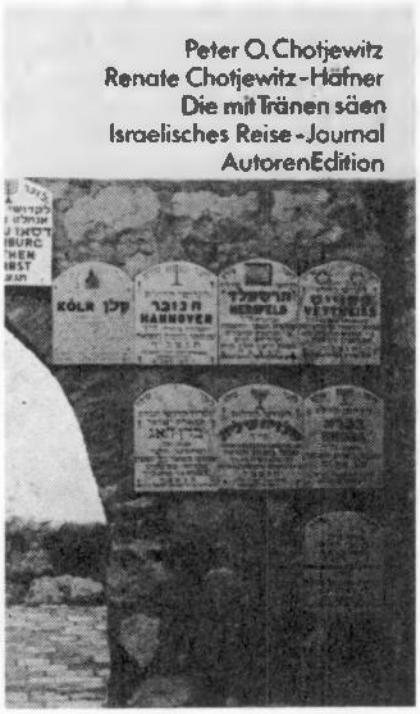
Welt wird in Literatur nur transparent, wenn sie vom Kunstwerk aufgezehrt wird. Die Berührung mit der Welt, die die hier porträtierten Schriftsteller erfahren hatten, produzierte Entsetzen, Panik, Furcht, Flucht. Die radikale Schönheit des Werks dieser Autoren entspringt der Radikalität des: Nein.

Albrecht Knaus Verlag Hamburg

Knaus

Verlag AutorenEdition

Aus Hessen vertrieben, in Israel beheimatet?



Renate Chotjewitz-Häfner/
Peter O. Chotjewitz

Die mit Tränen säen

Ein israelisches Reisejournal
Ca. 200 Seiten mit zahlreichen Fotos,
Paperback DM 24,80. ISBN 3-7610-0567-9

In Tagebuchaufzeichnungen, Reportagen und Interviews entsteht ein Bild des Landes, in das die Juden kamen und in dem sie heute leben; ein Bild, das in vieler Hinsicht unserem Klischee des Landes Israel heute widerspricht.
Dieses Reisejournal knüpft dort an, wo Peter O. Chotjewitz' letzter Roman „Saumlos" aufhört.

Peter O. Chotjewitz

Saumlos

Roman. 164 Seiten, Englische Broschur
DM 14,80. ISBN 3-7610-0552-0

So gewöhnlich das Dorf Saumlos in Hessen heute wirkt, so ungewöhnlich ist seine Geschichte: Vor 1933 gab es dort eine jüdische Bevölkerungsmehrheit, 1938 waren die Juden verschwunden. – 1973 wird in Saumlos ein Außenseiter tot aufgefunden. Mord? Selbstmord? Das Schicksal dieses Mannes ist mit den Vorgängen um die Vertreibung der Juden verknüpft. Aber Saumlos hat seine Geschichte verdrängt und vergessen . . .

Verlag AutorenEdition
München und Königstein

Kinder-kalender 1981

ab 8
6 DM

. . . . . .Liebe mit 11
. . . . . .Traumreise
. . Die Mauer in Berlin
. . . . . Gipsmasken
. . . . .Klaugeschichten
. . . . . .Krieg spielen
. . . . . Angst
. . . . . .Schlecht hören
. .Das Känguruh im Supermarkt
. . . . . .Ahmed
. . . . . .Flohspiele
. . . . . Geschichten aus der 6a
. . . . . Faltschiff
Kinderschutz-Zentrum
. . . . . Rezepte

Joseph Ziemian

Sag bloß nicht Mosche...

168 S. mit Originalfotos u. Kartenbeilage
ab 12, DM 16.80
1943: Jüdische Kinder schlagen sich im Warschauer Getto durch.

Sven Wernström

Knechte

18 Erzählungen in 9 Bänden
Knechte 1: Das Menschenopfer (11. Jh.), Die Hochzeit des Knechtsmädchens (12. Jh.), 80 S., DM 9.80
Knechte 2: Der Mann aus Varnhem (12. Jh.), Die Freigegebenen (13. Jh.), 112 S., DM 12.80
Knechte 3: Kampfspiele (13. Jh.), Der Schwarze Tod (14. Jh.), 96 S., DM 12.80
„Eine anschauliche ... viele Fragen und Nachdenken provozierende Geschichtserzählung. Geeignet für Kinder von 12/13 Jahren an, insbesondere als ergänzende Lektüre zum Geschichtsunterricht." EKZ-info

Freinet-Pädagogik

Chr. Koitka (Hg.), BU 8, 144 S., 10.50 DM
„Über das 'Selbermachen' die Schule so reformieren, wie es den 'eigenen' Bedürfnissen entspricht – den Bedürfnissen der Schüler."
schwarz auf weiß

Basis Verlag

Postfach 645, 1 Berlin 15

Fritz Franz
Einwanderer ohne Einwanderungsland

Seit die Ausländerfrage die Massenmedien erreicht und ein öffentliches Problembewußtsein geschärft hat, geben sich die Parteien in der Problembewältigung wortreich, tolerant und zuversichtlich. Da ist von »Integration« und von »Chancengleichheit« die Rede und von »unseren ausländischen Mitbürgern«, gerade so, als ob sie zu »uns« gehörten, jedenfalls uns nahe stünden. Aber »Einwanderungsland« – das ist die Bundesrepublik nicht. Eine »Eindeutschung« wird abgelehnt, die Einbürgerung sei nicht das vordringliche Anliegen. Die Deutschen wollen unter sich bleiben.

1. Die heilige Nation

Als geschlossene Gruppe wähnt sich die deutsche Bevölkerung im Besitz der politischen und wirtschaftlichen Alleinherrschaft; sie begreift sich als der »Souverän«, von dem alle Staatsgewalt ausgeht (Art. 20 Abs. 2 GG). Zwar wird der einzelne Bewohner des Bundesgebietes nicht umhin können einzusehen, daß sein Anteil an der Ausübung der Staatsgewalt äußerst bescheiden und im Regelfall auf die Ausübung des Wahlrechts beschränkt ist. Dennoch ist dies »sein« Staat, in dem er das Sagen zu haben glaubt, jedenfalls im Verhältnis zu staatsfremden Personen, mögen diese auch seit Jahren oder Jahrzehnten im Bundesgebiet ansässig sein.
Die Identifikation des Einzelnen mit »seinem« Staat führt zurück in die Geburtsstunde der europäischen Nationalstaaten. Im Zeitalter der absoluten Monarchie war der »Herrscher von Gottesgnaden« oberster Souverän seines Herrschaftsbereichs. Er übte über Land und Leute seines Territoriums die absolute Gewalt aus; Einheimische wie Fremde waren ihm in gleicher Weise »untertan«. Das änderte sich mit der französischen Revolution, deren radikal-demokratisches Pathos von der liberté, égalité und fraternité aller Menschen ein neues Staats- und Menschenbild formte. Der alte Souverän wurde gestürzt, ein neuer nahm seinen Platz ein. Fortan ging alle Staatsgewalt vom »Volke« aus. Dieses »Volk« begriff sich ursprünglich als eine politische Gesinnungsgemeinschaft, verbunden durch die Ideen der französischen Revolution. Doch schon unter dem napoleonischen Kaiserreich und

mehr noch unter der nachfolgenden Restauration verengte sich der Volksbegriff auf den nationalen Aspekt einer durch Geburt oder Abstammung vermittelten Zugehörigkeit des einzelnen zu seinem Staat; die vermeintliche Befreiung des Volkes mündete in die neue Abhängigkeit staatsbürgerlicher Bindungen. Seinen Wohnsitz konnte man (jedenfalls bis Ende des vorigen Jahrhunderts) frei wählen – die Staatsangehörigkeit nicht. In sie wurde man schicksalhaft hineingeboren wie in eine Familie, bei der man auch nicht gefragt wird, ob man sich diese oder bessere Eltern wünscht. »Der Wohnsitz innerhalb unserer Staaten soll in Zukunft für sich allein die Eigenschaft als Preuße nicht begründen«, heißt es richtungsweisend im preußischen Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Eigenschaft als preußischer Untertan vom 31. Dezember 1842. So ist das heute noch. Demgemäß führt ein Wechsel des Wohnsitzes über die Staatsgrenzen hinaus nicht zum automatischen Verlust der Staatsangehörigkeit. Sie ist im Reisegepäck enthalten, ob man will oder nicht. Zwar untersteht der Einwanderer den Gesetzen des Gastlandes, denn er ist dessen Gebietshoheit unterworfen. Die sogenannte Personalhoheit aber verbleibt beim Heimatstaat; er übt über die »Person« des Auswanderers Hoheitsrechte aus. Als probates Druckmittel hat sich dabei insbesondere der Nationalpaß erwiesen, dessen Nichtverlängerung einen Auslandsaufenthalt jäh beenden kann, so daß es der Heimatstaat jederzeit in der Hand hat, seine Angehörigen zur Erfüllung vaterländischer Pflichten anzuhalten oder zu einer vaterlandsgemäßen Lebensführung im Aufnahmeland zu verpflichten.

Das System der Anbindung des Menschen an einen Staat, dem er »angehört«, konnte funktionieren, weil es denen gelegen kam, die im Namen des Volkes Staatsgewalt ausüben. Eine homogene Staatsbevölkerung läßt sich leichter regieren als eine heterogene. Mit den vorgegebenen Merkmalen gemeinsamer Sprache, Kultur und Geschichte konnten über die Klammer der Staatsangehörigkeit Homogenitätsvorstellungen entwickelt werden, die Staat und Gesellschaft zu einer schier unlösbaren Schicksalsgemeinschaft verbinden.

In dieser Gemeinschaft sind Fremdstaatler, Mehrstaatler und Staatenlose ein Fremdkörper. Ihre Gebietszulassung führt zu Verwirrungen und Spannungen. Dabei sind Fremdstaatler deshalb suspekt, weil sie einem fremden Herrn Treue schulden; auf fremde Staatsangehörige als Kollektiv wird das Mißtrauen übertragen, das fremde Staaten einzuflößen pflegen. Mehrstaatler sind unerwünscht, weil niemand »zween Herren« gleichzeitig dienen kann. Nicht weniger verdächtig sind Staatenlose, die keinen Herrn über sich haben. Also sind Nationalstaaten solidarisch daran interessiert, Staatenlosigkeit ebenso wie Mehrstaatlichkeit zu vermeiden. Sie respektieren die Personalhoheit des Heimatstaates, insbesondere dessen Paßhoheit, wechselseitig, weil die völkerrechtlichen Wiederaufnahmepflichten des Heimatstaates gegenüber

seinen Angehörigen die unerläßliche Voraussetzung dafür sind, daß sich der Aufnahmestaat unerwünschter Fremder wirksam entledigen kann.
Die Fürsorge des Nationalstaates konzentriert sich auf die »staatseigene« Bevölkerung. Ihren Wohlstand, ihre Sicherheit gilt es zu mehren, damit zwischen Staat und Gesellschaft jene Deckungsgleichheit hergestellt werden kann, die den Bürger befähigt, »seinem« Staat das letzte Opfer zu bringen. Über das Bindeglied der Nation gelingt diese Form absoluter Identifikation und Hingabe am vollkommensten. Nationale Appelle sind jedenfalls in Europa noch immer wirksamer als der Ruf nach einem gerechten, humanen, christlichen, liberalen, sozialen oder sozialistischen Staat. Sendungsbewußtsein, Überheblichkeit und Größenwahn haben die für das Zusammenleben der Menschen gültigen Wertvorstellungen verschüttet und den Eigenwert des Individuums auf dem Altar der gottähnlichen Nation geopfert.
Die Fehler der Vergangenheit sind zwar erkannt, aber ihre Folgen noch nicht überwunden. Nach wie vor begreifen sich die Bewohner dieser Erde in erster Linie als Deutsche, Türken, Griechen oder Spanier und allein deshalb für ein besonderes Produkt der Spezies Mensch, das sich von den Angehörigen anderer Nationen durch besondere Qualitäten vorteilhaft abhebt. Nach wie vor verstehen sich die Staaten in erster Linie als Zweckverband der eigenen Staatsangehörigen und nicht der gesamten Gebietsbevölkerung. Die Bundesrepublik Deutschland bildet hiervon keine Ausnahme. Die Präambel des Grundgesetzes (GG) bekräftigt den Willen des Deutschen Volkes zu »nationaler und staatlicher Einheit«, wobei dem Bindewort »und« wohl eher die Funktion eines Schönheitspflasters zugedacht war. Die maßgeblichen Grundrechte privater Lebensgestaltung werden den eigenen Staatsangehörigen garantiert. Freizügigkeit und die Freiheit der Berufswahl, aber auch politische Rechte wie Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sind nicht als Menschenrechte ausgestaltet, sondern »allen Deutschen« verbürgt.

2. Abwehrfunktion des Fremdenrechts

Das vielzitierte »Menschenbild des Grundgesetzes« hat sonach zwei Gesichter, ein deutsches und ein nichtdeutsches. Im Wertsystem der Verfassung steht der deutsche Mensch obenan; der Ausländer ist ihm auf deutschem Territorium als Wasserträger zugeordnet. Zur Absicherung ihrer dienenden Funktion stehen Ausländer auf existentiellen Lebensbereichen unter Sonderrecht. Sie brauchen – wie in anderen Staaten auch! – zur Gebietszulassung und zur Berufsausübung eine staatliche Erlaubnis, die nach Bedarf erteilt und bei Nichtbedarf wieder entzogen werden kann. Das wird verpackt in gefällige Floskeln, die manipulierbar sind und als Rechtssätze leerlaufen. Im Ergebnis zielt das Erlaubnisverfahren darauf ab, die Exekutive von rechts-

staatlichen Bindungen durch polizeistaatliche Vollmachten freizustellen.

Besonders gelungen ist dies im Ausländergesetz des Jahres 1965, das von Ministern und Ministerialbeamten als das »wohl liberalste der Welt« gepriesen wird. Der deutsche Gesetzgeber stand vor der Aufgabe, die »großen Ausländerströme« zu »regulieren«. Er hätte auf die Ausländerpolizeiverordnung des Jahres 1932 zurückgreifen können, die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes angewandt wurde und in ihrer Schlüsselnorm (§ 1) bestimmte: »Der Aufenthalt wird Ausländern erlaubt, die nach ihrer Persönlichkeit und dem Zweck ihres Aufenthalts die Gewähr dafür bieten, daß sie der ihnen gewährten Gastfreundschaft würdig sind«. Der Gesetzgeber entschied sich anders. Er wählte eine Formulierung, die in ähnlicher Fassung während des Krieges galt, als 5,5 Millionen Fremdarbeiter und 1,5 Millionen Kriegsgefangene vornehmlich in der deutschen Rüstung beschäftigt waren. Seinerzeit war die »Würdigkeit« alten Rechts gestrichen und durch »öffentliche Belange« verdrängt worden (§ 10 der Verordnung vom 5. Sept. 1939); staatliche Belange sollten für die Dauer des Krieges die verbindlichen Maßstäbe der Aufenthaltsgewährung zu Arbeitszwecken setzen. Auch nach geltendem Recht dürfen »Belange« des Staates »nicht beeinträchtigt« sein, damit eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden »darf« (§ 2 Ausländergesetz).

In der öffentlichen Diskussion wird der Bundesregierung häufig vorgeworfen, sie betreibe eine Ausländerbeschäftigungspolitik ohne Konzept. Das stimmt so nicht. Der Ablösung der APVO 1938 durch das Ausländergesetz 1965 liegt ein überaus klares und aus nationalstaatlicher Sicht auch einleuchtendes Prinzip zugrunde: Es galt, den Vorrang Deutscher gegenüber Fremden zu verfestigen, die als Arbeitskräfte zwar gebraucht und demgemäß ins Land geholt wurden, deren man sich aber nicht hätte entledigen können, wenn ihr weiterer Aufenthalt vom subjektiven Merkmal persönlicher Würdigkeit abhängig gewesen wäre. Mit der »Würdigkeit« alten Rechts war eine Einwanderung nicht zu verhindern, wohl aber mit den »Belangen« neuen Rechts. Indem der Bundesrepublik das Etikett aufgeklebt wurde, »kein Einwanderungsland« zu sein, konnte das Millionenheer der angeworbenen ausländischen Arbeiter und ihrer Familien fest in den Griff der Verwaltung genommen werden. Mochte der Ausländer »würdig« sein oder nicht: Er war auf jederzeitigen Abruf zu stellen. »Einwandern« durfte er nicht, denn seinem Verbleib standen die »Belange« eines Nichteinwanderungslandes entgegen.

Die Rechnung des Jahres 1965 ist nicht aufgegangen. Billige und willige Arbeitskräfte werden noch immer gebraucht. Unternehmerische Interessen verhinderten eine »Rotation«, weil es unwirtschaftlich gewesen wäre, den durch die Sprachbarriere und den oft abrupten Übergang in die Lebensformen einer modernen Industriegesellschaft zusätzlich erschwerten Anlernprozeß alle paar Jahre auf Betriebskosten zu wiederholen. Verfassungsrechtliche Bedenken mögen die Hemmnisse gegen einen rigorosen Gesetzesvollzug verstärkt haben. Spätestens seit dem Gutachten des Rechtsgelehrten Isensee auf der Mannheimer Jahrestagung 1973 der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer gilt nicht mehr als sicher, daß die Bundesrepublik sich angeworbener Arbeitskräfte ohne weiteres entledigen kann. Auf dem 53. Deutschen Juristentag 1980 in Berlin fand breiteste Zustimmung die These, daß mit zunehmender Aufenthaltsdauer – spätestens nach 15 Jahren – dem Ausländer »eine materiale Grundrechtsposition zuwächst, welche auch im Bereich der (Deutschen verbürgten) Berufsfreiheit schließlich . . . der materialen Verfassungsposition eines Deutschen gleich wird« (Gutachten Schwerdtfeger, Leitsatz IV). Das Bundesverfassungsgericht hat den Einwand eines »Nichteinwanderungslandes« als einen (der Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis) entgegenstehenden staatlichen Belang verworfen, wenn die Aufenthaltserlaubnis wiederholt »routinemäßig und ohne Einschränkungen verlängert« worden war (Beschluß vom 26. Sept. 1978, BVerfGE 49, 168-186). 25 Jahre nach Beginn der Anwerbeperiode ist der Zug abgefahren, mit dem angeworbene Arbeitskräfte, wenn sie überflüssig oder lästig geworden sind, zwangsweise außer Landes geschafft werden könnten.

Die Verwaltungspraxis hat sich dieser Einsicht nicht verschlossen. Langfristiger Aufenthalt ist nicht mehr bedrohlich, sondern rechtssteigernd; Arbeitslosigkeit allein schließt die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis nicht mehr aus. Seit dem 1. Oktober 1978 gelten bundeseinheitlich neue Verwaltungsvorschriften, die der Behörde, wenn auch unter einengenden Voraussetzungen, die Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis nach fünfjährigem Aufenthalt und einer Aufenthaltsberechtigung nach acht Jahren im Regelfall zur Pflicht machen. Ausländische Arbeitnehmer haben es wieder in der Hand, durch »Wohlverhalten« oder »Würdigkeit« auf die Dauer ihres Aufenthalts Einfluß zu nehmen. Als Inhaber einer unbefristeten Erlaubnis oder einer Aufenthaltsberechtigung sind sie der ständigen Sorge um die Verlängerung ihrer jeweils nur befristeten Erlaubnisse enthoben. Sie müssen Ausweisungsgründe setzen, um ausgewiesen werden zu können; diese müssen schwer wiegen, denn Bagatelldelikte rechtfertigen eine Ausweisung nicht.

Die neuen Verwaltungsvorschriften greifen nur zögernd. Bis Ende September 1979 waren, obwohl jeder zweite registrierte Ausländer seit acht Jahren und länger in der Bundesrepublik wohnt, erst 22 Prozent aller Ausländer im Besitz einer unbefristeten Erlaubnis, nur 0,6 Prozent besaßen eine Aufenthaltsberechtigung. Viele Betroffene scheuen den Gang zur Behörde, weil sie neben dem Erfordernis der Aufenthaltsdauer und einer qualifizierten, nach fünfjähriger ununterbrochener Beschäftigung erhältlichen Arbeitserlaubnis einfache Deutschkenntnisse darlegen und ausreichenden Wohnraum sowie deutschen Schulbesuch ihrer Kinder nachweisen müssen. Nicht selten endet die mit »geharnischten« Formularen, Befragungen und Überprüfungen aufgeblähte Prozedur mit einem Mißerfolg, weil Staatsdiener generell und Ausländern gegenüber im besonderen zu einem eher restriktiven als bürgerfreundlichen Verwaltungsvollzug neigen. Das Erwachen aus der Traumwelt eines Nichteinwanderungslandes und das Einschwenken in die neue Politik aufenthaltsrechtlicher Sicherheiten wird mit Verwaltungsvorschriften allein nicht gelingen.

Das zähe Festhalten führender Politiker an den Grundpositionen »kein Einwanderungsland, kein Kommunalwahlrecht« ist nicht zu verantworten, wenn nicht griffige Mittel angeboten werden können, die eine Entfernung vom Staatsgebiet und die Verdrängung der Ausländer aus dem öffentlichen Leben ermöglichen. Diese Mittel gibt es nicht. Der Rechts- und Sozialstaat Bundesrepublik kann sich auf redliche, legale Weise nicht mehr den aus vorangegangenem Tun folgenden Rechts- und Sozialpflichten der Einbindung angeworbener ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien in die Gesellschaft entziehen. Der Staat muß Farbe bekennen. Das ist deshalb so wichtig, weil anders die Mehrheit der deutschen Bevölkerung für die Herstellung tragfähiger Dauerbeziehungen nicht zu gewinnen sein wird. Gegenüber Mitbewohnern »auf Zeit« kann der Dauermieter tolerant sein oder auch nicht; er kann sich zurückziehen und warten, bis der Untermieter ausgezogen ist, er kann dem Untermieter kündigen oder ihn aus der Wohnung ekeln, er kann auch versuchen, zu einem zeitlich begrenzten Arrangement zu finden. Gegenüber gleichberechtigten Dauermietern ist dieser Entscheidungsspielraum verengt. Um der eigenen Existenz willen bleibt keine andere Wahl als hinzunehmen, daß der Nachbar, auch wenn er »nur« Italiener ist, gleiche Rechte hat, um aus dieser Einsicht Verhaltensregeln eines modus vivendi zu entwickeln. Die amtliche Lesart eines »Aufenthaltslandes auf Zeit« nährt Illusionen. Sie will den deutschen Bevölkerungsteil beschwichtigen, ist aber brandgefährlich. Die dämmernde Erkenntnis, falsch informiert oder belogen worden zu sein, kann Reaktionen der Selbsthilfe auslösen und faschistische Emotionen des Hasses und der Gewalt freisetzen. Zum 53. Deutschen Juristentag sorgte *Der Spiegel* für die journalistische Begleitmusik, indem das Titelbild der Nr. 38/80 (zur

Titelgeschichte »Raus mit dem Volk«) die Wandschmiererei »Ausländer raus!« zeigte. Es könnte sein, daß die große Hatz schon begonnen hat.

4. Gebot der Rechtsgleichheit

In einer regionalen Repräsentativerhebung 1979 erklärten 42 Prozent der befragten Ausländer, keine Rückkehrabsichten zu haben; ein weiterer, etwa gleichgroßer Teil hatte keine konkreten Rückkehrvorstellungen. Da eine Rückkehr Bleibewilliger politisch nicht erzwungen werden soll und – von schwerwiegenden Ausweisungsgründen im Einzelfall abgesehen – rechtlich nicht erzwungen werden kann, ist davon auszugehen, daß der ausländische Bevölkerungsanteil von derzeit 4,14 Millionen (September 1979) eher zunehmen als abnehmen wird. Zwar ist die Zahl der in der Bundesrepublik jährlich geborenen Ausländerkinder um ein Viertel gesunken, aber mit 75 000 Geburten noch immer doppelt so hoch wie der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung. Eheschließungen mit Partnern aus dem Herkunftsland und nachfolgende Familienzusammenführungen in die Bundesrepublik werden die Zunahme verstärken. Von der größten ausländischen Bevölkerungsgruppe, den Türken, sind in den Jahren 1978/79 150 000 Personen mehr zu- als abgewandert; 42 462 Türken, offensichtlich nicht Familienangehörige im Sinne der Kleinfamilie, haben im ersten Halbjahr 1980 einen Antrag auf Asyl gestellt – mit einer Erfolgsaussicht, die unter einem Prozent liegt.

Die ständige Niederlassung eines ausländischen Bevölkerungsanteils von 7 Prozent und mehr drängt nach Regeln der Angleichung und des Ausgleiches, wenn Konflikte vermieden werden sollen, die sich aus Absonderung und Ungleichbehandlung zwangsläufig ergeben. Für die gebotene Gleichstellung könnte sich ein Anspruch auf Einbürgerung anbieten, wie er in einem Gesetzesentwurf von Nordrhein-Westfalen für Jugendliche vorgeschlagen wird, die seit ihrem zwölften Lebensjahr ununterbrochen (und zwei weitere Jahre mit möglichen Unterbrechungen) in der Bundesrepublik gelebt haben. Da die Einbürgerung eines Kindes den berufs- und aufenthaltsrechtlichen Status der Eltern nicht verschlechtern kann, mag dieser Weg auf den ersten Blick gangbar erscheinen, sofern die Familie den mit der rechtlichen Eindeutschung verbundenen Bruch mit dem Heimatland billigend in Kauf nimmt. Das aber wird nicht die Regel sein, denn im Gegensatz zur Lebenswanderung des vorigen Jahrhunderts aus Europa nach Übersee war die Arbeitswanderung der Nachkriegszeit innerhalb Europas auf Zeit angelegt. Ausländische Arbeitnehmer halten enge Kontakte zu ihrer Heimat aufrecht, sie verbringen ihren Jahresurlaub »daheim«, sie sind als Spanier oder Türken gekommen und wollen das auch bleiben. Türkische oder

spanische Eltern werden kaum hinnehmen wollen, daß ihre hier lebenden Kinder Deutsche werden. Entschließen sich die Kinder dennoch für die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft, können Zerwürfnisse innerhalb der Familie die Folge sein. Einer gesetzlichen Regelung, die familiäre Belastungen vorprogrammiert, steht aber das Eheschutzgebot der Verfassung entgegen. Auch der Gleichheitssatz dürfte verletzt sein, wenn ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung allein Jugendlichen, fleißigen Frauen oder starken Männern vorbehalten bliebe. Einbürgerungserleichterungen werden sich am staatsbürgerlichen Prinzip der Familieneinheit zu orientieren haben. Sie sollten überdies nur erwogen werden, wenn das Angebot der Einbürgerung mit Alternativen gekoppelt wird, die den Anschein der Zwangseindeutschung ebenso vermeiden wie den Anreiz eines Lippenbekenntnisses für Deutschland aus bloßer Opportunität.

Als mögliche Alternative bietet sich die Einbeziehung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien in das Freizügigkeits- und Niederlassungsrecht EG-Angehöriger an. Die freie grenzüberschreitende Arbeitsmobilität innerhalb der EG hat nicht zu untragbaren Belastungen der Gemeinschaft und ihrer Mitglieder geführt. Sieben Jahre nach dem Anwerbestop ist es vertretbar, angeworbene ausländische Arbeitnehmer ohne das Erfordernis einer Arbeitserlaubnis zum Arbeitsmarkt und unter den für Deutsche geltenden Voraussetzungen zu gewerblichen und freien Berufen zuzulassen. Über das Institut der Aufenthaltsberechtigung, die zum Rechtsanspruch verdichtet und als Schlüssel der EG-Gleichstellung ausgestaltet werden müßte, kann eine Rechtsstellung gewährleistet werden, die den Betroffenen und der Gesellschaft die Peinlichkeit nationaler Heuchelei zwecks Freistellung von ausländerpolizeilichen Zwängen erspart.

Im Zuge einer Gesetzesänderung wird auch das Ausweisungsrecht neu zu ordnen sein. Sofern auf eine Ausweisung Aufenthaltsberechtigter nicht generell verzichtet werden kann, sollten ihr Schranken gesetzt werden, die das politische Ziel aufenthaltsrechtlicher Sicherheiten nicht unterlaufen. Strikte Ausweisungs- und Abschiebungsverbote sind insbesondere gegenüber Asylberechtigten und deutschverheirateten Ausländern, aber auch gegenüber Jugendlichen angebracht, die überwiegend in der Bundesrepublik aufgewachsen sind, weil es nicht angehen kann, junge Menschen, die in deutscher Umgebung kriminell werden, unter Abnabelung vom Elternhaus auf die Müllkippe eines Herkunftslandes zu werfen, das ihnen fremd ist; oft sprechen sie nicht einmal dessen Sprache. Ein generelles Ausweisungsverbot ist ferner nach langjährigem Aufenthalt angezeigt, denn nach einer bestimmten Niederlassungsdauer wird eine Zwangsentfernung für alle Beteiligten zum Problemfall. Die preußische Ausländerpolizeiverordnung vom 27. April 1932 hatte bestimmt, daß ein Ausländer nicht ausgewiesen werden soll, wenn er das fünfzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder sich zehn

Jahre ununterbrochen im Reichsgebiet aufhält (§ 15 Abs. 1 Nr. 1 und 2). Es hätte dem Gesetzgeber des Jahres 1965 gut angestanden, wenn er schon bei Erlaß des Ausländergesetzes auf die APVO 1932 und nicht auf die Kriegsverordnung 1939 zurückgegriffen hätte.

Das Postulat strikter Ausweisungs- und Abschiebungsverbote bei EG-Gleichbehandlung im übrigen wird unerfüllbar bleiben, wenn es nicht mit der Übernahme bürgerlicher Pflichten gekoppelt wird, die das Gemeinwesen von den eigenen Staatsangehörigen als Preis für den staatlichen Verzicht auf Ausweisungen fordert. Von der privilegierten »staatseigenen« Bevölkerung kann ernsthaft nicht erwartet werden, ein Eingliederungsprogramm zu billigen, das bestimmte Ausländer in zäh verteidigte Inländerpositionen einbezieht, ohne sie an deren Kosten zu beteiligen. Da Nichtdeutsche einem fremden Staat »Treue schulden«, erscheint ihre Einbeziehung in die deutsche Wehrpflicht undiskutabel. Keine Bedenken bestehen gegen ihre Einbindung in die im Zivildienstgesetz (ZDG) verankerten Pflichten. Zivildienstleistende erfüllen Aufgaben, »die dem Gemeinwohl dienen, vorrangig im sozialen Bereich« (§ 1 a ZDG). Ausländer partipizieren am Gemeinwohl, wenn sie im Gemeinwesen gleichberechtigt sind. Ihr Beitrag zur Förderung des Gemeinwohls könnte auf die Ausländerbetreuung erweitert oder konkretisiert werden. Die Erfüllung der Wehrpflicht im Heimatstaat sollte, auch wenn dieser der NATO angehört, nicht zur Befreiung vom deutschen Zivildienst führen, weil der Dienstpflichtige in der Bundesrepublik jene Freiheiten genießt, die den staatlichen Dienstleistungszwang als Gegenleistung der Existenzsicherung durch den Staat überhaupt zu rechtfertigen vermögen. Bei doppelter Inanspruchnahme mag jeder selbst entscheiden, welcher Staat ihm näher steht: Das Land des Broterwerbs oder das Land der Herkunft, Kultur, Sprache und Geschichte. Kann oder will der Aufenthaltsberechtigte weder auf das eine noch auf das andere verzichten, wird er doppelte Dienstleistungspflichten hinnehmen müssen; vielleicht stellt ihn der Heimatstaat frei.

Das Konzept annähernd gleicher Rechte bei annähernd gleichen Pflichten wird auch die Auseinandersetzung um das Ausländerwahlrecht neu beleben, die auf das Kommunalwahlrecht verengt und selbst hier auf einer juristischen Sandbank festgefahren ist. Die juristische Argumentation will glauben machen, daß die dem »Volk« zugeschriebene Souveränität eine Änderung des Grundgesetzes notwendig macht, um Ausländer an Parlamentswahlen aktiv und passiv zu beteiligen. Eine Mindermeinung geht noch weiter: Sie hält eine Ausländerbeteiligung selbst im Wege der Verfassungsänderung für unzulässig, weil die Volkssouveränität zu den »Ewigkeitsentscheidungen« des Art. 79 Abs. 3 GG gehöre. Eine völlig andere Lesart bieten Kommunalpolitiker an, die den Vorwurf der »Unredlichkeit« gegen Deutsche erheben, welche »den Ausländern ausgerechnet das Kommunalwahlrecht anbieten

wollen«, denn das Wahlrecht sei nicht mehr als ein »inhaltleeres Integrationssymbol«, ein »leerer symbolischer Akt« (Zapf, AfK 1978, 193 ff.). Der offenkundige Argumentationsbruch erinnert stark an den Etikettenschwindel vom »wohl liberalsten Ausländergesetz der Welt«.

Wie man auch immer den Einfluß des einzelnen Wählers auf die hohe Politik beurteilen mag: Das Wahlrecht selbst ist für eine demokratische Gesellschaft prägend. Ohne die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts hätte der deutsche Arbeiter seine gesellschaftliche Anerkennung nicht gefunden; ohne Wahlrecht wird es für schweizerische Frauen keine Emanzipation geben. Fest ansässige Ausländer im Zustand politischer Unmündigkeit und Ohnmacht zu belassen, schadet der Demokratie, die nicht teilbar ist zwischen Demokraten und Heloten. Bürgersinn und Mitverantwortung werden gelähmt durch den Ausschluß von der politischen Mitgestaltung. Die Abwehrhaltung des deutschen Bevölkerungsteils wird gefördert und konserviert, weil, wie die Haltung der Politiker zum Wahlrecht zeigt, die ausländischen Mitbürger eben doch nicht Mit-Bürger sind, sondern nur so genannt werden. Wäre es anders, ginge ein Gespenst um in deutschen Landen: Die Schreckensvision vom schnauzbärtigen Türken, der Bürgermeister von Kreuzberg oder gar Bundeskanzler ist, unheimlich, unfaßbar, unvorstellbar, aber gottlob auch nicht machbar, denn unerschrocken halten unsere Politiker fest an inhaltlosen Integrationssymbolen für die einen und den Ewigkeitsentscheidungen der Verfassung für die anderen.

Die juristische Argumentation ist brüchig. Auch wenn unter dem Volksbegriff der Verfassung nicht die Bevölkerung des jeweiligen körperschaftlichen Verbundes (Gemeinde, Kreis, Land oder Bund), sondern lediglich der deutsche Teil dieser Bevölkerung gemeint sein sollte, steht die Verfassung einer Ausdehnung des Wahlrechts auf den nichtdeutschen Bevölkerungsteil nicht entgegen. Soweit die Verfassung Grundrechte allein »Deutschen« verbürgt, sind diese nicht etwa in der Weise privilegiert, daß nur sie das gewährleistete Objekt – etwa Freizügigkeit oder Berufsfreiheit – ausüben dürfen. Vielmehr wird die Staatsgewalt angewiesen, die Individualsphäre des Bürgers unterschiedlich zu respektieren, je nachdem, ob der »Mensch« bzw. »jedermann« oder ob »alle Deutschen« Grundrechtsträger sind. Die Freizügigkeit Deutscher ist nach Maßgabe des Art. 11 GG staatlichen Eingriffen entzogen, bei Ausländern kann sie gesetzlich beschränkt werden – darin liegt der Unterschied zwischen einem »Deutschen«- und einem »Menschen«-Recht.

Ähnlich verhält es sich mit der dem »Volk« zugeschriebenen Souveränität und ihrer Ausübung durch freie Wahlen (Art. 20 Abs. 3 GG). Hiernach dürfen Deutsche von der Wahl nicht ausgeschlossen werden. Dagegen verbietet die Verfassung nicht, Hoheitsrechte nach außen abzugeben (Art. 24 GG) oder nach innen zu verbreitern. Denn das »Volk« legitimiert den

Verfassungsgeber, nicht umgekehrt. Demgemäß ist das Volk nicht gehindert, durch einen Akt seines berufenen Organs, des Gesetzgebers, Ausländer in das (Deutschen verbürgte, Ausländern aber nicht verbotene) Wahlrecht einzubeziehen. Die sogenannten »Ewigkeitsentscheidungen« der Verfassung, die jeder Änderung entzogen sind, untersagen der Staatsgewalt, einem Mehrheitswillen des Volkes nachzugeben, falls dieses wieder einmal auf dem falschen Bein »Hurra« schreien und mit »Führer befiehl‹, wir folgen Dir« die Demokratie begraben oder mit »Ausländer Raus!« zum Halali einer neuen Rassenorgie blasen sollte. Gegen ein Wahlrecht für Ausländer mit Aufenthaltsberechtigung hat das Grundgesetz nichts einzuwenden, schon gar nicht gegen ein Wahlrecht in seiner bescheidensten Form der politischen Mitgestaltung im kommunalen Bereich.

Die vom Gemeinwohl geforderten Gesetzesreformen werden sich nicht darin erschöpfen dürfen, Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. Sie werden auch voraussehbaren künftigen Entwicklungen Rechnung zu tragen haben. Die Prognose der weiteren Entwicklung mündet in die Einsicht, daß die Niederlassung des Millionenheeres ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien einen permanenten Zuwanderungsdruck zur Folge haben wird, der mit der Wunschvorstellung »Bis hierher und nicht weiter« nicht abgeblockt werden kann. Familienneugründungen lösen Familienzusammenführungen aus, politisch Verfolgte berufen sich auf das Asylrecht, »Kontingent-Flüchtlinge« aus Vietnam oder Kamputschea sind in Erfüllung internationaler Absprachen unterzubringen, Aussiedler deutschen Volkstums drängen »heim ins Reich«. Das alles zeigt die Notwendigkeit eines Einwanderungsgesetzes nach Regeln, wie sie von anderen Staaten – auch solchen, die sich nicht als klassische Einwanderungsländer verstehen, etwa Schweden und Großbritannien – angewandt werden. Hiernach ist zu unterscheiden zwischen mehr oder minder Privilegierten einerseits und sonstigen Einwanderern andererseits. Ohne Privilegierung liegt die Gebietszulassung für Einwanderer im weitesten staatlichen Ermessen, das nach Quoten gesteuert und nach Dringlichkeitsstufen gestaffelt werden kann. Verfahrenstechnisch müßte unter denkbarer Übernahme der personellen und sachlichen Mittel des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf eine Einbürgerungs- und Asylbehörde gebildet werden, die ihre Entscheidungen in der Form der Erteilung oder Versagung eines Einwanderungsvisums trifft. Wird das Visum erteilt – gegenüber politisch Verfolgten nach der Zufluchtnahme, in allen anderen Fällen vor erfolgter Einreise –, wäre der Einwanderer unbeschränkt zum Arbeitsmarkt und zu freien Berufen zuzulassen. Wird das Visum versagt, kann eine zentrale verwaltungsgerichtliche Instanz angerufen werden, die abschließend entscheidet. Rechtskräftig abgelehnte Bewerber sind von der Ausländerbehörde außer Landes zu bringen.

Für die Einwanderungsgesetzgebung ausschließlich zuständig ist der Bund, dem auch die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz für die Staatsangehörigkeit zusteht (Art. 73 Nr. 2 und 3 GG). Der Bundesgesetzgeber sollte am Staatsangehörigkeitsrecht nicht vorübergehen. Klassische Einwanderungsländer haben mit dem Anknüpfungsmerkmal des Geburtsortes (ius-soli-Prinzip) das Auseinanderfallen der Bevölkerung in ethnische Splittergruppen verhindern und Reibungen in Grenzen halten können, die bei einem Aufprall verschiedener Kulturen Zündstoff bieten. Durch eine Mischung des Abstammungsprinzips mit dem ius-soli-Prinzip gegenüber hier geborenen Abkömmlingen Aufenthaltsberechtigter könnte ein Prozeß der Angleichung eingeleitet werden, der, da die Eltern in der Wahl des Geburtsortes frei sind, deren Willensentscheidung respektiert und die vom nordrhein-westfälischen Gesetzentwurf befürchteten familiären Zerwürfnisse vermeidet. Ohnehin wird die Bundesrepublik nicht umhin können, ihr ausschließliches, selbst gegenüber Findelkindern angewandtes Abstammungsprinzip aufzuweichen, denn als Signatarstaat des Übereinkommens zur Verminderung der Staatenlosigkeit vom 30. August 1961 – BGBl. 1977 II 598 – ist sie verpflichtet, hier geborene Staatenlose nach dem ius-soli-Prinzip zu naturalisieren. Die Vermittlung der Staatsangehörigkeit durch das Recht des Geburtsortes ist nicht völkerrechtswidrig und auch kein unfreundlicher Akt gegenüber anderen Staaten; dies schon gar nicht, wenn diese Art der Vermittlung auf Neugeborene beschränkt wird, deren Eltern als Aufenthaltsberechtigte feste und dauerhafte Bindungen zur Bundesrepublik haben.

5. Vielvölkerstaat Bundesrepublik

Wie kein anderer deutscher Staat zuvor ist die Bundesrepublik ein Einwanderungsland. Trotz sinkender Geburten ist die Bevölkerung von 48 Millionen im Jahre 1948 auf 61 Millionen im Jahre 1979 kontinuierlich gestiegen. Waren es bis 1961 Deutsche – vornehmlich Vertriebene und Flüchtlinge aus dem Osten –, die den Hauptteil der Zuwanderer stellten, so sind zwischen 1961 und 1973 überwiegend Ausländer eingereist – vornehmlich angeworbene Arbeitskräfte und deren Familien aus den Staaten des Mittelmeerraumes und aus der Türkei. Während die deutschen Immigranten als Staatsangehörige oder diesen gleichgestellte Personen in die Rechtsstellung der Inländer eingewiesen wurden, blieben Ausländer im Abseits. Sie wurden auf jederzeitigen Abruf gestellt und sollten das Land wieder verlassen, sobald ihr Auftrag eines Lückenbüßers am Arbeitsplatz erfüllt war.
Die Politik der Ausländerbeschäftigung auf Zeit, das »Gastarbeiter«-Programm der Regierung, ist gescheitert. Die Zwangsentfernung angeworbener ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen ist, sofern

nicht durch persönliches Fehlverhalten gewichtige Ausweisungsgründe gesetzt werden, rechtlich und sittlich nicht mehr möglich. Die überwiegende Mehrzahl der angeworbenen Ausländer wird bleiben. Mit einem Ausländeranteil von derzeit 7 Prozent wird die deutsche Bevölkerung leben müssen.

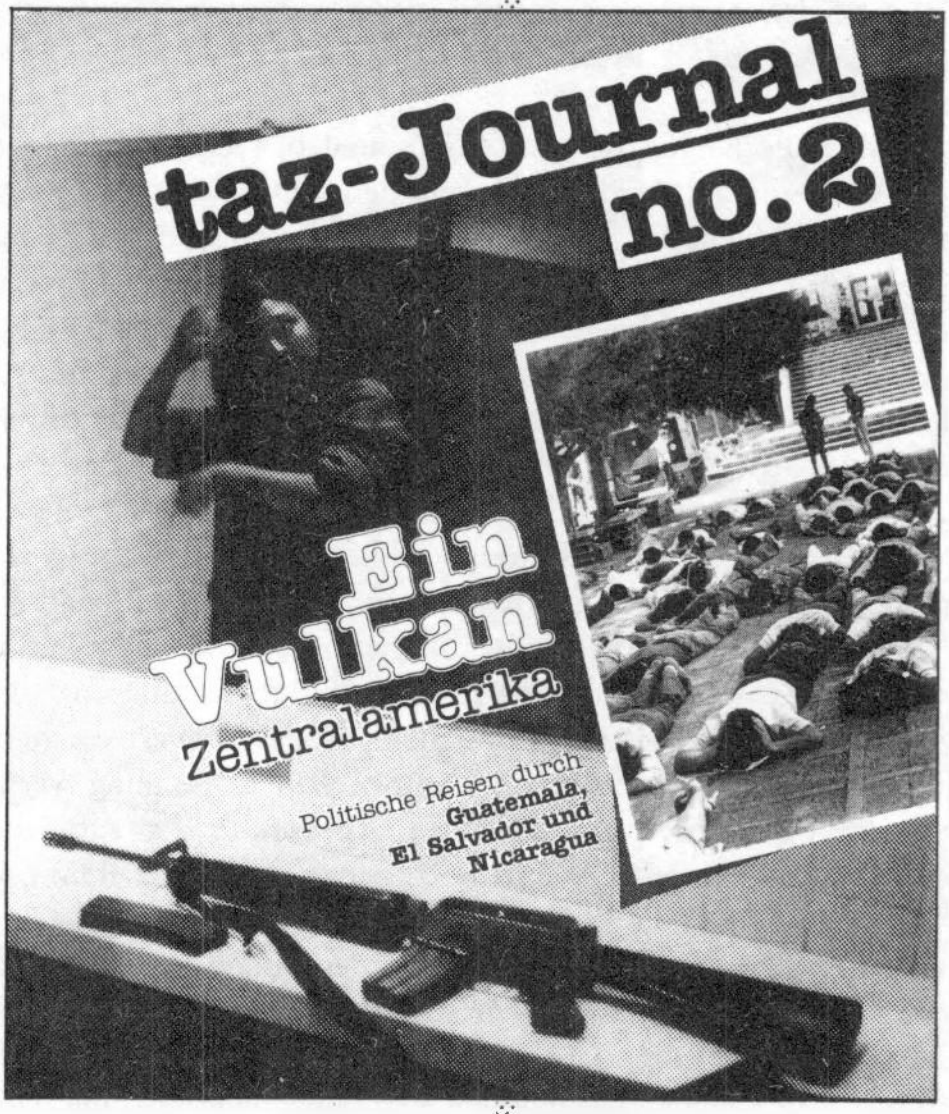
An den Deutschen liegt es, das Zusammenleben nach Regeln zu ordnen, die dem Gemeinwohl förderlich sind, denn Deutsche sind im Besitz der staatlichen Macht. Entschließen sich die Inhaber der Macht für die Beibehaltung eines Systems, das Ausländer von der Mitgestaltung des Gemeinwesens ausschließt und in ihrer beruflichen Entfaltung behindert, wird die Gesellschaft in die Klassen der Deutschen, der diesen annähernd gleichgestellten EG-Ausländer und der recht- und besitzlosen sonstigen Ausländer auseinanderbrechen. Entschließen sich die Machthaber für das demokratische System, müssen Ausländer, die nicht mehr ausweisbar sind, in die Rechtsstellung Deutscher gleichberechtigt einbezogen werden.

Ausländische Arbeitsemigranten suchen den sozialen Aufstieg. Sie sind nicht als Versager oder Absteiger gekommen, wenn sie nicht hierzu gemacht werden. Zusammen mit ihren deutschen Arbeitskollegen haben sie eine wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht, die das Schwergewicht der Produktion von der agrarischen zur industriellen Erzeugung verlagert, neue Industrien geschaffen und vor allem Exportindustrien entwickelt hat. Die These vom »Volk ohne Raum« ist Legende. Nicht der Raum, sondern die Menschen schaffen die Voraussetzungen für Wohlstand und Glück. Ausländer haben ihren Beitrag zur Sicherung des Volkseinkommens der Bundesrepublik geleistet; sie bilden wirtschaftlich keine Belastung.

Gesellschaftlich kann das Zusammentreffen unterschiedlicher Sprachen, Kulturen, Bräuche und Religionen Spannungen hervorrufen. Deren Brisanz hängt davon ab, in welchem Verhältnis die ethnischen Gruppen zueinander stehen. Verfügt die stärkste Gruppe über die Alleinherrschaft und spielt sie diese nach Herrenmenschenart gegen Unterprivilegierte aus, werden diese den Unterdrückungsmechanismus ablehnen und die Unterdrücker fürchten oder hassen. Stehen sich die Gruppen gleichberechtigt gegenüber, werden gerade die schwächeren Gruppen den Zweckverband Staat als eine Einrichtung unterstützen, die ihre Gleichheit schützt und garantiert. Die Ausländerbeteiligung an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik bietet die Chance, den verderblichen Egoismus nationalstaatlichen Denkens zu verdrängen und zu einem Staatsverständnis zu finden, das den Menschen als obersten Zweck allen Rechts begreift.

die Tageszeitung

1000 Berlin 65
Wattstraße 11-12



Im Frühjahr '80 entwickelte sich aus dem Bedürfnis der taz-Redakteure/innen, außerhalb des Aktualitätsdrucks inhaltliche Schwerpunkte setzen zu können, die Idee der taz-Journale. Wegen des großen Erfolgs des taz-Journals Nr. 1 zum Bereich »Ökologie« setzen wir die Reihe der Journale fort. Am 10. Dezember wird das taz-Journal Nr. 2 zu dem Thema »Zentralamerika« erscheinen. Die »sandinistische Revolution« hat vor anderthalb Jahren den Weg für eine neue Gesellschaft in Lateinamerika freigemacht.

Das taz-Journal Nr. 2 will die ersten Schritte auf diesem Weg zeigen und verdeutlichen, warum die Ergebnisse für uns hier oft so viel andere aussehen, als wir es eigentlich erwarten.

Einer der taz-Auslandsredakteure war in Nicaragua, El Salvador und Guatemala. Er sprach mit Politikern, Marktfrauen, Guerillaführern, Vertretern der Kirche und Menschenrechtskommissionen.

Er besuchte die Indianer in Guatemala und am nicaraguanischen Atlantik. Er wird diese Eindrücke auch beim Russell-Tribunal im November einbringen und im Journal aktuell über das Tribunal berichten.

160 Seiten, viele Bilder
Preis DM 14,80
Erscheinungsdatum 10.12. '80

Wo gibt es das taz-Journal?

1. direkt bei der Tageszeitung bestellen:
14,80 DM auf das Konto des Verlags »die Tageszeitung GmbH« in Frankfurt einzahlen: PschA FfM, Kto. 100490-603.
Die Lieferadresse, also eure Anschrift, auf dem Empfängerabschnitt nicht vergessen!!

2. in allen guten Buchläden, die es über Prolit bestellen können:
Prolit, Daubringer Str. 32 - 6304 Lollar, Best.-Nr. 30183

☐ **1-Wochen Probeabo**
(6,-DM Schein/Scheck beiliegend)

Name, Vorname .....

Straße .....

PLZ, Ort .....

absenden an:

die Tageszeitung
Wattstraße 11-12 1000 Berlin 65

Rolf Haubl / Gerd-Peter Marck
Die Bombe lieben lernen

»Sprich mit der Bombe! Lehre sie Phänomenologie.« (Dark Star)

Kehrende Besen und dienstbare Geister hat man gerufen, nun bekommt man sie nicht mehr los. Und da sie schlecht behandelt worden sind, besteht die Gefahr, daß sie sich rächen. Nicht nur, daß sie einfach bleiben; die sie riefen, werden aus ihrem eigenen Haus hinausgekehrt. Im Unterschied zum »Zauberlehrling« sind im »Modell Deutschland« aber diejenigen, die kehrende Besen und dienstbare Geister riefen, nicht diejenigen, die sie nun nicht wieder losbekommen. Gerufen hat ein Kartell von Zauberern. Das Problem, den richtigen Umgangston für die fremden Wesen zu finden, liegt indes bei der Masse der Zauberlehrlinge. Ihre Abhängigkeit ist stark. Stellt ihr Versagen die Meisterschaft der Zauberer in Frage, stecken sie Schelte ein.

»Tickende Zeitbombe steht kurz vor der Explosion. Sozialdezernent warnt – 35% Ausländer geschätzt« (*FR* 17. 10. 79). Formulierungen dieser Art finden sich seit Veröffentlichung des Kühn-Memorandums zur Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen gehäuft in der bundesrepublikanischen Tagespresse. Als Zeitbomben werden aber nicht nur ›Gastarbeiter‹ etikettiert, sondern auch so disparate Bereiche wie Umweltvergiftung (»Mit ›Zeitbomben‹ keine Zeit verlieren. Aufrufe zur Fahndung nach Giftmüll – Münchner Stadtverwaltung: Wer war der Schlamper?«, *Tageblatt* 3. 10. 79) und körperliche Dysfunktionen (»Eine Zeitzünderbombe im menschlichen Organismus. Multiple Sklerose gibt ihr Geheimnis noch nicht preis – viele Faktoren können Auslöser sein«, *FR* 4. 9. 79). Offensichtlich leistet hier die bürgerliche Öffentlichkeit über ihre Medien die Vereinheitlichung von Bedrohungen unter einem Begriff. Da die Wahl von Begriffen nicht zufällig ist, muß ihre Motivierung befragt werden. Dabei stehen die Prozesse der öffentlichen Meinungsbildung selbst zur Diskussion.

»Die Presse verhält sich als Intelligenz zu den Volkszuständen, aber sie verhält sich ebensosehr zu ihnen als Gemüt: ihre Sprache ist daher nicht nur die kluge Sprache der Beurteilung, die über den Verhältnissen schwebt, sondern zugleich die effektvolle Sprache der Verhältnisse selbst« (K. Marx,

MEW 1). Formulierungen für und in der Presse müssen auf ihr Verhältnis von Rationalität und Affekt hin untersucht werden. Als Mittel der Analyse dient Sprachkritik; ihr Ziel ist es, anhand der Sprachformeln das politische Programm aufzudecken und zu kritisieren. Die Gleichsetzung von ›Gastarbeitern‹ und ›Zeitbombe‹ muß als Phrase ausgewiesen werden: Phrasen haben die Eigenschaft, den Gegenstand, auf den sie referieren, in die Ferne zu rücken, während sie so tun, als würden sie ihn in vertraute Nähe holen. Wenn Engels schreibt, daß die Ausrottung der Phrase dazu diene, wieder Energie unter die Leute zu bringen (MEW 27), so impliziert die Umkehrung, daß die Durchsetzung der Phrase den gleichen Leuten Energie entzieht. Vampirismus lähmt: Die Virulenz von Affekten wird in einer scheinbar klaren und klugen Formulierung aufgehoben. Wir müssen uns wappnen, denn wir haben es mit der heimtückischsten aller Phrasen zu tun, der aufgeklärten.

Das Interaktionsverhältnis, das im Bedeutungsfeld einer Zeitbombe zum Ausdruck kommt, ist mindestens dreigliedrig: der oder die Bedrohten – der oder die Bombenleger – der oder die Sprengmeister. Bomben: Instrumente der Gewalt, von ihnen existiert ein ganzes Arsenal. Verweisen H-Bombe und Neutronenbombe auf offene Destruktion, so gehört im Gegensatz dazu die Zeitbombe zum Handwerkszeug des Saboteurs, der seinen mörderischen Anschlag ›auf leisen Sohlen‹ getarnt vorbereitet. Das Alltagsbewußtsein denkt Sabotage als heimtückisches Mittel der Anarchie, das auf die Zerschlagung von Sicherheit und Ordnung zielt. Mit ihren potentiellen Opfern den Alltag zu teilen, gerade das macht ihre Tarnung perfekt; sie sprechen die gleiche Sprache, wenn vielleicht auch mit fremdem Akzent, und denken doch anders. Zeitbomben werden gelegt, nicht geworfen. Täter und potentielle Opfer geraten, für die letzteren unbemerkt, zumindest temporär in eine ganz intime Beziehung. Das Geschäft des Zeitbombenlegens setzt eine bekannte Dramatik in Gang: Die Zeit bis zur Zündung ist für die Täter Schutzzeit. Aus der sicheren Distanz heraus machen sie ihre Bedrohung publik. Die faktische Gefährdung wird durch einen symbolischen Akt vorbereitet. Die Drohung zeigt die Gefährdung an, ohne deren Raum-Zeit-Stelle zu nennen. Für die potentiellen Opfer bzw. ihre wissenden Repräsentanten resultiert ein Handlungsparadoxon: sie werden zu sofortigem Eingreifen aufgerufen, ohne über zureichende Informationen über die Gestaltung des schützenden Eingriffs zu verfügen. Psychisch bedeutet das eine permanente Bereitstellungsreaktion bei gleichzeitiger Handlungshemmung. Das in Kenntnis gesetzte Individuum verpulvert all seine Energien in einer frustrierenden Situation, die einer rationalen Lösung nur bei Unterdrückung aller anflutenden Affekte zugänglich bleibt. Gegenüber der Gefahr einer Überschwemmung mit Irrationalismen, bei der die Betroffenen zu jedem Zugeständnis an die Saboteure bereit sind, vermögen sich nur wenige

zu behaupten. Die es schaffen, werden zu heldenhaften Sprengmeistern. Gegenüber der kopflosen Schar ohnmächtiger Kinder erweisen sie sich als Erwachsene, die souverän auch außergewöhnliche Situationen meistern und damit einen Führungsanspruch für die Zukunft begründen. Alle drei Interaktionsparteien sind auf der Bühne: die bundesrepublikanische Bevölkerung – die ›Gastarbeiter‹ – der Beauftragte der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen.

Die Etikettierung der ›Gastarbeiter‹ als Zeitbombe setzt die entsprechende soziale Vorstellung als Handlungsorientierung ein. Gegenüber dem Film- und Romanklischee aber gibt es Abweichungen: Die Etikettierung kontaminiert Agent und Mittel, Zeitbombenleger und Zeitbombe. Damit wird die Täterfrage strittig gehalten.

»Es waren nicht nur die Großunternehmen, sondern mindestens in gleichem Maße die mittleren und kleinen Unternehmen, die diese Entwicklung [zum Einwanderungsland] gefördert haben . . . Neben diesen Unternehmen waren es aber auch die Gewerkschaften, die das Einfließen ausländischer Arbeitskräfte – sie waren oder wurden meist Gewerkschaftsmitglieder – nicht ungern sahen . . . Auch die Kirchen fühlten sich hier – zum Teil sicherlich aus Konkurrenzdenken – berufen mitzumachen. Die Politiker dagegen ließen sich eher drängen und überrollen, denn viele von ihnen sahen durchaus, welche Risiken dieses Einströmen für die Gesamtbevölkerung nach sich ziehen mußte.« (Leserbrief *FR* 3. 1. 1980)

Man sucht die Zeitbombenleger in den eigenen Reihen und hält die ›Gastarbeiter‹ weiterhin in dem Status eines, wenn auch zur Zeit außer Kontrolle geratenen, bloß ökonomischen Produktionsfaktors fest. Das bleibt im Rahmen des rationalen Kalküls, das darauf vertraut, mit Systemfehlern schon umgehen zu können. Auch für die Angst wird es dann eine Kalkulation geben. Anders aber, wenn die Kontamination von Agent und Mittel wirklich den Kern trifft: Die ›Gastarbeiter‹ inszenieren sich selbst als intime mörderische Gefahr. Das sprengt den Rahmen des rationalen Kalküls. Die Angst zerreißt die Form, in der wir uns eingerichtet haben. Vor allem dem Unheimlichen, das die Vokabel von der Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik nur mit Mühe in der rationalen Umklammerung hält, gilt der Vorstoß der Bundesregierung. Das Kühn-Memorandum erscheint als rationale Diagnose einer Dramatik, die noch gar nicht bis zu dem Punkt entwickelt ist, an dem Sprengmeister dem Film- und Romanklischee nach einzugreifen pflegen. Die Raum-Zeit-Stelle der Bombe wird veröffentlicht und damit ein diffuses Gefühl auf den Begriff gebracht. Prophylaktisch! Ein ganzes Volk von Sprengmeistern: »Noch ist Zeit!« Die bundesrepublikanische Bevölkerung wird erpreßt, ›ihr‹ Modell Deutschland zu verteidigen. Ist es denn bedroht? Sind es nur die Arbeitsplätze? Wann wäre ein bloßer Systemfehler je so angegangen worden?

Gegenüber den ›Gastarbeitern‹ sind wir aufgerufen, einen Alltag zu verteidigen, den die kritische Reflexion als Zusammenbindung unerfüllter Wünsche aufschlüsselt. Das Bemühen, emphatisches Leben ständig zu vertagen, treibt den bundesrepublikanischen Alltagsmenschen an die Grenze seiner psychischen Belastbarkeit und hält ihn dort fest. Seine Anstrengungsbereitschaft ist bis zum Zerreißen gespannt und dementsprechend seine Projektionsneigung groß. Diese nimmt bevorzugt alles innovationsverdächtige Fremde zu ihrem Objekt und erfährt es als Todesdrohung:

»Die Bundesrepublik Deutschland kann schon nach ihrer Bevölkerungsdichte nicht als Einwanderungsland angesehen werden. Einwanderung hier bedeutet weitere Verengung des ohnehin schon engen Lebensraumes der Eingesessenen und damit eine erhebliche Verschlechterung der heute immer wieder von den Politikern beschworenen Lebensqualität. Besonders schwerwiegend ist es, wenn, wie wir es hier erleben müssen, die Einwanderer überwiegend Menschen sind, denen unsere Kultur und unsere völkischen Eigenschaften völlig fremd sind.« (*FR* 26. 10. 1979)

»Wie lange muß der Deutsche noch hohe Steuern zahlen, um die Sozialhilfe für die Fremden aufzubringen . . . Wie lange sind wir noch das ›reiche‹ Land?« (*FR* 12. 11. 1979)

»Die Deutschen müßten aus lauter Stumpfköpfen bestehen, würden sie nicht gegen die Zumutung revoltieren, in Zukunft sollten die nahezu 2 Millionen Türken sich weiter ausbreiten, noch mehr Großfamilien ins Land ziehen, die innere Solidarität der Deutschen aushöhlen, indem sie, obwohl Eindringlinge, also psychologisch-sozial ›Aggressoren‹, den Deutschen als ›Obrigkeit‹ (Türkenpolizei) entgegentreten.« (*FR* 5. 12. 1979)

»Überdies fühlt sich ein ständig wachsender Teil der deutschstämmigen Bevölkerung auch immer mehr bedroht von der zunehmenden Überfremdung. Die Geschichte hat genug Beispiele dafür, daß Gastpopulationen allmählich die Oberhand gewannen und die eingesessene Bevölkerung aufsogen oder gar verdrängten.« (*FR* 16. 10. 1979)

Anders als das Kühn-Memorandum suggeriert, kommt die Bedrohung nicht mit den ›Gastarbeitern‹ in die Welt, sondern ist als verdrängtes Wunschpotential konstitutiver Teil bundesrepublikanischer Alltäglichkeit und somit immer schon da. Das projektive Bedeutungsfeld, das die Zeitbomben-Etikettierung aufreißt, holt die geleugnete Realität bislang nicht gelebten, auf später verschobenen empathischen Lebens ans Licht und macht den Wunsch gegenüber den alltäglich Lebenden virulent; man erfährt sich als prätentives Opfer von Sabotage. Nicht der Sprengstoff ist es, der die Bombe so gefährlich macht, sondern der bis zur Detonation verbleibende Rest Lebenszeit – die Zeit selbst droht ›hochzugehen‹ und setzt dabei objektive Selbstaufmerksamkeit frei. Auf das bisherige Leben gerichtet, konstatiert sie Mangel an Glück und Zufriedenheit; um ihn abzuwehren, projiziert sie ihn nach außen, auf ein benennbares und sinnlich wahrnehmbares Objekt, dessen Mangel als geringer fantasiert werden kann. Es bedroht uns insofern, als die Konfrontation mit ihm beständig an die eigene Bedürftigkeit erinnert. Gerade die Exotik des Fremden gibt dafür in besonderem Maße einen Spiegel ab. Wir fühlen uns zu ihm hingezogen und fühlen doch ebenso, daß wir unser Spiegelbild kaum aushalten werden; wir sollten es besser vermeiden, oder wir

müssen es zerschlagen. So wird unser eigener Mangel an Glück und Zufriedenheit im Fremden als etwas für uns selbst Abnormes greifbar. Seine Diskriminierung und Kriminalisierung dient unserem eigenen psychischen Schutz und bewahrt uns vor Dekompensation.

Als welche Imagines nimmt nun die bundesrepublikanische Bevölkerung ihre aus-, vor allem südländischen Mitbürger wahr? Als »Exoten, angezogen von der Großzügigkeit unserer Sozialkassen« (*FR* 29. 10. 1979). Sie erhalten damit das Flair der Unzugänglichkeit, in der ihre Nicht-Integrierbarkeit von vornherein mitgedacht ist: »Wahlrecht will man denselben geben, obwohl sie nicht eingebürgert sind, und die meisten wohl keinen Wert darauf legen, Deutsche zu werden« (*FR* 12. 11. 1979). Integration kann vor dem Hintergrund dieses Wahrnehmungsmusters eigentlich immer nur als gewaltförmig begriffen und durchgesetzt werden. Die Imagines der Männer im einzelnen, die der Frauen bleiben (für uns) dagegen eher blaß: Der ›Gastarbeiter‹ kommt zumeist aus einem Land, das der bundesrepublikanische Alltagsmensch vornehmlich als Reise- und Urlaubsland kennt, also als Land(schaft), wo es sich leben läßt. So erscheint er zunächst sehr leicht als Träger derjenigen Eigenschaften, die genau das Lebenswerte der Urlaubssituation, die immer eine Entbindung aus dem eigenen Alltag darstellt, ausmachen. Die schnellen Urteile über Primitivität und Dreck wirken da wie die Abwertung begehrter Objekte, derer man nicht habhaft zu werden vermag. Der ›Gastarbeiter‹ teilt nicht das Arbeitsethos der bundesrepublikanischen Bevölkerung: er ist faul, feiert häufig krank, leistet sich also mehr Lebenszeit, die er lustbringend verwendet, indem er etwa deutschen Frauen nachsteigt, während deren Männer arbeiten. Vor allem der junge zeigt auf eine unverschämt aufdringliche Weise Sinnlichkeit; seine Selbstdarstellung ist laut, sein Machismo scheint ungebrochen. Beneidenswert! In der Projektion einer ›hungrigen‹ Fantasie wirkt er ausgesprochen oral und gleichzeitig phallisch potent. Das belegt die Semantik seiner Beschreibung: er fließt, strömt und sickert ins Land, breitet sich ungehemmt aus, infiltriert und saugt uns auf. Daneben existiert aber auch die Imago des ›Gastarbeiters‹, der sich dadurch auszeichnet, daß er mehreren Beschäftigungen nachgeht und sich nahezu rund um die Uhr abrackert, eine Menge Geld verdient, das er nun nicht in Deutschland konsumiert, sondern nach Hause transferiert. Er ist deshalb verdächtig, weil er den bundesrepublikanischen Alltagsmenschen mit dessen eigenen Waffen schlägt. Er erscheint als der bessere Deutsche. Während der erste Gastarbeitertypus die geheimen Normen der Arbeit verletzt, verletzt der zweite die geheimen Normen der Freizeit. Er verzichtet auf Konsumglück hier und jetzt, beschränkt sich auf das Nötigste, um in ein paar Jahren der Tretmühle zu entfliehen und in seinem Heimatland mit wirklichem Leben zu beginnen – in unserer Fantasie reicht dafür die

Finanzierung einer Eisbude aus, deren zahlungskräftigste Kunden wir als der Tretmühle nur auf Zeit entkommene Touristen selbst sind. Beide Imagines fallen empirisch in ein und derselben Person zusammen; sie wird gleichzeitig oraler, analer und phallischer Konkurrent:

»Die Entscheidung [des BVerfG, Ausweisungen trotz Ehe mit einer/m Deutschen für rechtmäßig zu erklären] sollte bei jeder Eheschließung zwischen Deutschen und Ausländern den Ehekandidaten ausdrücklich bekannt gemacht werden, damit jeder um das Risiko weiß, das die Eheschließung mit einem Ausländer mit sich bringt. Solche Kenntnis könnte auch manches verhindern helfen, was sonst die ausländischen Ehepartner täten.« (*FR* 31. 10. 1979)

Derart fantasierte Omnipotenz droht unsere eigenen beschränkten Möglichkeiten, Glück und Zufriedenheit zu gewinnen, schmerzhaft zu denunzieren. Im ›Gastarbeiter‹ wird der bundesrepublikanische Alltagsmensch einer historischen (50er Jahre) wie ontogenetischen Entwicklungsstufe (Kindheit) ansichtig, von der er selbst überheblich glaubt, er habe sie zu seinem eigenen Wohle längst hinter sich gelassen. Deshalb scheint es auch angebracht, Integration wie selbstverständlich als Nachsozialisation zu verstehen. Die Affinität von ›Gastarbeiter‹ und ›Kind‹ ist nicht nur auf eine unterstellte unaufgeklärte Vermehrungslust (»wie die Karnickel«) bezogen, in ihr schwingt vielmehr der Neid mit, daß sich hier Erwachsene offensichtlich einen viel unmittelbareren Zugang zu ihrer eigenen Kindheit, und das sind eben eher spielerische Lebensformen, bewahrt haben. Da Unmittelbarkeit zwar einerseits eine zunehmende soziale Aufwertung erfährt, andererseits aber alltäglich verstellt bleibt, verzerrt sich auch das Kinderbild. Jeder unmittelbare Zugang zu nicht-sprachlichen – gestischen und mimischen – Ausdrucksformen wirkt kindisch, das heißt, er macht in gleichem Maße sehnsüchtig und aggressiv. Der sprachlos gestikulierende ›Gastarbeiter‹ bietet sich für die Übertragung dieser Rolle des Kind gebliebenen Erwachsenen geradezu an. Die Vorliebe zahlreicher junger Frauen, besonders solcher, die durch die Emanzipationsbewegung verunsichert sind, für exotische Freunde hat ihre Wurzeln vermutlich genau in diesem Unmittelbarkeitssyndrom. Der sprachlose Liebhaber ist der bessere Liebhaber, seine Unmittelbarkeit erscheint nicht nur als Gebrauchswertversprechen, sondern als ein Stück mehr faktischer Gebrauchswert.

Um über Integrationsmodelle überhaupt befinden zu können, muß die Emigrationsmotivation der ›Gastarbeiter‹ klar sein. Im gegenwärtigen öffentlichen Bewußtsein scheint diese Minimalvoraussetzung nicht erfüllt. Entweder herrscht Urteilsunsicherheit, oder aber es wird jegliche rationale Motivation durch ein unterstelltes fantasiestimuliertes Infiltrationsmotiv ausgeblendet. Diese Ausblendung ist im öffentlichen Sprachgebrauch bereits angelegt. Die frühe Ersetzung der Bezeichnung ›Fremdarbeiter‹ durch ›Gastarbeiter‹ hat völlig irreführende, aber im Hinblick auf Fantasieproduk-

tionen bezeichnende Assoziationen geweckt. 1977 formulierte die Bund-Länder-Kommission in ihren Richtlinien zur Ausländerpolitik: »Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland. Sie versteht sich als ein Aufenthaltsland für Ausländer, die in der Regel nach einem mehr oder weniger langen Aufenthalt aus eigenem Entschluß in ihre Heimat zurückkehren.« Für diese Verharmlosung des Emigrationsproblems müssen sich die Politiker heute vorwerfen lassen:

»Daß sich viele von uns – leider sind es noch zu wenige – allmählich alarmiert zeigen, wenn sie sich verdutzt die Augen reiben und feststellen müssen, die Regierung habe sie betrogen – sie hat ihnen ›Gäste‹ angekündigt, Gäste sind ja bereit, den Gastort wieder zu verlassen. ›Über Nacht‹ wird den Deutschen mehr oder weniger deutlich bedeutet, sie möchten sich doch bitte darauf einstellen, daß die Gäste, samt ›Kind und Kegel‹, nun doch blieben, ohne daß den ›Gastgebern‹, den Deutschen, auch nur die Möglichkeit zugestanden sein soll, zur neuerlich angeblichen Absicht der ›Gäste‹ ›ja‹ oder ›nein‹ zu sagen.« (*FR* 5. 12. 1979)

»Die jetzt hier lebenden Ausländer müssen zur Rückwanderung gebracht werden; eine geschickte Rückkehrpolitik könnte gleichzeitig Entwicklungshilfe durch ›know how‹ der hier Beschäftigten für ihre unterentwickelten Heimatländer sein.« (*FR* 26. 10. 1979)

Nimmt man den Gast-Begriff als Programm, dann kamen die ersten Italiener, Spanier, Jugoslawen und Türken in die Bundesrepublik mit der berechtigten Erwartung, in ein menschheitsgeschichtlich altes Rechtsverhältnis einzutreten, das sie vor jeder Art von Ausbeutung und Anfeindung schützt. Aber wo hätte je ein Gast malocht? ›Gastarbeiter‹ sind ihrem faktischen Sozialstatus nach Arbeitsemigranten, deren Möglichkeit zur materiellen Existenzsicherung in der Fremde mit einer zumindest temporären Expatriierung und dem Verlust gelebter sozialer Bezüge hoch bezahlt wird. Die Restituierung von ›Heimat‹ gelingt notwendigerweise nur halb und droht unter die Räder der Konsumlogik zu geraten (Kneipen als Heimatersatz). Solche Restituierungsversuche werden zudem durch ein spezifisch bundesrepublikanisch verkürztes Verständnis von Heimatbindung zum Scheitern gebracht:

»Die Masse der Deutschen mußte in der NS-Zeit, im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit schwerste Beschränkungen der persönlichen Freiheit, größte materielle und ideelle Not, sogar permanente Bedrohung von Leben und Gesundheit ertragen, ohne sich durch die Flucht ins Ausland entziehen zu können.« (*FR* 16. 10. 1979)

›Heimat‹ erfährt eine Reduktion auf abstrakte Geographie, die einen auf Immobilität verpflichtet, unabhängig davon, was zu bestimmten Zeiten geschieht: widerstandslos aushalten, trotz alledem. Ein solches Heimatverständnis, Arbeitsemigranten unterschoben, baut ein doppelt diskriminierendes Vorurteil auf: Mangels echter Heimatbindung haben sie Land und Volk im Stich gelassen, sind feige geflohen, anstatt die entstandenen existentiellen Bedrohungen auszuhalten. Daraus folgt scheinbar zwingend, daß von solchen Menschen auch in der Bundesrepublik ein Heimischwerden gar nicht erwartet werden kann; sie lassen sich ohne weiteres zurückschicken.

Dem aufgeklärten bundesrepublikanischen Alltagsmenschen, dem dieses tückische Heimatverständnis und die darauf bauenden Folgerungen bereits selbst suspekt geworden sind, erscheint auch die Integrationsaufforderung des Kühn-Memorandums verdächtig; er reflektiert die verschwiegenen Implikationen des Anspruchs:

»Integration ohne ›Germanisierung‹ ist nicht möglich, auch wenn Kühn das subjektiv vielleicht nicht will . . . ›Integration‹ bedeutet für die Betroffenen: Bedrohung ihrer nationalen Identität, Entfremdung von der eigenen Sprache, Kultur und Geschichte, Heranbildung zur heimatlosen Arbeitsameise, die für die multinationalen Konzerne nach Bedarf einsetz- und ausbeutbar ist. Will Kühn das wirklich? Er hat den falschen Weg gewiesen, der in einen neuen Rassismus führen kann, auch wenn genau das Gegenteil gewollt wird.« (*FR* 28. 12. 1979)

Die Überlegung greift aber in einem zentralen Punkt zu kurz: Der aufgeklärte Alltagsmensch scheint, das positive subjektive Wollen vorausgesetzt, anzunehmen, daß der ›richtige‹ Weg zur Integration zu finden ist, denkt man nur gründlich genug darüber nach. Über die Realisierungsbedingungen positiven subjektiven Wollens macht er sich offensichtlich keine grundsätzlich anderen Vorstellungen als das Kühn-Memorandum, dessen Konzeption ihre Beschränkung gerade darin hat, daß sie den Glauben an einen technisch behebbaren Systemfehler unangetastet läßt und dadurch eine Reflexion der gesellschaftszentrischen Fantasien, die einen neuen Rassismus überhaupt erst ermöglichen, ausblenden.

Können wir einen Identitätsverlust, den wir selbst nur schwerlich hinnehmen würden, den Arbeitsemigranten zumuten? Und: Läßt sich ihr Identitätsverlust denn vermeiden? Die meisten aufgeklärten bundesrepublikanischen Alltagsmenschen werden den Arbeitsemigranten, wollen sie im Land bleiben, Identitätsverlust zwar zumuten, denken ihn aber sicherlich scheinbar nicht gewaltförmig, sondern als Resultat einer Art pädagogischer Beziehung. Nun hat die Erzieherrolle zu ihrem Komplement eine (erwachsene) Person, die (nach)sozialisiert werden muß und von der dementsprechend die Übernahme einer Kindrolle zu verlangen ist, in Relation zu der der Erzieher als Erwachsener auftritt. Die wie selbstverständlich eingenommene Erzieherrolle aber verhindert Selbstreflexion und bestärkt den eigenen Systemstolz durch die von einem selbst durchgesetzte Konstruktion einer Vermittlung von Werten. Die Faktizität dieser Vermittlung scheint Beweis genug für ihre Rechtfertigbarkeit; sie stabilisiert die eigene Identität besonders dann, wenn eigentlich Wertunsicherheit herrscht, ohne daß sie ausgedrückt werden darf. Indem unter solchen Umständen Lebens›techniken‹ vermittelt werden, schleifen sich Lebensformen ein. Die Arbeitsemigranten, wollen sie ihre Herkunftsidentität nicht völlig aufgeben, vermögen Lebens›techniken‹ dann gar nicht anders als zum bloßen Überleben zu rezipieren. Welche Widerstände gibt es auf ihrer Seite und welche auf Seiten

der bundesrepublikanischen Bevölkerung, Integration nicht als asymmetrische pädagogische Beziehung, sondern als Beziehung gleichberechtigt voneinander Lernender voranzutreiben?
Wenigstens zum Teil sind die Arbeitsemigranten mit einer Form der Wirklichkeitskonstruktion aufgewachsen, von der sich kaum erwarten läßt, daß sie einen bruchlosen Identitätswechsel zuläßt. Je mehr sich aber die Herkunftsidentität der Nachsozialisation verweigert, desto offener gewaltförmig wird sie werden. In vielen Fällen muß diese Verweigerung, oft gegen den erklärten Willen der Betroffenen, bereits auf einer Stufe der Nachsozialisation einsetzen, die für ein Leben als Quasi-Deutsche unter Deutschen nicht ausreicht. Für einen Arbeitsemigranten ist der Verlust an persönlicher Substanz zu diesem Zeitpunkt meist schon unausgleichbar, während der Integrationsgewinn für die nachsozialisierenden Institutionen unerheblich bleibt. Aber der Widerstand gegen eine Beziehung gleichberechtigt voneinander Lernender ist beidseitig.
Unterhalb der Ebene positiven subjektiven Wollens bleibt eine Systemlogik am Werk, die solidarisches Lernen behindert und ›exotische‹ Fremde wie Einheimische gleichermaßen auf ein Verhalten festlegt, das sie gegenseitig zu Projektionsfiguren aufbaut: der (zumindest temporär) arbeitsverweigernde Lebenskünstler wird gegen den lebensunfähigen Malocher polarisiert. Die Macht liegt hier und heute bei den Propagandisten der letzteren und gestaltet die ›Gastarbeiterfrage‹ dementsprechend als Kolonialismus auf eigenem Territorium.

Peter O. Fischer
Vom Essen der fremden Speisen

In meiner Küchenbibliothek befindet sich ein *Bayerisches Kochbuch* aus dem Jahre 1938. Es enthält auf dem Schmutztitel eine handschriftliche Widmung vom November 1940: »Liebe Liesel, eßt deutsche Fische!« Darauf folgt ein froher Vers:

»Koche schnell und koche gut,
daß das Essen Wunder tut
und Dein Mann dann froh u. frisch
aufsteht von dem Essenstisch!
Annemie«

Das Vorwort ist nicht weniger martialisch:

»Im deutschen Haushalt sind nach Möglichkeit nur deutsche Erzeugnisse zu verwenden. Das deutsche Volk ringt um seine Nahrungsfreiheit, unsere Landwirtschaft macht die größten Anstrengungen, unserem Boden all die Nahrungsmittel abzuringen, die für die Sicherung der Ernährung unseres Volkes nötig sind. In diesem nationalen Kampf hat auch der Verbraucher seinen Mann zu stellen und seine Ernährungsweise den heimatlichen Möglichkeiten anzupassen. In vorderster Front steht hier die deutsche Frau von Stadt und Land, sie muß den Erfordernissen der Verbrauchslenkung Verständnis und freudige Einsatzbereitschaft entgegenbringen . . .«

Diese schrecklichen Zeiten sind vorbei. Das deutsche Volk (die hiesige Halbnation) ringt nicht mehr um seine Nahrungsfreiheit, und die Annemie sagt nicht mehr zur Liesel, eßt deutsche Fische. Die Care-Pakete haben wir ebensogut überstanden wie die Schulspeisung. Auch hatten die östlichen Brunnenvergifter, die hinter dem eisernem Vorhang, niemals eine Chance, den Brei im freien Teil des Landes zu verderben. Dem Himmel sei Dank, den Westmächten und dem schlauen Konrad. An Führers Geburtstag müssen wir nicht mehr Eintopf essen. Wir müssen überhaupt nicht mehr deutsch essen. Die ganze Nahrungswelt steht uns offen. Nur zugreifen!
Ich denke, die Nation sollte dem vielgeschmähten Schmalzbarden Rudi Schurike ein Denkmal errichten. War nicht er es, der uns den inneren Wert des Chianti-Weines entdecken ließ? Hatte nicht er uns gelehrt, die lausige Germania zu lassen und lieber Bella Italia anzubeten, nach Süden zu gehen und die Wärme zu suchen, unter Palmen Spaghetti zu essen, statt an Buletten zu ersticken?
Da fahren mir die Kulturkritiker in die Parade, erheben den Zeigefinger und

belehren mich: Mein Herr, sagen sie mir, was Sie da verbreiten, ist Ideologie. Sie sind ein objektiver Helfershelfer der herrschenden Klasse. – Wie das? Nur weil ich sage, warm sei besser als kalt und mit Buletten nicht der ganze Horizont der Eßkultur beschrieben? – Ideologie, nichts als Ideologie, halten mir die kritischen Kritiker entgegen. Der Drang nach Süden ist eine Machination der Touristik-Industrie. Die Ferienreise dient dem Zweck, die gesellschaftliche Misere an der Heimatfront vergessen zu machen. Die Lasagne Pasticciate verdecken die objektive Klassenlage, und mit dem Orvieto werden die Verhältnisse, die schlechten, heruntergespült. – Ich will die kritischen Kritiker gerade noch fragen, was es denn mit der Wärme auf sich habe, der menschlichen, ziehe es dann aber vor, diese an und für sich selbst zu lassen.

Kein Zweifel, Kritik ist notwendig, und die falschen Hoffnungen sollen beim Namen genannt werden. Der Ferienreisende, der im Ausland vielleicht anderes Leben entdeckt und die fremden Speisen, ist in der Regel ein Urlaubsmacher, dem Zwang unterworfen, seine Arbeitskraft wiederherzustellen; er ist nicht der begüterte Reisende, gesonnen, die Welt für sich zu entdecken und angenehme Bildung nach Hause zu bringen. Der Urlaubsmacher hat ein Minimum an persönlicher Freiheit. Soll ihm aber das Recht auf Träume abgesprochen werden, das Recht auf Südträume, von denen Bloch so heftig geschrieben hat:

»Mehr leibhaft tritt ein einfacherer Traum des Fahrens auf, der südliche. Er ist zugvogelhaft, von den kälteren Ländern her, nach der Sonne gerichtet. Auch der Osten wurde stets zugleich unter der günstigsten Breite gedacht, als viel Mittag, viel Sommer. Und je weiter nach Süden, desto ungeahnter schien italienischer, arabischer Glanz zu steigen. Die klimatische Qual der Tropen war zwar bekannt, doch sie wirkte nicht abschreckend; denn Ferne oder kurz staunender Besuch milderten sie. Unbekannt dagegen war, daß auch auf der südlichen Halbkugel die Kälte wieder zunimmt. Das blieb aber so lange wenigstens verborgen, bis Magellan an die Nähe des stürmisch-eisigen Kap Horn nach Süden vorgedrungen. Dennoch hielt sich der der menschlichen Natur so tief eingeschriebene Zug nach wachsender Wärme und Licht, dieser Zug nach einem gleichsam profanen, keines Glaubens bedürftigen Eden. Wobei nicht einmal der treibend-magische Zusatz gänzlich fehlte: im Süden, der den Frühling früher kennt und aus dem der Sommer herzieht, wurde der Sitz der *Lebensquelle* überhaupt vermutet.« (*Das Prinzip Hoffnung*, Frankfurt 1955, Bd. 2, S. 909 f.)

Nun ist aber die Heimat, die Bloch zum triumphalen Höhepunkt seines Prinzips Hoffnung gemacht hat, selten dort, wo der Mensch zu Hause ist, zu wohnen und zu verharren genötigt. Zu Hause leben zu müssen, in unerbittlich vorgeschriebenen Verhältnissen, ist ein böser Zustand, den das Kind extrem zu spüren bekommt. Heimat scheint selten in die Kindheit hinein, im Gegenteil, der Traum von der Heimat wird im bösen Zuhause vom Kind erträumt und ist tätig auch noch im trübsten Erwachsenenleben. Im bösen Zuhause schmeckt das beste Essen nicht. Zumeist aber ist das Zuhause nicht nur böse, obendrein ist das Essen fade; der deutsche Einheitsgeschmack

beherrscht die Haushalts- und Kneipenküchen in Stadt und Land. Ob Leberknödelsuppe, Labskaus oder Buletten, alles ist auf einen einheitlichen Ungeschmack stramm ausgerichtet – ein lieblos hingeworfener Bissen, der aus sogenannten Vernunftgründen hinuntergeschlungen werden muß. Viel Zwang und kein Genuß.

Die Lebensquelle (vulgo die Gute Mutter) ist vor allem die große Nahrungsquelle. Sie wird zu Hause erst gar nicht vermutet, sondern im Süden, in der Ferne, in einem fremden Land jedenfalls. Leben ist etwas Ausländisches, und so muß das gute Essen auch immer in der Fremde liegen. Daraus entsteht die Notwendigkeit, sich Gelegenheit zu verschaffen, in die Fremde zu gehen. Gelingt dies, wird der Gang in die Fremde, auf der Spur längst vergessener Gerüche, die als unbekannte wiederkehren, eine Reise in das Paradies.
Das böse Zuhause verbietet aber den Gang in die Fremde, und so muß aus der Reise ins Paradies eine lange und langwierige werden, eine fragmentarische und umwegige, mithin eine Reise, die nicht endet.
Eine solche Reise zu den fremden Genußmitteln und Speisen habe ich vor etwa fünfundzwanzig Jahren in Gestalt eines privilegierten Spieß- und Kleinbürgers (= Gymnasiast, Student) angefangen. Ich weiß nicht, ob diese Reise etwas Allgemeines an sich hat, erlaube mir dennoch, einige Stücke davon zu erzählen. Einer der ersten Schritte in die Fremde, ein gewöhnlicher Klassenausflug, führte nach Straßburg und dazu, an der Ill eine Zigarette von orientalischem Tabak zu rauchen. Ansonsten war der Geschmack vollkommen häuslich orientiert. Der Duft der elsässischen und französischen Küche stieg mir keineswegs in die Nase. Ebensowenig konnte ich wahrnehmen, daß Straßburg anders roch. Ein anderes Stück Reise ging in eine französische Familie. Da gab es die klassische Küche in Fülle. Sie war mir nicht so sehr wichtig. Die Gastgeber waren freundlich und schenkten dem ungelenken *boche* reichlich ins Glas. Ich hatte meinen ersten Rausch, einen ganz kleinen, der sehr angenehm war, und ich fing an zu reden, in der fremden Sprache.
Eine weitere Reise ging nach Ronchamp zu dem Bau von Le Corbusier. Von Straßburg bis Mühlhausen nahm mich ein Lastwagenfahrer mit, der vergammeltes Fleisch in eine Abdeckerei transportierte. Es war Hochsommer, und mit jeder Zigarette, die er mir anbot, wurde die ganze Traurigkeit aufgehoben, die ich auf mich versammelt hatte. Auf dieser Reise trank ich zum erstenmal Rotwein aus der Sternchenflasche und tastete mich langsam, mühselig fast, zum Genuß der fremden Speisen vor.
Im nächsten Jahr war ich endlich in Paris. Die Stadt bedeutete für mich Existentialismus, wovon ich natürlich nichts verstand. Als ich um Mitternacht in der Halle des Gare de l'Est stand, glaubte ich aber zu wissen, was das sei. Ich suchte nach einer neuen Lebensform, von der ich gehört hatte, sie

würde sich in Kellern abspielen, machte aber die Entdeckung, daß ein Frühstück auch schmecken konnte: Milchkaffee und ein Stück Baguette, das dünn mit Butter bestrichen war. Selbstredend hatte ich mir vorgenommen, mich zu den Sehenswürdigkeiten zu begeben. Ich fing mit dem Louvre an und hatte schon bald genug. Die Monumente waren mir zu groß. Ich kaufte mir (von Vaters Geld, nicht zu vergessen) einen Korb und legte hinein Brot und Wein, Käse und Wurst, meinen Fotoapparat und die Schreckschußpistole – was hatte ich in der Fremde zu fürchten? Nichts; ich brauchte ein Mittel gegen das schlechte Gewissen, das sich wegen des Versuchs, einige Schritte vom Zuhause weg zu machen, eingestellt hatte. Ich ging aber doch mit meinem Korb in den Straßen von Paris umher und setzte mich, wie das sein mußte, auf Parkbänke und an das Seineufer, um zu essen.

Wenige Jahre später befand ich mich studienhalber wieder in Paris. Das war eine Zeit des psychischen Hungerns, das sich körperlich bemerkbar machte als ein nicht enden wollendes Magenknurren. Dabei war ich, was den Magen anging, bestens versorgt. Das Essen, das von der Mensa der cité universitaire ausgegeben wurde, konnte den Vergleich mit einem durchschnittlichen französischen Speiselokal glänzend bestehen. Zweimal am Tag gab es ein Menü mit drei Gängen. Die Menschen, die um mich herum in dem großen Speisegebäude waren, kamen aus afrikanischen Ländern, aus arabischen und asiatischen. Dazu lernte ich einen Japaner kennen, der etwas in der Welt herumgekommen war und viele Rezepte mitgebracht hatte. Auf einem einfachen Spirituskocher, mit einer Pfanne und einem Topf, zauberte er die unglaublichsten Schleckereien zusammen. Dann lernte ich auch noch eine vietnamesische Großfamilie kennen und wurde dort in die Feinheiten der südvietnamesischen Küche eingeführt. Also legte ich mir auch einen Spirituskocher zu, eine Pfanne und einen Topf, baute das ganze auf einem Koffer auf und begann mich in den fremden Speisen zu üben. Ich kam recht bald zu erfreulichen Ergebnissen und war für den Zuhause-Geschmack verloren, nicht endgültig, aber doch so, daß ich nur die fremden Speisen gelten ließ. Es dauerte ein Jahrzehnt, bis ich in der Lage war, einen Schweinebraten zu machen oder einen Apfelkuchen zu backen. Nach und zu Germania kehrte ich zurück mit einer Flasche Sojasoße und Nuoc-mam im Gepäck, einer chinesischen Teekanne und zwei Eßschalen. Jahrelang bezog ich die wichtigsten Zutaten der asiatischen Küche aus einem Laden in der Rue Monieur le Prince. Der Spirituskocher samt Pfanne und Topf diente mir in den Studentenbuden dazu, die öden Wochenenden wenigstens kulinarisch aufzuhellen. Die Bekannschaft mit den fremden Speisen hatte die Entwicklung einer buntgemischten Koch- und Eßkultur zur Folge, in der die fremden Speisen heimisch sind und die heimischen den Geruch des Zuhause zusehends verlieren.

Eine Hungerreise solcherart muß nicht mehr unternehmen, wer in diesen Tagen den fremden Speisen zu begegnen wünscht. Sie sind von den Fremdarbeitern, auch Gastarbeiter genannt, den Emigranten ihres Landes in unser Land gebracht worden. Der Einheimische kann, was das Kulinarische angeht, fremdgehen. Nicht nur in den Industriezentren, auch in Provinzstädtchen haben die fremden Speisen sich niedergelassen.

Zuerst waren die fremdländischen Speiselokale da, und diese waren zunächst und vor allem italienisch. Chinesische waren immer schon da. Die feineren Lokale nach der französischen Art gelten nicht als ausländisch, sondern der gehobenen Lebensweise zugehörig. Sie gehören nicht zur Alltagskultur und können hier außer Betracht bleiben. Interessieren muß uns, was in jedermanns Reichweite liegt.

Mit dem Zustrom der Fremdarbeiter vermehrten sich die fremdländischen Lokale. Griechenland und der Balkan, Spanien und die Türkei hielten Einzug auf den Speisekarten. In den großen Städten kann man überdies persische, indische, japanische, portugiesische, arabische, südamerikanische, vietnamesische und indonesische Speiselokale finden. Die Preise gleichen etwa denen der deutschen Durchschnittsspeisegaststätte. Für den gleichen Preis kann man ein Essen haben, das nicht in jedem Fall besser ist, jedenfalls aber ›anders‹, nicht eben so wie zu Hause bei Muttern oder im braven deutschen Lokal, doch nur in den seltensten Fällen eigenartig fremd.

Die ausländischen Kneipiers sind meist auch noch etwas freundlicher als die einheimischen, also geht man gerne in diese Lokale. Bis eines Tages Nase, Zunge und Gaumen neuartige Geschmackskomponenten ausmachen. Es ist nicht gerade so, als sei die Maggi-Flasche in die Riñones al Jerez oder in die Piselli al prosciutto gefallen, aber, beim Archestratos und Apicius, es schmeckt doch irgendwie wie bei Muttern, als ob der deutsche Einheitsgeschmack nun auch in dieser Ausländerkneipe seinen Siegeszug beginnen würde.

Wie kommt es, daß in London oder Paris die fremden Speisen viel eher ihre Eigenart behalten als in Hamburg oder München? Dort sind sie ein Teil der kolonialen Beute, hier können sie nur bestehen, wenn sie auf deutsche Art (West) sich heimisch einrichten. Die fremden Speisen müssen sich germanisieren lassen, sonst dürfen sie nicht sein.

Zuerst ist man geneigt, die Germanisierung der fremden Speise der Geschäftstüchtigkeit des Kneipiers zuzuschreiben. Nach wiederholter Erfahrung stellt sich jedoch eine seltsame Vermutung ein, der Art, daß es nicht bloß darum geht, der fremden Speise ihren Charakter zu nehmen, sondern den Fremden ihre Speise. Die Enteignung des Geschmacks, die im Hierzulande bereits erfolgreich durchgeführt worden ist, soll nun auf alle Ausländer ausgedehnt werden. Eine Art Imperialismus der Geschmacklosigkeit macht sich breit. Am deutschen Geschmack sollen die Ausländer

genesen. Das Schlimme an diesen Ausländern ist ja nicht nur, daß sie anders sind, sie sind ja meist ein wenig lebenslustiger, ein wenig freundlicher, ein wenig rücksichtsvoller als der brave deutsche Leistungsidiot. Also wird der Unterschied ausgebügelt. Wo das Leben nicht mehr lebt, ist gerade das fremde Leben der Auslöschung verfallen.
Ob die ausländischen Lokale damit erledigt sind, mag erst einmal bezweifelt werden. Gewiß, es wird eine schlimme Erfahrung sein, nicht nur für den Gaumen, ein Lokal aufzusuchen, das man seit langem wegen seiner Qualität schätzt, um dann beim Essen feststellen zu müssen, daß die Speisen sich in Richtung auf die allgemeine deutsche Geschmacklosigkeit normalisiert haben. Der leidenschaftliche Esser, der zumeist auch ein leidenschaftlicher Koch ist, weiß einen Ausweg. Er geht in seine Küche und bereitet selber die Speise, die er haben will. Es gibt genug Läden, in denen ausländische Lebensmittel verkauft werden; mit ein wenig Kleingeld, Kunstfertigkeit, Phantasie und Geduld gelingt es ihm, das auf den Tisch zu bringen, was er haben will.
Die Verdeutschung der fremden Speisen hat aber auch eine quasi natürliche Grenze. Niemand kann die Ausländer zwingen, einheimisch-deutsch zu kochen. In ihren Küchen wenigstens können sie machen, was sie wollen. Und wer gar das Glück hat, von ihnen zum Essen eingeladen zu werden, wird die Fremden besser verstehen lernen, als wenn er ausschließlich politisch sich mit ihnen befaßt. Ein Essen in freundlicher Umgebung bringt unweigerlich weitgreifende Gespräche mit sich, Eßgespräche, die sich von den förmlichen Tischgesprächen unterscheiden. Sind auch noch Musik und Alkohol dabei, kann, für kurze Zeit, eine durchaus üppige Atmosphäre entstehen.

Die intensivste Erfahrung mit den fremden Speisen wird gewöhnlich im Ferienurlaub gemacht. In dieser Zeit läßt auch der vielbekrittelte Normalurlauber und Massentourist sich für Augenblicke bezaubern. Die alten Glücksträume wollen aufsteigen, die selbst in der kaputtesten Normalseele tief verborgen sind. Für eine Weile will es scheinen, als könne ein Fetzen Glück faßbar werden. Nach Hause zurückgekehrt, klingt der Traum kurze Zeit nach, dann wird er von der heimischen Unwirtlichkeit wieder niedergewalzt. Der erzwungene Glücksverzicht bringt eine Aggression hervor, die sowohl gegen das eigene Leben wie gegen die fremde Lebensart gerichtet wird. Etwa der folgende Mechanismus entsteht: wenn das Schöne, das ich einmal gesehen und erfahren habe, mir verboten ist, erkläre ich es für schlecht und widerlich. Da ich das Schöne in der Fremde gesehen und erfahren habe, es aber nicht haben darf, ist die Fremde böse, denn in Wirklichkeit will sie es mir nicht geben. Weil die Menschen in der Fremde offensichtlich über das Schöne verfügen, ich es aber nicht haben darf, sind die Fremden, die sich überdies noch in meinem Land breitmachen, daran schuld,

daß ich nicht glücklich sein kann, denn sie wollen das Schöne nicht herausrücken. Insofern ist bei mir zu Hause alles in Ordnung, denn ich mache, was sich gehört, was alle machen und wie es immer gemacht worden ist. Bei mir gibt es keine Probleme, das Problem sind die Fremden mit ihrer fremden Lebensart. Zu meiner Lebensart gehört, daß ich auf das Glück verzichte, wenn das von mir verlangt wird. Also hasse ich die Fremden, die sich nicht an das Gesetz halten, dem ich unterworfen bin. Wenn es mir endgültig gelingt, das Glück aus meinem Leben zu verbannen, ist es nur gerecht, wenn die Fremden ausgerottet werden. Kann ich nicht leben, wie ich will, muß alles Leben, das anders ist als meines, dem Tod verfallen.
Aber nein! So finstere Gedanken wollen wir nicht denken. Liesel und Annemie, die eingangs erwähnten, rufen sich nicht mehr zu: Eßt deutsche Fische! Die Liesel sagt sich, wenn die Annemie heute Pizza macht, dann gibt's bei mir Paella. Sagt es, geht zur Kühltruhe und holt sich eine. Der Mann ißt ohnehin, was auf den Tisch kommt, der von der Liesel und der von der Annemie, deren Pizza ebenfalls aus der Tiefkühltruhe stammt. Die beiden wissen, daß das, was der Italiener oder der Spanier in seinem Lokal anbietet, auch nicht besser ist als das, was die Nahrungsmittelindustrie produziert. Zugegeben, wenn die Pizza beim Italiener frisch aus dem Ofen kommt, das duftet schon ganz schön, aber weiß man denn, wie es bei dem in der Küche zugeht? Ich möchte nicht wissen, wie oft der sich die Hände wäscht. So schön sie singen können, dreckig sind sie doch, die Italiener. Ich hab' mal zufällig in die Küche geschaut bei dem, ein heilloses Durcheinander. Bei mir gibt's sowas nicht. Wo keine Ordnung ist, kann's auch nicht sauber sein. Am liebsten gehe ich zu dem Italiener, der die Pizza im Schaufenster macht. Der gibt sich Mühe, weil man ihm auf die Finger sehen kann. Eine deutsche Aufsicht müßte in den Ausländerlokalen sein, dann würde ich sogar beim Türken essen gehen. Die Spanier, die gehen grade noch, aber die Türken, nein. Eigentlich verstehe ich nicht, warum die Italiener bei uns so dreckig sind. Im letzten Urlaub, wo wir wieder in Italien waren, war ich doch erstaunt, wie sauber das Hotelzimmer war. Sogar das Klo. Ich sag' dir, blitzblank, das reinste Vergnügen. Wahrscheinlich ein Einzelfall. Aber komisch ist es doch. Im vorletzten Jahr hatten wir auch ein sauberes Hotel, und in Spanien, da ging's ebenfalls ordentlich zu. Bei den Jugos auch. Kannst du dir erklären, warum die bloß bei uns so dreckig sind?

Überlegungen in dieser Manier sind ein wichtiger Bestandteil des deutschen (west) Umgangs mit den fremden Speisen. Man ist pingelig. Man ist maßvoll. Man soll nicht übertreiben. Der ordentliche deutsche Esser ißt gemäßigt und mit Ernst. Genuß verdirbt er sich mit dem schlechten Gewissen. Ohne Maßlosigkeit ist der Genuß aber niemals vollkommen. Und dabei ist Maßlosigkeit nicht das Privileg derjenigen, die über viel Kleingeld verfügen;

und viel Kleingeld ist keine Garantie für Genuß. Den leidenschaftlichen Esser gelüstet es, gelegentlich zum großen Fressen auszuholen.

»Der hat noch niemals eine Speise erfahren, nie eine Speise durchgemacht, der immer Maß mit ihr hielt. So lernt man allenfalls den Genuß an ihr, nie aber die Gier nach ihr kennen, den Abweg von der ebenen Straße des Appetits, der in den Urwald des Fraßes führt. Im Fraße nämlich kommen die beiden zusammen: die Maßlosigkeit des Verlangens und die Gleichförmigkeit dessen, woran es sich stillt. Fressen, das meint vor allem: Eines, mit Stumpf und Stiel.« (Walter Benjamin, »Denkbilder«, *Gesammelte Schriften*, Bd. IV/1, Frankfurt 1972, S. 374)

Ein Liebhaber von Teigwaren wird aus einem Pfund Spaghetti, einer viertel Tasse Olivenöl, vier Knoblauchzehen, Salz und Pfeffer eine beträchtliche Mahlzeit herzustellen wissen. Ist er Liebhaber von Süßem, zaubert er aus zwei halbierten Bananen, in reichlich Butter gebacken, mit einem Eßlöffel Zucker karamelisiert, einen beträchtlichen Nachtisch. Ist er ein Liebhaber von Innereien, bereitet er Tripes à la mode de Caen. Ist er ein Liebhaber von Reis, macht er einen Canton-Reis (gekochter Reis, ein feingeschnittenes Omlett, Schinken oder Fleischreste, Erbsen oder Bohnen, grüne, das Ganze in einer Pfanne gebraten). Ist er ein Liebhaber von Fleisch, stellt er aus einem Pfund Zwiebeln und einem Pfund Rindfleisch einen Saftgulasch her; undsoweiter, es gibt Möglichkeiten genug. Ist er aber ein Liebhaber von Wein, weiß er ohnehin, was er tut.

Daß Maßlosigkeit ein Teil der Eßkultur ist, ja daß Essen zur Kultur gehört, kann der ordentliche deutsche Kopf und der ordentliche deutsche Bauch immer noch nicht verstehen. Der gewaltige Eßboom der letzten Jahre hat daran nichts geändert. Wenn in ihm auch der Wunsch sich manifestiert, den verbotenen Genüssen leiblich etwas näher zu kommen, sorgt am Ende doch die auf Sauberkeit getrimmte Erziehung dafür, daß der Wunsch sich nicht leibhaftig zu entfalten vermag. Kultur hat geistig zu sein und leiblicher Genuß dem Leben fremd. Der Leib ist ein Ausländer, mit dem wir, bitteschön, nichts zu tun haben wollen.

Wie ist aber dann zu erklären, daß es mit dem Eßboom Mode geworden ist, ausländisch zu kochen? Gerade in der gebildeten und betont fortschrittlichen Gruppe der Mittelschicht kann man sich schon lange nicht mehr sehen lassen, wenn man nicht mit einer französischen oder italienischen Spezialität aufzuwarten weiß. Es ist wohl so, daß diese Mode-Esser sich den fremden Gaumen, den fremden Bauch und das fremde Essen ausleihen, dazu sich einreden, sie seien nun bei sich selbst. Und auf das Reden verstehen die Mode-Esser sich besonders gut. Wer immer das Pech hatte, bei solchen zu Gast gewesen zu sein, hat in Erinnerung behalten, daß über die ausländischen Spezialitäten sowohl rechtfertigend als auch mit fein verborgener Angeberei geredet wird. Eine Theoriediskussion darf bei solcher Gelegenheit nicht fehlen. Entscheidendes Kriterium für die Mode-Esser ist, daß die ausländische Spezialität perfekt hergestellt sein muß. Die Perfektion ist der Spaß,

nicht der Genuß. Es wird demonstriert, daß man die fremde Speise vollkommen beherrscht. Die fremde Speise wird zum Prunkstück in der Beutesammlung geistiger Errungenschaften. Und wieder bleibt der Leib auf der Strecke.

Sollte es unter den Lesern einige geben, denen diese Skizze über das Essen fremder Speisen zu finster geraten ist oder gar auf den Magen geschlagen hat, so weiß ich ein Heilmittel: den aigo boulido aus der Provence. Drei zerquetschte Knoblauchzehen sechs Minuten in einem viertel Liter Wasser kochen, das gut gesalzt ist. Vom Feuer nehmen und in dem Sud einige Salbeiblätter und ein halbes Lorbeerblatt drei Minuten ziehen lassen. Die Gewürze herausnehmen und mit einem Eigelb binden. In den Suppenteller ein Stück Weißbrot legen und reichlich mit Olivenöl beträufeln. Dann den Bouillon darübergießen. Das hilft gegen allerhand Krankheiten.
Aber auch denen, die einen Kater bekommen haben, kann geholfen werden. Das Rezept stammt von einem der freundlichsten Menschen, den ich je in meinem Leben gesehen habe, einem Zigeunermusiker: Eine Zwiebel in dünne Scheiben und ein Stück Weißbrot in Würfel schneiden. Wasser zum Kochen aufs Feuer stellen und unterdessen die Zwiebelscheiben in einer Pfanne mit Butter dünsten, dann die Brotwürfel hinzufügen und knusperig werden lassen. Das heiße Wasser dazugießen, mit Salz und einem halben Teelöffel Pfeffer würzen.

Werner Schiffauer, geb. 1951, Dipl.-Pädagoge; arbeitet z. Z. als Tutor am Ethnologischen Institut der Freien Universität Berlin.
Fritz Kramer, geb. 1941; Ethnologe.
Hans-Günter Kleff, geb. 1950; Mitarbeit in Westberliner Ausländerinitiativen; längere Türkeiaufenthalte; z. Z. Promotion über ›Lernprozesse‹ türkischer Migranten.
Hans-Georg Behr, geb. 1937; studierte Psychologie und Geschichte; arbeitet als freier Journalist u. a. für *Stern* und *Zeit*.
Mario Erdheim ist Psychoanalytiker und Ethnologe. Er lebt und arbeitet in Zürich.
Christoph Kleßmann, geb. 1938; Professor für Zeitgeschichte an der Universität Bielefeld.
Horst Welkoborski, geb. 1947, ist Rechtsanwalt in Bochum, Schwerpunkt: Arbeitsrecht.
Gabriele Krone, geb. 1949; studierte Politische Wissenschaften; arbeitet z. Z. als Redakteurin für die ARD-Tagesschau und Tagesthemen.
Franco Biondi, geb. 1947 in Forli/Italien; seit 1965 Arbeitsemigrant in der Bundesrepublik; z. Z. Psychologiestudium in Mainz.
Georgia Stafylidou, geb. 1954, studiert Germanistik, Romanistik und Geschichte; *Reinhold Riedel*, geb. 1949, Agrarökonom; beide leben in Stuttgart und sind seit mehreren Jahren beruflich und ehrenamtlich in der Ausländerarbeit aktiv.
Isabella Schmid, geb. 1958, studiert Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft und Amerikanistik in München und arbeitet als freie Journalistin.
Claus Leggewie, geb. 1950; Assistent für Politikwissenschaft an der Univ. Göttingen.
Gunnar Heinsohn, geb. 1943; Professor für Sozialpädagogik (auf Zeit).
Otto Steiger, geb. 1938, Professor für Nationalökonomie; beide Universität Bremen. Zusammen mit Rolf Knieper haben sie 1979 *Menschenproduktion – Allgemeine Bevölkerungstheorie der Neuzeit publiziert* (Suhrkamp).
Madeleine Gustafsson, geb. 1937, lebt in Västeras, Mittelschweden; Kritikerin (in *Dagens Nyheter*), Übersetzerin und Autorin.
Fritz Franz, geb. 1924, ist Richter in Berlin; Veröffentlichungen insbesondere zum Ausländer- und Asylrecht.
Rolf Haubl, geb. 1951, studierte Psychologie und Linguistik und lebt in Gießen.
Gerd-Peter Marck, geb. 1951, studierte Germanistik, Geschichte und jetzt Humanmedizin in Gießen.
Peter Fischer, geb. 1938, Schriftsteller. Zahlreiche Arbeiten zur Literatur und Geschichte. Ein Kochbuch. Lebt in Freiburg.

Kursbuch 1. Halbjahr 1981

Nr. 63: Spielregeln *März 1981*

Die erstrebte »Selbstverwirklichung« scheint ohne Fremdbestimmung, ob bewußte oder unbewußte, nicht erreichbar zu sein – eine Binsenwahrheit, die aber voller Rätsel und Fallen steckt. *Kursbuch 63* will ihnen nachspüren.

Nr. 64: Das Wetter Juni 1981

Geben wirs endlich zu: Was uns *wirklich* bekümmert, und täglich neu, ist das Wetter. Dauernd reden wir darüber – aber völlig ungeschützt, theorie- und begriffslos, ins Blaue hinein, das meist grau ist. Das muß ein Ende haben.

Informations-Dienst

ZUR VERBREITUNG UNTERBLIEBENER NACHRICHTEN

ID

erscheint wöchentlich

„Die Wahrheit über Katzen erfährst du bei den Mäusen"

Italienische Genossen reden mit einem jungen Faschisten, der die Attentäter von Bologna - vorsichtig ausgedrückt - kennen könnte. Unsere Vorstellungen davon, wie es im Kopf eines Faschisten aussieht, bringt das Interview gründlich durcheinander. „Wie noch nie", sagt der Junge, „muß man sich vor Augen halten, daß ein Revolutionär uns näher steht und uns von seinen existenziellen Entscheidungen her verwandter ist, als ein Konservativer." (Nr. 349)

Ein Demonstrant anläßlich des Todes von Olaf Ritzmann, Hamburger Opfer der Strauß'schen Polizeikampagne, verwünscht die ältere Generation; Erich Fried kritisiert den Jungen und schickt ein Gedicht über sogenannte Extremisten. (Nr. 350 und 351)

In einem Schwerpunktheft „Indianer" berichten Frauen und Männer aus der ID-Auslandsgruppe über ihre Reisen zu den Indianern Amerikas. Ihr Fazit: Schluß mit dem Indianermythos in den Metropolen. Die Farben für die malerischen Gewänder kommen sowieso von Hoechst und BASF. (Nr. 353)

Abonnementsbedingungen und kostenloses Probeheft bei: Frankfurter Informationsdienst/Postfach 900 343/ 6000 Frankfurt 90/ Tel. 0611/704352 oder 702096

SÜDWIND gastarbeiterdeutsch

Hrsg.: **Franco Biondi, Jusuf Naoum, Rafik Schami, Suleman Taufiq**

Bd. 1: Im neuen Land
144 S., 9,80 DM

In den Erzählungen und Gedichten des ersten Bandes dieser Reihe versuchen Autoren aus acht Ländern, bedeutsame Abschnitte ihres Lebens in der Bundesrepublik darzustellen und zu problematisieren. Zur Sprache kommen Probleme am Arbeitsplatz, im Wohnort und in der Freizeit; Versuche, Brücken zu schlagen, aber auch Ängste, Träume, Wünsche und Sehnsüchte.

Bd. 2: Zwischen Fabrik und Bahnhof
erscheint im Februar 81

edition CON
Osterstr. 36
28 Bremen

Hartmut Herb
Jan Peters.
Mathias Thesen

DER NEUE RECHTSEX - TREMISMUS
Fakten und Trends

Eine aktuelle Bestandsaufnahme des Neonazismus in der BRD.
Über rechte Tendenzen und Aktivitäten bei den GRÜNEN und in der Umweltschutzbewegung.
ca. 16o S. DM 12,-
Direkt bei:
WINDDRUCK VERLAG
Am Dünkelsloh 13
3554 Lohra-Rodenh.

Marie bohrt mit dem Finger heimlich ein Loch durch die Tapete in die Wand überm Bett und knabbert den kalten trokkenen Kalk. Bald wird sie sich bis zu den Eisenträgern durchgebohrt haben und das Eisen anbeißen. Eisen macht stark. Karin Reschke. Memoiren eines Kindes. Rotbuch 228. 160 Seiten. DM 10.-

Der enorme publizistische Erfolg der Subkultur, der exotische Glamour der Scene, rührt zu einem erklecklichen Teil daher, daß Aussteigen das heimliche Begehren aller ist. Joseph Huber. Wer soll das alles ändern. Rotbuch 229. 144 Seiten. DM 9.- (Abo 8.-).

meingott die liebe / ein einziger kannibalismus / da möchte ich ein stein sein / daß niemand drauf kommt / er könne sich an mir sättigen. Christian Geissler. Im Vorfeld einer Schußverletzung. Gedichte. Rotbuch 230. 88 Seiten. DM 9.-

Laut Hegel findet der Kampf um Anerkennung sein Ende immer nur im Tod des anderen. Mithin gibt es da nur Verlierer. Der Verrückte aber ist nur scheinbar Opfer dieses Kampfes, denn er ist schon vor seinem tödlichen Ende ausgestiegen. Klaus Hartung. Die neuen Kleider der Psychiatrie. Vom antiinstitutionellen Kampf zum Kleinkrieg gegen die Misere. Berichte aus Triest. Rotbuch 231. 224 Seiten. DM 13.- (Abo 12.-)

Ich erfuhr, daß die meisten sich ein Leben im Gefängnis nicht vorstellen konnten. Damals dachte ich, ich schreib einmal auf, wie Tage in der Isolation vergehen. Marianne Herzog. Nicht den Hunger verlieren. Rotbuch 232. 192 Seiten. DM 12.-

Ich verzichte darauf, meine Beobachtungen in einen Diskurs über die Schule einzubringen. Das ist kein brauchbares Verfahren. Dazu verändert sich zuviel. Auch in der Provinz, auch in Tuttlingen. Das mag komisch klingen, das soll es auch. Ernst Köhler. Lebenszeichen aus Tuttlingen. Notizen über eine Schule in Baden-Württemberg. Rotbuch 233. 144 Seiten. DM 9.- (Abo 8.-)

Alle fragten jetzt nach praktischen Anleitungen, ungeduldig und in Eile. / Jedenfalls brauchten wir ohne Zweifel ein neues Orakel des Trophonios. / So haben wir es denn durch Sammlungen, Laufereien und mit schönen Worten / kurzerhand auf die Beine gestellt. Jannis Ritsos. Steine, Wiederholungen, Gitter. Gedichte. Rotbuch 234. 96 S. 10.-

Je mehr ich schrieb, je zögernder läßt mich mein Verstand werden, den Worten zu glauben, denen man sich anvertraut. Figuren schnellen wie Fische aus dem Meer von Plage und tauchen eh man sie gepackt ebenso schnell zurück ins Wasser. Stefan Schütz. Laokoon. Rotbuch 236. DM 10.-

Haben Sie Ihren Almanach 1980 schon bekommen?

Vorher

Nachher

Wir senden Ihnen gerne unser »Kleines Rotbuch« kostenlos zu. Postkarte an:
Rotbuch Verlag
Potsdamer Str. 98
1000 Berlin 30

«Wenn von Kriegen die Rede ist, wird Menschlichkeit dringender gebraucht, aber es wird weniger um sie gerungen»

Aus dem Vorwort von: Kämpfen für die Sanfte Republik

Claus Eurich

Das verkabelte Leben

Wem schaden und wem nützen die Neuen Medien?
rororo aktuell 4732/DM 6.80

Studiengruppe Militärpolitik

Aufrüsten, um abzurüsten?

Informationen zur Lage
Friedensforscher reagieren auf die internationale Krise
rororo aktuell 4717/DM 9.80

Andrea Buch/Birgit Heinecke u.a.

An den Rand gedrängt

Was Behinderte daran hindert, normal zu leben
rororo aktuell 4642/DM 6.80

Klaus Wahl/Greta Tüllmann/ Michael-Sebastian Honig/Lerke Gravenhorst

Familien sind anders!

Wie sie sich selbst sehen
Anstöße für eine neue Familienpolitik
rororo aktuell 4636/DM 7.80

Die Linke und die nationale Frage

Dokument zur deutschen Einheit seit 1945
Herausgegeben von Peter Brandt und Herbert Ammon
rororo aktuell 4740/DM 10.80

Ingrid Müller-Münch/Wolfgang Prosinger/ Sabine Rosenbladt/ Linda Stibler und andere

Besetzungen

in Köln/Freiburg/Gorleben/Zürich/Berlin (Arbeitstitel)
rororo aktuell 4739/ca. 6.80
Erscheint im Januar 81

Freimut Duve/Heinrich Böll/Klaus Staeck (Hg.)

Kämpfen für die Sanfte Republik

Ausblicke auf die achtziger Jahre
rororo aktuell 4630/DM 5.80

Bücher zur gesellschaftlichen Gegenwart

aktuell rororo

rororo aktuell

Herausgegeben von Freimut Duve